Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. Juli 1978
Jg. 6, Nr. 28

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Palästinensische Bürgermeister gegen Annektionsplan

z.hef. Die Zionisten wollen die 1967 besetzten Teile Palästinas endgültig in ihren Kolonialstaat eingliedern. „Die Entscheidung ist eine Fortsetzung der extrem expansionistischen Politik Israels", sagte der Bürgermeister von Nablus, Bassem Al-Shaka, dazu. Eine angebliche Autonomie auf die Dauer von zunächst 5 Jahren für die dort lebenden Palästinenser soll die Fortdauer der militärischen Besetzung, der kolonialen Unterdrückung, der Ausweitung des Landraubs und der Besiedlungspolitik tarnen. So wollen die Zionisten und ihre imperialistischen Hintermänner das palästinensische Volk spalten und Teile zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zur Befreiung ganz Palästinas bringen. „Man kann sicher sein, daß Israel am Ende der Fünfjahresperiode noch mehr Siedlungen auf der Westbank errichtet haben wird und die arabische Bevölkerung zahlenmäßig übertroffen werden soll", sagte der Bürgermeister von Tulkarem. „Die Palästinenser werden dem Plan nicht zustimmen."

Indien unterstützt Pakistans Beitritt zu den Blockfreien

z.hef. Pakistan hat beantragt, zur Belgrader Konferenz der Blockfreien in diesem Monat als Beobachter zugelassen zu werden, bis die endgültige Entscheidung über den Austritt aus dem CENTO-Pakt gefallen sei. Der indische Außenminister hat erklärt, wenn Pakistan aus diesem Militärpakt austrete, werde Indien seine Aufnahme in die Konferenz der Blockfreien „sehr gerne befürworten". Seit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans 1947 haben die Imperialisten beide Länder in mehrere Kriege gegeneinander gehetzt. Die US-Imperialisten zwangen Pakistan die Mitgliedschaft in dem von ihnen beherrschten CENTO-Pakt auf. Die russischen Sozialimperialisten trieben Indien 1971 in den Aggressionskrieg gegen Pakistan, der zur Teilung des Landes führte. Vom 6. bis 8.2.1978 besuchte zum ersten Mal seit 10 Jahren ein indischer Außenminister Pakistan. Am 14. April wurden in Neu-Delhi Abkommen u.a. über den gemeinsamen Bau eines Kraftwerkes in Kaschmir unterzeichnet.

Arabische Länder gegen imperialistische Einmischung in Jemen

z.mai. Die saudi-arabische Regierung wendet sich in einem Kommuniqué gegen den Anschlag im Nordjemen wie gegen den Putsch im Südjemen und verurteilt dafür „die ausländischen Mächte, deren Ziel es ist, die arabische Nation zu spalten

dem Plan nicht zustimmen.

Indien unterstützt Pakistans Beitritt zu den Blockfreien

z.hef. Pakistan hat beantragt, zur Belgrader Konferenz der Blockfreien in diesem Monat als Beobachter zugelassen zu werden, bis die endgültige Entscheidung über den Austritt aus dem CENTO-Pakt gefallen sei. Der indische Außenminister hat erklärt, wenn Pakistan aus diesem Militärpakt austrete, werde Indien seine Aufnahme in die Konferenz der Blockfreien „sehr gerne befürworten". Seit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans 1947 haben die Imperialisten beide Länder in mehrere Kriege gegeneinander gehetzt. Die US-Imperialisten zwangen Pakistan die Mitgliedschaft in dem von ihnen beherrschten CENTO-Pakt auf. Die russischen Sozialimperialisten trieben Indien 1971 in den Aggressionskrieg gegen Pakistan, der zur Teilung des Landes führte. Vom 6. bis 8.2.1978 besuchte zum ersten Mal seit 10 Jahren ein indischer Außenminister Pakistan. Am 14. April wurden in Neu-Delhi Abkommen u.a. über den gemeinsamen Bau eines Kraftwerkes in Kaschmir unterzeichnet.

Arabische Länder gegen imperialistische Einmischung in Jemen

z.mai. Die saudi-arabische Regierung wendet sich in einem Kommuniqué gegen den Anschlag im Nordjemen wie gegen den Putsch im Südjemen und verurteilt dafür „die ausländischen Mächte, deren Ziel es ist, die arabische Nation zu spalten

und ein günstiges Klima für ihre Absichten zu schaffen". „Saudi-Arabien stellt sich mit Festigkeit und Entschlossenheit auf die Seite des jemenitischen Volkes" und werde „keinerlei Einmischung dulden". „Die sowjetische Präsenz in Äthiopien und dem Südjemen zielt darauf ab, die erdölproduzierenden Länder im Nahen Osten einzukreisen und Kontrolle über die Erdölversorgung zu erlangen", erklärte der Ölminister Saudi-Arabiens Yamani. Die kuwaitische Zeitung „Al Raei Al Am" schreibt: „Die Sowjets versuchen, das Zentrum des Konflikts am Horn von Afrika in die Nähe der Ölfelder Arabiens und am Persischen Golf zu verlagern".

Salomon-Inseln unabhängig

z.mat. Am 7. Juli sind die Salomon-Inseln im Pazifik unabhängig geworden. Erbitterter Widerstand der Inselbewohner hatte die Spanier immer wieder daran gehindert, die Inseln nach ihrer Entdeckung vollständig in Besitz zu nehmen. Ende des letzten Jahrhunderts wurden sie teilweise von Deutschland, teilweise von England besetzt. 1900 mußte Deutschland bis auf die Insel Bougainville mit reichen Kupfervorkommen alle übrigen über 200 Inseln an Großbritannien abtreten. Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Kolonialherren über neuseeländische und australische Firmen mit der Plünderung der Naturreichtümer, vor allem Kopra, Palmöl, Mangan und Bauxit. Jetzt helfen die Imperialisten auf einen Zerfall des Inselstaates, um ihre Kontrolle weiter erhalten zu können. Das Gegenteil jedoch wird eintreten. Bougainville ist schon 1975 aus der damaligen australischen Kolonie Papua-Neuguinea ausgetreten, um sich den Salomonen jetzt wieder anzuschließen.

Vor dem Gipfel mit der Supermacht: Die EG rüstet ihr Schlachtschiff für den Handelskrieg

Schmidt will BRD-Vorsitz zur „Periode der Entscheidungen" machen

z.rua. Für zwei Tage war Bremen – das Tor zur Welt – die „Hauptstadt Europas". Präsidiert von dem hanseatischen Möchtegern-Weltkanzler Schmidt haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft, die von den Bourgeois schwärmerisch als „Hanse des 20. Jahrhunderts" gepriesen wird, der Welt ein neues „europäisches Währungssystem" beschert. Es ist der dritte Anlauf und man kann heute schon sicher sagen, daß es keine lange Lebzeit haben wird. Den letzten Währungsverbund haben die französischen Imperialisten platzen lassen, die jetzt als „verschworene Partner" an der Seite der BRD-Imperialisten diesen neuen Verbund propagierten. Verschworen haben sie sich, gemeinsame Konkurrenzvorteile gegen die US-imperialistische Supermacht zu erringen, gemeinsam die Abhängigkeit der kleineren EG-Staaten zu vertiefen und gemeinsame Raubzüge gegen die Länder der Dritten Welt zu führen. Die Beute teilen wollen sie nicht.

Rechtzeitig zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels am 16./17. Juli in Bonn, an dem die USA, Japan, Kanada, die BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien teilnehmen, haben die EG-Imperialisten die gemeinsame Marschroute festgelegt, auf der sie im imperialistischen Handelskrieg operieren wollen. An die Adresse der US-Imperialisten gerichtet kündigte Schmidt auf der abschließenden Pressekonferenz knorrig an: „Wir erwarten, daß die starken Schwankungen der amerikanischen Dollarkurse in Zukunft wesentlich abgeflacht werden."

Mit der Einrichtung des europäischen Währungssystems wollen die EG-Imperialisten mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Durch die Festsetzung der Wechselkurse der EG-Mitgliedsstaaten zueinander und die Abgrenzung vom Dollar schaffen sie sich günstigere Bedingungen für ihren Handel innerhalb der EG wie auch für ihren Waren- und Kapitalexport in die anderen kapitalistischen Länder und die Länder der Dritten Welt. Ein Währungsfonds wird eingerichtet, in den jedes Mitgliedsland 20% seiner Währungsreserven einführen muß. Bei drohender Abwertung seiner Währung muß es Kredite aus diesem Fonds zu entsprechenden Zinsen aufnehmen. Droht Italien z.B. die Abwertung der Lira, muß es Kredite in DM aufnehmen, um damit Lira aufzukaufen und die Abwertung zu verhindern. Die Vergabe der Kredite soll wie beim IWF an „stabilitätspolitische Auflagen" geknüpft sein. Nachdem die imperialistischen Oberherren sich auf diesen Plan geeinigt hatten, blieb den anderen EG-Staaten gar nichts anderes übrig, als sich dem anzuschließen, wollten sie nicht gleich den Bankrott erklären.

Seit dem 1. Juli haben die BRD-Imperialisten den Vorsitz in der EG. Müssen sie sich schon damit abfinden, daß dieser Posten halbjährlich gewechselt wird, so soll doch zumindest das 2. Halbjahr 1978 zu einer „Periode der Entscheidungen" werden. Unter der Parole „Nötiges tun, Mögliches versuchen" wollen sie während ihrer Amtsperiode einen Durchbruch bei den GATT-Verhandlungen erzielen, die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland, Spanien und Portugal beschleunigen, die Verhandlungen über ein neues Lomé-Abkommen beginnen, den EG-Haushalt für 1979 verabschieden und haben die feste Absicht, „marktwirtschaftliche Grundsätze wieder stärker zur Geltung zu bringen und die wachsende Neigung zum Pro-

Fortsetzung Seite 2

Moulinex-Arbeiterinnen im Streik: 400 Francs für alle gleich!



Seit dem l4. Juni sind nacheinander die Belegschaften der 12 französischen Moulinex-Werke, eines führenden Haushaltsmaschinen-Monopols, in den Streik getreten, als die Kapitalisten ohne Verhandlungen eine Lohnerhöhung von 1,5% durchsetzen wollten. „Die Aktion hat in der Werkzeugmacherei (in Alencon) begonnen ... Wir haben einen einheitlichen Forderungskatalog ausgearbeitet, an erster Stelle 400 F. für alle und fünf Wochen bezahlten Urlaub." – „Wir Frauen arbeiten an den Bändern, 40 Stunden die Woche, als OS 1, OS 2 oder OS 3 (Lohngruppen für angelernte Arbeiter) ... Ich als OS 2 verdiene 1 900 F. netto im Monat." (Interview in: Humanité Rouge, 27.6.) 80% der Belegschaften von Moulinex sind Frauen. Die Fabriken wurden großteils besetzt. Ende Juni ließen die Kapitalisten von CRS-Truppen („Republikanische Schutztruppe") gewaltsam räumen. Das Ergebnis war, daß der Streik fast total wurde. Daraufhin zogen die Kapitalisten in der letzten Woche die Polizei wieder ab und traten in Verhandlungen ein. Die Gewerkschaften stimmten einer Wiederaufnahme der Arbeit zu. Teile der Belegschaften setzten den Streik aber weiter fort.

gegen die US-imperialistische Supermacht zu erringen, gemeinsam die Abhängigkeit der kleineren EG-Staaten zu vertiefen und gemeinsame Raubzüge gegen die Länder der Dritten Welt zu führen. Die Beute teilen wollen sie nicht.

Rechtzeitig zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels am 16./17. Juli in Bonn, an dem die USA, Japan, Kanada, die BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien teilnehmen, haben die EG-Imperialisten die gemeinsame Marschroute festgelegt, auf der sie im imperialistischen Handelskrieg operieren wollen. An die Adresse der US-Imperialisten gerichtet kündigte Schmidt auf der abschließenden Pressekonferenz knorrig an: „Wir erwarten, daß die starken Schwankungen der amerikanischen Dollarkurse in Zukunft wesentlich abgeflacht werden."

Mit der Einrichtung des europäischen Währungssystems wollen die EG-Imperialisten mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Durch die Festsetzung der Wechselkurse der EG-Mitgliedsstaaten zueinander und die Abgrenzung vom Dollar schaffen sie sich günstigere Bedingungen für ihren Handel innerhalb der EG wie auch für ihren Waren- und Kapitalexport in die anderen kapitalistischen Länder und die Länder der Dritten Welt. Ein Währungsfonds wird eingerichtet, in den jedes Mitgliedsland 20% seiner Währungsreserven einführen muß. Bei



Seit dem l4. Juni sind nacheinander die Belegschaften der 12 französischen Moulinex-Werke, eines führenden Haushaltsmaschinen-Monopols, in den Streik getreten, als die Kapitalisten ohne Verhandlungen eine Lohnerhöhung von 1,5% durchsetzen wollten. „Die Aktion hat in der Werkzeugmacherei (in Alencon) begonnen ... Wir haben einen einheitlichen Forderungskatalog ausgearbeitet, an erster Stelle 400 F. für alle und fünf Wochen bezahlten Urlaub." – „Wir Frauen arbeiten an den Bändern, 40 Stunden die Woche, als OS 1, OS 2 oder OS 3 (Lohngruppen für angelernte Arbeiter) ... Ich als OS 2 verdiene 1 900 F. netto im Monat." (Interview in: Humanité Rouge, 27.6.) 80% der Belegschaften von Moulinex sind Frauen. Die Fabriken wurden großteils besetzt. Ende Juni ließen die Kapitalisten von CRS-Truppen („Republikanische Schutztruppe") gewaltsam räumen. Das Ergebnis war, daß der Streik fast total wurde. Daraufhin zogen die Kapitalisten in der letzten Woche die Polizei wieder ab und traten in Verhandlungen ein. Die Gewerkschaften stimmten einer Wiederaufnahme der Arbeit zu. Teile der Belegschaften setzten den Streik aber weiter fort.

Präsidentenwahl in Italien: Den Kurs bestimmt der IWF

US- und BRD-Imperialisten fädeln neues Erpressungsmanöver ein / „Historischer Kompromiß" nutzt sich ab

z.ulg. Ende vorletzter Woche trafen in Rom drei „Inspektoren" des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein, das Vorauskommando für den Europadirektor des IWF Whittome. In der italienischen Presse wurde kolportiert, die Inspektoren wüßten selbst nicht recht, was sie nun inspizieren sollten, und pflögen derweil des Tourismus. Die „Nachrichten für Außenhandel" aber konnten die westdeutschen Bourgeois beruhigen, daß keine Zeit vertan wird: Als Bedingung für einen neuen IWF-Kredit von einer Milliarde Dollar soll die italienische Regierung eine weitere „Absichtserklärung" unterschreiben. Der Kredit solle als „Sicherheitsnetz für mögliche spekulative Bewegungen um die Lira" dienen.

Wenige Tage später wird gemeldet, die italienische Zentralbank könne aufgrund des erfreulichen Standes der Devisenreserven den Rest des Bundesbank-Kredits, für den sie einen Teil der italienischen Goldvorräte an die westdeutschen Finanzbourgeois hatte verpfänden müssen, vorzeitig zurückzahlen, ebenfalls eine Milliarde Dollar. Wie das, die gleiche Milliarde wird vor der Zeit zurückgezahlt und dann neu aufgenommen? Der feine Unterschied ist: Für einen neuen Kredit braucht es eine neue „Absichtserklärung" und neue „Inspektoren". Und um der italienischen Regierung den neuen Kredit zu solchen Bedingungen aufzudrängen, kündigen die US- und BRD-Imperialisten diskret „spekulative Bewegungen um die Lira" für den Fall an, daß sie sich weigern sollte.

Zu den gleichen Bedingungen, die die italienische Regierung im Frühjahr 1977 in ihrer ersten „Absichtserklärung" an den IWF unterschreiben mußte, hatten auch die EG-Imperialisten einen Kredit gegeben. Der Tagung der EG-Finanzminister am 19. Juni in Luxemburg hat eine „Expertengruppe" unter Vorsitz des stellvertretenden französischen Zentralbankpräsidenten ein „Gutachten" über die italienischen Verhältnisse vorgelegt. Darin werden der italienischen Regierung heftige Vorwürfe gemacht, die Lohnsenkungen gingen nicht schnell genug. 1977 sei die Lohnsumme pro Kopf um sage und schreibe 21,2% gestiegen, trotz erfolgter „Korrektur" des „perversen" Mechanismus der „gleitenden Lohnskala". „Für die EWG hat diese ‚Disfunktion' die Profitraten der Unternehmen gefährlich eingeschränkt", berichtet der bürgerliche „Corriere della Sera". Das soll sich jetzt ändern.

Gleich nachdem die Regierung eine Welle von Tariferhöhungen beschlossen hatte, hat der Fraktionsvorsitzende der Democrazia Cristiana Piccoli Andreotti einen Brief mit weiteren „Anregungen" geschickt. Vor allem soll sich die Regierung der Versicherungen annehmen. Bereits im letzten Jahr hat der Staat einen Großteil der Sozialversicherungsbeiträge, die in Italien bisher ganz überwiegend die Kapitalisten zahlen mußten, übernommen. Mit einem „Brückengesetz" soll dies befristet fortgesetzt werden, aber nur, um für eine „Rationalisierung der Beiträge und ihrer institutionellen Zuordnung" (Piccoli) den Weg freizumachen, im Klartext, um die Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten ganz abzuschaffen und stattdessen die Arbeiter zu plündern. Bereits im Mai sind die Beiträge für die kleinen Selbständigen erhöht worden, und zur „Sanierung" der Krankenversicherung wurde erst einmal eine Rezeptgebühr eingeführt. Weiter fordert Piccoli eine durchgreifende „Reform des Arbeitsmarktes". Kaum 1000 von den Hunderttausenden, die sich im letzten Jahr in die Sonderlisten für jugendliche Arbeitslose eingetragen hatten, haben Arbeit bekommen. Den Kapitalisten waren die Löhne noch viel zu hoch. Dem soll nach einem neuen Dekret jetzt mit „Ausbildungsverträgen" zu Hungerlohn abgeholfen werden. Der Arbeitsminister hat sich ein Arbeitsförderungsgesetz nach westdeutschem Muster vorgenommen, um die Plünderung der Versicherungskassen der Arbeiter und die Organisation der Zwangsarbeit in einer Behörde zusammenzufassen.

Weiter ist beabsichtigt, künftig Arbeitslose und Kurzarbeiter zwangsweise für „öffentliche Arbeiten" mit „gesellschaftlichem Nutzen" einzusetzen. Für den Herbst hat sich eine westdeutsche Kapitalistendelegation in Rom angesagt, um mit einem „Investitionsplan" für Süditalien das Ihre zur imperialistischen Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit" zu tun.

All dies gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen, erfordert Spaltung, vor allem Spaltung der Gewerkschaften. Die Revisionisten, die sich stets zu solchem Dienst anbieten, haben sich darüber schon arg abgenutzt, wie ihre kürzlichen Wahlniederlagen, mehr noch aber die Millionen Stimmen gegen das Polizeigesetz und die Finanzierung der bürgerlichen Parteien aus der Steuer zeigen. In einer Kleinstadt in der Lombardei sind jetzt über ein Drittel der PCI-Mitglieder aus der Partei ausgetreten und haben einen „Bund der Kommunisten" gegründet. Sie unterstützen den Bürgermeister, der, seit der Befreiung vom Faschismus im Amt, Ende 1977 die 1975 von der Parteiführung aufgezwungenen Koalition mit den Christdemokraten aufgekündigt hatte und dafür aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Die Revisionisten hofften, als sie den Sturz Leones erzwangen, durch die Wahl eines neuen christdemokratischen Präsidenten mit ihren Stimmen den „Historischen Kompromiß" besiegeln zu können. Der Finanzbourgeoisie aber fällt es nicht ein, nur auf ein – womöglich trojanisches – Pferd zur Spaltung zu setzen. Mit der Wahl des Sozialisten Pertini zum neuen Präsidenten soll der Arbeiterklasse der gewöhnlichste Sozialdemokratismus als großer Erfolg der „Linken" verkauft werden. So vergeßlich ist die italienische Arbeiterklasse nicht.

Vor dem Gipfel mit der Supermacht: Die EG rüstet ihr Schlachtschiff für den Handelskrieg

Fortsetzung von Seite 1
tektionismus abzuwehren“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6.78)

In seiner Rede auf der Jahrestagung der OECD am 14. Juni in Paris hatte Genscher den Protektionismus gegeißelt, eine Lanze für den freien Welthandel gebrochen und poetisch erklärt: „Ohne die Antriebsmotoren des internationalen Handels und der internationalen Investitionen, ohne die enormen Produktivitätszuwächse, die sie ermöglichten, ohne das dynamische Klima des Wettbewerbs, das sie schufen, wäre in der Vergangenheit das beispiellose Wachstum unserer Länder niemals möglich gewesen. Eine Abkehr von diesem offenen Weltwirtschaftssystem verbaut die Rückkehr zu anhaltendem Wachstum.“ Dazu gehöre, daß alle Industriestaaten das Recht hätten, Waren aus den Ländern der Dritten Welt zu importieren, genauso, wie ihnen dafür das Recht zugestanden werden müsse, ihr Kapital in die Länder der Dritten Welt zu exportieren, natürlich nur, wenn „durch ausreichenden Rechtsschutz ein Klima des Vertrauens“ geschaffen würde. In seiner Antrittsrede vor dem Europaparlament hat Genscher das „vitale Interesse der EG ... an einer umfassenden Afrikapolitik“ hervorgehoben. Dieses vitale Interesse teilen die anderen EG-Imperialisten auch. Daß sie ihren „ausreichenden Rechtsschutz“ durch den gemeinsamen Bau von Panzern und Kriegsschiffen sichern wollen, darin sind sie sich einig. *Wer* die Panzer und Kriegsschiffe baut, darin nicht.

Ende Juni hat die EG-Kommission die Verschärfung der Kontrolle über Stahllieferungen innerhalb der EG beschlossen. Diejenigen Stahlproduzenten, bei denen der Verdacht besteht, daß sie ihren Stahl innerhalb der EG unterhalb des von der Kommission festgelegten Mindestpreises verkaufen, sollen an der Grenze zum jeweiligen Lieferland beim Zoll eine Kaution von 25% des Warenwerts hinterlegen. Innerhalb einer Woche wird entschieden, ob das Geld zurückgezahlt oder als Strafe einbehalten wird. Diesen Vorschlag hatte der Parlamentarische Staatssekretär Grüner bereits am 15.6. im Bundestag auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Rapp, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um die Wettbewerbsvorteile insbesondere der italienischen Stahlkapitalisten gegenüber den deutschen abzubauen, vorgetragen und ergänzt, daß es notwendig sei, bei Verdacht auf Unterbietung der Mindestpreise die Stahltransporte fünf Tage an der Grenze unabgefertigt stehen zu lassen, „um den Vorgang zu untersuchen“. Gleichzeitig kündigte er an, daß die Bundesregierung auf eine Reihe von Härtemaßnahmen drängt. Auf der EG-Kommissionssitzung hob der Vertreter der BRD Staatssekretär Schlecht hervor, die BRD werde ihre Unterstützung des Antikrisenprogramms der EG zurückziehen, wenn nicht ein Kodex zur Subventionierung privater und staatlicher Stahlwerke festgelegt werde. Ende Juli werden die Diskussionen um die Restrukturierungspläne in der EG-Kommission fortgesetzt. Die BRD-Imperialisten haben angemeldet, daß die Subventionierungen nur den „rentablen“ Betrieben zugutekommen dürfen. Und daß die Betriebe der imperialistischen Konkurrenten nicht „rentabel“ genug sind, dafür werden sie Sorge tragen.

Um „Sonderregelungen zur Sanierung der Werftindustrie“ bemühen sich die BRD-Imperialisten auch. Die im Februar 1977 vom Europäischen Parlament vorgelegte „Entschließung zur Schiffahrtindustrie der Gemeinschaft“ wurde am 14.6.78 vom Bundestag einhellig abgelehnt. Sie sah vor, daß die Reeder der EG ihre Schiffe von „Gemeinschaftswerften“ beziehen sollen und daß gleichzeitig eine „gemeinschaftliche Verordnung zur Harmonisierung der Arbeitsbedingungen und Löhne“ überprüft werden soll. Der Bundestag folgte in seiner Ablehnung einer Empfehlung des Bundesrats, der hervorhebt, daß zwar „die krisenhafte Situation des europäischen Schiffbaus nur international zu lösen ist“ und sich die „EG-Staaten um ein gemeinsames Vorgehen nach außen bemühen sollten“, es jedoch der „Globalfeststellung (widerspricht), die europäischen Werften seien nicht wettbewerbsfähig“, und anerkennt, „daß in Teilbereichen förderungswürdige Strukturverbesserungen notwendig sind“. Der Bundesrat hebt hervor, „daß dabei die unterschiedlichen Strukturen der Schiffbauindustrie in der Gemeinschaft mehr pragmatische Lösungen notwendig machen“. Bis 1985 sollen 45% der europäischen Werftkapazitäten stillgelegt werden bei gleichzeitiger „Strukturverbesserung förderungswürdiger Teilbereiche“. Den besten Schnitt zu machen, sind die BRD-Imperialisten bemüht.

Bis zum Ende 1978 wird das EG-Informationssystem SEDOC zur Übermittlung von Stellenangeboten und -gesuchen eingerichtet, das als „Mittel gegen die Arbeitslosigkeit“ die Mobilität der westeuropäischen Arbeiter beschleunigen soll. Auf der Bremer Gipfelkonferenz wurde ebenfalls beschlossen, bis 1979 das EG-Arbeitsbeschaffungsprogramm in Kraft treten zu lassen. Noch vor wenigen Tagen hatte Frankreich dagegen aus „vitalem nationalen Interesse“ sein Veto angemeldet. In der Absicht, die Verschärfung der Ausbeutung voranzutreiben, sind die Imperialisten aber zu jeder Kumpanei bereit.

Neuordnung des Asylverfahrens vom Parlament beschlossen

z.bil. Einstimmig hat der Bundestag das Gesetz zur „Beschleunigung des Asylverfahrens“ verabschiedet. Es ist eine Ausgeburt weiterer Schikane der ausländischen Arbeiter. Die beliebige Einfuhr und Ausfuhr der ausländischen Ware Arbeitskraft wird weiter vereinfacht. Die BRD-Imperialisten haben in ihrer freiheitlich-demokratischen Verfassung geschworen, daß sie „politisch Verfolgten Asylrecht“ gewähren. Jeder Biermann, Bahro usw. erfährt begeisterte Aufnahme. Der Masse der ausländischen Arbeiter und Bauern, die zumeist aus den Ländern der Dritten Welt in die BRD einreisen und hier einen Asylantrag stellen, *widerfährt* anderes.

Zunächst hat der Antrag auf politisches Asyl, mit dem zugleich eine Erklärung *gegen* das Heimatland abgegeben werden muß, die Folge, daß der ausländische Arbeiter einer drohenden Abschiebehaft entgehen kann, wenn er ohne Erlaubnis des Aufenthalts über die Grenze gekommen ist. Findet er einen Kapitalisten, der seine Arbeitskraft ausbeutet, so erhält er eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Hat er dieses „Glück“ nicht, einen Ausbeuter zu finden, so wird er in eines der riesigen Ausländerlager deportiert und muß dort unter den unwürdigsten Bedingungen leben. Dort mußten die BRD-Imperialisten *bislang* die ausländischen Arbeiter bis zum rechtskräftigen Abschluß des Asylverfahrens unterbringen oder ihnen gestatten, in den Städten eine Unterkunft zu suchen. Im Schnitt dauerten diese Verfahren zwischen vier und acht Jahren und waren alle bei einem Verwaltungsgericht in Ansbach konzentriert.

Empört faßt die Beschlußempfehlung für den Deutschen Bundestag (Bundestagsdrucksache 8/1936) das Problem: „Für die Dauer des Asylverfahrens dürfen sich die Asylbewerber im Bundesgebiet aufhalten und haben unter anderem Anspruch auf Sozialhilfe.“

Das neue Gesetz hat das bereinigt. Es geht im wesentlichen darum, das Asylverfahren zu beschleunigen und neue Methoden der Schikane und Unterdrückung einzuführen. War *bislang* der Widerspruch gegen eine ablehnende Entscheidung der Ausländerbehörden (Anerkennungsausschüsse) möglich und dem gerichtlichen Verfahren ein behördliches Verfahren vorgeschaltet, so entfällt dies *jetzt* ganz.

War *bisher* die Berufung gegen ablehnende Urteile des Verwaltungsgerichts möglich, so ist das *jetzt* nur noch bei nicht einstimmigem Richterbeschluß über die Ablehnung des Asylantrages zulässig. Die *Allein*zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Ansbach und des Verwaltungsgerichtshofes München wird aufgehoben. Das neue Gesetz wird den „Umschlag“ ausländischer „Arbeitsware“ gewaltig beschleunigen.

Wie das alles durchzuführen ist, hat der sozialdemokratische Abgeordnete Bühling im Bundestag angewiesen: „Es ist selbstverständlich, daß wir den wirklich politisch Verfolgten in keiner Weise in seinen Rechten kränken oder beschneiden wollen ... Durch die große Masse der Asyltouristen kommt der wirklich Asylbedürftige in Gefahr, allzulange hingehalten zu werden. Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, die Spreu vom Weizen zu sondern, und zwar rechtzeitig ... Deshalb legen wir Wert auf eine gründliche und einfühlsame Vorprüfung aller Ersuchen auf Asyl ... Je mehr Vorprüfer vorhanden sind und je mehr sie auf den individuellen Fall eingehen, desto einfacher und schneller gestaltet sich das nachfolgende förmliche Verfahren.“ Das geschieht in den Grenzstationen und in den Lagern; es gruselt einen vor soviel „Schutz und Hilfe“ durch die BRD-Imperialisten.

Einen zusätzlichen Coup hat sich die Regierungssozialdemokratie geleistet und eine Entschließung abgestimmt: „Schutzsuchenden aus Bürgerkriegs- und anderen Krisengebieten, die nicht im engeren Sinn als Asylbewerber anzusehen seien, sollte vorübergehend Aufenthalt gewährt werden.“ Wir wetten, sie haben dabei ans südliche Afrika gedacht.

Die Imperialisten wollen das Weltzuckerabkommen sprengen

EG-Imperialisten auch. Daß sie ihren „ausreichenden Rechtsschutz“ durch den gemeinsamen Bau von Panzern und Kriegsschiffen sichern wollen, darin sind sie sich einig. *Wer* die Panzer und Kriegsschiffe baut, darin nicht.

Ende Juni hat die EG-Kommission die Verschärfung der Kontrolle über Stahllieferungen innerhalb der EG beschlossen. Diejenigen Stahlproduzenten, bei denen der Verdacht besteht, daß sie ihren Stahl innerhalb der EG unterhalb des von der Kommission festgelegten Mindestpreises verkaufen, sollen an der Grenze zum jeweiligen Lieferland beim Zoll eine Kaution von 25% des Warenwerts hinterlegen. Innerhalb einer Woche wird entschieden, ob das Geld zurückgezahlt oder als Strafe einbehalten wird. Diesen Vorschlag hatte der Parlamentarische Staatssekretär Grüner bereits am 15.6. im Bundestag auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Rapp, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um die Wettbewerbsvorteile insbesondere der italienischen Stahlkapitalisten gegenüber den deutschen abzubauen, vorgetragen und ergänzt, daß es notwendig sei, bei Verdacht auf Unterbietung der Mindestpreise die Stahltrans-

geburt weiterer Schikane der ausländischen Arbeiter. Die beliebige Einfuhr und Ausfuhr der ausländischen Ware Arbeitskraft wird weiter vereinfacht. Die BRD-Imperialisten haben in ihrer freiheitlich-demokratischen Verfassung geschworen, daß sie „politisch Verfolgten Asylrecht“ gewähren. Jeder Biermann, Bahro usw. erfährt begeisterte Aufnahme. Der Masse der ausländischen Arbeiter und Bauern, die zumeist aus den Ländern der Dritten Welt in die BRD einreisen und hier einen Asylantrag stellen, *widerfährt* anderes.

Zunächst hat der Antrag auf politisches Asyl, mit dem zugleich eine Erklärung *gegen* das Heimatland abgegeben werden muß, die Folge, daß der ausländische Arbeiter einer drohenden Abschiebehaft entgehen kann, wenn er ohne Erlaubnis des Aufenthalts über die Grenze gekommen ist. Findet er einen Kapitalisten, der seine Arbeitskraft ausbeutet, so erhält er eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Hat er dieses „Glück“ nicht, einen Ausbeuter zu finden, so wird er in eines der riesigen Ausländerlager deportiert und muß dort unter den unwürdigsten Bedingungen leben. Dort mußten die BRD-Imperialisten *bislang* die ausländischen Arbeiter bis zum rechtskräftigen Abschluß

Verfahren zwischen vier und acht Jahren und waren alle bei einem Verwaltungsgericht in Ansbach konzentriert.

Empört faßt die Beschlußempfehlung für den Deutschen Bundestag (Bundestagsdrucksache 8/1936) das Problem: „Für die Dauer des Asylverfahrens dürfen sich die Asylbewerber im Bundesgebiet aufhalten und haben unter anderem Anspruch auf Sozialhilfe.“

Das neue Gesetz hat das bereinigt. Es geht im wesentlichen darum, das Asylverfahren zu beschleunigen und neue Methoden der Schikane und Unterdrückung einzuführen. War *bislang* der Widerspruch gegen eine ablehnende Entscheidung der Ausländerbehörden (Anerkennungsausschüsse) möglich und dem gerichtlichen Verfahren ein behördliches Verfahren vorgeschaltet, so entfällt dies *jetzt* ganz.

War *bisher* die Berufung gegen ablehnende Urteile des Verwaltungsgerichts möglich, so ist das *jetzt* nur noch bei nicht einstimmigem Richterbeschluß über die Ablehnung des Asylantrages zulässig. Die *Allein*zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Ansbach und des Verwaltungsgerichtshofes München wird aufgehoben. Das neue Gesetz wird den „Umschlag“

ling im Bundestag angewiesen: „Es ist selbstverständlich, daß wir den wirklich politisch Verfolgten in keiner Weise in seinen Rechten kränken oder beschneiden wollen ... Durch die große Masse der Asyltouristen kommt der wirklich Asylbedürftige in Gefahr, allzulange hingehalten zu werden. Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, die Spreu vom Weizen zu sondern, und zwar rechtzeitig ... Deshalb legen wir Wert auf eine gründliche und einfühlsame Vorprüfung aller Ersuchen auf Asyl ... Je mehr Vorprüfer vorhanden sind und je mehr sie auf den individuellen Fall eingehen, desto einfacher und schneller gestaltet sich das nachfolgende förmliche Verfahren.“ Das geschieht in den Grenzstationen und in den Lagern; es gruselt einen vor soviel „Schutz und Hilfe“ durch die BRD-Imperialisten.

Einen zusätzlichen Coup hat sich die Regierungssozialdemokratie geleistet und eine Entschließung abgestimmt: „Schutzsuchenden aus Bürgerkriegs- und anderen Krisengebieten, die nicht im engeren Sinn als Asylbewerber anzusehen seien, sollte vorübergehend Aufenthalt gewährt werden.“ Wir wetten, sie haben dabei ans südliche Afrika gedacht.

Die Imperialisten wollen das Weltzuckerabkommen sprengen

z.lup. 6 Monate nach Inkrafttreten des Internationalen Zuckerabkommens haben die Imperialisten den Zuckerpreis auf unter 7 US-Cent pro pound (453 g) gedrückt, das sind fast 40% weniger als der in diesem Abkommen vereinbarte Mindestpreis von 11 Cent. Das internationale Zuckerabkommen, das erste Rohstoffabkommen nach der 4. Unctad-Konferenz, ist im Oktober letzten Jahres vor allem auf Druck der zuckerexportierenden Länder Lateinamerikas und der Karibik, die in der „geplacea“ zusammengeschlossen sind, zustandegekommen und 1978 in Kraft getreten. Es soll der Ausplünderung der Dritten Welt durch Zuckerpreise, die weit unter den Produktionskosten liegen, entgegenwirken.

Zwei Drittel der Weltzuckerproduktion, die gegenwärtig bei ungefähr 90 Mio. Tonnen im Jahr liegt, wird aus dem in Ländern der Dritten Welt angebauten Zuckerrohr gewonnen, ein Drittel aus Rübenzucker. Am gesamten Weltzuckerexport macht der Export der Länder der Dritten Welt 70%, der Lateinamerikas allein 50% aus. Jahrhundertelange Kolonialunterdrückung hat viele Länder in reine Zuckerrohrplantagen für die Kolonialmächte verwandelt. Seit 1902 hatten die Imperialisten internationale Zuckerhandelsverträge erzwungen, die die Abhängigkeit der zuckerexportierenden Länder immer wieder besiegelten und einen beständigen Druck auf die Zuckerpreise garantierten. Vergleicht man die Preisentwicklung für Zucker und Stahl seit dem 2. Weltkrieg (siehe Tabelle), stellt man fest, daß 1977 für die gleiche Menge Zucker nur noch ein Viertel des Stahls dafür eingekauft werden kann wie 1950.

Nur zeitweilig, zum Beispiel 1974, gelang es den zuckerexportierenden Ländern, die Zuckerpreise einigermaßen zu steigern, indem sie die gewachsene Weltnachfrage nach Zucker ausnutzten. In der Folge nahm aber die Zuckerproduktion der Dritten Welt zu, während die Imperialisten gleichzeitig durch Importzölle und Subventionen die eigene Zuckerproduktion treibhausmäßig förderten und einen explosionsartigen Einbruch der Zuckerpreise erzwangen. Den Schnitt dabei machen die wenigen Zuckermonopole, die fast den gesamten Zuckerhandel, aber auch die Verarbeitung der einheimischen Zuckerrüben beherrschen und neben den Völkern der Dritten Welt auch die Arbeiter und Bauern des eigenen Landes immer schärfer ausbeuten und ausplündern. In der BRD sind dies die Südzucker Verkaufsgesellschaft, die Norddeutsche Zucker GmbH und die Westdeutsche Zuckervertriebsgesellschaft, die den gesamten Zuckermarkt beherrschen.

Jahr	Zuckerpreis (1)	Stahlpreis (1)	Tonnen Stahl für eine Tonne Zucker
1950	109,79	54,1	2,03
1952	91,93	91,7	1,00
1954	71,87	92,1	0,78
1956	76,50	95,7	0,80
1958	77,16	104,3	0,74
1960	69,22	104,3	0,66
1962	61,29	109,5	0,56
1964	!27,21	109,5	1,16
1966	39,90	109,3	0,37
1968	41,89	94,5	0,44
1970	81,13	124,9	0,65
1971	99,21	137,1	0,72
1972	160,27	157,4	1,02
1973	208,33	207,9	1,00
1974	653,88	250,0	2,62
1975	449,08	300,8	1,49
1976	253,75	329,5	0,77
1977	192,24	314,6	0,61
1978 (2)	152,12	–	–

(1) Dollar pro Tonne
(2) Julipreis 1978

Sinkt der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt, sind die Länder der Dritten Welt, die hauptsächlich Zucker exportieren, kaum noch in der Lage, die für den selbständigen Aufbau der Wirtschaft benötigten Industrieprodukte in ausreichendem Umfang aufzukaufen, und sie können zugleich um so weniger die Kosten für Zins und Schuldentilgung an die Imperialisten aufbringen. Gleichzeitig können die Imperialisten sie aber immer wieder durch Anziehen der Kreditschlinge dazu zwingen, ihre Zuckervorräte zu Schleuderpreisen abzustoßen und so immer tiefer in Abhängigkeit zu treiben.

Dieser Entwicklung soll durch das im Oktober 1977 abgeschlossene Internationale Zuckerabkommen entgegengewirkt werden, das Mindestpreise für Zucker von 11 Cent und Höchstpreise von 21 Cent sowie Exportquoten festlegt. Sinkt der Weltmarktpreis unter 13 Cent, werden die Exportquoten anteilmäßig verringert und in den Exportländern Ausgleichslager an Zucker gebildet. Die Kosten für diese Ausgleichslager werden zum Teil durch einen gemeinsamen Fonds getragen, in den Export- und Importländer anteilmäßig einzahlen, mit Ausnahme der Länder, die laut UNO-Statistik zu den ärmsten Ländern der Welt gehören.

Die EWG ist bei den Verhandlungen am schärfsten gegen die Forderungen der zuckerexportierenden Länder aufgetreten, hat einen Mindestpreis von 8 Cent verlangt und wollte die Bildung von Ausgleichslagern verhindern. Sie verlangte stattdessen die Bildung von Reservelagern, auf die sie den Zugriff hat und die womöglich für ihre Kriegsbevorratung taugen. Die Sowjetunion hat darauf bestanden, daß ihr sogenannter sozialistischer Austausch, demzufolge sie den größten Teil der Ernte Kubas zu Schleuderpreisen aufkauft und Teile davon zu höherem Preis auf dem Weltmarkt wieder verkauft , nicht in den Geltungsbereich dieses Abkommens fällt. Die USA haben ebenfalls diesem Abkommen zwar zugestimmt, aber bloß zu dem Zweck, es von innen zu sprengen. So haben sie es bis heute nicht ratifiziert und zahlen folglich auch nicht in den gemeinsamen Fonds ein. Sie setzen darauf, daß gegenwärtig auf der Welt Vorräte von fast 30 Mio. t Zucker existieren, davon ein großer Teil in dern Ländern der Dritten Welt. Sie verfolgen die Linie, durch Anziehen der Kreditschlinge verschiedene Länder dazu zu zwingen, einen großen Teil ihrer Vorräte abzustoßen, zu Schleuderpreisen, und haben zudem während der OAS-Konferenz im Januar eine Verringerung des Imports um 2 Mio. t angekündigt. Wenig später hat die EG gewaltige Exportsteigerungen verkündet, und auch die Sowjetunion hat einen nachlassenden Importbedarf angekündigt. Inzwischen mußte Indien erklären, daß es in der nächsten Zeit von seinen Vorräten von insgesamt 2,8 Mio. t 650000 t abstößt. Vergleicht man den gegenwärtigen Weltmarktpreis mit dem vereinbarten Mindestpreis, bedeutet das einen Verlust von 59 Mio. DM, für die zuckerexportierenden Länder insgesamt in diesem Jahr einen Verlust von insgesamt 1,461 Mrd. DM.

Wieso sollen Fernfahrer gegen die 35-Stundenwoche sein?

r.std. „Die Bus- und Lastwagenfahrer sind nicht an einer Verkürzung der Arbeitszeit interessiert“, dies will die Industrie- und Handelskammer München bei einer Umfrage herausbekommen haben und stellt fest: „Lastwagenfahrer und Busfahrer sind allein an Höchstlöhnen interessiert.“ Die anderen Kapitalisten werden ähnlich denken.

Der Grundtariflohn für die Lastwagenfahrer beträgt 7,35 DM die Stunde nach einer Lohnerhöhung von 5%. Das macht einen Wochenverdienst von 374,80 DM. Der Tarif ist etwas niedriger. Die Kapitalisten treiben die Fahrer mit geringen Zulagen an, um einen schnellen Umschlag zu garantieren und in kurzer Zeit aus den Fahrern einen hohen Profit herauszupressen. 82 DM Umsatzpauschale zahlt der Kapitalist. Einige Kollegen bekommen statt der 82 DM Tonnengeld Spesen, 5,50 DM im Stadtverkehr. Bei Fahrten mit Hänger gibt es etwas mehr. Die Spaltung soll wirken.

Ohne Überstunden kommt kein Lastwagenfahrer hin. Der Überstundenzuschlag beträgt 25%. Er wird ab der 43. Stunde gezahlt. Für Führerschein Klasse II gibt es 50 DM monatlich mehr. Bei 47 Stunden in der Woche macht das einen Lohn von etwa 1100 bis 1200 DM netto. Die Speditionskapitalisten hetzen die Fahrer rund um die Uhr. Sonntags ab 22 Uhr geht es los bis Samstag 14 Uhr. Laut EG-Vorschrift müßte die tägliche Fahrzeit für eine Stunde unterbrochen werden, aber in der Zeit müssen die Fernfahrer mit entladen, wenn sie die Zielorte erreichen wollen. Arbeitszeiten von 100 Stunden sind keine Seltenheit. Eine Schranke ist der Ausbeutung nicht gesetzt. Es gelten Arbeitszeiten von 60 Stunden pro Woche, täglich elf Stunden und Schichtzeiten von zwölf Stunden. Für NRW sind ab dem 1.10.1978 41 Stunden zuzüglich fünf Stunden Ein- und Ausfahrzeit vereinbart. Tatsächlich werden diese aber gefahren.

Die Fahrer müssen sich verpflichten, bei Glatteis, Nebel, Übermüdung nicht zu fahren. Von den Kapitalisten werden sie aber dazu getrieben. Kracht's, müssen dann die Fahrer zahlen. Es gibt viele Schikanen: Fährt man mit einseitig geschlossener Klappe im Straßenverkehr, kostet das 20 DM Strafe.

Seit dem 1.7.1978 wird die Lohnabrechnung nicht mehr anhand der

natlich mehr. Bei 47 Stunden in der Woche macht das einen Lohn von etwa 1100 bis 1200 DM netto. Die Speditionskapitalisten hetzen die Fahrer rund um die Uhr. Sonntags ab 22 Uhr geht es los bis Samstag 14 Uhr. Laut EG-Vorschrift müßte die tägliche Fahrzeit für eine Stunde unterbrochen werden, aber in der Zeit müssen die Fernfahrer mit entladen, wenn sie die Zielorte erreichen wollen. Arbeitszeiten von 100 Stunden sind keine Seltenheit. Eine Schranke ist der Ausbeutung nicht gesetzt. Es gelten Arbeitszeiten von 60 Stunden pro Woche, täglich elf Stunden und Schichtzeiten von zwölf Stunden. Für NRW sind ab dem 1.10.1978 41 Stunden zuzüglich fünf Stunden Ein- und Ausfahrzeit vereinbart. Tatsächlich werden diese aber gefahren.

Die Fahrer müssen sich verpflichten, bei Glatteis, Nebel, Übermüdung nicht zu fahren. Von den Kapitalisten werden sie aber dazu getrieben. Kracht's, müssen dann die Fahrer zahlen. Es gibt viele Schikanen: Fährt man mit einseitig geschlossener Klappe im Straßenverkehr, kostet das 20 DM Strafe.

Seit dem 1.7.1978 wird die Lohnabrechnung nicht mehr anhand der Stempeluhr, sondern anhand der Tachoscheiben durchgeführt. Die Zeit, in der der Fahrer den Schlüssel holt, zum Wagen geht, die Tachoscheibe ausfüllt und abends umgekehrt, sowie Waschen und Umziehen, gehören dann nicht mehr zur Arbeitszeit. Aufenthalte über 15 Minuten müssen begründet werden, überlangen Pausen und zu langen Aufenthalten bei Kunden will der Kapitalist auf die Spur kommen.

Die meisten Fahrer sind mit 55 Jahren kaputt. Dieser Teil der Arbeiterklasse kämpft einen hartnäckigen Kampf für die Verkürzung des Arbeitstages und für ausreichenden Lohn. Er verdient die Unterstützung der ganzen Arbeiterklasse.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 28: 32000

Der Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung in den USA bleibt stecken

Arbeitsreformgesetz im Senat geplatzt / Hartnäckige Kämpfe der Arbeiterbewegung für ihre Rechte

z.anb. In einem großen „Filibuster", wie die US-Bourgeois ihre Redeschlachten im Parlament nennen, ist letzte Woche das von Carter eingebrachte Arbeitsreformgesetz (Labour Relations Act) geplatzt. Der Senat hat es von der Tagesordnung gewischt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" findet den Vorgang eine Spalte Kommentar wert, um die „große Niederlage der amerikanischen Gewerkschaften" zu konstatieren. „Nicht nur haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren einen Mitgliederschwund erlitten ... Es hat sich auch in den letzten Jahren eine spürbar gewerkschaftsfeindliche Stimmung im Lande ausgebreitet; vielerorts wird den Gewerkschaften eine Mitschuld an der steigenden Inflation zugeschrieben."

Wie gerufen kommt die Propaganda des Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO George Meany, der sich vehement gegen obigen Vorwurf verwahrt. Nicht die Henne war zuerst da, sagt er, sondern das Ei. „In gewisser Weise besteht eine Beziehung zwischen Löhnen und Preisen." Die Höhe der Lohnforderungen ergebe sich aus der Höhe der Inflation. Ausgezeichnet, sagen die Kapitalisten, wir sind ja dabei, die Inflation zu *bremsen*, dafür müßt ihr die Arbeiter aber zum Maßhalten bringen; und die Reformisten, die die elementare Organisation der Arbeiter in den USA in der Führungsspitze bevölkern, nicken still, aber entschieden. „Zentrale Aufgabe" der Gewerkschaften 1978 sei die Durchsetzung des Labour Relations Act, hat Meany noch vor kurzem laut erklärt. Man habe sogar Präsident Carter auf seiner Seite, gegen die „Lobby der Unternehmer". Und jetzt? Die Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb und Tarifautonomie, die das Arbeitsreformgesetz „endlich" garantieren sollte, nachdem die Kapitalisten sich über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen und die lächerlichen Strafen zahlen, weil sie eh einen dreimal so hohen Schnitt machen, wenn sie die Arbeiter an der gewerkschaftlichen Organisierung hindern können, diese Rechte, sagt Meany, seien von Gott gegeben, Regierungen und Unternehmer könnten sie bestreiten, aber niemals wegnehmen. So wäre denn alles in Ordnung.

Wenn nicht dieses Gesetz geplatzt wäre. Carter hatte schließlich eine Betrügerei damit vor (siehe KVZ Nr. 23/1978). Auf dem Papier von Gottes Gnaden verliehene „Rechte", vor allem für die entrechteten Arbeiter im „gewerkschaftsfeindlichen" Süden der USA, sollten die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abhalten und den ungeheuren Plänen der US-Finanzbourgeoisie zur Verschärfung der Ausbeutung den Weg freiräumen. Daraus wird so nichts.

Nicht etwa, weil das Gesetzesmanöver an der Auseinandersetzung in der Bourgeoisie, welches das geschickteste Manöver sei, geplatzt ist, sondern die Debatte im Senat *ist* bereits Resultat des Kampfes der amerikanischen Arbeiterklasse um ihre Klassenorganisation.

Die Südstaaten der USA, wo der weitaus größte Teil der schwarzen und der mexikanischen Arbeiter ausgebeutet wird, haben sich in den letzten Jahren zunehmend zur reizvollen Landschaft für die Kapitalisten entwickelt. Dort ist die Gewerkschaftsbewegung relativ schwach entwickelt, gerade *weil* die Kapitalisten die elende Lage der besonders entrechteten schwarzen Arbeiter für eine schamlose Spaltung der gesamten Klasse genutzt haben. Überstunden aus dem Zwang heraus, den Lebensunterhalt bestreiten zu müssen, sind dort an der Tagesordnung. Zehnstundentag an sieben Wochentagen keine Seltenheit. 20 bis 35% liegt der Lohn durchschnittlich niedriger als im Norden. Kein Wunder, daß der Automobilkonzern General Motors in den letzten zehn Jahren allein zehn Niederlassungen, „Ausreißer-Fabriken", im Süden aufgemacht hat. Der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt macht diesen Teil der USA zu einem begehrten Abwanderungsziel für die Profitproduktion. Aber mit dem Kapital wurden zwangsweise auch viele Arbeiter abgezogen. Arbeiter, die in vielen Kämpfen gegen die Kapitalisten und für die Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen Rechte auf Streik und Koalition in den Nordstaaten wichtige Erfahrungen im Klassenkampf gesammelt hatten. Es ist nicht ohne Wirkung geblieben. Wenn auch vereinzelt auf der Ebene des jeweiligen Betriebes, so doch mit großer Zähigkeit ringen die Arbeiter vor allem in der Metall- und Automobilindustrie, wo sich die Ausbeutung am schärfsten entwickelt hat, und sie stoßen auf große Sympathie bei ihren Klassenbrüdern im ganzen Land.

Seit über einem Jahr stehen 225 Arbeiter des Delavan-Konzerns für Flugzeugmotoren in Iowa im Streik. Seit



„Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich" fordern Arbeiter auf einer gemeinsamen Demonstration mit Arbeitslosen

1966 hat der Konzern Niederlassungen in South Carolina, Tennessee und Arizona eröffnet. Allesamt ohne gewerkschaftliche Vertretung für die Belegschaft. Im letzten Jahr wollten die Kapitalisten zum Großangriff auf die Arbeiter in Iowa übergehen, als ein Vertrag von 1944 auslief, in dem die Kapitalisten gewerkschaftlich aktiven ebenso wie alten Arbeitern Kündigungsschutz gewähren mußten. „Sie wollen das Recht haben, zu versetzen, zu entlassen, abzugruppieren, wie es ihnen gerade paßt", sagt einer der streikenden Arbeiter, die sich seit Monaten jeden Morgen vor dem Betrieb versammeln und Streikketten bilden, um das Eindringen von Streikbrechern zu verhindern. „Einen Monat, bevor der Vertrag auslief, schickten die Kapitalisten einen Brief an die Arbeiter mit der Unverschämtheit, die Produktion werde auf vollen Touren weiterlaufen, falls es einen Streik gebe. Auf Wiedersehen und viel Glück." Die Geschäftsleitung heuerte Werksschützer an und ließ sämtliche Arbeiter durchsuchen, bevor sie morgens in den Betrieb kamen. „Jedem war klar, daß sie keinerlei Verhandlungen wollten. Das einzige, was sie wollten, war, uns und die Gewerkschaft loszuwerden."

Tagtäglich ziehen Polizeitruppen vor dem Betriebstor auf, um Streikbrecher in den Betrieb zu schleusen, und genauso oft kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit ihnen. Die Unterstützung aus der gesamten Region ist so stark, daß die Gewerkschaftsführung zusichern mußte, den Kapitalisten einen eintägigen Generalstreik anzudrohen, falls sie nicht ein Angebot vorlegen, das auf die Forderungen der Arbeiter eingeht.

Im März haben die Stahlarbeiter die gesamte Belegschaft der größten privaten Schiffswerft Newport News in Virginia, 19000 Arbeiter, in ihrer Gewerkschaft organisiert. Dem war ein jahrelanger zäher Kampf vorausgegangen, weil in einer Wahl die Mehrheit der Belegschaft für die gewerkschaftliche Organisierung stimmen muß, wobei die Wahl unter Kontrolle des Nationalen Amts für Arbeitsbeziehungen durchgeführt wird und allen möglichen Schikanen und Klauseln unterliegt, die allesamt darauf abzielen, die Organisierung zu vereiteln. Das z.B. sollte durch das Labour Relations Act zementiert werden und keineswegs erleichtert.

Wenn Carter gehofft hat, die amerikanische Arbeiterbewegung zu verkaufen, so hat er sich in zweierlei Richtung geirrt: Die Kapitalisten glauben nicht an den Erfolg eines Kurses der Reformbetrügerei, sie gehen zur Konfrontation über. Sie tun dies, weil die Arbeiterklasse bereits die Konfrontation, den konsequenten Klassenkampf aufgenommen hat. Es gibt nichts mehr durch Geplänkel zuzuschütten. Nur George Meany will das noch nicht recht einsehen. Er wird müssen.

Die US-„Freiwilligenarmee" – ein Moloch, der viel verschlingt und trotzdem nicht marschiert

z.gek.Brüssel. Als 1971 die Nixon-Regierung die Umstellung der bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika von der Wehrpflicht auf eine „Freiwilligen"-, genauer gesagt, Söldner-Armee beschloß, hatte sie auch nicht mehr groß die Wahl. Unter den Schlägen der Befreiungsstreitkräfte Vietnams, Kampucheas und Laos' war die US-Armee regelrecht in

Leibrente von der Hälfte des letzten Soldes für den Rest des Lebens jeden Monat gezahlt wird, auch wenn der Betreffende in dieser Zeit einen anderen Beruf ausübt. Allein diese Pensionsregelung kostet jetzt im Jahr 9,1 Mrd. Dollar, in drei Jahren wird sie 12 Mrd. und in zwanzig Jahren 30 Milliarden kosten. Insgesamt wurden 1977 von den 108 Mrd. Dollar des Verteidi-

sen 13,6, die offiziell als fahnenflüchtig galten, so sind es 1977 31,6 auf 1000 gewesen.

Damit sind die US-Imperialisten in eine wirkliche Zwickmühle geraten, angesichts des Zwangs, den Personalkostenanteil des Militärbudgets auf Teufel komm raus reduzieren und den Militärapparat durchrationalisieren zu müssen. Die Carter-Regierung hat be-

technisches Personal, Schreibkräfte, etc. Das soll auch so bleiben, aber auf alle Truppeneinheiten ausgedehnt werden. Nach den zweifelhaften Komplimenten des Offiziersgelichters gelten sie als „bescheidener" und „umgänglicher" als die männlichen Soldaten. Im Klartext: Man hofft, sie besser isolieren und unterdrücken zu können.

USA in der Führungsspitze bevölkern, nicken still, aber entschieden. „Zentrale Aufgabe" der Gewerkschaften 1978 sei die Durchsetzung des Labour Relations Act, hat Meany noch vor kurzem laut erklärt. Man habe sogar Präsident Carter auf seiner Seite, gegen die „Lobby der Unternehmer". Und jetzt? Die Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb und Tarifautonomie, die das Arbeitsreformgesetz „endlich" garantieren sollte, nachdem die Kapitalisten sich über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen und die lächerlichen Strafen zahlen, weil sie eh einen dreimal so hohen Schnitt machen, wenn sie die Arbeiter an der gewerkschaftlichen Organisierung hindern können, diese Rechte, sagt Meany, seien von Gott gegeben, Regierungen und Unter-

stunden aus dem Zwang heraus, den Lebensunterhalt bestreiten zu müssen, sind dort an der Tagesordnung. Zehnstundentag an sieben Wochentagen keine Seltenheit. 20 bis 35% liegt der Lohn durchschnittlich niedriger als im Norden. Kein Wunder, daß der Automobilkonzern General Motors in den letzten zehn Jahren allein zehn Niederlassungen, „Ausreißer-Fabriken", im Süden aufgemacht hat. Der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt macht diesen Teil der USA zu einem begehrten Abwanderungsziel für die Profitproduktion. Aber mit dem Kapital wurden zwangsweise auch viele Arbeiter abgezogen. Arbeiter, die in vielen Kämpfen gegen die Kapitalisten und für die Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen Rechte auf Streik und Koalition in den Nordstaaten

Arbeitslosen

1966 hat der Konzern Niederlassungen in South Carolina, Tennessee und Arizona eröffnet. Allesamt ohne gewerkschaftliche Vertretung für die Belegschaft. Im letzten Jahr wollten die Kapitalisten zum Großangriff auf die Arbeiter in Iowa übergehen, als ein Vertrag von 1944 auslief, in dem die Kapitalisten gewerkschaftlich aktiven ebenso wie alten Arbeitern Kündigungsschutz gewähren mußten. „Sie wollen das Recht haben, zu versetzen, zu entlassen, abzugruppieren, wie es ihnen gerade paßt", sagt einer der streikenden Arbeiter, die sich seit Monaten jeden Morgen vor dem Betrieb versammeln und Streikketten bilden, um das Eindringen von Streikbrechern zu verhindern. „Einen Monat, bevor

ziehungen durchgeführt wird und allen möglichen Schikanen und Klauseln unterliegt, die allesamt darauf abzielen, die Organisierung zu vereiteln. Das z.B. sollte durch das Labour Relations Act zementiert werden und keineswegs erleichtert.

Wenn Carter gehofft hat, die amerikanische Arbeiterbewegung zu verkaufen, so hat er sich in zweierlei Richtung geirrt: Die Kapitalisten glauben nicht an den Erfolg eines Kurses der Reformbetrügerei, sie gehen zur Konfrontation über. Sie tun dies, weil die Arbeiterklasse bereits die Konfrontation, den konsequenten Klassenkampf aufgenommen hat. Es gibt nichts mehr durch Geplänkel zuzuschütten. Nur George Meany will das noch nicht recht einsehen. Er wird müssen.

Die US-„Freiwilligenarmee" – ein Moloch, der viel verschlingt und trotzdem nicht marschiert

z.gek.Brüssel. Als 1971 die Nixon-Regierung die Umstellung der bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika von der Wehrpflicht auf eine „Freiwilligen"-, genauer gesagt, Söldner-Armee beschloß, hatte sie auch nicht mehr groß die Wahl. Unter den Schlägen der Befreiungsstreitkräfte Vietnams, Kampucheas und Laos' war die US-Armee regelrecht in Auflösung begriffen. Die Zahl der Deserteure begann die der in Uniform Gepreßten zu übersteigen.

Inzwischen hat sich diese 2-Millionen-Mann-Söldnertruppe als ein Moloch herausgestellt, der immer gewaltigere Brocken vom gesellschaftlichen Mehrprodukt verschlingt und trotzdem unzuverlässig ist.

Was die Kosten angeht: Das Bundesrechnungsamt der USA hat kürzlich errechnet, daß allein von 1971 – 1977 die „Freiwilligen"-Armee 18,4 Mrd. Dollar teurer gekommen ist als eine Wehrpflichtarmee und daß diese Mehrkosten in den nächsten Jahren lawinenartig anwachsen müssen. Der Grund liegt vor allem im Besoldungssystem. Zwar werden die Mannschaften zu äußerst niedrigem Sold gezahlt, aber zugleich durch ein wahres Dikkicht von „Vergünstigungen" bei der Stange gehalten. So bekommt ein gewöhnlicher Soldat auch nach zwei Dienstjahren gerade 430 Dollar im Monat, das sind etwa 900 DM, auf die Hand. Dafür wird er jedoch in der Kaserne umsonst gefüttert, erhält er weitgehenden Steuererlaß, bezahlt keine Sozialversicherung, bekommt Mietzuschuß, kauft Lebensmittel und alle Gegenstände des täglichen Bedarfs um 20% billiger im Army-Shop, kann sich und seine Familie umsonst in Army-Krankenhäusern und bei Army-Ärzten behandeln lassen, geht in der Freizeit in den Army-Club, etc. etc. Dazu kommt die Ausdehnung der Pensionsregelung, die früher nur für Offiziere galt, auf alle Soldaten. Das bedeutet, daß nach 20 Dienstjahren, oft schon im Alter von 38 oder 40 Jahren, eine Leibrente von der Hälfte des letzten Soldes für den Rest des Lebens jeden Monat gezahlt wird, auch wenn der Betreffende in dieser Zeit einen anderen Beruf ausübt. Allein diese Pensionsregelung kostet jetzt im Jahr 9,1 Mrd. Dollar, in drei Jahren wird sie 12 Mrd. und in zwanzig Jahren 30 Milliarden kosten. Insgesamt wurden 1977 von den 108 Mrd. Dollar des Verteidigungsbudgets fast die Hälfte, nämlich 53 Mrd. Dollar, durch Löhne, Gehälter und Pensionen aufgefressen. Dies in einer Lage, in der die US-Imperialisten alles daransetzen, um durch Entwicklung und Serienproduktion neuer, überlegener Waffensysteme mit der brutalen Aufrüstung der anderen Supermacht Schritt zu halten und möglichst ihre alte Überlegenheit zurückzugewinnen.

Wenn die Truppe teuer ist, so ist sie außerdem noch für die Zwecke der Imperialisten nur begrenzt einsetzbar. Dies beginnt mit der Rekrutierung. Trotz der erdrückenden Arbeitslosigkeit und dem Elend unter den Volksmassen findet die Armee nicht die erforderlichen Rekruten. Bereits Mitte vorigen Jahres fehlten bei den aktiven Streitkräften 10500 Soldaten verschiedener Waffengattungen. Bei der Armee-Reserve waren es 74000 und bei der National-Garde 49000. Dies liegt zum Teil an dem erschreckenden Gesundheitszustand und der mangelnden Ausbildung der Rekrutenanwärter, die zu hohen Prozentsätzen untauglich sind und nicht lesen und schreiben können. Ein viel schwerwiegenderes Hindernis ist aber, daß – nach Angaben des Ausschusses des Senats für die Streitkräfte – 40% der eingeschriebenen Rekruten schon während der Ausbildungsphase abhauen, obwohl sie gar kein Kündigungsrecht haben. Dies geht bruchlos in die Desertation über. Die Marine hat kürzlich mitgeteilt, daß die Desertationsraten bisher unbekannte Höhen erreicht haben. Waren es 1973, in der Endphase des Indochina-Krieges, von 1000 Matrosen 13,6, die offiziell als fahnenflüchtig galten, so sind es 1977 31,6 auf 1000 gewesen.

Damit sind die US-Imperialisten in eine wirkliche Zwickmühle geraten, angesichts des Zwangs, den Personalkostenanteil des Militärbudgets auf Teufel komm raus reduzieren und den Militärapparat durchrationalisieren zu müssen. Die Carter-Regierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen oder bereitet sie vor:

– So werden im laufenden Budgetjahr 1978/79 insgesamt 27000 Mann, Zivilbeschäftigte und Militärs, die mit Logistik, Wartung und Training befaßt sind, weggekürzt, bei wachsender Zahl der Kampftruppen und weiteren Truppenverlagerungen auf ausländische Stützpunkte. Auf derselben Linie liegt die Schließung einer größeren Zahl von Stützpunkten und Depots der Armee in den USA selbst.

– Eine von Carter im vorigen Jahr eingesetzte Kommission zur Reform des Besoldungssystems in der Armee hat errechnet, daß die realen Ausgaben für Löhne und Gehälter in der Armee ein Drittel und höher seien als im übrigen öffentlichen Dienst. Insbesondere das Pensionssystem soll entscheidend beschnitten werden, etwa dadurch, daß die Pensionen erst ab dem 55. oder 60. Lebensjahr ausgezahlt werden.

– Eine dritte, wesentliche Maßnahme ist die rasche Ausdehnung des Personals an weiblichen Söldnern. Binnen der letzten Jahre sind bereits 108000 Frauen eingestellt worden. Nach den laufenden Plänen sollen es in ein bis zwei Jahren bereits 126000 sein. In einem Brief des Verteidigungsministers an den Kongreß vom März dieses Jahres wird überdies die Aufhebung der gesetzlichen Schranken für die Verwendung von Frauen in Kampftruppen gefordert. Die Frauen machen zum größten Teil die schlechtbezahlten Arbeiten in niedrigen Dienstgraden, als Fahrer, Fernmelder, technisches Personal, Schreibkräfte, etc. Das soll auch so bleiben, aber auf alle Truppeneinheiten ausgedehnt werden. Nach den zweifelhaften Komplimenten des Offiziersgelichters gelten sie als „bescheidener" und „umgänglicher" als die männlichen Soldaten. Im Klartext: Man hofft, sie besser isolieren und unterdrücken zu können.

Carter versucht den aufbrechenden Widersprüchen in der Söldnerarmee durch „Wiederherstellung der Disziplin" beizukommen. So hat er wenige Monate nach Amtsantritt durch Erlaß das Verbot der gewerkschaftlichen Betätigung in der Armee noch einmal ausdrücklich bekräftigt, nachdem die Forderung immer häufiger erhoben worden war und selbst eine Umfrage des Pentagon eine starke Mehrheit unter den Soldaten für gewerkschaftliche Organisationsfreiheit festgestellt hatte. Andere Bourgeois-Politiker äußern sich bereits skeptisch über die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der „Freiwilligenarmee". Senator Nunn, der Vorsitzende des Senatsausschusses für die Streitkräfte, zeigte sich „besorgt über die Fähigkeit der reinen Freiwilligenarmee, genügend Rekruten anzuziehen". Er forderte die Wiederherstellung der Wehrpflicht in Form eines „Bereitschaftssystems, das die obligatorische Registrierung und physische und geistige Tauglichkeitsprüfungen umfaßt", um notfalls wieder darauf zurückgreifen zu können. (International Herald Tribune, 8.5.78) Der Luftwaffengeneral Davis verließ unter Protest die Kommission zur Reform des Besoldungssystems und polterte, daß nach solchen Kürzungen, wie dort geplant, „die Waffengattungen unmöglich noch, unter der Bedingung reiner Freiwilligkeit, einen Stamm von Karrieresoldaten, wie er gebraucht wird, finden und aufrechterhalten können". (US News & World Report, 24.4.78)

Was diesen US-General zum Feuerspeien bringt, stimmt die Revolutionäre auf der ganzen Welt vergnügt.

Amerikanisches Steuersystem – die Kapitalisten atmen freier

z.hev. Im amerikanischen Standardschulbuch für den politischen Unterricht wird das Kapitel „Steuererhebung" mit einem Zitat aus einem Urteil des Obersten Gerichtshofes eingeleitet: „Die Macht, Steuern zu erheben, ist eine große Macht, auf der das ganze nationale Werk aufgebaut ist. Sie ist so notwendig für die Existenz und das Wohlergehen einer Nation wie die Luft zum Atmen für den Menschen." Damit den Volksmassen die Luft zum Atmen vom Moloch des US-imperialistischen Staates nicht ganz abgedrückt wird, haben sie vor zwei Wochen in einer Volksabstimmung die Senkung der Steuern auf Grund und Boden um 60% durchgesetzt. Dieser Kampf in Kalifornien ist nur die Spitze des Eisberges aller Kämpfe gegen die wachsenden Tributzahlungen für die Abenteuer der US-Imperialisten. Während Carter von Steuersenkungen schwätzt, stiegen allein die Einnahmen der Bundesregierung in Washington von 281 Milliarden Dollar 1975 auf 358 Milliarden Dollar 1977 und haben sich damit seit 1971 nahezu verdoppelt.

Neben der Bundesregierung in Washington, die die Hälfte ihrer Einnahmen über die Lohn- und Einkommensteuer kassiert, holen die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und die Gemeinden zusammen rund noch einmal soviel heraus wie die Bundesregierung. Die Bundesstaaten über die Umsatzsteuer, die Gemeinden über die Vermögenssteuer auf Häuser, Grund und Boden und Kapitalvermögen. Diese Haussteuer wird auf den jeweiligen Marktpreis berechnet, von dem eine Arbeiterfamilie nichts hat, weil sie das Häuschen nicht verkaufen, sondern darin wohnen will. Ein Steuerbeamter kommt in die Wohnung und taxiert die vorhandenen Werte.

Der Anteil aller indirekten Steuern an den Staatshaushalten von Bundesregierung, Staatsregierung und Gemeinden beträgt ein Fünftel, und bei der derzeitigen Diskussion um die „Vereinfachung des Steuer- und Wohlfahrtssystems" hat kein einziger Regierungsvertreter an diesen liebgewonnenen Steuern etwas auszusetzen gehabt. Bei dieser Steuer ist die Sache für die US-Regierung klar: Sie wird eh von den Massen gezahlt. Um so mehr hatten die Senatoren was an der Körperschaftssteuer auf Kapitalvermögen auszusetzen, die vom Gesamtbatzen der Staatseinnahmen von 650 Milliarden nur 50 Milliarden ausmacht. Wie auch die westdeutschen Kapitalisten beklagten sie die „Doppelbesteuerung" auf den Gewinn des Unternehmens und dann noch einmal auf die Dividende. Ähnliches wie in der Bundesrepublik, nämlich die Abzugsfähigkeit der Körperschaftssteuer von der Einkommensteuer, ist in Planung – Teil des „Steuersenkungsprogramms" Carters, obwohl er öffentlich in seiner bekannt biblischen Manier diese „Ungerechtigkeit" beklagt. Die Senkung der Steuern auf den Profit leitet die Steuererhöhung für die Massen ein. Das Programm segelt unter der Fahne „Vereinfachung des Steuersystems". Das „Institut für Armenforschung" an der Universität

sie das Häuschen nicht verkaufen, sondern darin wohnen will. Ein Steuerbeamter kommt in die Wohnung und taxiert die vorhandenen Werte.

Der Anteil aller indirekten Steuern an den Staatshaushalten von Bundesregierung, Staatsregierung und Gemeinden beträgt ein Fünftel, und bei der derzeitigen Diskussion um die „Vereinfachung des Steuer- und Wohlfahrtssystems" hat kein einziger Regierungsvertreter an diesen liebgewonnenen Steuern etwas auszusetzen gehabt. Bei dieser Steuer ist die Sache für die US-Regierung klar: Sie wird eh von den Massen gezahlt. Um so mehr hatten die Senatoren was an der Körperschaftssteuer auf Kapitalvermögen auszusetzen, die vom Gesamtbatzen der Staatseinnahmen von 650 Milliarden nur 50 Milliarden ausmacht. Wie auch die westdeutschen Kapitalisten beklagten sie die „Doppelbesteuerung" auf den Gewinn des Unternehmens und dann noch einmal auf die Dividende. Ähnliches wie in der Bundesrepublik, nämlich die Abzugsfähigkeit der Körperschaftssteuer von der Einkommensteuer, ist in Planung – Teil des „Steuersenkungsprogramms" Carters, obwohl er öffentlich in seiner bekannt biblischen Manier diese „Ungerechtigkeit" beklagt. Die Senkung der Steuern auf den Profit leitet die Steuererhöhung für die Massen ein. Das Programm segelt unter der Fahne „Vereinfachung des Steuersystems". Das „Institut für Armenforschung" an der Universität
von Wisconsin-Madison schlägt folgendes vor: statt einer Progression der Lohn- und Einkommensteuer von derzeit 14 bis 70% eine 33-Prozent-Steuer für Einkommen unter 25000 Dollar im Jahr, eine vierzigprozentige Steuer für Einkommen, die darüber liegen, Abschaffung der Sozialhilfe und Einführung eines Steuerfreibetrags für alle 18- bis 64jährigen von 1000 Dollar, für unter 17jährige von 500 und über 65jährige von 1300 Dollar im Jahr. Nach den statistischen Berechnungen dieses Instituts werden alle, die ab 12000 bis 15000 Dollar im Jahr verdienen, mehr Steuern bezahlen müssen. Für die Kapitalisten sinkt die bisherige Obergrenze von 70% auf 40%. Nach Berechnungen aufgrund von Angaben im „World Almanac 1978" verdiente ein Dockarbeiter in Detroit im Mai 1977 6,08 Dollar die Stunde, aufs Jahr gerechnet einschließlich eines 13. Monatsgehalts bei 40-Stunden-Woche 13600 Dollar; ein Dockarbeiter in Birmingham/Alabama (Südstaat) 9200 Dollar; eine Stenotypistin in San José/Kalifornien 11000 Dollar; und der höchste angegebene Facharbeiterlohn, der eines Elektrikers in Detroit, betrug 19200 Dollar. Rund 70% der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen verdienten 1975 weniger als 15000 Dollar im Jahr – brutto. Die sollen nach diesem Plan für „Existenz und Wohlergehen" der US-Imperialisten sorgen. Kein Wunder, daß der kalifornische Steuerkampf der Carter-Regierung tief in den Knochen sitzt. Und auch mit dem Zangenangriff auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kommt sie nicht durch: In Memphis/Tennessee streikten die Feuerwehrleute. Die Stadt probte den Notstand mit Ausgangssperre und Einsatz der Nationalgarde. Der Streik der Feuerwehrleute steht.

Sozialdemokratische Mäßigkeit

z.evs. Walter Arendt, Präsidiumsmitglied der SPD, wurde mit einer Ausarbeitung zum „Verhältnis von Aussperrung und Streik" in der BRD von diesem Präsidium beauftragt. Am 28. Juni legte er seine Untersuchung vor. Seiner Ansicht nach gibt es in der BRD im Verhältnis zu den anderen westeuropäischen Ländern die größte „Aussperrungsfreiheit" und gleichzeitig das schwächste Streikrecht. Weder das eine noch das andere sei gesetzlich und verfassungsmäßig geregelt. Dessen aber bedürfe es. Arendt geht es um sozialdemokratische Gerechtigkeit; das „überdimensionale Aussperrungsrecht, bei dessen Ausprägung die soziale Funktion des Streikrechts offenbar unberücksichtigt geblieben" ist, muß ins sozialpartnerschaftliche Lot gebracht werden. „Es ist eine Aufgabe der politischen und gesellschaftlichen Kräfte sowie vor allem der Rechtsprechung . . . das Übergewicht der Aussperrung entweder abzubauen oder das Streikrecht entsprechend seiner großen sozialen Bedeutung eindeutig zu verankern." (Zitiert nach: Handelsblatt, 29.6.78) Was „eindeutig verankern" heißt, wird einsichtig, erinnert man sich der markigen Worte von Bundeskanzler Schmidt: Legitimation eines Kampfmittels gibt es nur, wenn „von diesem Kampfmittel kein *unverhältnismäßiger* Gebrauch gemacht wird. Ein Verbot des Übermaßes gilt für unsere ganze rechtsstaatliche Ordnung." Unverhältnismäßigkeit muß also verboten werden. Walter Arendt liefert dazu unzweideutiges Zahlenmaterial:
– 3,50 Mio. Arbeitstage ausgefallen durch Aussperrung;
– 2,43 Mio. Arbeitstage ausgefallen durch Streik bei gleichzeitiger Aussperrung;
– 15,50 Mio. Arbeitstage ausgefallen nur durch Streik (von 1949 bis 1977).
Etwa die Aussperrung verbieten will weder die Koalition noch die CDU/CSU, da ist man sich einig. Die „Rechtsunsicherheit" des Streikrechts muß abgeschafft werden und die Sicherheit des Streikverbots her. Im Disput zwischen Gewerkschaftsspitze und Arbeitgeberverbänden einigt man sich: „Beides – Streik und Aussperrung – garantieren erst das Gleichgewicht der Tarifparteien", so Dieter Kirchner vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Und in diesem Gleichgewicht entspricht notwendigerweise die Verhältnismäßigkeit der Aussperrung der Unverhältnismäßigkeit des Streiks.

Geschäftsmäßige Kriegserklärung an die Dritte Welt

z.hev. Auf der Jahreshauptversammlung der Metallgesellschaft AG, einem Konzern mit 6 Mrd. DM Umsatz, vierzigprozentigem Auslandsanteil und Schwerpunkt Nichteisenmetalle, hielt der Vorstandsvorsitzende Karl Gustav Ratjen eine Rede, die nichts anderes war als eine in geschäftsmäßigem Ton gekleidete Kriegserklärung an die Länder der Dritten Welt. Die Metallgesellschaft ist ein Produkt der Dresdner Bank, der Deutschen Bank, der Allianz-Versicherung, von Siemens und, mit lediglich 16% Anteil, der schweizerischen Gesellschaft für

durch Aussperrung;
– 2,43 Mio. Arbeitstage ausgefallen durch Streik bei gleichzeitiger Aussperrung;
– 15,50 Mio. Arbeitstage ausgefallen nur durch Streik (von 1949 bis 1977).
Etwa die Aussperrung verbieten will weder die Koalition noch die CDU/CSU, da ist man sich einig. Die „Rechtsunsicherheit" des Streikrechts muß abgeschafft werden und die Sicherheit des Streikverbots her. Im Disput zwischen Gewerkschaftsspitze und Arbeitgeberverbänden einigt man sich: „Beides – Streik und Aussperrung – garantieren erst das Gleichgewicht der Tarifparteien", so Dieter Kirchner vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Und in diesem Gleichgewicht entspricht notwendigerweise die Verhältnismäßigkeit der Aussperrung der Unverhältnismäßigkeit des Streiks.

Geschäftsmäßige Kriegserklärung an die Dritte Welt

z.hev. Auf der Jahreshauptversammlung der Metallgesellschaft AG, einem Konzern mit 6 Mrd. DM Umsatz, vierzigprozentigem Auslandsanteil und Schwerpunkt Nichteisenmetalle, hielt der Vorstandsvorsitzende Karl Gustav Ratjen eine Rede, die nichts anderes war als eine in geschäftsmäßigem Ton gekleidete Kriegserklärung an die Länder der Dritten Welt. Die Metallgesellschaft ist ein Produkt der Dresdner Bank, der Deutschen Bank, der Allianz-Versicherung, von Siemens und, mit lediglich 16% Anteil, der schweizerischen Gesellschaft für
Metallwerte. Man kann also getrost davon ausgehen, daß Ratjen die Vorstellungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie entwickelt hat: „Die zukünftige Rohstoffproduktion (wird) unter Standortgesichtspunkten differenzierter zu betrachten sein . . . Die Standortfrage (wird) immer nachhaltiger bestimmt durch die drängende politische Forderung der Entwicklungsländer, neue Kapazitäten in ihren Ländern zu schaffen und die Veredelungstiefe auf dem Rohstoffsektor zu erhöhen. Die Vorteile der Verhüttung im Rohstoffland und mehr noch die Errichtung der ersten Verarbeitungsstufe werden jedoch häufig von diesen Ländern überbewertet." Und zwar angeblich deshalb, weil „der Kapitaleinsatz zu hoch" und „der Beschäftigungseffekt zu gering" sei. Den Ländern der Dritten Welt aber geht es um eine von den imperialistischen Staaten unabhängige Entwicklung ihrer Wirtschaft, und dafür scheuen sie keine Mühen und Kosten. Dem Imperialisten Ratjen geht es um billige Rohstoffe und das Geschäft mit denselben. „Die Verschiffung der Erze und Konzentrate ist in der Regel billiger als die der Rohmetalle." Und Vorteile für Hüttenwerke in den Ländern der Dritten Welt sieht er nur darin, daß die Kosten für den Umweltschutz wegfallen „wegen der geringen Siedlungsdichte" und gleich noch die Energiereserven des Landes in Beschlag genommen werden können. Da lobt er sich die „konkreten Projekte" mit Niob, Tantal und Molybdän – alles Metalle zur Stahlveredelung einschließlich Reaktorstahl –, die „international wohl auch erfreulich" in „einem befreundeten OECD-Land, man kann auch sagen NATO-Land", in Kanada nämlich, in Angriff genommen worden sind.

Eine ganz besondere Art „Abgruppierungsschutz"

Lohngarantie in den VW-Werken / Mittel zur Aushöhlung des Normalarbeitstages

b.roh. Wolfsburg. „Die Unternehmenspolitik wird nach der abgeschlossenen Phase der Konsolidierung von einer Vorwärtsstrategie bestimmt", erklärte der Vorstandsvorsitzende Schmücker auf der Jahreshauptversammlung der VW-Aktionäre am 4.7. „Die Verbesserung der Lohnstruktur bei VW zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit" sei ein vorrangiges Ziel, hat er bei Amtsantritt verkündet.

Von Anfang an war also klar, daß es sich bei der „Verbesserung der Lohnstruktur" nur um ein Programm zur Lohnsenkung handeln konnte. Nicht erst in diesem Jahr, wo die Möglichkeit für die Arbeiter greifbar nahe war, die dauernden Lohnsenkungen zu durchbrechen, hat er dabei die Schützenhilfe der sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre in der Gewerkschaft gehabt. „Lohnsenkungen hat es bei VW nie gegeben. Wir haben schließlich bei VW schon längst die Lohngrantie, die jetzt in Nordwürttemberg/Nordbaden erst erkämpft wird", haben sie im Lohnkampf Anfang des Jahres noch großspurig erklärt. Sie ist im Dezember 1974 ausgehandelt worden als Zehntausende von Arbeitern umgesetzt, bzw. entlassen wurden. Seit 1976 ist sie fester Bestandteil des Manteltarifvertrages.

„Führen betriebsbedingte Maßnahmen zum Wegfall des Arbeitsplatzes, so ist dem betroffenen Lohnempfänger ein anderer gleichwertiger und zumutbarer Arbeitsplatz zuzuweisen", beginnt der entsprechende Absatz über die Lohngarantie im Manteltarifvertrag. Ist dieser Absatz auch ein verschämtes Eingeständnis, daß die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung mit dem Voranschreiten der Arbeitsteilung durch die kapitalistische Rationalisierung zur Senkung der Löhne führt, so jedoch nur, um Spaltung durch Hoffnung auf einen „anderen gleichwertigen, zumutbaren Arbeitsplatz" zu schüren. Indes haben tausende Arbeiter in den letzten Jahren 1974, 1975 und 1976 die Erfahrung gemacht, daß ihr bisheriger Arbeitsplatz ersatzlos überflüssig geworden ist, sei es durch das Auslaufen eines Modells, sei es durch Mechanisierungseinrichtungen. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten, es sei denn, amn entmachtet die Kapitalisten und enteignet sie.

An den Golf-Montagebändern sind höchstens noch ein gutes Drittel 5er und 6er Lohngruppen. Aber auch die werden systematisch geräumt. So sollen z.B. alle 5er Arbeitsplätze umgestellt werden.

Wie die Gesamtentwicklung ist und damit die Absicht, „gleichwertige und zumutbare Arbeitsplätze zuzuweisen", zeigt folgende Tabelle:

Anzahl	30.6.72	30.11.74	30.11.77
Akkordlöhner	20968	25445	27977
Zeitlöhner	21623	16701	14310
gesamt	42591	41146	42287

Mit der Einführung der „Lohngarantie" haben die Kapitalisten sich ein Mittel zur Spaltung geschaffen, um den Normalarbeitstag auszuhöhlen.

Mit der Akkordarbeit ist gleichzeitig noch die Schichtarbeit ausgeweitet worden, denn in allen Akkordabteilungen wird auch Wechselschicht gearbeitet. Der Spaltkeil ist der Lohnausgleich selbst: „Ist das (die Zuweisung eines ‚anderen, gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatzes') nicht möglich, wird ein befristeter Lohnausgleich gezahlt. Der Anspruch auf Lohnausgleich erstreckte sich bei einer Werkszugehörigkeit bis zu fünf Jahren auf längstens 18 Monate, von fünf bis zehn Jahren längstens auf 20 Monate, von 10 bis 15 Jahren auf längstens 22 Monate, von mehr als 15 Jahren längstens auf 24 Monate." Diese Zeit sei ausreichend, ohne Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzukommen, wird geheuchelt. „Wird dem Lohnempfänger, der Lohnausgleich erhält, eine andere zumutbare Arbeit mit der Bezugslohngruppe zugewiesen, so entfällt der Lohnausgleich am Tage der Arbeitsaufnahme." Auf jeden Fall aber, wenn die Frist abgelaufen ist. Das ist so sicher, wie das Amen in der Kirche.

1972 waren von den 42591 Arbeitern im Werk Wolfsburg 14968 in den Lohngruppen bis 3B Akkord, bzw. 6H Zeit eingruppiert, der Rest darüber. Anfang 1977 waren es laut Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Ehlers bereits über 19000. Diese Entwicklung drückt sich auch in den Durchschnittsstundenlöhnen aus, die nach Angaben der VW-AG im Akkordbereich 1975 10,69 DM, 1976 11,22 DM und im Zeitlohnbereich 11,88 DM und 1976 12,56 DM betrugen. Für 1977 gibt die VW-AG keine Durchschnittslohnzahlen an. Rechnet man den Tarifabschluß 1977 von 6,8% darauf, so ergeben sich Durchschnittslöhne von 12,01 DM im Akkordbereich und 13,44 DM im Zeitlohnbereich. Ermittelt man entsprechend der Anzahl der Akkord- und Zeitlöhner den Gesamtdurchschnittslohn, so beträgt der für 1977 12,49 DM. Nach der Lohnverteilung von 1972 müßte sich aber ein Durchschnittslohn von 12,75 DM ergeben. Um 25 Pfennig pro Stunde ist also das Lohnniveau allein durch Abgruppierung und Ausweitung der Akkordarbeit gesenkt worden. Noch eine zweite Entwicklung zeichnet sich bei der Untersuchung der Durchschnittstundenlöhne ab. Liegt der Durchschnittsstundenlohn 1976 im Akkordbereich im Verhältnis zur Tariferhöhung um 5 Pfg./Std. niedriger, so liegt er im Zeitlohnbereich um 4 Pfg./Std. höher. Was sich abzeichnet, ist die Abspaltung insbesondere der Facharbeiter. Dies ist eine weitere „Verbesserung der Lohnstruktur" a la Schmükker und Sozialdemokratie. Daß diese Entwicklung nicht schon krasser ist, liegt einzig daran, daß in den letzten drei Jahren Mindestabschlüsse erkämpft wurden. Es ist absichtsvolles Gerede der Sozialdemokratie, wenn sie jetzt sagen: „Bei den nächsten Lohnverhandlungen kann endlich mal wieder was für die oberen Lohngruppen getan werden. Zumal wir ja die Lohngarantie haben."

Heimerziehung – Zwangsarbeit und Unterdrückung der Jugend

Bürgerliche Presse hetzt gegen den Kampf für Schließung des Birkenhofes Hannover

r.scd. In einer Dokumentation der Heiminitiative Birkenhof Hannover mit Unterstützung eines Sozialarbeiters wurde vor drei Wochen das geschlossene Mädchenheim Birkenhof als Zwangsarbeitsstätte enthüllt und die Unterdrückung und Isolierung der Jugendlichen geschildert sowie die Verabreichung von Psychopharmaka aufgedeckt. (siehe dazu KVZ Nr. 26) Die Presse konnte aufgrund der breit bekanntgewordenen Dokumentation nicht umhin, Teile der Enthüllungen zu veröffentlichen. Von Anfang an war es eine üble Hetze gegen die Forderungen der Jugendlichen im Heim und derer, die sie von außen unterstützen. Zwei Tage nach Bekanntwerden versuchte die „Neue Hannoversche Presse" unter der Überschrift „Neues vom Birkenhof: Liebe für ein paar Mark" die Mädchen als Liebesdienerinnen im naheliegenden Bordellviertel hinzustellen; daß sie alle, wenn sie nur die Möglichkeit haben abzuhauen, dort hingehen, aber nach ein paar Tagen flehend bitten, wieder ins Heim kommen zu dürfen.

Diese Lügen sind Teil eines Manö-

waltschaft und über notwendige Änderungen in der Heimerziehung. Damit sollte aktuell die Bewegung gespalten werden, indem die Forderungen nach Schließung des Heimes und die Beratung der Schritte hierüber verkommen auf eine Alternativdiskussion um neue subtilere Formen der Unterdrückung.

Begierig greift die übrige bürgerliche Pressemeute dies auf und widmet der Heimerziehung ganze Abhandlungen.

Die „Braunschweiger Zeitung" hält dann zur gleichen Zeit einen breit aufgeführten Katalog an Maßnahmen bereit, die allesamt der Vorstellung der Bourgeoisie entsprechen. Für die liebesentziehenden Eltern werden Hortgruppen für 10 bis 15jährige (Kinder von alleinstehenden Müttern und Vätern) vorgeschlagen oder nach dem Bundessozialhilfegesetz die Wegnahme der Kleinkinder von ihren Eltern und Unterbringung bei Pflegefamilien gefordert. Die „verhaltensauffälligen" Kinder sollen bereits im Kindergarten ausgemacht werden, um sie entsprechend zu „fördern".

Für die Jugendlichen, die bis dahin

Am Dienstag, den 4.7. fand eine Kundgebung der Heiminitiative gegen die Unterdrückung und Zwangsarbeit im Mädchenheim Birkenhof Hannover statt. Cirka 200 Jugendliche nahmen daran teil. Anschließend zog ein Teil der Jugendlichen zum Jugendamt, entrollte ein Transparent über der Eingangstür und hielt eine weitere Kundgebung ab.

tanger ein anderer gleichwertiger und zumutbarer Arbeitsplatz zuzuweisen", beginnt der entsprechende Absatz über die Lohngarantie im Manteltarifvertrag. Ist dieser Absatz auch ein ver-

löhner 21623 16701 14310
gesamt 42591 41146 42287

Mit der Einführung der „Lohngarantie" haben die Kapitalisten sich ein

bereits über 19000. Diese Entwicklung drückt sich auch in den Durchschnittsstundenlöhnen aus, die nach Angaben der VW-AG im Akkordbe-

sie jetzt sagen: „Bei den nächsten Lohnverhandlungen kann endlich mal wieder was für die oberen Lohngruppen getan werden. Zumal wir ja die Lohngarantie haben."

Heimerziehung – Zwangsarbeit und Unterdrückung der Jugend

Bürgerliche Presse hetzt gegen den Kampf für Schließung des Birkenhofes Hannover

r.scd. In einer Dokumentation der Heiminitiative Birkenhof Hannover mit Unterstützung eines Sozialarbeiters wurde vor drei Wochen das geschlossene Mädchenheim Birkenhof als Zwangsarbeitsstätte enthüllt und die Unterdrückung und Isolierung der Jugendlichen geschildert sowie die Verabreichung von Psychopharmaka aufgedeckt. (siehe dazu KVZ Nr. 26) Die Presse konnte aufgrund der breit bekanntgewordenen Dokumentation nicht umhin, Teile der Enthüllungen zu veröffentlichen. Von Anfang an war es eine üble Hetze gegen die Forderungen der Jugendlichen im Heim und derer, die sie von außen unterstützen. Zwei Tage nach Bekanntwerden versuchte die „Neue Hannoversche Presse" unter der Überschrift „Neues vom Birkenhof: Liebe für ein paar Mark" die Mädchen als Liebesdienerinnen im naheliegenden Bordellviertel hinzustellen; daß sie alle, wenn sie nur die Möglichkeit haben abzuhauen, dort hingehen, aber nach ein paar Tagen flehend bitten, wieder ins Heim kommen zu dürfen.

Diese Lügen sind Teil eines Manövers, um von dem gefängnisähnlichen Arbeitslager, wie es der Birkenhof ist, abzulenken. Das gelang nicht, der Grad der Bekanntheit und die Auseinandersetzung darum waren so breit geworden, daß zweigleisig verfahren wurde. Während in der „Neuen Hannoverschen Presse" am 20.6. abermals die „Affäre Birkenhof – Ohne Zaun droht Baby-Strich", die Aufrechterhaltung des Gefängnisses Birkenhof der „Verkommenheit der Mädchen" zugeschoben wurde, veröffentlichte die „Hannoversche Allgemeine" des gleichen Verlages Berichte über angebliche Überprüfungen seitens der Bezirksregierung und der Staatsanwaltschaft und über notwendige Änderungen in der Heimerziehung. Damit sollte aktuell die Bewegung gespalten werden, indem die Forderungen nach Schließung des Heimes und die Beratung der Schritte hierüber verkommen auf eine Alternativdiskussion um neue subtilere Formen der Unterdrückung.

Begierig greift die übrige bürgerliche Pressemeute dies auf und widmet der Heimerziehung ganze Abhandlungen.

Die „Braunschweiger Zeitung" hält dann zur gleichen Zeit einen breit aufgeführten Katalog an Maßnahmen bereit, die allesamt der Vorstellung der Bourgeoisie entsprechen. Für die liebesentziehenden Eltern werden Hortgruppen für 10 bis 15jährige (Kinder von alleinstehenden Müttern und Vätern) vorgeschlagen oder nach dem Bundessozialhilfegesetz die Wegnahme der Kleinkinder von ihren Eltern und Unterbringung bei Pflegefamilien gefordert. Die „verhaltensauffälligen" Kinder sollen bereits im Kindergarten ausgemacht werden, um sie entsprechend zu „fördern".

Für die Jugendlichen, die bis dahin für die Fabrikausbeutung nicht zurechtgestutzt sind, wird der Vorschlag unterbreitet, „. . . Minderjährige in angemieteten Einzelzimmern unterzubringen . . . oder pädagogisch begleitete Wohngruppen einzurichten." Alle Maßnahmen, ob offene oder geschlossene Heime, ob durch Hunde oder Sozialarbeiter bewachte, haben kein anderes Ziel als die Rebellion der Jugend zu brechen, die Kontrolle den Eltern bereits im Kleinkindalter zu entziehen und sie, sofern sie sich nicht „freiwillig" in die Fabrik begeben, ins Zwangsarbeitslager zu stecken, wie dies im Birkenhof bereits praktiziert wird.



Am Dienstag, den 4.7. fand eine Kundgebung der Heiminitiative gegen die Unterdrückung und Zwangsarbeit im Mädchenheim Birkenhof Hannover statt. Cirka 200 Jugendliche nahmen daran teil. Anschließend zog ein Teil der Jugendlichen zum Jugendamt, entrollte ein Transparent über der Eingangstür und hielt eine weitere Kundgebung ab.
Inzwischen sind Resolutionen von der Volkshochschule Hannover, von der Schülervertretung Gartenheim-Schule, den Kollegiaten vom Hannover-Kolleg, der Gerhard-Ulhorn-Gemeinde, dem Sozialpolitischen Arbeitskreis der Justizvollzugsanstalt Bückeburg, von Gefangenen der JVA Hannover, dem UJZ Glocksee und der ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit zur Unterstützung des Kampfes gegen den Birkenhof an die Heiminitiative eingegangen.
Das Diakonische Werk, Träger des Heimes, reagierte mit Verschärfung der Bewachung. Die Wachmannschaft wurde von einem auf drei Mann und von einem auf vier Hunde verstärkt.
Entscheidend für die Durchsetzung der Forderungen nach Schließung des Birkenhofes und zur Verfügungstellung der Gebäude für selbstverwaltete Wohnkollektive ist die Stärkung des Kontaktes zwischen den Mädchen im Birkenhof und der Bewegung für diese Forderung außerhalb sowie die Bekämpfung aller Versuche der Bourgeoisie, die Bewegung mit „alternativen" Heimerziehungsmethoden und -modellen auf ihre Fährte zu locken.

Direkt an der Quelle

z.rua. Von den 1977 insgesamt 79703 bei den drei westdeutschen Großbanken Beschäftigten erwarben 51803 im Rahmen der „vermögenswirksamen Leistungen" Belegschaftsaktien. Nicht nur, daß die Bankkapitalisten so das „Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Bank stärken" wollen, behalten sie sich auch die Verfügungsgewalt vor. Die Aktien werden mit Sperrfrist von fünf Jahren in Depots gelagert. Vor den Hauptversammlungen werden die Beschäftigten traktiert, die Bank zu bevollmächtigen, ihr Stimmrecht auszuüben. Ein Weisungsvordruck mit anzukreuzenden Abstimmungsanweisungen wird beigelegt. Gleichzeitig wird gesondert vermerkt, daß davon abgewichen wird, „sollten sich neue Gesichtspunkte ergeben, die eine andere Beurteilung geboten erscheinen lassen". Auf der Vollmacht ist fett gedruckt hervorgehoben, daß die Bankvertreter abstimmen „im Namen dessen, den es angeht". Für die Bankangestellten sind die „Vorzugsaktien" doppelter und dreifacher Beschiß. Nicht nur, daß sie sich von dem einbehaltenen Lohn nach fünf Jahren eh nichts mehr kaufen können, sehen sie auch von der Dividende, an der sich die Finanzbourgeois mästen, nichts. Allein für die Lagerung einer Aktie müssen jährlich 8 DM Depotgebühr entrichtet werden. Die Dresdner Bank hat jetzt aus „Verbundenheit" mit den Beschäftigten das „Vorzugs"angebot von zwei auf drei Aktien und den „Vorzugs"preis von 110 DM auf 125 DM erhöht.

Das war sicher nicht alles, Fasolt!

z.hev. Die Gallionsfigur der westdeutschen Kapitalistenklasse, BDI-Präsident Nikolaus Fasolt, erwies sich als seines Amtes und seiner Klasse würdig. Über Zahlungen für angebliche Gutachten an die Liechtensteiner Firma „Europäische Unternehmensberatungs-Anstalt", deren Chef der Geschäftsführer der CDU-eigenen „Unions Betriebs GmbH" Peter Müllenbach ist, ist die CDU um 40000 DM reicher und Fasolt um 15000 DM an Steuern leichter geworden. Finanzbeamte aus St. Augustin, wohl wissend, daß die Kapitalisten sich ihre Staatsgeschäfte von den Volksmassen bezahlen lassen, sind dahintergekommen und trotz Drohungen hartnäckig am Ball geblieben. Wie soll Fasolt, fragt verzweifelt die „Welt", jetzt noch was zu den Steuern sagen?

Aufhebung des Nachtbackverbots durch seine „Anwendung"

z.wig. 500000 Verbraucher will die „Aktionsgemeinschaft deutscher Bäcker" für die Abschaffung des Nachtbackverbotes „mobilisieren". Die Aktionsgemeinschaft, in der die Großbäckereien organisiert sind, will mit dieser Kampagne die kleinen Bäkker vollends in den Ruin treiben, die das Verbot durchbrechen, um sich gegenüber der Konkurrenz der Großbäckereien über Wasser halten zu können. Wird das Nachtbackverbot aufgehoben, das die Herstellung von frischen Backwaren zwischen 22 Uhr abends und 4 Uhr morgens verbietet, können die Großbäckereien die Schichtarbeit rund um die Uhr einführen. Mit ihrer Kampagne wollen die Bäckereikapitalisten die verschärfte Anwendung des Nachtbackverbots in den Handwerksbetrieben durchsetzen, um sodann unter Berufung auf die bereits 1968 vom BVG festgestellten „Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Verbots" die Nachtarbeit gesetzlich durchzusetzen.

Richterbund für Gesetze gegen „Verfahrensmißbrauch"

z.vom. Der Bundestag hat am 8.6. das Gesetzespaket zur „Beschleunigung des Strafverfahrens" verabschiedet; dadurch sollen die Rechte des Angeklagten und der Verteidigung weiter eingeschränkt werden, die Bourgeoisie will Verurteilungen schnell

Kautschuk-Kapitalisten weiter frech – Nicht locker lassen!

Geschäftsbericht Conti: Personalausgaben von 42,3% auf 41,7% an den Gesamtkosten gesenkt

r.gef. Nach der dritten Verhandlungsrunde haben die Kautschukkapitalisten 0,1 Prozent mehr angeboten. In Hamburg hatte die Kautschukindustrie bereits mit 4,3% abgeschlossen, jetzt wollen die Kapitalisten noch unter diesen Abschluß gehen. In Hessen haben die Kapitalisten gleich überhaupt kein Angebot gemacht.

So frech konnten sie werden, nachdem der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung bei Conti, das das größte Werk im Tarifgebiet Niedersachsen ist, keine einheitliche Taktik entwickelten. Sogar im Betriebsrat konnte sich mit 20 : 6 eine Position durchsetzen, daß die Betriebsversammlung in diesem Monat nicht durchgeführt werden soll. Spaltung in der Arbeiterklasse nutzt die Kapitalistenbande gleich aus, um die Arbeiter in ihren Lohnforderungen zu drücken. Dies müssen aber auch die Sozialdemokraten gemerkt haben, so daß sie diesmal ein ein bißchen freches Flugblatt nach den gescheiterten Verhandlungen gegen die Kapitalisten verteilten. Dort steht:

„Die Verhandlungsangebote sind ungenügend und bieten keine geeignete Grundlage für einen Tarifabschluß. Deshalb ist eine Schlichtung für den 14.7.78 einberufen worden. Am Dienstag, dem 11.7.78 soll noch einmal der Versuch gemacht werden, die Arbeitgeber von ihrer starren Haltung abzubringen. Gelingt das nicht, so tragen sie die Verantwortung für die dann unausweichlichen Konflikte.“

Den Kautschukkapitalisten kann man nur entgegentreten, wenn jetzt die Interessen der Arbeiter einheitlich vertreten werden. Daß die Kapitalisten viel zu verteidigen haben, und daß die Arbeiter in der Kautschukindustrie sich wehren müssen, wird am neu veröffentlichten Geschäftsbericht der Conti-Werke deutlich:

Der Umsatz der Conti-AG ist im letzten Jahr um 5,6% auf 1,518 Milliarden DM gestiegen. Stolz sind die Kapitalisten, den Pro-Kopf-Umsatz um 8,7% gesteigert zu haben, von 77 100 auf 83 800 DM. Um dabei weiter voran zu kommen, sind einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. „Erstmals wurden 1977 sowohl bei Pkw- als auch bei Lkw-Stahlgürtelreifen Engpässe, wenn auch nicht in der Infrastruktur, so doch in der Maschinenkapazität sichtbar, die zu entsprechenden Investitionsmaßnahmen geführt haben ... Bis 1980 sind 300 Millionen Investitionen vorgesehen. Die Mittel werden hauptsächlich für Rationalisierungen und Kapazitätserweiterungen im Rahmen der Umstrukturierung unserer Fabriken eingesetzt.“

(Geschäftsbericht 1977) Die Umstrukturierung der Conti-Fabriken ist in vollem Gange. Das Werk Hannover-Stöcken soll die Lkw-Reifenproduktion konzentrieren, die lohnintensiven Pkw-Reifen sollen in Korbach und Sarreguemines (Frankreich) gefertigt werden. Technische Artikel sollen mehr und mehr ins Werk Hannover-Limmer verlagert werden.

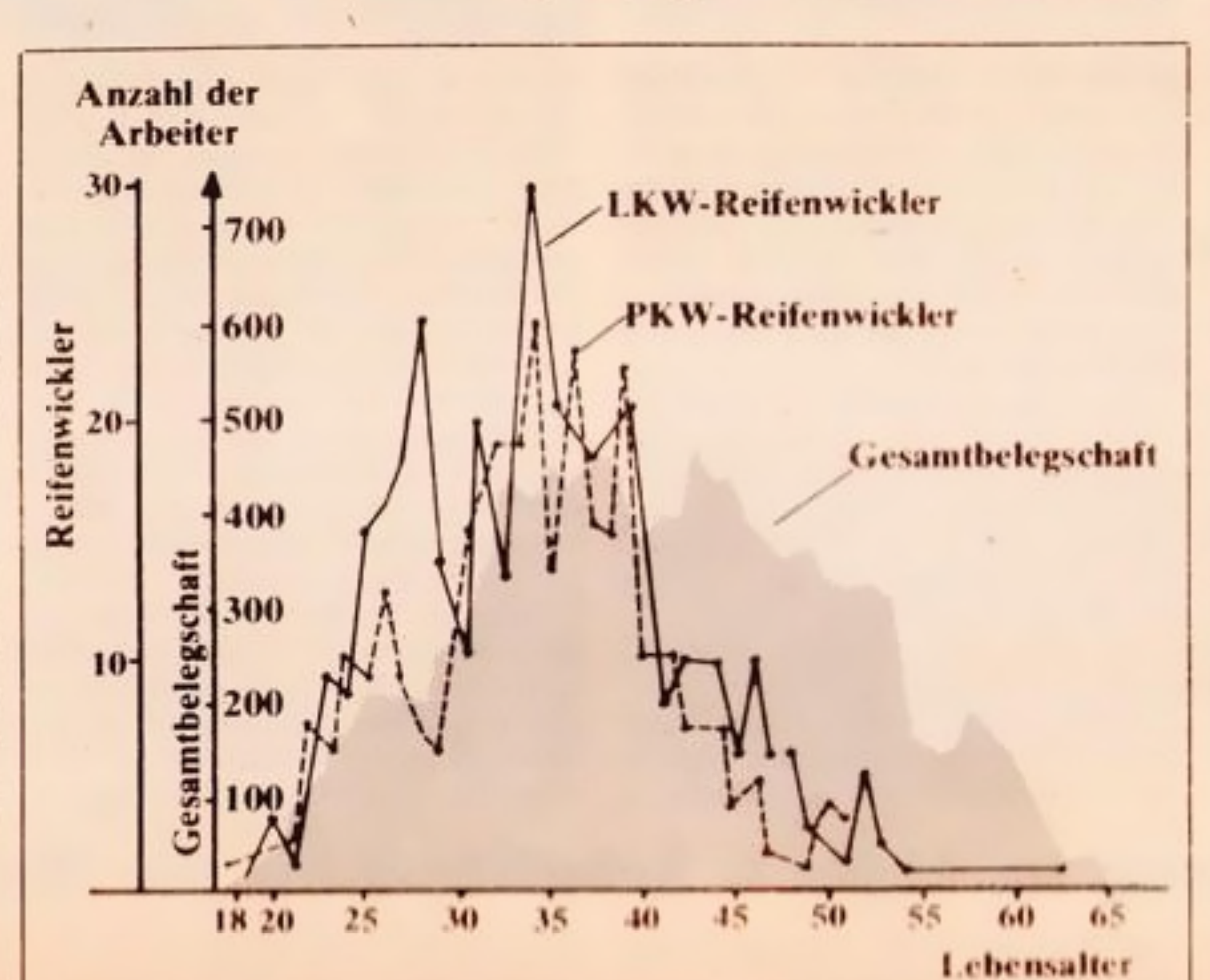
Die Arbeiter werden mit „umstrukturiert“. 1976 wurden allein mehr als 1 100 Arbeiter in andere Abteilungen umgesetzt (bei 13 800 Arbeitern fast ein Zehntel). 1977 waren es über 600, die umgesetzt wurden. Besonders die Arbeiter im Werk Hannover-Vahrenwald sind davon betroffen. Ganze Abteilungen mußten mit den Maschinen in andere Werke überwechseln. Erst mal umgesetzt, geht es an die Akkordwerte und an den Lohn. Bis zu einer DM weniger Lohnkosten brachten die einzelnen Umsetzungen für die Kapitalisten. Mit dem von Lohauß (Personalchef des Vorstands und Vorsitzender des Kautschukkapitalistenverbandes Niedersachsen) geforderten „Verständnis und Mitwirkung“ ist es jedoch nicht weit her. Ein beständiger Kleinkrieg wird gegen die Umsetzungen geführt. Als aus einer Abteilung in Vahrenwald mehr als zehn Arbeiter auf Arbeitsplätze mit weniger Lohn umgesetzt werden sollten, weigerten sich die Arbeiter. Daraufhin wurde einer der Arbeiter in eine andere Abteilung „ausgeliehen“, in der Drei-Schicht bei 95% Luftfeuchtigkeit geschuftet werden muß. Der Arbeiter ist so lange zum Personalbüro und zum Betriebsrat gegangen, bis er wieder in der alten Abteilung war.

Diese Kampfkraft der Conti-Arbeiter ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge, wollen sie doch unbedingt eine neuerliche Lohnsenkung für ihre Pläne durchsetzen. War der Vorstand mit dem Rückgang der Personalkosten auf die Gesamtkosten im letzten Jahr von 42,3% auf 41,7% zufrieden, so ist ihm der „Personalaufwand pro Mitarbeiter“ entschieden zu stark gestiegen (plus 7%), was im wesentlichen auf den letztjährigen Tarifabschluß von 6% zurückzuführen sei. Also sieht sich der Vorstand erneut vor der Aufgabe, „unsere Mitarbeiter in hohem Maße zu fordern“ (Geschäftsbericht).

Die Forderungen der Kautschukarbeiter für die Lohnrunde stehen seit langem: 7%, 60 Pfennig für die Lohngruppen I und II, Erhöhung der tariflichen Zeitlohnzulage von 40 auf 60 Pfennig. In den Abteilungen wollen die Arbeiter gegen das Angebot der Kapitalisten Kampfmaßnahmen einleiten.

Daß der Vorstand unter Druck gesetzt werden muß, daß ein Streik ihn in die Knie zwingen kann, wird in den Abteilungen diskutiert; auch daß dazu Vertrauensleutesitzungen und Betriebsversammlungen in den einzelnen Werken dringend erforderlich sind, um die Einheit für die Kampfmaßnahmen herzustellen. Doch Vertrauensleutesitzungen hat es seit Anfang Mai nicht mehr gegeben, obwohl sie normalerweise monatlich stattfinden. Die letzte Betriebsversammlung gab es Anfang März.

Wenn die Vorgespräche am 11. überhaupt was bringen sollen, muß die Verhandlungskommission ja irgendwas Neues gegenüber den Kapitalisten vorweisen können. Ein Beschluß einer Vertrauensleutesitzung, daß die Verhandlungskommission die Forderung durchsetzen soll, würde schon erheblichen Druck ausüben. Denn eines wissen die Conti-Kapitalisten: wenn sich die Arbeiter in diesem alten Betrieb einig sind, können die Arbeiter auch schwierige Kämpfe führen.



„Mit 40 Jahren ist man als Reifenwickler zerschlissen“ – was auf der Conti jeder Arbeiter weiß. Diese Statistik, die die Altersstruktur der PKW- und LKW-Reifenwickler mit der Altersstruktur der Gesamtbelegschaft vergleicht, bestätigt es. Obwohl die Conti für die besonders harte Arbeit der LKW-Reifenwickler schon seit langem nur noch Männer „mit Gardemaß und Olympianorm“ einstellt, wie es in der Belegschaft heißt. Aus ihnen kann mehr Profit mit schnellerem Arbeitstempo gepreßt werden.

BASF senkt „Lohnnebenkosten“

z.alw. „Lohnnebenkosten der BASF gesunken“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“. In ihrem „Sozialbericht“ hatte die BASF AG im Jahre 1975 festgestellt, daß auf jede 100 DM Lohn 102,27 DM „Lohnnebenkosten“ kommen. 1976 waren es 102,05 DM und 1977 bloß noch 98,48 DM. Unter Lohnnebenkosten sind im „Sozialbericht“ Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Lohnfortzahlung sowie der Anteil, den die Kapitalisten an die Sozialversicherungen zahlen, aufgeführt; außerdem die Gelder für die Werksarztstationen, für Sicherheitseinrichtungen und die Löhne für die freigestellten Betriebsratsmitglieder usw. Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ haben die BASF-Kapitalisten vor allem erreicht durch die Kürzung des Weihnachtsgeldes („Jahresprämie“) von 170% auf 135% eines Monatslohns. Dadurch haben sie allein 33,1 Mio. DM am Lohn gekürzt. Bei den „vermögenswirksamen Leistungen“ haben sie 12,6 Mio. DM weniger gezahlt als 1976, eine Kürzung um 28%. Die Lohngelder für Lohnfortzahlung, Urlaub und Wochenfeiertage sind gerade um 0,87% gestiegen, während die Lohnsumme um 6,26% gestiegen ist. Offensichtlich haben sie gleichzeitig die Löhne gedrückt und die Zahl der Krankmeldungen gesenkt. Dadurch haben sie insgesamt 18,1 Mio. DM weniger gezahlt. Hinter dem Sinken der „Lohnnebenkosten“ steckt Raub am Lohn der BASF-Arbeiter.

Bayer: Zwei neue Werke in den USA

z.dis. In diesem Jahr hat der Bayer-Konzern in den USA das Pharmazie-Werk Miles Laboratories („Alka-Selzer“) und die Lackfabrik Allegheny Ludlum Industries gekauft. Damit setzt Bayer inzwischen 4 Milliarden DM auf dem amerikanischen Markt um, fast zwei Drittel des Umsatzes in der Bundesrepublik; drei Viertel dieses Umsatzes läßt Bayer durch amerikanische Arbeiter und Angestellte produzieren. Die USA sind der größte Absatzmarkt für chemische Produkte; knapp 24% der ganzen Weltproduktion werden in den USA umgesetzt. Wer also im Konkurrenzkampf der Chemiemonopole die erste Geige spielen will, muß sich wachsende Teile an diesem Markt erobern. Deshalb sind die westdeutschen Chemiemonopole auch längst vom Export in die USA zur direkten Produktion in den USA übergegangen. Bayer ist dabei am weitesten vorgedrungen und beutet inzwischen etwa 15 000 amerikanische Arbeiter aus. In Pittsburg besitzen die Bayer-Kapitalisten die Mobay Chemical Corporation mit 5 000 Beschäftigten. Im Werk Martinsville plant Bayer jetzt eine Eisenoxid-Pigment-Anlage mit einer Leistung von 40 000 Jahrestonnen. Im Werk Cutter Laboratories in Berkeley produzieren 4 600 Arbeiter und Angestellte Arzneimittel, bei deren Verkauf der Bayer-Konzern Riesenprofite realisiert. „Umsatz überdurchschnittlich erhöht“ – durch solche Sirenengesänge werden die Kapitalströme angelockt, um die Schranken gegen die Ausbeutung weiter einzureißen.

Berufskrankheiten in Chemie-industrie steigen sprunghaft

Vulkanarbeiter wenden sich gegen Zeitaufnahmen und höheren Akkord

Koschnick kann die Vulkanarbeiter nicht hinters Licht führen

r.ped. „Wo ist noch der freie Wettbewerb, wo ist die freie Marktwirtschaft, wenn irgendwo in Afrika, Asien, Amerika oder auch in Europa eine Nation sagt, innerhalb von 200 Seemeilen vor seiner Küste dürfe nicht mehr frei ge-

Kleid der „Unterstützung“ der Beschlüsse der IGM-Schiffbaukonferenz, wetterte gegen die „Billig-Flaggen-Flotten“, weil diese die Sicherheitsbestimmungen auf den Schiffen mißachteten und damit den Werftarbeitern

klärte der Arbeiter unter dem Beifall der Versammlung.

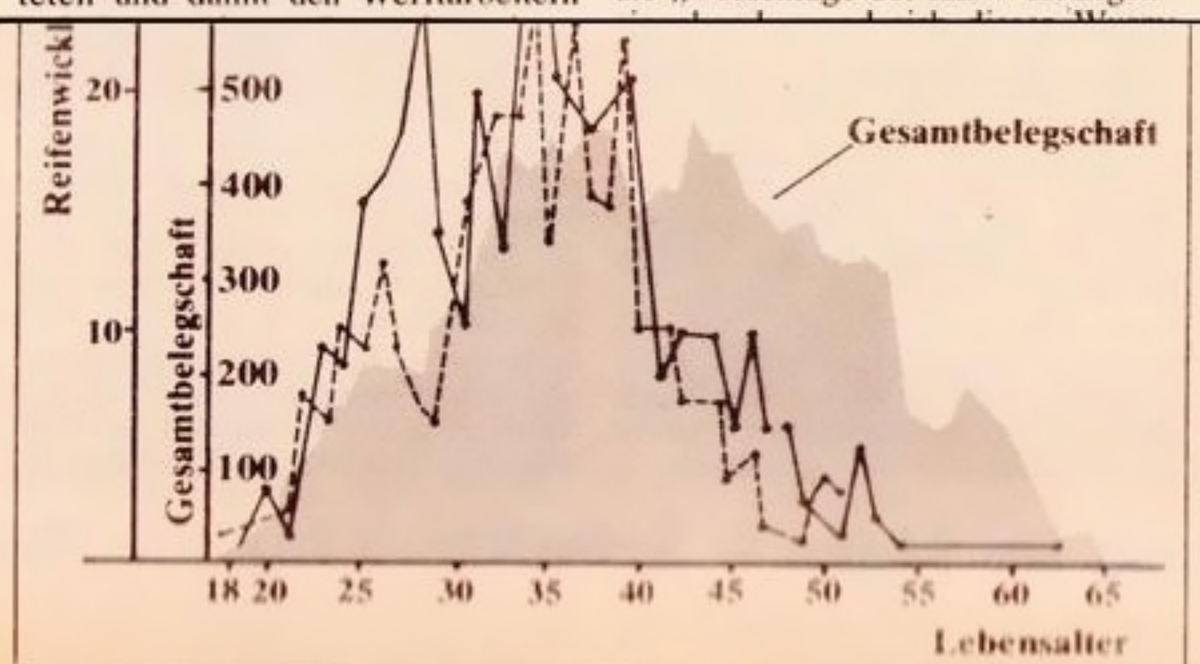
Sichtlich ins Schleudern kam Koschnick, als dies enthüllt wurde. Auf die „Vorschläge der KBW-Kollegen“

bekanntlich noch gar nichts geklärt. Geglaubt hat ihm das keiner und er hat sich nach den „Fragen an den Referenten“ schnell verdrückt, bevor der Tagesordnungspunkt „Aussprache“ begann. Dort wurde dann der Betriebsrat

die Arbeitgeber von ihrer starren Haltung abzubringen. Gelingt das nicht, so tragen sie die Verantwortung für die dann unausweichlichen Konflikte.“

Den Kautschukkapitalisten kann man nur entgegentreten, wenn jetzt die Interessen der Arbeiter einheitlich vertreten werden. Daß die Kapitalisten viel zu verteidigen haben, und daß die Arbeiter in der Kautschukindustrie sich wehren müssen, wird am neu veröffentlichten Geschäftsbericht der Conti-Werke deutlich:

Der Umsatz der Conti-AG ist im letzten Jahr um 5,6% auf 1,518 Milliarden DM gestiegen. Stolz sind die Kapitalisten, den Pro-Kopf-Umsatz um 8,7% gesteigert zu haben, von 77 100 auf 83 800 DM. Um dabei weiter voran zu kommen, sind einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. „Erstmals wurden 1977 sowohl bei



„Mit 40 Jahren ist man als Reifenwickler zerschlissen“ – was auf der Conti jeder Arbeiter weiß. Diese Statistik, die die Altersstruktur der PKW- und LKW-Reifenwickler mit der Altersstruktur der Gesamtbelegschaft vergleicht, bestätigt es. Obwohl die Conti für die besonders harte Arbeit der LKW-Reifenwickler schon seit langem nur noch Männer „mit Gardemaß und Olympianorm“ einstellt, wie es in der Belegschaft heißt. Aus ihnen kann mehr Profit mit schnellerem Arbeitstempo gepreßt werden.

lungen diskutiert; auch daß dazu Vertrauensleutesitzungen und Betriebsversammlungen in den einzelnen Werken dringend erforderlich sind, um die Einheit für die Kampfmaßnahmen herzustellen. Doch Vertrauensleutesitzungen hat es seit Anfang Mai nicht mehr gegeben, obwohl sie normalerweise monatlich stattfinden. Die letzte Betriebsversammlung gab es Anfang März.

Wenn die Vorgespräche am 11. überhaupt was bringen sollen, muß die Verhandlungskommission ja irgendwas Neues gegenüber den Kapitalisten vorweisen können. Ein Beschluß einer Vertrauensleutesitzung, daß die Verhandlungskommission die Forderung durchsetzen soll, würde schon erheblichen Druck ausüben. Denn eines wissen die Conti-Kapitalisten: wenn sich die Arbeiter in diesem alten Betrieb einig sind, können die Arbeiter auch schwierige Kämpfe führen.

z.dis. In diesem Jahr hat der Bayer-Konzern in den USA das Pharmazie-Werk Miles Laboratories („Alka-Selzer“) und die Lackfabrik Allegheny Ludlum Industries gekauft. Damit setzt Bayer inzwischen 4 Milliarden DM auf dem amerikanischen Markt um, fast zwei Drittel des Umsatzes in der Bundesrepublik; drei Viertel dieses Umsatzes läßt Bayer durch amerikanische Arbeiter und Angestellte produzieren. Die USA sind der größte Absatzmarkt für chemische Produkte; knapp 24% der ganzen Weltproduktion werden in den USA umgesetzt. Wer also im Konkurrenzkampf der Chemiemonopole die erste Geige spielen will, muß sich wachsende Teile an diesem Markt erobern. Deshalb sind die westdeutschen Chemiemonopole auch längst vom Export in die USA zur direkten Produktion in den USA übergegangen. Bayer ist dabei am weitesten vorgedrungen und beutet inzwischen etwa 15 000 amerikanische Arbeiter aus. In Pittsburg besitzen die Bayer-Kapitalisten die Mobay Chemical Corporation mit 5 000 Beschäftigten. Im Werk Martinsville plant Bayer jetzt eine Eisenoxid-Pigment-Anlage mit einer Leistung von 40 000 Jahrestonnen. Im Werk Cutter Laboratories in Berkeley produzieren 4 600 Arbeiter und Angestellte Arzneimittel, bei deren Verkauf der Bayer-Konzern Riesenprofite realisiert. „Umsatz überdurchschnittlich erhöht“ – durch solche Sirenengesänge werden die Kapitalströme angelockt, um die Schranken gegen die Ausbeutung weiter einzureißen.

Vulkanarbeiter wenden sich gegen Zeitaufnahmen und höheren Akkord

Koschnick kann die Vulkanarbeiter nicht hinters Licht führen

r.ped. „Wo ist noch der freie Wettbewerb, wo ist die freie Marktwirtschaft, wenn irgendwo in Afrika, Asien, Amerika oder auch in Europa eine Nation sagt, innerhalb von 200 Seemeilen vor seiner Küste dürfe nicht mehr frei gefangen werden, obwohl wir seit Grotius – 1640 ungefähr – außerhalb der Reichweite des damaligen Kanonenschußes freie Meere für Durchfahrt und Fischfang hatten“ und „ich sage ehrlich, ich gehe auch einen anderen Weg“, so haute Hans Koschnick im März 1978 vor der Industrie- und Handelskammer in Bremerhaven aufs chauvinistische Donnerblech.

Auf die Betriebsversammlung der Vulkan Werft hatte er sich seit Jahren nicht getraut. Ahnungsvoll packte er seinen Angriff auf die Völker der Dritten Welt, die Arbeiterklasse und die imperialistischen Konkurrenten ins Kleid der „Unterstützung“ der Beschlüsse der IGM-Schiffbaukonferenz, wetterte gegen die „Billig-Flaggen-Flotten“, weil diese die Sicherheitsbestimmungen auf den Schiffen mißachteten und damit den Werftarbeitern Arbeit wegnehmen täten, wie er einem auszuarbeitenden Umstrukturierungskonzept für die Werften öffentliche Gelder versprach. Und wenn Rationalisierung, dann auf keinen Fall zu Lasten der älteren Arbeiter, die diese Werft aufgebaut hätten. Das war dann die einzige Stelle, wofür er Beifall erhielt. Ob denn zu den älteren Arbeitern nicht auch die Rentner zu zählen wären, fragte ihn prompt daraufhin ein älterer Arbeiter und daß er doch einmal erklären sollte, ob die laufenden Kürzungen der Renten etwa die „Aufbauleistungen der älteren Arbeiter“ berücksichtigen würden? Im Gegenteil, wäre das eineRiesensauerei, erklärte der Arbeiter unter dem Beifall der Versammlung.

Sichtlich ins Schleudern kam Koschnick, als dies enthüllt wurde. Auf die „Vorschläge der KBW-Kollegen“ eingehend, wand sich dieser Wurm: Nicht eine Erhöhung der Löhne von 3,5% sondern der Gewinne um 3,5% hätte er als Skandal bezeichnet und bezüglich einer neuen Steuerreform sei

In seiner Rede vor der IHK Bremerhaven hatte Koschnick eine 3,5% Lohnerhöhung als „einen Skandal“ und zu hoch angegriffen, und Steuersenkungen für die Kapitalisten und -erhöhungen auf den Lohn in Aussicht gestellt, „um die Beträge im Unternehmen zu belassen, damit sie arbeiten können“, wobei insbesondere „das Herausnehmen auf der Lohnseite nicht gefördert werden sollte“.

bekanntlich noch gar nichts geklärt. Geglaubt hat ihm das keiner und er hat sich nach den „Fragen an den Referenten“ schnell verdrückt, bevor der Tagesordnungspunkt „Aussprache“ begann. Dort wurde dann der Betriebsrat unterstützt, vorzugehen gegen Zeitaufnahmen, gegen die Drohung des Akkordbüros gegenüber Akkordschreibern, daß diese nicht höhere Akkorde als 135% – also unter dem Werftdurchschnitt – abgeben sollten, gegen 51 geplante Umbesetzungen und gegen die Einführung von Kurzarbeit im Maschinenbau. Seinem Ideal von Arbeitern mit Kolonialsöldnermentalität ist Koschnick nicht näher gekommen. Seine ewig ausgesprochene Angst, daß „ins Rathaus hineingeschossen wird“, hat gewiß neue Nahrung erhalten und wird ihn wohl neuerlich auf „Kanonenschußreichweite entfernt halten“.

über die Bühne kriegen (vgl. KVZ Nr. 25/78). Die CDU/CSU-Fraktion hat diesem Gesetzespaket nicht zugestimmt, sie will über den Bundesrat weitere reaktionäre Maßnahmen durchsetzen. Der Deutsche Richterbund gibt dabei Zunder. Der Präsident des Richterbundes Leo Witte bezeichnete in Hinblick auf die Abwicklung von Prozessen gegen mutmaßliche Terroristen gesetzliche Maßnahmen gegen den „Mißbrauch von Verfahrensrechten“ als „dringlich“. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Angeklagten aus der Terrorszene und ihre Rechtsanwälte die Wahrheitsfindung zu vereiteln suchten.

Mahlein „kämpft“ für 35-Stunden-Woche

z.ulg. Vor einem Monat hat die Tarifkommission der IG Druck und Papier für den neuen Manteltarifvertrag die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufgestellt. Der Sozialdemokrat Mahlein setzt jetzt alles daran, den Zusammenschluß der Druckarbeiter für diese Forderung von vornherein zu zersetzen. „Die Folgen dieser Arbeitszeitverkürzung könnten die Unternehmen nach Ansicht von Mahlein mit den neuesten Techniken und mit höheren Leistungen auffangen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6.78) Dazu bietet er den Kapitalisten „Stufenpläne“ an, „bei denen besonders belastete Arbeitergruppen mit Vorzug behandelt werden müßten“. Um zu begründen, warum kein Verbot der Überstunden gefordert wird, behauptet E. Ferlemann in der letzten „druck und papier“:

„Es ist klar zu belegen, daß jeder bisherigen Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf tariflicher Ebene eine Reduzierung der effektiv geleisteten Arbeitszeit im gleichen Umfang folgte.“ „Klar zu belegen“ ist das Gegenteil: Der 40-Stunden-Woche 1965 folgte bis 1969 ein Ansteigen der durchschnittlichen Überstundenzahl auf 4,3 wöchentlich (1977: 2,9). Von der Schichtarbeit spricht Ferlemann erst gar nicht. Wenigstens der Einführung von Contischicht würde freilich durch die geforderte Streichung der zahlreichen Ausnahmen von der Fünftagewoche ein gewisser Riegel vorgeschoben.

Nun doch Sommerzeit?

z.diz. Noch vor drei Monaten hat es geheißen, weil der DGB und der Bauernverband dagegen seien, sei auch die SPD dagegen. Jetzt hat der Bundestag einstimmig beschlossen, die Bundesregierung zur Einführung der Sommerzeit zu ermächtigen, die aber „unter den gegebenen Umständen“ davon keinen Gebrauch machen will. Wehner und einige „linke“ SPDler haben sich der Stimme enthalten. Vorsorglich. Denn was bringt den Arbeitern und Bauern der längere Tag außer weniger Schlaf? Zweimal war die Sommerzeit in Deutschland schon eingeführt: im Ersten und Zweiten Weltkrieg „aus kriegswirtschaftlichen Gründen“.

„Bis zur Halbzeit 116 Gesetze verabschiedet“

z.diz. Das Presse- und Informationsamt des Deutschen Bundestages schwelgt in Zahlen: 9800 Anfragen, 1952 Drucksachen, 203 Gesetzesvorlagen, 196 Gesetze in erster und 116 Gesetze in zweiter und dritter Lesung behandelt (davon immerhin *12* kontrovers) – und das alles in zwei Jahren! – Wir haben auch ein bißchen gerechnet: Pro Gesetz haben sie 30 Stunden gebraucht (40-Stunden-Woche, sechs Wochen Urlaub), eine Drucksache ist nach knapp zwei Stunden erledigt, eine Anfrage in einer halben. An Diäten u.ä. haben sie pro Gesetz 2 136 293 DM eingestrichen (insgesamt eine Viertelmilliarde), pro Drucksache 126 951 DM. Eine Anfrage kostete immerhin noch 25 286 DM. 135 DM hat jeder Abgeordnete in der Stunde verdient.

Berufskrankheiten in Chemieindustrie steigen sprunghaft

z.dis. Über 50 000 Arbeitsunfälle verursachte die Profitproduktion in der Chemieindustrie im letzten Jahr. Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle sank zwar von 55 000 auf 52 000, als unausweichliche Folge der kapitalistischen Antreiberei steigen aber die Berufskrankheiten in der chemischen Industrie beständig seit Jahren, von 1976 bis 1977 von 1 600 auf 1 800 festgestellte Berufskrankheiten. Im Jahr davor von 1 500 auf 1 600. Beschleunigter Anstieg der Berufskrankheiten bei gleichzeitigem Sinken der *gemeldeten* Arbeitsunfälle ist ein untrügliches Zeichen der gewaltig gesteigerten Arbeitshetze bei gleichzeitigem Sinken des Reallohns, weil Arbeitsunfälle einfach nicht mehr gemeldet werden, der Meister das Weiterarbeiten erzwingt trotz Verletzung, was unweigerlich zum beschleunigten und frühzeitigen Ruin der Arbeitskraft führt. Jeder 16. Chemiearbeiter hatte 1977 einen Arbeitsunfall, d.h. daß es praktisch in jeder Abteilung mindestens einen Unfall gab. Die häufigste Form der Berufskrankheit ist die Lärmschwerhörigkeit und die Lärmtaubheit mit 40% der Berufskrankheitsfälle. 12-Stunden-Wechselschicht, Überstunden, Sonderschichten an den lärmenden Maschinen führen immer häufiger schon bei jungen Arbeitern dazu, daß sie nichts mehr hören. Überdurchschnittlich hoch sind in der Chemieindustrie auch die Wegeunfälle, die Unfälle auf der Fahrt in die Fabrik und zurück. Knapp 8 000 im letzten Jahr. Die hohe Konzentration des Chemiekapitals in den Riesenwerken in Ludwigshafen, Höchst und Leverkusen zwingt die Chemiearbeiter zu stundenlangen Anfahrtswegen mit dem Auto.

Strukturreform soll „göttliche Ordnung" aufrechterhalten

z.ere. Mit missionarischem Eifer versuchte Helmut Schmidt jüngst in Afrika den kämpfenden afrikanischen Völkern die „Gleichheit vor Gott" zu predigen. Kaum zurück, sinnierte er über die „Art und Weise, wie die geistliche und kirchliche Ordnung aufrechterhalten" werden kann. Eine sich vehement fortsetzende „schicksalhafte Lösung von religiösen Bindungen" zieht herauf. Die „inneren Bindungen, seien es Bindungen an die Kirche, seien es sittliche Grundhaltungen", alles hat sich gelockert. Ein allgemeiner „Hang zur Anspruchshaltung" droht das „gottgewollte Gefüge" aus den Angeln zu heben, statt einer „Neigung zur Beitragshaltung", die die inneren Werte festigen würde. Durch „Indiskretion", wie es heißt, wurde auf der „Berliner Synode der Evangelischen Kirche" bekannt, daß eine große Zahl kirchlicher Angestellter einer diakonischen Institution aus der Kirche ausgetreten ist. Sie wollen die „Autonomie der Kirche durch Tarifbindungen an die Gewerkschaften aufheben", anstatt die Tarifverträge im „Geiste der Partnerschaft von Dienstgeber und Dienstnehmer zu ordnen". Die Neigung zur Beitragshaltung will die Westberliner Synode jetzt fördern durch den Abbau von 330 Personalstellen vor allem im diakonischen Bereich. Den verbleibenden Angestellten sollen dadurch 3 Mio. DM an „Mehreinnahmen" abgepreßt werden. Von dem Verkauf einer Reihe „unzulänglich genutzter großer Kirchengebäude" versprechen sich die Synodalen neben dem kräftigen Verkaufserlös weiterhin Einsparungen von 17 Mio. DM. Vom Handel mit Gott und seinen Häusern versprechen sich die frommen Männer ein gutes Geschäft. Das „jenseitige Glück" sei nur denen hold, die ihre „Energie auf das Diesseits richten", ließen sie verkünden.

Britische Sozialdemokraten fälschen Kampf für Arbeitszeitverkürzung um

z.jon.London. Die internationalen Telefonverbindungen in Großbritannien waren am Donnerstag, dem 7. Juli, stundenlang durch einen Streik von 1400 Fernmeldetechnikern unterbrochen. Weitere 1500 Posttechniker traten in den Streik, weil einer ihrer Kollegen entlassen werden sollte, der sich im Rahmen einer gewerkschaftlichen Boykottaktion geweigert hatte, eine neue Telefonleitung zu installieren. Weitere Streikaktionen fanden in Liverpool und Schottland statt. Die Gewerkschaft der Posttechniker hat als erste der britischen Gewerkschaften Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche eingeleitet. Seit dem 1. Oktober verweigern ihre Mitglieder den Einbau jeglicher neuer Maschinerie und haben damit den Ausbau des Systems „mechanisierter Briefpostämter" bereits stark verzögert.

Die Kongresse fast aller britischen Gewerkschaften in den letzten Monaten haben die Forderung nach der 35-Stunden-Woche beschlossen. Das ist Ausdruck des Kampfes der britischen Arbeiterklasse gegen die Verlängerung des Arbeitstages und die Intensivierung der Arbeit. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vor allem der großen Gewerkschaften, die in den letzten drei Jahren führend darin waren, das Lohnsenkungsprogramm der britischen Bourgeoisie durchzusetzen, versuchen sich an die Spitze dieser gerechten Bewegung zu stellen. Sie tun es ihren sozialdemokratischen Parteifreunden in Westdeutschland und in ganz Westeuropa gleich. Sie sind sich mit ihnen einig, daß es darauf ankommt, den Kampf für die Verkürzung des Normalarbeitstages in eine Gelegenheit für die Intensivierung der Arbeit, für die Ausdehnung der Schicht- und Akkordarbeit umzufälschen. Gemeinsam sind sie unlängst mit dem zuständigen EG-Kommissar Vredeling zusammengetroffen, um die Durchsetzung dieses Programms zu beraten, mit dem sie dann die Arbeiterklasse in der Konkurrenzschlacht der europäischen Imperialisten aufeinanderhetzen wollen.

In einer Untersuchung der Dresdner Bank vom 5. Juli über Arbeitsproduktivität und Löhne in zehn westlichen imperialistischen Staaten wird behauptet, daß die Arbeitsproduktivität in Großbritannien nach Italien die zweitniedrigste ist, während die britischen Kapitalisten im Vergleich zu ihren Konkurrenten die niedrigsten Arbeitskosten hätten, nur 43% von denen der westdeutschen Kapitalisten. „Die Studie folgert, daß niedriges Produktivitätsniveau im allgemeinen durch einen niedrigen Index der Arbeitskosten ausgeglichen wird, der hilft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen." Der Zeitschrift des britischen Arbeitsministeriums zufolge hat die Zahl der in der britischen Industrie von Arbeitern geleisteten Überstunden im ersten Quartal 1978 um 5% gegenüber dem vorhergehenden Quartal zugenommen und damit den höchsten Stand seit vier Jahren erreicht. Gleichzeitig wurde die Produktion pro Beschäftigtem in der verarbeitenden Industrie um 1,1% gesteigert. 35,7% aller Arbeiter waren gezwungen, Überstunden zu machen. Die durchschnittliche Zahl der Überstunden betrug 8,7.

Fast alle Angestellten in Großbritannien haben eine 36-Stunden-Woche. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen liegt niedriger als die der Männer, weil die britischen Kapitalisten es verstanden haben, zahllose Frauen zur Teilzeitarbeit – oft in mehreren Jobs – zu zwingen, weil die Löhne der Männer zur Ernährung der Familien nicht reichen. Tatsächlich sind fast 60% der männlichen Arbeiter zur Überstundenarbeit gezwungen.

Durchschnittliche Arbeitsstunden im April 1977	Männer		Frauen	
	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte
Wochenstunden durchschnittlich	45,7	38,7	39,1	36,7
davon Überstunden	5,8	1,4	1,0	0,3
Anteil der Beschäftigten, die Überstunden leisten, in Prozent	57,0	18,3	15,9	9,3
Anteil des Überstundenverdienstes am Bruttolohn in Prozent	13,7	2,9	2,9	1,0

Quelle: Labour Research, März 1978

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die sich als Matadoren der Arbeitszeitverkürzung aufspielen, behaupten, das diene dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der „Verteilung der Arbeit auf mehr Arbeiter". Zur Beruhigung des Appetits der Kapitalisten auf Mehrarbeit stellt aber die Führung der „Transport- und Allgemeinen Arbeitergewerkschaft" TGWU fest, daß in den Jahren 1959 – 1961 und 1964 – 1966, als die Normalarbeitszeit von 44 auf 42 und dann auf 40 Wochenstunden gesenkt wurde, „der Fall der ‚tatsächlichen' Arbeitsstunden weniger deutlich war". Beide Zeitabschnitte waren Zeiten des „Konjunkturaufschwungs", in denen die Kapitalisten die Ausbeutung drastisch verschärften, um ihren Anteil am expandierenden Markt zu vergrößern. „Von diesem Standpunkt ist der beste Zeitpunkt für eine größere Reduzierung der Normalarbeitszeit unmittelbar nach der Rezessionsphase des Geschäftszyklus: Denn die ersten Jahre erneuter ökonomischer Expansion sind die günstigsten für eine hohe Zuwachsrate sowohl in der Arbeits- wie in der Kapitalproduktivität." (TGWU, 35-Stunden-Woche, Eine Forderung für die Bauarbeiter) Und TGWU-Generalsekretär Jack Jones entwickelt die praktischen Vorstellungen, wie die Intensivierung der Arbeit und die Verlängerung des Gesamtarbeitstages organisiert werden soll: „Die Verkürzung der Arbeitszeit könnte auch eine Anregung für die Unternehmer sein, entweder einen größeren Anteil an Schichtarbeit oder andere Schichtfolgen anzustreben." (Jack Jones, TGWU, Ziel 35) Das Gewerkschaftsforschungsinstitut Ruskin College in Oxford ergänzt, daß der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" vor allem durch Einstellung neuer Teilzeitarbeiter geführt werden soll, deren Arbeitskraft die Kapitalisten ganz vernutzen, die sie aber nur zum Teil bezahlen: „Ein Teil des gesamten (Neu-)Einstellungseffekts würde die Rekrutierung von Teilzeitarbeitern betreffen."

Zur Zeit will die britische Bourgeoisie die „Phase IV" ihrer Lohnleitlinienpolitik durchsetzen. Zusammen mit neuem Lohnraub soll jede erkämpfte Senkung der offiziellen Arbeitszeiten zum Anlaß für die Ausdehnung von Schicht-, Teilzeit-, Überstunden- und Akkordarbeit genommen werden. Nachdem die bürgerliche Presse die Aktionen der Posttechniker monatelang totgeschwiegen hat, hat die Regierung jetzt eilig eine Untersuchungskommission einberufen, nachdem sich die Aktionen der Postarbeiter gegen die Überstundenschinderei selbst und jeden Fortschritt in der kapitalistischen Rationalisierung wenden und deshalb an Kraft und Unterstützung gewinnen.

Urlaubssaison im Harz – Schufterei für die Beschäftigten

Beliebteste Jugendstrafe – „aktive Nächstenliebe"

r.chs. Meist werden Jugendliche wegen Diebstahls, besonders des Ladendiebstahls und immer häufiger wegen Erschleichung von Leistungen, wobei es sich fast immer um Schwarzfahren handelt, bestraft. Diese „Delikte" haben zugenommmen in dem Maße, wie die Verelendung voranschreitet.

Erschleichung von Leistungen
Steigerungsraten in Prozent
von 1972 auf 1973 .... 13,2%
von 1973 auf 1974 .... 20,9%
von 1974 auf 1975 .... 27,8%

r.hek./ohm. „Überall halten große und kleine Hotels, Gaststätten und Pensionen, Ferienwohnungen und Ferienhäuser eine weite Spanne in Leistung und Preis bereit." Gemeint ist der Harz, wo „die Familie gastronomisch besonders gut aufgehoben" ist. Alles zitiert aus der Broschüre des Harzer Verkehrsverbandes „Harz – weil die Luft so gut ist, weil die Auswahl so groß ist".
Die im Hotel- und Gaststättengewerbe ansässigen Kapitalisten nutzen die triste Tatsache, daß die lohnabhängigen Massen ihren Urlaub dafür verwenden müssen, jhre im kapitalistischen Produktionsprozeß verschlissene Gesundheit wenigstens einigermaßen wieder herzustellen, zu ihrer eigenen maßlosen Bereicherung. Nicht „verhindert oder günstig beeinflußt", sondern gefördert wird durch ihre Gier nach Barem bei den Arbeitskräften im und Unterleibserkrankungen sowie Rückenschmerzen wegholen.
Beispielhaft ist das Restaurant-Cafe „Seeterassen" in Bad Ganderheim. Es gehört der Schröder-KG, in Westberlin ansässig. Teilhabe hat unter anderem an der Ausbeutung der Seesener Baukapitalist Traupe (Fa. Riefling). In ihrem Besitz sind außerdem die drei größten Kurheime in Bad Ganderheim, zwei Nobelhotels im Harz („Kreuzeck" und „Vierjahreszeiten") und etliches mehr. Während der Saison ist Urlaubssperre verhängt, dafür gibt es dann einen vierwöchigen Zwangsurlaub im Winter. Durchschnittlich haben die Beschäftigten vier freie Tage im Monat, dafür gibt es um so mehr unbezahlte Überstunden, die man dann im Winter abfeiern darf. Eine Büfettkraft hat jetzt schon 120 Überstunden gespeichert, das sind 15 freie Tage im Winter, wo sowieso nichts los ist. tags- und Nachtarbeit (den freien Tag gibt es irgendwann in der Woche, möglichst wenn es regnet), werden Hungerlöhne bezahlt. Serviererinnen erhalten 1000 DM brutto. Zu diesem vertraglichen Mindestlohn kommen Umsatzprozente. Werden 10000 DM im Monat umgesetzt, was selten der Fall ist, erhält die Serviererin von dem weiteren Umsatz 8,92%.
Eine teilzeitbeschäftigte Serviererin kommt an das 10000 DM-Soll schon gar nicht heran. Sie muß in der Zeit von 18.00 bis 23.00 Uhr arbeiten, während Hochbetrieb ist und muß sich nach der Arbeit immer noch eine Fahrgelegenheit nach Hause besorgen. Überstunden (in der Woche ist sie vor 23.30 Uhr nicht fertig, Samstags wird es auf jeden Fall 24.00 Uhr) kriegt sie weder bezahlt noch können sie abgefeiert werden. „Dafür machen Sie ja während der Zeit Umsatz und kriegen Prozen- um den Betrieb während der Hauptzeiten überhaupt in Gang zu halten. Diese arbeiten auf reiner Prozentbasis, garantiert ist ihnen kein Pfennig. Letzte Woche Donnerstag z.B. hat es mittags geregnet. Von 11.00 Uhr bis 14.30 Uhr waren nur zwei Gäste da, die für 4,50 DM verzehrt haben. In diesen dreieinhalb Stunden ist die Aushilfe auf ganze 0,40 DM Lohn gekommen.
In der letzten Woche haben die Büfettkräfte durch Überstundenverweigerung durchgesetzt, daß zwei Aushilfen hinter dem Büfett eingesetzt werden. Bisher mußte der eine 12, 13 Stunden durchmachen, wenn der andere krank war oder seinen freien Tag hatte.
Bei der Erstellung wird gesagt: „Der Verdienst erscheint nur so niedrig, aber das Trinkgeld kommt ja noch dazu." Dazu der Kommentar einer

bau von 330 Personalstellen vor allem im diakonischen Bereich. Den verbleibenden Angestellten sollen dadurch 3 Mio. DM an „Mehreinnahmen" abgepreßt werden. Von dem Verkauf einer Reihe „unzulänglich genutzter großer Kirchengebäude" versprechen sich die Synodalen neben dem kräftigen Verkaufserlös weiterhin Einsparungen von 17 Mio. DM. Vom Handel mit Gott und seinen Häusern versprechen sich die frommen Männer ein gutes Geschäft. Das „jenseitige Glück" sei nur denen hold, die ihre „Energie auf das Diesseits richten", ließen sie verkünden.

gramm der britischen Bourgeoisie durchzusetzen, versuchen sich an die Spitze dieser gerechten Bewegung zu stellen. Sie tun es ihren sozialdemokratischen Parteifreunden in Westdeutschland und in ganz Westeuropa gleich. Sie sind sich mit ihnen einig, daß es darauf ankommt, den Kampf für die Verkürzung des Normalarbeitstages in eine Gelegenheit für die Intensivierung der Arbeit, für die Ausdehnung der Schicht- und Akkordarbeit umzufälschen. Gemeinsam sind sie unlängst mit dem zuständigen EG-Kommissar Die durchschnittliche Zahl der Überstunden betrug 8,7.
Fast alle Angestellten in Großbritannien haben eine 36-Stunden-Woche. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen liegt niedriger als die der Männer, weil die britischen Kapitalisten es verstanden haben, zahllose Frauen zur Teilzeitarbeit – oft in mehreren Jobs – zu zwingen, weil die Löhne der Männer zur Ernährung der Familien nicht reichen. Tatsächlich sind fast 60% der männlichen Arbeiter zur Überstundenarbeit gezwungen. Zeitpunkt für eine größere Reduzierung der Normalarbeitszeit unmittelbar nach der Rezessionsphase des Geschäftszyklus: Denn die ersten Jahre erneuter ökonomischer Expansion sind die günstigsten für eine hohe Zuwachsrate sowohl in der Arbeits- wie in der Kapitalproduktivität." (TGWU, 35-Stunden-Woche, Eine Forderung für die Bauarbeiter) Und TGWU-Generalsekretär Jack Jones entwickelt die praktischen Vorstellungen, wie die Intensivierung der Arbeit und die Verlängerung des Gesamtarbeitstages or- beitszeiten zum Anlaß für die Ausdehnung von Schicht-, Teilzeit-, Überstunden- und Akkordarbeit genommen werden. Nachdem die bürgerliche Presse die Aktionen der Posttechniker monatelang totgeschwiegen hat, hat die Regierung jetzt eilig eine Untersuchungskommission einberufen, nachdem sich die Aktionen der Postarbeiter gegen die Überstundenschinderei selbst und jeden Fortschritt in der kapitalistischen Rationalisierung wenden und deshalb an Kraft und Unterstützung gewinnen.

Urlaubssaison im Harz – Schufterei für die Beschäftigten

r.hek./ohm. „Überall halten große und kleine Hotels, Gaststätten und Pensionen, Ferienwohnungen und Ferienhäuser eine weite Spanne in Leistung und Preis bereit." Gemeint ist der Harz, wo „die Familie gastronomisch besonders gut aufgehoben" ist. Alles zitiert aus der Broschüre des Harzer Verkehrsverbandes „Harz – weil die Luft so gut ist, weil die Auswahl so groß ist".

Die im Hotel- und Gaststättengewerbe ansässigen Kapitalisten nutzen die triste Tatsache, daß die lohnabhängigen Massen ihren Urlaub dafür verwenden müssen, jhre im kapitalistischen Produktionsprozeß verschlissene Gesundheit wenigstens einigermaßen wieder herzustellen, zu ihrer eigenen maßlosen Bereicherung. Nicht „verhindert oder günstig beeinflußt", sondern gefördert wird durch ihre Gier nach Barem bei den Arbeitskräften im Hotel- und Gaststättengewerbe gerade in der Saison die Ruinierung ihrer Gesundheit. So bei den Serviererinnen, die sich von der ständigen Herumrennerei mit schweren Tabletts Kreislauf- und Unterleibserkrankungen sowie Rückenschmerzen wegholen.

Beispielhaft ist das Restaurant-Cafe „Seeterassen" in Bad Ganderheim. Es gehört der Schröder-KG, in Westberlin ansässig. Teilhabe hat unter anderem an der Ausbeutung der Seesener Baukapitalist Traupe (Fa. Riefling). In ihrem Besitz sind außerdem die drei größten Kurheime in Bad Ganderheim, zwei Nobelhotels im Harz („Kreuzeck" und „Vierjahreszeiten") und etliches mehr. Während der Saison ist Urlaubssperre verhängt, dafür gibt es dann einen vierwöchigen Zwangsurlaub im Winter. Durchschnittlich haben die Beschäftigten vier freie Tage im Monat, dafür gibt es um so mehr unbezahlte Überstunden, die man dann im Winter abfeiern darf. Eine Büfettkraft hat jetzt schon 120 Überstunden gespeichert, das sind 15 freie Tage im Winter, wo sowieso nichts los ist.

Das Cafe gilt als das exclusivste und teuerste im Umkreis. Das einzige, was dort billig ist, sind die Arbeitskräfte. Bei einer 48-Stundenwoche an sechs Wochentagen, Samstags- und Sonntags- und Nachtarbeit (den freien Tag gibt es irgendwann in der Woche, möglichst wenn es regnet), werden Hungerlöhne bezahlt. Serviererinnen erhalten 1000 DM brutto. Zu diesem vertraglichen Mindestlohn kommen Umsatzprozente. Werden 10000 DM im Monat umgesetzt, was selten der Fall ist, erhält die Serviererin von dem weiteren Umsatz 8,92%.

Eine teilzeitbeschäftigte Serviererin kommt an das 10000 DM-Soll schon gar nicht heran. Sie muß in der Zeit von 18.00 bis 23.00 Uhr arbeiten, während Hochbetrieb ist und muß sich nach der Arbeit immer noch eine Fahrgelegenheit nach Hause besorgen. Überstunden (in der Woche ist sie vor 23.30 Uhr nicht fertig, Samstags wird es auf jeden Fall 24.00 Uhr) kriegt sie weder bezahlt noch können sie abgefeiert werden. „Dafür machen Sie ja während der Zeit Umsatz und kriegen Prozente." Dazu ist aber der Umsatz zu niedrig.

Außerdem hält sich die Schröder-KG neben den drei festangestellten Serviererinnen fünf Aushilfskräfte, um den Betrieb während der Hauptzeiten überhaupt in Gang zu halten. Diese arbeiten auf reiner Prozentbasis, garantiert ist ihnen kein Pfennig. Letzte Woche Donnerstag z.B. hat es mittags geregnet. Von 11.00 Uhr bis 14.30 Uhr waren nur zwei Gäste da, die für 4,50 DM verzehrt haben. In diesen dreieinhalb Stunden ist die Aushilfe auf ganze 0,40 DM Lohn gekommen.

In der letzten Woche haben die Büfettkräfte durch Überstundenverweigerung durchgesetzt, daß zwei Aushilfen hinter dem Büfett eingesetzt werden. Bisher mußte der eine 12, 13 Stunden durchmachen, wenn der andere krank war oder seinen freien Tag hatte.

Bei der Erstellung wird gesagt: „Der Verdienst erscheint nur so niedrig, aber das Trinkgeld kommt ja noch dazu." Dazu der Kommentar einer Serviererin: „Wenn viel los ist, kriege ich wenig Trinkgeld, weil ich dann nicht so freundlich sein kann und den Gästen den Kuchen praktisch vor die Nase schmeißen muß."

Beliebteste Jugendstrafe – „aktive Nächstenliebe"

r.chs. Meist werden Jugendliche wegen Diebstahls, besonders des Ladendiebstahls und immer häufiger wegen Erschleichung von Leistungen, wobei es sich fast immer um Schwarzfahren handelt, bestraft. Diese „Delikte" haben zugenommmen in dem Maße, wie die Verelendung voranschreitet.

Erschleichung von Leistungen
Steigerungsraten in Prozent

von 1972 auf 1973	13,2%
von 1973 auf 1974	20,9%
von 1974 auf 1975	27,8%
von 1975 auf 1976	20,0%

Das ist eine Steigerung von 1972 bis 1976 um 109,8 Prozent. (Aus Bundeskriminalstatistik)

Der Jugend die Rebellion auszutreiben und sie an Zwangsarbeit zu gewöhnen ist der Zweck der Jugendgerichte, Demütigung die Devise, damit ja jeder Funken Energie in Profitprodukion verwandelt wird: Bei dem „intelligenten, aufgeweckten und verhältnismäßig kritischen jungen Mann" hält das Gericht zur „erzieherischen Einwirkung ... Erziehungsmaßregeln allein nicht für ausreichend. Vielmehr erscheint es im Hinblick auf die wiederholten Schwarzfahrten ... angebracht, dem Jugendlichen als Zuchtmittel die Auflage zu erteilen, das noch nicht gezahlte Beförderungsentgelt ... zu zahlen. Der Jugendliche verfügt über ein, wenn auch sehr geringes, Einkommen, so daß es vertretbar ist, wenn er lernt, auch die finanziellen Nachteile seines Verhaltens auf sich zu nehmen." Die „Erziehungsmaßregel" zwei Tage körperlicher Arbeit „soll das soziale Verantwortungsbewußtsein des Jugendlichen wecken, ihm klarmachen ..., daß die Spielregeln der Gesellschaft von allen einzuhalten sind." (Aus der Urteilsbegründung)

Der Gedanke an Revolution soll den Jugendlichen ausgetreiben werden.

Claussen tut seinen Teil zur Vernichtung der Gesundheitsversorgung der Volksmassen

r.hec. Das Flensburger Krankenhauswesen, bestehend aus den Städtischen Krankenanstalten, dem Franziskushospital und der Diakonissenanstalt Flensburg, soll zum Zentrallazarett ausgebaut werden.

Die Städtischen Krankenanstalten, bestehend aus Klinik Ost, Klinik Süd sollen dabei fast vollständig vernichtet werden. Ziel ist: Zentralisierung, Bettenstreichung und der Wegfall von ganzen medizinischen Disziplinen.

Chirurgie, Innere Abteilung, Geriatrie (Altenpflege) der Städtischen Krankenanstalten sollen auf jeden Fall wegfallen. Geriatrie und Gynäkologie sollen nach dem neuesten Beschluß des Flensburger Magistrats auf dem Gelände des St. Franziskus-Hospitals angesiedelt werden. Das bedeutet: Massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen und die vollständige Schließung der Krankenpflegeschule der Städtischen Krankenanstalten. Krankenpflegeausbildung ist dann nur noch unter pfäffischer Herrschaft möglich. Das bedeutet, betrachtet man die Ausbildungsbedingungen an der Diakonissenanstalt, sich umsonst und ohne Vertretungsrechte ausbeuten zu lassen.



Gegen diesen Generalangriff auf das Gesundheitswesen gibt es Kampf. Der „Verein der Freunde der Städtischen Krankenanstalten" wurde gegründet, der im Dezember 1977 in kürzester Zeit über 25000 Unterschriften gegen die Krankenhausvernichtung gesammelt hat. Ebenso ist Ausdruck der breiten Bewegung der Volksmassen gegen das Vorhaben der Bourgeoisie eine Demonstration der Beschäftigten der Städtischen Krankenanstalten vor dem Rathaus als Claussen nach Flensburg kam, um weitere Gemeinheiten in dieser Hinsicht mit den Vertretern der Stadt auszuhecken. Ihm wurden die Unterschriften am 2. Dezember 1977 übergeben. Erstaunt waren diese Herren, erstaunt, daß die Volksmassen ein sehr wachsames Auge haben auf das Gesundheitswesen, das sie sich gegen die Bourgeoisie erkämpft haben. Erstaunt, daß die Beschäftigten sich nicht auf „Kompromisse entsprechend der Finanzlage" festlegen lassen, sondern klar die Forderung gegen jede Rationalisierung aufstellen: – Keine Demontage der Städtischen Krankenanstalten! war die Forderung auf der Demonstration.

In Wahlkampfzeiten Anfang dieses Jahres hat der „Verein der Freunde der Städtischen Krankenanstalten" eine Podiumsdiskussion mit den bürgerlichen Politikern veranstaltet. Alle seien sie im Grunde dagegen, doch man müsse sich den „Sachzwängen" unterordnen.

Für die Arbeiter und Bauern ist das Vorhaben des westdeuschen Finanzkapitals, die Kassen zu plündern zwecks Vorbereitung des Krieges und die Umstellung des Gesundheitswesens für denselben Zweck kein Sachzwang, dem man sich unterordnen muß. So hat der „Verein der Freunde" auch keine „Wahlempfehlung" ausgesprochen, was die Vertreter der bürgerlichen Parteien angeht.

Neuer Anlauf zur Rationalisierung in der Textilindustrie

z.bil. Für 12 Milliarden DM haben die Textilkapitalisten in den letzten zehn Jahren moderne Produktionsanlagen eingesetzt. Der Maschinenbestand ist insgesamt verringert worden. Eine Reihe alter Maschinerie wurde nicht ersetzt. Der Automationsgrad der Maschinerie beträgt durchschnittlich 90%, in einzelnen Branchen, wie der Baumwollweberei, 98%. Ein neuer automatischer Rotorspinner erreicht eine Rotordrehzahl von 60000 bis 80000, Spinnaggregate älterer Bauart dagegen eine Drehzahl von 10000.



Das manuelle Anspinnen und Wechseln der Spulen entfällt bei der vollautomatischen Rotorspinnmaschine, der Spuler und Flyerer werden überflüssig.

Die Arbeitszeit, die notwendig ist, um eine bestimmte Menge Garn oder Stoff herzustellen, sinkt, oder andersherum: die Textilarbeiter produzieren in einer Arbeitsstunde mehr Garn und mehr Stoff als je zuvor. Kurzzeitig können die Textilkapitalisten, die die neue Maschinerie einführen, einen Extraprofit machen. Daran sehen sie sich durch die Länder der Dritten Welt gehindert.

Die Länder der Dritten Welt haben eine eigene Textilindustrie aufgebaut. Baumwollgarne werden in der Türkei, Griechenland, Spanien, Portugal, Brasilien, Kolumbien, Indien, Ägypten und Jugoslawien produziert, Gewebe aus Baumwolle und synthetische Fasern produzieren vor allem Indien, Pakistan, Brasilien. Die Importe in die Bundesrepublik an Textilerzeugnissen übersteigen bei weitem die Ausfuhr (1976: 18 Mrd. DM Importe, 12,5 Mrd. DM Exporte). Dies, und daß sie Baumwolle, Jute usw. einführen müssen, bezeichnen die Textilkapitalisten als „Opfer zugunsten der Entwicklungsländer".

Deshalb „tritt die Deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie dezidiert dafür ein, diesen sogenannten Entwicklungsländern entscheidend weniger Einfuhrmöglichkeiten zu geben und dafür den wirklich armen Entwicklungsländern mehr." (Haardt, Präsident von Gesamttextil) Das ist der Versuch der Imperialisten, die Länder der Dritten Welt zu spalten, die gemeinsam um angemessene Preise für ihre Rohstoffe kämpfen. Das Welttextilabkommen, das Anfang des Jahres erneuert wurde, hat neue Quotenbestimmungen für Importe der Länder der Dritten Welt festgelegt. Die neuen Quotenbestimmungen haben den Importzuwachs für Baumwollgarne von 17,4% auf 0,2% gesenkt, bei T-Shirts von 27,4% auf 2%. Das macht den westdeutschen Textilkapitalisten Hoffnung. Die Textilkapitalisten sagen, es gäbe eine Krise in der Textilindustrie, geschuldet den Entwicklungsländern und den hohen Lohnkosten. Ist der Profit zurückgegangen? Gar nicht. Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Form, in der die Kapitalisten untereinander die Konkurrenzschlachten austragen, hat in den letzten Jahren zur Vernichtung von zahlreichen kleineren Textilkapitalisten geführt. Im Jahre 1976 sind 130 Betriebe auf der Strecke geblieben. Der Grad der Ausbeutung ist gesteigert worden.

Von 1970 bis 1976 sind 150000 Arbeiter und Angestellte aus den Textilbetrieben entlassen worden. 1977 und 1978 gehen die Entlassungen weiter. Allein im Bereich Münster sind neue Massenentlassungen geplant. In der Textilindustrie arbeiten zum überwiegenden Teil Frauen. In der Maschenindustrie sind von vier Arbeitern drei Frauen (Anteil der Frauen in der gesamten Textilindustrie 51,8%). Der Anteil der ausländischen Arbeiter ist hoch, 1976 arbeiteten 72000 ausländische Arbeiter in der Textilindustrie, das sind 21% aller Arbeiter.

21000 Arbeiter werden in Heimarbeit ausgebeutet. Seit 1974 haben die Textilkapitalisten jährlich kurzarbeiten lassen (siehe Tabelle). Im Juni 1977 betrug die Zahl der Kurzarbeiter 14191, gleichzeitig wurden Sonderschichten gefahren. Mit dieser verminderten Beschäftigtenzahl haben die Textilkapitalisten mehr Tonnen Garn und Baumwollgewebe pro Arbeiter produziert. Wurden 1974 mit einer Beschäftigtenzahl in der ganzen Textilindustrie von 393800 593000 t Garn und 772000 t Baumwolle produziert, so haben 1976 341700 Arbeiter u.a. 559000 t Garn und 797000 t Baumwolle produziert. 50000 Arbeiter weniger haben das gleiche Ergebnis an Garn und Baumwollgewebe produziert. Das Produktionsergebnis pro Beschäftigten pro Stunde ist nach dem Index 1970 100 bis 1976 auf 163,6 gesteigert worden. Untersuchen wir die wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden, so haben diese zwischen 1975 und 1976 leicht zugenommen, die Zahl der Beschäftigten ist um 15000 verringert worden, d.h., die Textilkapitalisten haben aus den Textilarbeitern rund 20 Millionen *mehr* Arbeitsstunden herausgeholt. Die Tabelle gibt von diesen Schlachten der Verlängerung des Arbeitstages nur einen „bereinigten" Eindruck.

Die Schichtarbeit ist in der Textilindustrie vollständig durchgesetzt. In Textilbetrieben in Nordrhein-Westfalen versuchen die Kapitalisten wieder Sonderschichten an Samstagen und Sonntagen durchzusetzen. Die Nachtschichten beginnen nicht mehr montags um 22 Uhr, sondern am Sonntag um 22 Uhr.

Über die Tätigkeitsbeschreibungen der Lohngruppen haben die Textilkapitalisten durch die Einführung neuer Maschinerie die Löhne durch Abgruppierungen kräftig senken können. In der Lohngruppe I mit Tätigkeiten wie „Arbeiten in der Musterei usw." betrug der Lohn bis zum 1.4.1977 6,45 DM die Stunde. In Lohngruppe III „Spulen, Zwirnen" 6,73 DM die Stunde. In den meisten Tarifgebieten ist jetzt ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden. In Nordrhein-Westfalen haben die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft bei 4,8% abgeschlossen. Bezogen auf den Tariflohn sind das zwischen 55 und 66 DM im Monat mehr, bezogen auf einen Akkord von 140% – zu solchen Leistungen haben die Textilkapitalisten die Textilarbeiter zwingen können – sind es *Brutto*lohnerhöhungen von 78 bis 92 DM.

Die Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit haben die sozialdemokratischen Führer in der Gewerkschaft Textil fallen lassen und im Manteltarifvertrag Nordrhein-Westfalen, der zusammen mit dem Lohntarif abgeschlossen wurde, eine 15-minütige bezahlte Ruhepause für Drei-Schicht-Arbeiter vereinbart. Ist auch diese Regelung – so nutzlos sie letztlich gegen die Schichtarbeit selbst ist – Ergebnis der heftigen Gegenwehr der Arbeiter in den Textilbetrieben, die im letzten Jahr in einer kräftigen Streikbewegung mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß machen wollten, so ist doch auch wahr, daß die Gefahr wächst, daß die Textilarbeiter auf der Grundlage der niedrigen Löhne von der Arbeiterklasse abgespalten werden. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft Textil nutzen dies aus und gießen ganze Kübel von Chauvinismus und Rechtfertigungen für die immer schärfere Ausbeutung durch die Kapitalisten aus. Gleichwohl – ihre „Ruhepausen"regelung war bis zum „letzten Moment heißumstritten", wie die Gewerkschaftszeitung Textil berichtet. Ist es doch einsichtig, daß nur das vollständige Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, der Überstunden- und Akkordarbeit Erleichterung bringt.

	Beschäftigte in der Textilindustrie	Kurzbeiter	geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	Wochenarbeitsstunden	Überstunden/ Woche	Produktionsergebnis 1970 gleich 100	
						je Beschäftigten	je Beschäftigtenstunde
1970	501,5	876	–	42,6	2,3	100	100
1971	481,5	2530	684629	42,3	2,5	109,4	110,3
1972	458,1	5491	643913	42,2	2,4	118,1	119,3
1973	434,0	5427	599867	41,9	2,3	124,3	126,6
1974	393,8	19903	523555	40,9	1,8	129,9	135,6
1975	356,9	38631	459540	39,7	1,5	138,8	148,5
1976	341,7	10893	459746	40,9	1,9	156,9	163,6
1977	–	14191	–	41,0	1,9	–	–

Lage und Forderungen der französischen Textilarbeiter

z.gek.Brüssel. 365000 Lohnarbeiter werden in den französischen Textilfabriken ausgebeutet, in 3500 Betrieben, die großteils in ländlichen Gebieten oder in den alten Bergbauzentren im Norden bzw. in Lothringen liegen. Über 60000 dieser Arbeiter und Arbeiterinnen (in der Produktion sind die Mehrzahl Frauen) werden Jahr für Jahr aus diesen Fabriken ausgestoßen bzw. neu eingestellt, wegen des hohen Verschleißes der Arbeitskraft zu niedrigen Löhnen. In den Fabriken des Textilkönigs Boussac in den Vogesen verdienen manche der Mädchen in den ersten Jahren nur 1300 Francs, ca. 600 DM. Die mittleren Löhne in den Textilfabriken liegen, regional verschieden, zwischen 1800 und 2000 Francs, selten darüber. Und auch dies nur, wenn der Akkord, „Ergebnislohn" genannt, geschafft wird. Die Streiks gingen verloren und die Kapitalisten haben in den letzten Jahren die Ausbeutung erheblich gesteigert. Jetzt wollen sie mit staatlicher Unterstützung ein Rationalisierungsprogramm durchziehen, das 30000 – 60000 Arbeiter „freisetzen" soll. Seit Wochen stehen in den Vogesen, in der Bretagne und im Norden Dutzende Fabriken im Streik, mehrere sind besetzt, um Massenentlassungen, Schließung und Rationalisierung zu verhindern. Die Arbeiterinnen der Wollfabrik von Caen streiken für 300 F. Lohnerhöhung für alle gleich, 13. Monatsgehalt, 5 Wochen bezahlten Urlaub, Urlaubsgeld, 5 Frei-Tage für Mütter von minderjährigen Kindern.

Großbritannien: Rationalisierungswelle wird vorbereitet

z.mat.Liverpool. „Diejenigen von uns, die mit Bekleidungs-, Textil- und Schuhindustrie zu tun haben, nehmen mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis, daß Betriebe, die die zeitweilige Arbeitsplatzsubventionierung (TES) voll ausgeschöpft haben, jetzt einen zweiten Biß vom Apfel bekommen können." So der Labour-Abgeordnete Noble am 15. März im Parlament. Für 90000 Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen erhalten die Textilkapitalisten direkte Zuschüsse aus Steuergeldern. Innerhalb von drei Jahren (1974 bis 1977) haben sie die Zahl der Textilarbeiter um 18 Prozent auf 477000 gesenkt, während die Produktionsmasse gleich geblieben ist. Trotz wachsender internationaler Konkurrenz ist der britische Bekleidungsmarkt nach wie vor zu über 90 Prozent unter ihrer Kontrolle. Gelungen ist ihnen das dadurch, daß sie wahre Hungerlöhne zahlen: 1976 betrug der Wochenlohn in der Bekleidungsindustrie für Frauen einschließlich aller Überstunden und Akkordzuschlägen 33,59 Pfund (ca. 140 DM) brutto, in der Textilindustrie 37,93 Pfund. Das sind die niedrigsten statistisch ausgewiesenen Löhne überhaupt. 53,30 bzw. 61,19 Pfund betragen dagegen die Löhne der Männer, also der Maschineneinrichter und Vorarbeiter. Die Kapitalisten lassen auf Jahrzehnte alten Maschinen arbeiten. Seit März ist der Empfang von TES-Subventionen über die Höchstdauer von 6 Monaten hinaus zugelassen, wenn ein „Strukturplan" vorgelegt wird. Eine große Rationalisierungswelle soll damit eingeleitet werden.

„Den Niedergang der Braunschweiger Region durch mehr öffentliche Förderungsmittel verhindern"

Die Arbeiter sollen im Kampf gegen die Ausplünderung und kapitalistische Rationalisierung entwaffnet werden

r.düb. „Für die Braunschweiger Wirtschaft ist es in den letzten acht Jahren knüppeldick gekommen, Stillegungen
delskammer, bei der Forschungsergebnisse von den Kapitalisten abgerufen werden können. „Wagnis und Ri-
so an der Expansion des Rollei-Konzerns nach Singapur mit inzwischen 325 Mio. DM, abgesichert weitgehend
te: „Die Landesregierung werde alles in ihren Kräften stehende tun und beobachte die arbeitsmarktpolitische
in einer Arbeitsstunde mehr Garn und mehr Stoff als je zuvor. Kurzzeitig können die Textilkapitalisten, die die neue Maschinerie einführen, einen Extraprofit machen. Daran sehen sie sich durch die Länder der Dritten Welt gehindert.
Die Länder der Dritten Welt haben eine eigene Textilindustrie aufgebaut. Baumwollgarne werden in der Türkei, Griechenland, Spanien, Portugal, Brasilien, Kolumbien, Indien, Ägypten und Jugoslawien produziert, Gewebe aus Baumwolle und synthetische Fasern produzieren vor allem Indien, Pakistan, Brasilien. Die Importe in die Bundesrepublik an Textilerzeugnissen übersteigen bei weitem die Ausfuhr (1976: 18 Mrd. DM Importe, 12,5 Mrd. DM Exporte). Dies, und daß sie Baumwolle, Jute usw. einführen müssen, bezeichnen die Textilkapitalisten als „Opfer zugunsten der Entwicklungsländer".
Deshalb „tritt die Deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie dezidiert dafür ein, diesen sogenannten Entwicklungsländern entscheidend weniger
nicht. Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Form, in der die Kapitalisten untereinander die Konkurrenzschlachten austragen, hat in den letzten Jahren zur Vernichtung von zahlreichen kleineren Textilkapitalisten geführt. Im Jahre 1976 sind 130 Betriebe auf der Strecke geblieben. Der Grad der Ausbeutung ist gesteigert worden.
Von 1970 bis 1976 sind 150000 Arbeiter und Angestellte aus den Textilbetrieben entlassen worden. 1977 und 1978 gehen die Entlassungen weiter. Allein im Bereich Münster sind neue Massenentlassungen geplant. In der Textilindustrie arbeiten zum überwiegenden Teil Frauen. In der Maschenindustrie sind von vier Arbeitern drei Frauen (Anteil der Frauen in der gesamten Textilindustrie 51,8%). Der Anteil der ausländischen Arbeiter ist hoch, 1976 arbeiteten 72000 ausländische Arbeiter in der Textilindustrie, das sind 21% aller Arbeiter.
21000 Arbeiter werden in Heimarbeit ausgebeutet. Seit 1974 haben die Textilkapitalisten jährlich kurzarbei-
schichten beginnen nicht mehr montags um 22 Uhr, sondern am Sonntag um 22 Uhr.
Über die Tätigkeitsbeschreibungen der Lohngruppen haben die Textilkapitalisten durch die Einführung neuer Maschinerie die Löhne durch Abgruppierungen kräftig senken können. In der Lohngruppe I mit Tätigkeiten wie „Arbeiten in der Musterei usw." betrug der Lohn bis zum 1.4.1977 6,45
werkschaft Textil nutzen dies aus und gießen ganze Kübel von Chauvinismus und Rechtfertigungen für die immer schärfere Ausbeutung durch die Kapitalisten aus. Gleichwohl – ihre „Ruhepausen"regelung war bis zum „letzten Moment heißumstritten", wie die Gewerkschaftszeitung Textil berichtet. Ist es doch einsichtig, daß nur das vollständige Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, der Überstunden- und Akkordarbeit Erleichterung bringt.

	Beschäftigte in der Textilindustrie	Kurzbeiter	geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	Wochenarbeitsstunden	Überstunden/ Woche	Produktionsergebnis 1970 gleich 100	
						je Beschäftigten	je Beschäftigtenstunde
1970	501,5	876	–	42,6	2,3	100	100
1971	481,5	2530	684629	42,3	2,5	109,4	110,3
1972	458,1	5491	643913	42,2	2,4	118,1	119,3
1973	434,0	5427	599867	41,9	2,3	124,3	126,6
1974	393,8	19903	523555	40,9	1,8	129,9	135,6
1975	356,9	38631	459540	39,7	1,5	138,8	148,5
1976	341,7	10893	459746	40,9	1,9	156,9	163,6
1977	–	14191	–	41,0	1,9	–	–

Großbritannien: Rationalisierungswelle wird vorbereitet
z.mat.Liverpool. „Diejenigen von uns, die mit Bekleidungs-, Textil- und Schuhindustrie zu tun haben, nehmen mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis, daß Betriebe, die die zeitweilige Arbeitsplatzsubventionierung (TES) voll ausgeschöpft haben, jetzt einen zweiten Biß vom Apfel bekommen können." So der Labour-Abgeordnete Noble am 15. März im Parlament. Für 90000 Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen erhalten die Textilkapitalisten direkte Zuschüsse aus Steuergeldern. Innerhalb von drei Jahren (1974 bis 1977) haben sie die Zahl der Textilarbeiter um 18 Prozent auf 477000 gesenkt, während die Produktionsmasse gleich geblieben ist. Trotz wachsender internationaler Konkurrenz ist der britische Bekleidungsmarkt nach wie vor zu über 90 Prozent unter ihrer Kontrolle. Gelungen ist ihnen das dadurch, daß sie wahre Hungerlöhne zahlen: 1976 betrug der Wochenlohn in der Bekleidungsindustrie für Frauen einschließlich aller Überstunden und Akkordzuschlägen 33,59 Pfund (ca. 140 DM) brutto, in der Textilindustrie 37,93 Pfund. Das sind die niedrigsten statistisch ausgewiesenen Löhne überhaupt. 53,30 bzw. 61,19 Pfund betragen dagegen die Löhne der Männer, also der Maschineneinrichter und Vorarbeiter. Die Kapitalisten lassen auf Jahrzehnte alten Maschinen arbeiten. Seit März ist der Empfang von TES-Subventionen über die Höchstdauer von 6 Monaten hinaus zugelassen, wenn ein „Strukturplan" vorgelegt wird. Eine große Rationalisierungswelle soll

„Den Niedergang der Braunschweiger Region durch mehr öffentliche Förderungsmittel verhindern"
Die Arbeiter sollen im Kampf gegen die Ausplünderung und kapitalistische Rationalisierung entwaffnet werden

r.düb. „Für die Braunschweiger Wirtschaft ist es in den letzten acht Jahren knüppeldick gekommen, Stillegungen und Entlassungen bereiten in Braunschweig Sorgen" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1.7.78). Sozusagen gleichermaßen Sorgen für alle, die Arbeiter der Metall-, Maschinenbau- und Elektroindustrie wie für die Kapitalisten von Rollei (Sanierung nach Plan), den Olympia-Werken, die die Produktion von Tischrechnern bis März 1979 einstellen und die Entlassung der 1200 Arbeiter des zum AEG-Telefunken-Konzerns gehörenden Werks beschlossen haben, da „die Rechenmaschinen aus Fernost das Stück um 100 DM billiger auf den Markt kommen", den Schmalbach-Kapitalisten (Entlassung von 230 Arbeitern bis Jahresende). Wo es Sorgen gibt, müssen Hoffnungen her, um die Arbeiter daran zu hindern, gegen die rund 2500 Entlassungen in den nächsten Monaten zu kämpfen und auch, um ihre elende Lage dafür zu nutzen, sie vor den Karren der „Lösungen" zu spannen, die die Kapitalisten verfolgen und die sie über die bürgerlichen Politiker organisieren lassen.

„Verstärkte Aktivitäten der Landesregierung nicht nur an der Küste, sondern auch in Braunschweig", appelliert Glogowski, Oberbürgermeister, SPD. „Darlehen und Zuschüsse". „Bereitstellung von mehr öffentlichen Geldern durch das Land, um Zukunftsindustrien anzusiedeln und diesen Raum vor dem Niedergang zu bewahren", Kasten, DGB-Kreisvorsitzender. Die „Verbindungen von Forschung und Industrie in Braunschweig sollen mehr als bisher von ansässigen Unternehmen für die Entwicklung neuer Produkte genutzt werden können", so durch eine Technologieberatungsstelle der Industrie- und Handelskammer, bei der Forschungsergebnisse von den Kapitalisten abgerufen werden können. „Wagnis und Risiko von Firmen, die neue Erzeugnisse auf den Markt bringen wollen, sollen durch Landesbürgschaften abgesichert" werden. (Vehling, Leiter der Industrieabteilung der Industrie- und Handelskammer) Vehling hatte bereits im Februar „zum Problem der Zonenrandförderung" festgestellt, daß die Mittel noch nicht ausreichen, um die „Standortnachteile auszugleichen, von einem Anreiz könne keine Rede sein". (Braunschweiger Zeitung, 3.2.78)

Mit dieser Propagandaoffensive soll es gelingen, unter der Flagge der „Arbeitsplatzsicherung" die Arbeiter zu entwaffnen, wie es gelingen soll, die Mittel für den Ausbau von Transportwegen, raschen Umschlag der Produktion und verbilligte Beschaffung der Rohstoffe in den von den Industriezentren und Häfen abseits liegenden Raum Südostniedersachsen – so z.B. den Transport der Erze aus den Ländern der Dritten Welt über Hansa-Port durch unterirdische Pipelines für Peine & Salzgitter – die Transporte von Zulieferbetrieben ins VW-Werk – billig und schnell durch Steuern und Gebühren von den Arbeitern selbst abzupressen. Die Konzentration der kostspieligen Forschungen, wie der Entwicklung und Erprobung von Magnetschwebebahnen in Braunschweig, soll ebenfalls über „Wirtschaftsförderungsprogramme" von den Arbeitern finanziert werden. Den Kapitalisten soll das erhebliche Kosten , die sie vorschießen müßten, die zu Lasten ihrer Profitrate gehen, ersparen. Die Norddeutsche Landesbank, Hausbank der Niedersächsischen Landesregierung und der Stadt Braunschweig, ist an der Kreditierung zahlreicher Projekte beteiligt, so an der Expansion des Rollei-Konzerns nach Singapur mit inzwischen 325 Mio. DM, abgesichert weitgehend über Landesbürgschaften. Die „Sanierung nach Plan" besteht in der Ausbeutung von inzwischen 4000 Arbeitern in Singapur und der Entlassung von bisher 600 Arbeitern im Braunschweiger Werk, weitere 300 sollen bis Jahresende noch wegrationalisiert werden. Einen Umsatz von 180 Mio. DM für 1978 soll das einbringen, „es ist nicht ausgeschlossen, daß die Personalplanung bei Rollei am Ende dieses Jahres erneut überdacht wird" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 6.7.78). Die Stadt Braunschweig ist inzwischen mit 348,1 Mio. DM verschuldet beim Finanzkapital, zum größten Teil bei der Norddeutschen Landesbank, das ist die Hälfte des Braunschweiger Haushalts. Aufgenommen zur Finanzierung eines Investitionsprogramms von insgesamt 245,5 Mio. DM, davon über die Hälfte direkt für Straßen- und Kanalbau, Erschließung und Neuerwerb von Grundstücken, berechnet auf den Zeitraum bis 1980, beigeschafft aus Mitteln der Reproduktion der Arbeiterfamilien.

Die Stadt Braunschweig hat 1976 über Gebühren, die direkt in den Haushalt fließen oder indirekt über die stadteigenen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, 348,5 Mio. DM Einnahmen gehabt, von der Parkplatzgebühr über die Strom-, Gas- und Wasserpreise eingetrieben.

Der Niedersächsische Finanzminister Kiep hat die Ankündigung der Schließung der Olympia-Werke mit „Bedauern zur Kenntnis genommen", aber auch sein Verständnis angesichts der Begründung zum Ausdruck gebracht, daß „sonst das gesamte Unternehmen gefährdet würde", und erklärte: „Die Landesregierung werde alles in ihren Kräften stehende tun und beobachte die arbeitsmarktpolitische Lage mit Aufmerksamkeit und Sorge im Raum Braunschweig." So haben neben den Rollei-Kapitalisten im Mai zuletzt die Wilke-Werke (Großgeräte- und Apparatebau) für „die Erhaltung von 400 Arbeitsplätzen" 2 Mio.DM über die Landesbürgschaft für einen Betriebsmittelkredit kassiert, das „kann die Kooperation mit den Luther-Werken" (Tanks für den Leopard, Containeraufsätze für die Bundeswehr) erleichtern. Der ersten Landesbürgschaft von 5 Mio. DM 1975 folgte die Entlassung von 200 Arbeitern. Die Luther-Werke haben die Belegschaft in den letzten drei Jahren ebenfalls um 250 Arbeiter und Angestellte reduziert und jetzt zur Sicherheit der Arbeitsplätze einen Kredit über den „Niedersächsischen Investitionshilfefond" beantragt. Insgesamt konnten seit 1972 über diese Förderungsprogramme 6500 Arbeiter in Braunschweig überflüssig gemacht werden, die unteren Lohngruppen aufgefüllt werden, die Frauenlöhne auf 6,76 DM in Lohngruppe 1 und 6,88 DM in Lohngruppe 2, wie für Akkordarbeit bei Telefunken, gedrückt werden. Zwischen 900 und 1000 DM netto bleiben davon nach Abzug der Steuern für diese Schinderei. Zurecht fürchten die Politiker im Braunschweiger Stadtrat bei der Ankündigung neuer Entlassungen, daß die Arbeiter ihre Erfahrungen nutzen, die sie mit „Wirtschaftsförderung" gemacht haben, und sich zusammenschließen für Forderungen, die Aussicht haben, Schutz zu bieten vor den Folgen der Krise. Aus den Fesseln der Sozialdemokratie von der Sorte eines DGB-Kreisvorsitzenden wie Kasten werden sich die Arbeiter freimachen müssen.

„Textilplan" der belgischen Textilkapitalisten

z.pes.Brüssel. 1977 ist die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie Belgiens bereits um 10% gegenüber dem Vorjahr auf 84000 gesunken. Jetzt sollen weitere 8000 entlassen werden. Seit 1975 sind die Löhne nur um den Index der amtlichen Preissteigerungsrate angehoben worden, bis auf eine minimale Lohnerhöhung 1977 um 2%. 1975 hatten die Textilkapitalisten sogar einen zeitweiligen völligen Lohnstopp durchzusetzen versucht, waren aber am Widerstand der Textilarbeiter gescheitert. Bei den Entlassungen fordern die Textilkapitalisten, Frauen nicht als Arbeitslose anzuerkennen, gerade weil der Anteil der Frauen verglichen mit anderen Branchen am höchsten liegt. Sie spielen damit eine Vorreiterrolle beim Versuch, den Druck der industriellen Reservearmee zu verstärken und zu weiteren Lohnsenkungen auszunutzen. Die Textilarbeiter lehnen den „Textilplan" ab. In Motte Moeskroen z.B. traten im Januar 2000 Arbeiter wegen drohender Entlassungen von 500 Arbeitern in den Streik. Die Gewerkschaftsführungen hingegen wollen den Kampf gegen Entlassungen und Lohnraub nicht führen. Sie treten stattdessen für die Erhöhung eines „Sozialfonds" für die Entlassenen ein. In den Verhandlungen mit dem bürgerlichen Staat drohten sie Demonstrationen von 40000 Textilarbeitern an. Nach einer Erhöhung des Fonds bliesen sie schließlich alle Kampfaktionen ab und führten stattdessen Ende April eine klägliche Autodemonstration von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten durch mehrere süd-west-flämische Gemeinden durch.

Kampf gegen Akkordkürzungen bei AEG

Westberlin. Letzte Woche haben in der KF4 (Endmontage) bei AEG Brunnenstraße Zeitaufnahmen stattgefunden. Bei dem Vertrauensmann der Abteilung stellte der Kalkulator einen Leistungsgrad von unter 80% fest. Der Vertrauensmann sagte daraufhin zum Kalkulator, daß er unfähig sei, eine Leistung zu beurteilen. Woraufhin der Kalkulator eine Herzattacke bekam und sich krank meldete. Um den Widerstand der Abteilung gegen die Akkordkürzungen zu brechen, will die Geschäftsleitung dem Vertrauensmann eine Verwarnung wegen des Vorfalls mit dem Kalkulator aussprechen und ihn für die Zeit der Neuaufnahme der Zeiten in eine andere Abteilung versetzen. Der Betriebsrat hat beides abgelehnt. In einer Unterschriftensammlung hat sich die Abteilung geschlossen hinter den Vertrauensmann gestellt. Eine weitere Unterschriftensammlung für die ganze KF wird gerade eingeleitet.

Klöckner will 15-minütige Pause streichen

Bremen. Im Warmwalzwerk soll den Arbeitern die 15-minütige Walzpause gestrichen werden, in der sie sonst alle zusammen ihre Pause gemacht haben. Jetzt soll jeder Arbeiter durch einen Pausenablöser jeweils für 15 Minuten abgelöst werden. Gegen diese Maßnahme haben alle Kollegen eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Der verantwortliche Ingenieur hat die Maßnahme mündlich angeordnet, schriftlich wollte er sich nicht festlegen. Einzelne Schichten haben sich nicht an die Anordnung gehalten und eine Walzpause eingelegt. Der Betriebsrat verhandelt noch mit dem Werksvorstand.

Warnstreik im Westberliner Einzelhandel

r.hoj.Westberlin. In der Zentrale der Firma Bolle, einer Lebensmittelkette, wurde am 6.7. von der HBV ein auf zwei Stunden befristeter Warnstreik durchgeführt. Ca. 200 Beschäftigte beteiligten sich. Das Lager wurde dicht gemacht, Lieferanten wurden abgewiesen oder nicht entladen, die Verkaufsfahrer unterbrachen die Tour, um sich am Streik zu beteiligen. „Das ‚Angebot' der Arbeitgeber", heißt es in einem HBV-Flugblatt, „bedeutet z.B.: für die Angestellten der Gruppe K2 (Bürokaufleute, Verkäuferinnen, Warenabnehmer, Gitterexpedienten) Erhöhungen von 62 DM bis 75 DM brutto. Für die Kolleginnen und Kollegen in den Lohngruppen (Kommissionierer, Gabelstablerfahrer, Beifahrer, Kraftfahrer, Handwerker, Ladenhilfen usw.) Erhöhungen von DM 0,23 bis DM 0,51/Std. brutto." Die HBV fordert 120 DM mehr und tarifliche Absicherung des 13. Monatsgehalts. Betriebsräte von KaDeWe, Gebr. Manns und Reichelt überbrachten an die Streikenden Grußadressen. Am Freitagmorgen trat der Technische Kundendienst der Hertie-Zentrale Westberlin in einen geschlossenen Warnstreik. Von der HBV sind weitere Aktionen geplant. Am 14.7. sind die nächsten Verhandlungen.

„Lehrerfeuerwehr" aus arbeitslosen Lehrern
Frankfurt. Die „Lehrerfeuerwehr", be-
r.hoj.Westberlin. In der Zentrale der Firma Bolle, einer Lebensmittelkette, wurde am 6.7. von der HBV ein auf zwei Stunden befristeter Warnstreik durchgeführt. Ca. 200 Beschäftigte beteiligten sich. Das Lager wurde dicht gemacht, Lieferanten wurden abgewiesen oder nicht entladen, die Verkaufsfahrer unterbrachen die Tour, um sich am Streik zu beteiligen. „Das ‚Angebot' der Arbeitgeber", heißt es in einem HBV-Flugblatt, „bedeutet z.B.: für die Angestellten der Gruppe K2 (Bürokaufleute, Verkäuferinnen, Warenabnehmer, Gitterexpedienten) Erhöhungen von 62 DM bis 75 DM brutto. Für die Kolleginnen und Kollegen in den Lohngruppen (Kommissionierer, Gabelstablerfahrer, Beifahrer, Kraftfahrer, Handwerker, Ladenhilfen usw.) Erhöhungen von DM 0,23 bis DM 0,51/Std. brutto." Die HBV fordert 120 DM mehr und tarifliche Absicherung des 13. Monatsgehalts. Betriebsräte von KaDeWe, Gebr. Manns und Reichelt überbrachten an die Streikenden Grußadressen. Am Freitagmorgen trat der Technische Kundendienst der Hertie-Zentrale Westberlin in einen geschlossenen Warnstreik. Von der HBV sind weitere Aktionen geplant. Am 14.7. sind die nächsten Verhandlungen.

„Lehrerfeuerwehr" aus arbeitslosen Lehrern

Frankfurt. Die „Lehrerfeuerwehr", bestehend aus 50 mit BAT-Vertrag Angestellten, soll bei längerfristiger Krankheit von Lehrern zur Vertretung eingesetzt werden. Dabei werden bevorzugt Lehrer eingestellt, die nur Teilzeit arbeiten wollen, um die „Flexibilität" der „Lehrerfeuerwehr" zu erhöhen. Mit Erlaß vom 19.6.78 teilt der hessische Kultusminister mit, daß das Kabinett am 11.4.78 im Rahmen der Durchführung des 5. Landesprogramms für Arbeitsbeschaffung Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Lehrer an Schulen beschlossen hat. Im Rahmen dieser Maßnahme werden „Beschäftigungsmöglichkeiten" für 225 Lehrer mit Zweidrittel-BAT-Verträgen in Aussicht gestellt. Die Vertragsdauer erstreckt sich vom 1.9.78 bis zum 30.6.79, muß jedoch mindestens 6 Monate umfas-

Aktionen gegen das 7. Besoldungserhöhungsgesetz

Braunschweig. Am 6.7., einen Tag vor der Behandlung des 7. Besoldungserhöhungsgesetzes im Bundesrat, führte der AjLE Braunschweig einen Informationsstand in der Braunschweiger Innenstadt durch. Seit Dienstag werden außerdem in den Schulen und Studienseminaren Unterschriften gegen die Anwärterrückstufungen gesammelt. Die Unterschriftenliste des DGB Braunschweig richtet sich gleichzeitig gegen den Versuch, die Beamtenbesoldung vom Tarifergebnis im öffentlichen Dienst abzukoppeln. In der Raabeschule im Schulzentrum Heidberg haben Referendare eine Wandzeitung ausgehängt, die die Anwärterrückstufungen als Angriff auf den Lohn der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt zurückweist. Die Lehrer der IGS Braunschweig haben beschlossen, am 5.7. ebenfalls einen Stand im Einkaufszentrum der Schule durchzuführen.

Das Ehrenberg-Programm verschafft den Privatversicherungen neue Blüte

z.frb. Obgleich das Interesse aller Angehörigen der besitzlosen Klassen die einheitliche Versicherung für alle ist und obwohl sich dieser Forderung, die eine Angleichung der Lebensbedingungen zur Grundlage hat, die Bourgeoispolitiker nicht entziehen können, floriert das Geschäft der privaten Krankenversicherungen und der Lebensversicherungen seit gut einem Jahr in neuer Blüte. Die Lebensversicherungen kassierten im Verlauf des letzten Jahres 19 Mrd. DM an Beitragsgeldern, die privaten Krankenversicherungen über 7 Mrd. DM. Da in der Lebensversicherung nur ein gutes Drittel, in der Krankenversicherung nur etwa 70% wieder als Leistungen ausbezahlt werden, bleibt Jahr für Jahr ordentlich was hängen. So hat sich bei den Lebensversicherungen bis Ende 1977 ein Vermögen von 124 Mrd. DM, bei den Krankenversicherungen von knapp 10 Mrd. DM aufgehäuft. Zum Vergleich: Das ist zusammen mehr als das Fünffache des Vermögens der gesetzlichen Rentenversicherung. Oder: Das Geld würde ausreichen, um die gegenwärtigen Reproduktionskosten der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung für vier volle Monate zu bezahlen.

	Beiträge Mrd. DM	Auszahlung Mrd. DM	%
Lebensversicherung			
1965	5,78	1,84	32
1970	9,67	3,53	36
1975	16,35	6,27	38
Krankenversicherungen			
1965	2,30	1,46	64
1970	4,04	2,59	64
1975	6,50	4,65	71

Quelle: Bundesbank, Monatsbericht 8/1976

Die *privaten Krankenversicherungen* zählen vier bis fünf Millionen Krankheitskostenversicherungen. Angestellte können sich hier versichern, wenn sie mehr als 2775 DM im Monat verdienen, und Beamte müssen eine Zusatzversicherung abschließen, so daß 1974 39% aller Beamten privat versichert waren. Außerdem sind hier kleine Gewerbetreibende, selbständige Ärzte, Rechtsanwälte usw. versichert.

Während in der gesetzlichen Versicherung die Beiträge proportional mit dem Lohn zunehmen und die Familie mitversichert ist, sind in der privaten Versicherung die Beiträge nach „Risiko" gestaffelt, und jede Person muß einzeln versichert werden. So „kostet" in der DKV, der größten – zu Allianz gehörenden – Kasse, ein 23jähriger Mann 126 DM im Monat, wenn er je 300 DM selbst bezahlt. Im Alter von 33 Jahren zahlt er schon 173 DM, bei 53 Lebensjahren verlangt die Versicherung 316 DM für das erhöhte Risiko. Frauen sind von vornherein riskanter. Mit 23 Jahren müssen sie 206 DM zahlen, mit 53 Jahren 293 DM. Ein Kind unter 14 Jahren kostet 83 DM extra, ein männlicher Jugendlicher 107 DM, ein Mädchen 180 DM. Entsprechend sind die Tarife der Zusatzversicherung für Beamte gestaffelt. Bei Angestellten zahlt der Kapitalist die Hälfte des Beitrags, jedoch nur bis zum Höchstsatz der gesetzlichen Versicherung. Die rasante Steigerung der Beiträge in der gesetzlichen Versicherung und die nunmehr darauf folgende Einschränkung der Versicherungsleistungen hat viele besser verdienende Angestellte usw. in die Privatkassen getrieben, wo sie, da ihre Arbeits- und Lebenskraft von den Kapitalisten weniger intensiv vernutzt wird, die Ausgaben also insgesamt niedriger sind, oft geringere Beiträge zahlen. Andererseits sorgt das ausgeklügelte Beitragssystem dafür, daß die „hohen Risiken" in der gesetzlichen Versicherung verbleiben.

Sieht man die Sache so, so versteht man leicht, daß es neben diesen Vollversicherungen mehr noch die Teilversicherungen sind, die den privaten Kassen derzeit so raschen Zulauf bescheren. Bereits 1974 (bei der letzten statistischen Erfassung) hatten 3,22 Millionen (6%) der Versicherten der gesetzlichen Versicherung eine private Zusatzversicherung abgeschlossen. Jede Ehrenbergsche Streichung hebt diese Zahl. So verbindet sich die Senkung des Niveaus der Versicherung für die Arbeiter mit *zusätzlicher* Ausplünderung jener, denen – soweit sie sie zahlen können – eine Zusatzversicherung abverlangt wird.

Die *Lebensversicherungen* zählten Ende 1976 64,5 Millionen einzelne Verträge mit einer durchschnittlichen Versicherungssumme von etwa 7000 DM. So wie der Ruin der gesetzlichen Krankenversicherung den Privatkassen zur Blüte verhilft, so der Ruin der Rentenversicherung den Lebensversicherungen. Jahrzehntelang kassiert die Versicherung Beitragsgelder, damit der Versicherte bei Erreichen einer vereinbarten Altersgrenze einen Teil der so aufgesparten Beitragsgelder zurückbekommt. Stirbt er vorher, so zahlt die Versicherung an den für diesen Fall bestimmten Empfänger eine einmalige Geldsumme aus. Zum Beispiel verlangen die Banken von einem Bauern oder von einem Arzt, der einen Kredit von ihnen braucht, daß eine Lebensversicherung zu ihren Gunsten abgeschlossen wird. Für den Bauern, Arzt usw. bedeutet dies eine Erhöhung des Zinses um ein gutes Drittel, aber die Bank muß im Fall des Todes des Kreditnehmers nicht um den Verlust des verliehenen Geldes trauern.

Aus dem Zwang für die Versicherten, diese Versicherung abzuschließen – weil sie profitabwerfendes Vermögen *nicht* haben –, macht die Lebensversicherung ordentlich Kasse. Ein Beispiel: Ein 30jähriger, dessen Gesundheitszustand von der Versicherung für befriedigend befunden wurde, zahlt 35 Jahre lang jeden Monat 100 DM an die Allianz. Erlebt er das 65. Lebensjahr, so zahlt die Versicherung etwa 115000 DM aus (gemessen an heutigem Geldwert wird davon noch vielleicht ein Drittel verblieben sein). Eingezahlt sind bis dahin – einschließlich angenommener Verzinsung von 7% – runde 175000 DM. Stirbt der Versicherte 1995, so zahlt die Versicherung 60000 DM aus, obwohl bis dahin erst 41000 DM eingezahlt sind. Den Versicherungsgesellschaften sichert dies – wie man sieht – die Anhäufung eines riesigen Vermögens.

So ist es kein Wunder, daß einige wenige Monopole dies ganze Geschäft beherrschen. Der Allianz-Konzern, der mit Abstand größte, hält bei den Krankenversicherungen mindestens ein Drittel des Marktes (DKV und Vereinigte Krankenversicherung), bei den Lebensversicherungen über 25%. Er ist u.a. zusammen mit Siemens an der Metallgesellschaft, jenem herausragenden Vorposten der Expansionsinteressen der westdeutschen Bourgeoisie, beteiligt. Das gesamte Vermögen ist an den Staatsapparat, Banken und Unternehmen verliehen und steht der Finanzbourgeoisie zur billigen Verfügung. So finden Ruin der Sozialversicherung und Konzentration der Beitragsgelder der zum Abschluß einer privaten Kranken- oder Lebensversicherung Gezwungenen ihre höhere Erfüllung.

„Menschliche Fürsorge ist grundsätzlich nicht für Geld zu kaufen"
Albrecht kann leicht mit Ehrenberg ein Herz und eine Seele sein
r.std. Die Bourgeoisie kann nicht mit ansehen, daß sich irgendein Pfennig nicht in Kapital verwandelt. Das wäre unerträglich, wenn sich das Geld nicht zur Ausbeutung der Arbeiter nutzen ließe. Jede Anhäufung läßt sie wirklich gierig werden, und sie läßt nichts unversucht, bis sie sich dieses Geld für die höheren Zwecke der Kapitalverwertung angeeignet hat. Verständlich, daß sie sich den Sozialversicherungen, die sich die Arbeiterklasse geschaffen hat als Schutz für ihre Arbeitskraft, „zweckvoll" genähert hat, um sie aus-
hen? Auch dazu äußert sich Ehrenberg: „Nach dieser deutlichen antizyklischen Phase waren in der sozialen Sicherung mit Blick auf die weitere finanzielle Entwicklung Stabilisierungsmaßnahmen unausweichlich, die – nach den getroffenen Entscheidungen des Gesetzgebers – jetzt in eine Phase der Verstetigung einmünden. Im Grundsatz ist es damit gelungen, den Leistungszuwachs der Sozialversicherung in Übereinstimmung zu bringen mit dem im Rahmen eines mittelfristigen Zeithorizonts gegenwärtig einge-
folgreiche und engagierte Sozialpolitik gerade heute nicht immer gleichzusetzen ist mit ‚mehr Geld' und ‚höheren Ausgaben'. " Das ist das Albrecht-Programm für Niedersachsen. Im Lauterberger-Programm der niedersächsischen CDU heißt es: „. . . ist menschliche Fürsorge grundsätzlich nicht für Geld zu kaufen". Das ist doppelsinnig. Wie Ehrenberg will die CDU das Geld und billige Löhne. Ist das nicht zu erreichen, Zwangsarbeit. Das ist nur dürftig versteckt hinter dem Mäntelchen von Nächstenliebe. „Entschei-
obligatorischen Dienstjahres für junge Mädchen . . . unabweislich."
Die rücksichtslose Zerstörung des Lebens der Arbeiter durch die Kapitalisten wird frech von der CDU ideologisch abgesichert. Die Gesundheit wird zum „hohen Gut" erklärt. Dann braucht man sich darum nicht mehr zu kümmern, da sie „mehr ist als bloßes Freisein von Krankheit". Ist sie mehr, dann lassen sich natürlich die alten Arbeiter in Sozialstationen unterbringen, um sie dort „kostengünstig" verrecken zu lassen.
1970 9,67 3,53 36
1975 16,35 6,27 38
Krankenversicherungen
1965 2,30 1,46 64
1970 4,04 2,59 64
1975 6,50 4,65 71
Quelle: Bundesbank, Monatsbericht 8/1976
Die privaten Krankenversicherungen
Die rasante Steigerung der Beiträge in der gesetzlichen Versicherung und die nunmehr darauf folgende Einschränkung der Versicherungsleistungen hat viele besser verdienende Angestellte usw. in die Privatkassen getrieben, wo sie, da ihre Arbeits- und Lebenskraft von den Kapitalisten weniger intensiv vernutzt wird, die Ausgaben also insgesamt niedriger sind, oft geringere Beiträge zahlen. Anderer-
sen Fall bestimmten Empfänger eine einmalige Geldsumme aus. Zum Beispiel verlangen die Banken von einem Bauern oder von einem Arzt, der einen Kredit von ihnen braucht, daß eine Lebensversicherung zu ihren Gunsten abgeschlossen wird. Für den Bauern, Arzt usw. bedeutet dies eine Erhöhung des Zinses um ein gutes Drittel, aber die Bank muß im Fall des Todes des Kreditnehmers nicht um den Verlust
interessen der westdeutschen Bourgeoisie, beteiligt. Das gesamte Vermögen ist an den Staatsapparat, Banken und Unternehmen verliehen und steht der Finanzbourgeoisie zur billigen Verfügung. So finden Ruin der Sozialversicherung und Konzentration der Beitragsgelder der zum Abschluß einer privaten Kranken- oder Lebensversicherung Gezwungenen ihre höhere Erfüllung.

„Menschliche Fürsorge ist grundsätzlich nicht für Geld zu kaufen"

Albrecht kann leicht mit Ehrenberg ein Herz und eine Seele sein

r.std. Die Bourgeoisie kann nicht mit ansehen, daß sich irgendein Pfennig nicht in Kapital verwandelt. Das wäre unerträglich, wenn sich das Geld nicht zur Ausbeutung der Arbeiter nutzen ließe. Jede Anhäufung läßt sie wirklich gierig werden, und sie läßt nichts unversucht, bis sie sich dieses Geld für die höheren Zwecke der Kapitalverwertung angeeignet hat. Verständlich, daß sie sich den Sozialversicherungen, die sich die Arbeiterklasse geschaffen hat als Schutz für ihre Arbeitskraft, „zweckvoll" genähert hat, um sie auszuplündern.

Herbert Ehrenberg, der jetzt gedenkt, in verschiedenen Prozessen von einigen Beinamen, die er sich als eifrigster Plünderer der Versicherungskassen erworben hat, loszukommen, hielt auf der Mitgliederversammlung des Ifo-Instituts in München Ende Juni eine Rede mit dem Titel: „Überwindung der Arbeitslosigkeit". Mit der schönsten Deutlichkeit sagt er dort, daß das Netz der „sozialen Sicherheit", eines der liebsten Kinder der Sozialdemokratie wie aller bürgerlicher Parteien, den Kapitalinteressen dienen soll und mit „Sicherung der sozialen Lage" der Massen nichts zu tun hat. Die Maximierung des Profits der Kapitalisten springt regelrecht aus den Äußerungen hervor: „Ich glaube hieraus begründet ableiten zu können, daß unser Netz der sozialen Sicherung sowohl sozialpolitisch als auch ökonomisch einen maßgeblichen Beitrag zum Abfangen des Abschwungs 1974/75 und zur Stärkung der Auftriebstendenzen geleistet hat." Wie das gegangen ist? „Die Einrichtungen der sozialen Sicherung haben in den letzten Jahren geradezu lehrbuchhaft als automatische Stabilisatoren gewirkt." Ehrenbergs automatische Stabilisatoren: „Durch Mindereinahmen einerseits und Mehrausgaben andererseits, durch kontinuierlichen Rücklagenabbau und Defizite ist die Verbrauchsnachfrage mit zweistelligen Milliardenbeträgen gestützt worden. Dies gilt insbesondere für die Rentenversicherung und die Bundesanstalt für Arbeit." Den Rentnern wurde die „Verbrauchsnachfrage", wie man das gierige Verlangen der Kapitalisten auch bezeichnen kann, gekürzt. Wie soll's weitergehen? Auch dazu äußert sich Ehrenberg: „Nach dieser deutlichen antizyklischen Phase waren in der sozialen Sicherung mit Blick auf die weitere finanzielle Entwicklung Stabilisierungsmaßnahmen unausweichlich, die – nach den getroffenen Entscheidungen des Gesetzgebers – jetzt in eine Phase der Verstetigung einmünden. Im Grundsatz ist es damit gelungen, den Leistungszuwachs der Sozialversicherung in Übereinstimmung zu bringen mit dem im Rahmen eines mittelfristigen Zeithorizonts gegenwärtig eingeschätzten Entwicklungspfad der Gesamtgesellschaft." Der Entwicklungspfad: „Der hohe Bedarf an Einrichtungen zur Verbesserung der Infrastruktur in Verkehr und Kommunikation, . . . Energiesparen, . . . Erschließung von Erholungsgebieten, rechtfertigt volles Engagement." Hierfür wird die „kräftige Förderung der Mobilitätsbereitschaft der Arbeitslosen", „intensivere Vermittlungsbemühungen" und wird auch die Umschulung zur Teilzeitarbeit gefordert. Sämtlich Maßnahmen, um die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen.

Die Plünderung der Versicherungskassen der Arbeiterklasse erfolgt gesetzmäßig, solange die Arbeiterklasse nicht die Selbstverwaltung erkämpft hat. Die Programme der bürgerlichen Parteien unterscheiden sich daher auch kaum. In Niedersachsen hat die CDU ihr Programm frühzeitig niedergelegt. Auf dem Landesparteitag 1975 hielt der rheinland-pfälzische Sozialminister eine programmatische Rede. Er fordert: „Selbstverständlich dürfen wir Bürger in Not nicht allein lassen. Die Frage ist nur, ob die teuerste aller Hilfen, nämlich das Krankenhaus, immer die sinnvollste Lösung ist." Damit den Arbeitern die Krankenversorgung entzogen werden kann, wird die Theorie der „selbstverschuldeten Krankheiten und Todesfälle" aufgestellt. Es ist klar, was passieren muß: „. . . müssen wir uns davon lösen, daß Gesundwerden und Gesundbleiben ein Zustand des völligen körperlichen und geistig-seelischen Wohlbefindens ist, . . . kurzum, daß Gesundsein ein normaler Zustand ist". Seitdem heißt es mit Penetranz in allen Dokumenten der CDU: „Die CDU ist dabei überzeugt, daß eine erfolgreiche und engagierte Sozialpolitik gerade heute nicht immer gleichzusetzen ist mit ‚mehr Geld' und ‚höheren Ausgaben'. " Das ist das Albrecht-Programm für Niedersachsen. Im Lauterberger-Programm der niedersächsischen CDU heißt es: „. . . ist menschliche Fürsorge grundsätzlich nicht für Geld zu kaufen". Das ist doppelsinnig. Wie Ehrenberg will die CDU das Geld und billige Löhne. Ist das nicht zu erreichen, Zwangsarbeit. Das ist nur dürftig versteckt hinter dem Mäntelchen von Nächstenliebe. „Entscheidend für die Bewältigung dieser Aufgabe ist die Bereitschaft vieler Menschen zur freiwilligen und zum Teil auch unentgeltlichen Dienstleistung. Sollte sich herausstellen, daß diese freiwillige Bereitschaft nicht ausreicht, so wird die Frage der Einführung eines obligatorischen Dienstjahres für junge Mädchen . . . unabweislich."

Die rücksichtslose Zerstörung des Lebens der Arbeiter durch die Kapitalisten wird frech von der CDU ideologisch abgesichert. Die Gesundheit wird zum „hohen Gut" erklärt. Dann braucht man sich darum nicht mehr zu kümmern, da sie „mehr ist als bloßes Freisein von Krankheit". Ist sie mehr, dann lassen sich natürlich die alten Arbeiter in Sozialstationen unterbringen, um sie dort „kostengünstig" verrecken zu lassen.

Albrecht hat schon während des niedersächsischen Wahlkampfes festgestellt, daß die Sozialdemokraten wenig an seiner Politik auszusetzen hätten. Das ist ohne Zweifel so. Sie dient denselben Bourgeois.



Mit ca. 180 Teilnehmern fand am 5.7. im ÖTV-Haus Westberlin die von etlichen Gliederungen der ÖTV geforderte Veranstaltung zum § 218 statt. Der Frauenausschuß hatte Vertreter der bürgerlichen Parteien und des Senats eingeladen. Dr. Hasenclever (CDU, Präsident der Berliner Ärztekammer): „Zentral ist die Beratung der Schwangeren zum Schutz des werdenden Lebens – die Dokumentationspflicht (Registrierung) ist dazu unerläßlich." Außerdem müßten die Ärzte ja eh registrieren. Krüger (FDP) ist dann gleich aufgelaufen, als er damit kam, daß der SPD/FDP-Entwurf zum Ausführungsgesetz gar keine Registrierung vorsehen würde. In den Reden auf der Versammlung wurden den Bourgeoispolitikern ihre Äußerungen in der Abgeordnetenhausdebatte um die Ohren geschlagen. Langanhaltender Beifall kam für die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218. Die Versammlung einigte sich darauf, daß als nächstes eine Broschüre der ÖTV erarbeitet wird mit dem Thema: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Ausführungsgesetz!

Die kapitalistische Mechanisierung beschleunigt den Ruin des Kleinbauern

z.ale. Als Mitte bis Ende der fünfziger Jahre durch die Entwicklung der Produktivkräfte auf Grundlage des Konkurrenzkampfes die tierische durch die motorische Zugkraft verdrängt wurde, ist ein Großteil der damaligen Klein- und Mittelbauern gelegt worden.

Der Großgrundbesitzer hingegen schindet seine Landarbeiter, daß sie ihm einen Profit erwirtschaften, der groß genug ist, um teure Maschinen davon kaufen zu können und immer noch einen fetten Gewinn zu machen, mit der Aussicht auf einen noch fetteren.

Mit den Maschinen läßt er weniger Landarbeiter in weniger Zeit mehr schaffen, was seinen Profit noch einmal vergrößert und ihm ermöglicht, noch mehr Land an sich zu reißen. Und das ist der Sinn und Zweck seines „Tagewerks". Anders beim Klein- und Mittelbauern.

(bis 1971 einschließlich Zinsen und Hypotheken-Gewinnabgabe aufgeführt)

Betriebsgröße in Hektar	Schlepper (in Tsd.) 1953	1960	1965	1970	1974	Anzahl d. Vollarbeitskräfte (in Tsd.) 1953	1960	1965	1970	1975
2 – 5 ha	22,4	123,5	210,7	232,7	233,6	1049,4	436	331	215	150
5 – 10 ha	51,6	218,1	254,5	238,0	218,1	1094,2	566	424	284	206
10 – 20 ha	81,6	227,3	339,4	376,5	347,7	810,4	610	568	454	338
20 – 50 ha	69,2	112,0	236,9	322,5	376,6	385,4*	356	334	339	336
50 u. mehr	13,1	29,3	57,3	65,3	77,8	–	122	92	72	76

* In dieser Spalte sind alle über 20 Hektar erfaßt

Die Tabelle zeigt auf, daß, je mehr Schlepper eingesetzt werden, die Zahl der Vollarbeitskräfte abnimmt. Ab 1974 übersteigt die Anzahl der Schlepper sogar die der Vollarbeitskräfte. Was nichts anderes bedeutet, als daß die Schinderei der Klein- und Mittelbauern sowie der Landarbeiter enorm gesteigert worden ist.

Bauer E. hat 1956 mit seiner ganzen Familie und zwei Pferden seine knapp 10 ha Boden bewirtschaftet. Er hat einen Gemischtbetrieb. Für den Zentner Kartoffeln erhält er 10 bis 12 DM, Getreide 22 bis 25 DM, für den Liter Milch 0,45 DM. Er mästet Schweine, baut Zuckerrüben an und ein wenig Gemüse. Als seine älteste Tochter wegen Heirat den Hof verläßt, muß er für 2000 DM einen Zwei-Schar-Pflug kaufen und eine Drillmaschine, um die Arbeit zu bewältigen.

1964 stirbt die Frau, die zweite Tochter heiratet. Für seine Produkte erhält er nicht mehr, obwohl er mehr Kunstdünger und Unkrautvertilgungsmittel verwenden muß, um den Ertrag des Bodens zu halten. Um die gewachsene Masse an Arbeit mit weniger Arbeitskräften zu schaffen, braucht er einen Schlepper, einen Drei-Schar-Pflug, einen Kunstdüngerstreuer, wozu er einen Kredit von 30000 DM aufnehmen muß. Um die Schulden abzubezahlen, ist er auf ein höheres Milchgeld pro Monat angewiesen. Er stockt die vier Kühe auf zwölf auf. Die kann er nicht mehr alle mit der Hand melken, und die Stallungen reichen auch nicht. Für Umbaumaßnahmen und die Melkanlage hat er zusätzlich 5000 DM aufgenommen. Da er mehr Kühe hat, braucht er mehr Weide, Wiese, mehr Land. Das kann er vom Großbauern für 200 bis 300 DM pro ha zupachten. 1969 verpflichtet sich der älteste Sohn wegen der angespannten finanziellen Lage auf zwei Jahre bei der Bundeswehr. Für den Zentner Kartoffeln erhält er jetzt 8 DM, für Getreide 18 bis 22 DM, für den Liter Milch 0,48 DM. Er braucht nun für die Bewältigung der anfallenden Arbeit eine Strohpresse, eine Drillmaschine, was er versucht, mit einem anderen Bauern gemeinsam anzuschaffen. Der alte Kredit ist noch nicht abbezahlt, muß aber durch noch einmal 6000 DM aufgestockt werden. Sein Sohn hat 1971 die Wehrdienstzeit hinter sich und heiratet ebenfalls. Da Bauer E. die Erträge steigern muß, pachtet er 7 ha zu, obwohl er weiß, daß das eine ungeheure Schinderei wird. Der alte Schlepper hat 1972 einen Getriebeschaden; 6000 DM für die Reparatur lohnen sich gar nicht mehr. Ein neuer ist die einzige Lösung und kostet 22000 DM für einen 60 PS-Schlepper.

Um den Verfall der Gebäude zu verhindern, muß er 5500 DM investieren, wenn er die Ausbesserungsarbeiten nicht alle mit seinem Sohn selber machen würde, wäre es noch wesentlich mehr. Er ist jetzt mit 31000 DM verschuldet. 1974 pachtet er weitere 10 Hektar zu. In der Nachbargemeinde wird die Flurbereinigung durchgeführt. Von dem Boden, den er tatsächlich besitzt, fallen 8 Hektar darunter. 300 DM alle drei Monate auf 30 Jahre muß er dafür zahlen. Um das durch die Erträge herauszuholen, hat er sich ausgerechnet, muß er noch einmal 5 Hektar zupachten, dann könnte es vielleicht hinkommen. Die Zinsen für die Kredite schafft er nur noch, weil sein Sohn halbtags als Lohnarbeiter in die Fabrik geht. Die Kehrseite der Medaille ist ein weiterer Schlepper für 12000 DM. Ohne den wäre er aufgeschmissen. Kartoffeln baut er inzwischen nicht mehr an, seit es nur noch 3 DM pro Zentner gibt. Ebenso hat er den Zuckerrübenanbau aufgesteckt. Während der Ernte geht am Schlepper die Hydraulik aufgrund der hohen Belastung kaputt, und neue Reifen braucht Bauer E. auch für den Technischen Überwachungsverein (TÜV). Kostenpunkt 4500 DM. Daß das passieren würde, hatte er befürchtet. In allen Schleppern sind Teile eingebaut, die in der Ausführung zu schwach sind und hohe Belastung nicht aushalten. Bei den Harvester-Schleppern ist es der Sitz (300 DM), die Kurbelwellenabdichtung (Reparatur 600 bis 800 DM), die Hydraulikanlage (Reparatur 1500 DM) und die Lampen. Beim David Brown ist es das Getriebe, beim Ford ebenfalls die Hydraulik; beim Fendt die Achslager usw. 1976 macht Bauer E. mit anderen Bauern zusammen eine Werksbesichtigung bei International Harvester. Alle sind empört über die dunklen Werkhallen, die schlechte Luft, den Lärm und die üble Akkordschinderei. Deshalb können sie sich auch gut vorstellen, daß bei dieser Produktion Montagefehler auftreten. So fehlt bei dem einen Harvester-Schlepper ein Lager in der Kurbelwelle oder das Drucklager der Kupplung ist nicht gefettet. Bei einem anderen fehlt sogar das Öl im Getriebe. Das ist unter anderem der Grund, warum Bauer E. die Garantie in Anspruch nehmen muß. Dafür muß er aber ein Jahr lang Inspektionen des Schleppers bei dem Landmaschinenkapitalisten durchführen lassen, was ihn 2500 bis 3000 DM kostet; aber ohne die Garantie geht er ein zu großes Risiko ein. Wenigstens bekommt er so, wenn eine größere Reparatur anfällt, die Kosten ersetzt. Daß der Landmaschinenkapitalist dabei einen Riesenprofit macht, kann Bauer E. sich ausrechnen.

1976 muß er für 1500 DM eine Beregnungsanlage kaufen, da aufgrund der Flurbereinigung der Grundwasserspiegel gesenkt wurde und ihm sonst die Ernte verdorrt. Sein Sohn muß sich inzwischen ganztags als Lohnarbeiter verkaufen, damit sie gegen den Schuldenberg ankommen.

Die Schweinezucht lohnt nicht mehr, die Preise, die ihm gezahlt werden, sind zu niedrig, um die Produktionskosten wettzumachen. Draufzahlen kann er sich unmöglich leisten. Monatlich drückt ihn die Bank und fordert den Tribut für die Kredite.

Frühjahr 1977. Die Schulden sind kaum gesunken. Um Dünger zu kaufen, schließt er mit der Haupt- und Raiffeisengenossenschaft einen Vertrag ab. Für ihn heißt das, daß er seine landwirtschaftlichen Produkte nahezu vollständig bei der Genossenschaft abliefern muß. Am Jahresende bekommt er das Geld dafür, abzüglich der Kosten für die Reparaturen, Ersatzteile, den Dünger, das Heu, das Getreide. Der Preis für seine Produkte wird ihm diktiert. Er ist zum Lohnarbeiter für die Haupt- und Raiffeisengenossenschaft geworden. Für die Kühe einschließlich der 1978 gezahlten staatlichen Abschlachtprämie kann er mit 30000 bis 35000 DM rechnen. Das reicht nicht einmal, um die Schulden restlos zu tilgen.

Die Unterwerfung des Klein- und Mittelbauern unter die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft, die als Wirkungen der Konkurrenz erscheinen, lassen nur die Verschuldung an das Finanzkapital zu, die über kurz oder lang die restlose Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln vervollständigt.

Kampf um Selbstversorgung mit Getreide

z.hev. Die chinesischen Bauern, die selbst große Anstrengungen zur Erhöhung der Getreideproduktion unternehmen, sind stolz darauf, daß es den Ländern der Dritten Welt gelungen ist, von 1974 bis 1976 die Getreideimporte von 41 Millionen Tonnen auf 32 Millionen Tonnen zu senken. Länder wie Nepal, Kenia und Sambia können sich inzwischen selbst versorgen. Der chinesische Plan sieht eine Steigerung der Getreideproduktion um rund ein Drittel auf 400 Millionen Tonnen 1985 vor, insbesondere durch Neulandgewinnung, Steigerung der Düngemittelproduktion, Ausbau des Bewässerungssystems und Mechanisierung der Landwirtschaft. Allein im Winter und Frühjahr 1977/78 wurde die bewässerte Fläche um 3,6 Millionen Hektar (gleich 47% gegenüber dem Vorjahr) erhöht. Dieser Erfolg wurde im gemeinsamen Kampf von Bauern und Arbeitern erreicht, die sowohl die Erdarbeiten unterstützten als auch die Produktion von hydraulischen Pumpen erhöhten.

Ostafrikanische Länder fördern landwirtschaftliche Produktion

z.evs. In Ost- und Westafrika wird der Anbau der Cashewnußkultur ausgedehnt und die Verarbeitung der Nüsse entwickelt. Mocambique und Tansania sind die führenden Cashewnuß-Produzenten auf dem Weltmarkt. Auch Länder wie Kenia, Uganda, die Elfenbeinküste, Senegal und die Volksrepublik Benin bauen ihre Produktionsanlagen verstärkt aus. – Die Cashewnüsse sind eiweißreich und enthalten ein schmackhaftes Öl. Aus den Nußschalen kann Öl zur Herstellung von Kunstharzen gewonnen werden. In Tansania wird seit dem letzten Jahr ein Cashewapfel-Erfrischungsgetränk auf Versuchsbasis hergestellt. Somit werden 1 Milliarde Liter Cashewsaft, jährliches Abfallprodukt, genutzt. Zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder stützen sich die ost- und westafrikanischen Staaten auf die Landwirtschaft. Maßnahmen, wie die Erhöhung der Erzeugerpreise in Tansania und Uganda fördern die Produktion in der Landwirtschaft. Über gefragte Exportprodukte wie die Cashewnüsse, die einen gesicherten Absatzmarkt in den USA, Europa und zum Teil in Australien haben, fließen Devisen in diese Länder. Devisen, mit denen verstärkt die Klein- und Mittelindustrie aufgebaut werden kann. Bis auf Mocambique und Uganda sind die afrikanischen Cashewnuß-Produzenten noch auf ausländische Kredite angewiesen. Aber über die relativ günstige Stellung der ostafrikanischen Länder, die in der Ostafrikanischen Gemeinschaft zusammengeschlossen sind, auf dem Weltmarkt bestehen gute Bedingungen, gemeinsam mit den westafrikanischen Ländern einen angemessenen Preis gegenüber den imperialistischen Aufkäufern durchzusetzen und den Versuchen der Spaltung und Erpressung auf Grundlage der Kredite zuvorzukommen.

An der Buchführung erkennt das Finanzkapital, wann der Bauer reif ist zur Vertreibung

Ab 1. Juli bundeseinheitliche Buchführungspflicht für Bauern

50 u. mehr 13,1 29,3 57,3 65,3 77,8 122 92 72 76

* In dieser Spalte sind alle über 20 Hektar erfaßt

Die Tabelle zeigt auf, daß, je mehr Schlepper eingesetzt werden, die Zahl der Vollarbeitskräfte abnimmt. Ab 1974 übersteigt die Anzahl der Schlepper sogar die der Vollarbeitskräfte. Was nichts anderes bedeutet, als daß die Schinderei der Klein- und Mittelbauern sowie der Landarbeiter enorm gesteigert worden ist.

Bauer E. hat 1956 mit seiner ganzen Familie und zwei Pferden seine knapp 10 ha Boden bewirtschaftet. Er hat einen Gemischtbetrieb. Für den Zentner Kartoffeln erhält er 10 bis 12 DM, Getreide 22 bis 25 DM, für den Liter Milch 0,45 DM. Er mästet Schweine, baut Zuckerrüben an und ein wenig Gemüse. Als seine älteste Tochter wegen Heirat den Hof verläßt, muß er für 2000 DM einen Zwei-Schar-Pflug kaufen und eine Drillmaschine, um die Arbeit zu bewältigen.

1964 stirbt die Frau, die zweite Tochter heiratet. Für seine Produkte erhält er nicht mehr, obwohl er mehr Kunstdünger und Unkrautvertil-

Zentner Kartoffeln erhält er jetzt 8 DM, für Getreide 18 bis 22 DM, für den Liter Milch 0,48 DM. Er braucht nun für die Bewältigung der anfallenden Arbeit eine Strohpresse, eine Drillmaschine, was er versucht, mit einem anderen Bauern gemeinsam anzuschaffen. Der alte Kredit ist noch nicht abbezahlt, muß aber durch noch einmal 6000 DM aufgestockt werden. Sein Sohn hat 1971 die Wehrdienstzeit hinter sich und heiratet ebenfalls. Da Bauer E. die Erträge steigern muß, pachtet er 7 ha zu, obwohl er weiß, daß das eine ungeheure Schinderei wird. Der alte Schlepper hat 1972 einen Getriebeschaden; 6000 DM für die Repa-

Kostenpunkt 4500 DM. Daß das passieren würde, hatte er befürchtet. In allen Schleppern sind Teile eingebaut, die in der Ausführung zu schwach sind und hohe Belastung nicht aushalten. Bei den Harvester-Schleppern ist es der Sitz (300 DM), die Kurbelwellenabdichtung (Reparatur 600 bis 800 DM), die Hydraulikanlage (Reparatur 1500 DM) und die Lampen. Beim David Brown ist es das Getriebe, beim Ford ebenfalls die Hydraulik; beim Fendt die Achslager usw. 1976 macht Bauer E. mit anderen Bauern zusammen eine Werksbesichtigung bei International Harvester. Alle sind empört über die dunklen Werkhallen, die schlechte Luft, den Lärm und die üble Akkordschinderei. Deshalb können sie sich auch gut vorstellen, daß bei dieser Produktion Montagefehler auftreten. So fehlt bei dem einen Harvester-Schlepper ein Lager in der Kurbelwelle oder das Drucklager der Kupplung ist

vollständig bei der Genossenschaft abliefern muß. Am Jahresende bekommt er das Geld dafür, abzüglich der Kosten für die Reparaturen, Ersatzteile, den Dünger, das Heu, das Getreide. Der Preis für seine Produkte wird ihm diktiert. Er ist zum Lohnarbeiter für die Haupt- und Raiffeisengenossenschaft geworden. Für die Kühe einschließlich der 1978 gezahlten staatlichen Abschlachtprämie kann er mit 30000 bis 35000 DM rechnen. Das reicht nicht einmal, um die Schulden restlos zu tilgen.

Die Unterwerfung des Klein- und Mittelbauern unter die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft, die als Wirkungen der Konkurrenz erscheinen, lassen nur die Verschuldung an das Finanzkapital zu, die über kurz oder lang die restlose Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln vervollständigt.

ten ein schmackhaftes Öl. Aus den Nußschalen kann Öl zur Herstellung von Kunstharzen gewonnen werden. In Tansania wird seit dem letzten Jahr ein Cashewapfel-Erfrischungsgetränk auf Versuchsbasis hergestellt. Somit werden 1 Milliarde Liter Cashewsaft, jährliches Abfallprodukt, genutzt. Zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder stützen sich die ost- und westafrikanischen Staaten auf die Landwirtschaft. Maßnahmen, wie die Erhöhung der Erzeugerpreise in Tansania und Uganda fördern die Produktion in der Landwirtschaft. Über gefragte Exportprodukte wie die Cashewnüsse, die einen gesicherten Absatzmarkt in den USA, Europa und zum Teil in Australien haben, fließen Devisen in diese Länder. Devisen, mit denen verstärkt die Klein- und Mittelindustrie aufgebaut werden kann. Bis auf Mocambique und Uganda sind die afrikanischen Cashewnuß-Produzenten noch auf ausländische Kredite angewiesen. Aber über die relativ günstige Stellung der ostafrikanischen Länder, die in der Ostafrikanischen Gemeinschaft zusammengeschlossen sind, auf dem Weltmarkt bestehen gute Bedingungen, gemeinsam mit den westafrikanischen Ländern einen angemessenen Preis gegenüber den imperialistischen Aufkäufern durchzusetzen und den Versuchen der Spaltung und Erpressung auf Grundlage der Kredite zuvorzukommen.

An der Buchführung erkennt das Finanzkapital, wann der Bauer reif ist zur Vertreibung

Ab 1. Juli bundeseinheitliche Buchführungspflicht für Bauern

r.div. Am 30. Juni endete das Wirtschaftsjahr für landwirtschaftliche Betriebe. Zu diesem Stichtag erstellen Steuerberater oder Buchführungsgesellschaften den Bücher führenden Landwirten den Jahresabschluß und ermitteln Gewinn oder Verlust aus der abgelaufenen Wirtschaftsperiode.

Das Führen von Büchern ist für die Produktion an sich eine nützliche Sache. Nur durch regelmäßige und genaue Aufzeichnungen über Aufwendungen und Erträge, Kosten und Leistungen ist es möglich, die Wirtschaftlichkeit einer Produktion zu kontrollieren und zu steuern. Das wissen auch die Bauern, dennoch wehren sie sich hartnäckig gegen die Buchführung und können nur durch Prämien und Zwang dazu gebracht werden, Bücher zu führen.

Das liegt daran, daß die vorgeschriebene steuerliche oder betriebswirtschaftliche Buchführung ganz anderen Zwecken dient: dem Staat als Grundlage für die Besteuerung und dem Finanzkapital direkt zur Kontrolle über den Betrieb. Die durch (steuerliche) Buchführungs*pflicht* und betriebswirtschaftliche *Auflagen*buchführung (bei staatlicher Investitionsförderung) erzwungenen Aufzeichnungen dienen nur dazu, die Enteignung der Bauern voranzutreiben.

Die Wurzel der Buchführung ist der Kredit. Bereits im Mittelalter waren Kaufleute und Geldverleiher mit wachsendem Kreditgeschäft genötigt, nach vereinbarten Regeln Bücher zu führen, um ihren Profit zu ermitteln und untereinander ihre Kreditwürdigkeit zu belegen. Zu den wesentlichen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung gehört z.B. der „Grundsatz der Klarheit", der so viel Übersichtlichkeit verlangt, daß sich ein sachverständiger Dritter jederzeit Einblick in die Lage des Betriebes verschaffen kann, oder der „Grundsatz der Vorsicht", nach dem zum Schutz der Gläubiger das Betriebsvermögen nur zu dem Wert eingesetzt werden darf, zu dem es jederzeit veräußerbar ist. In der Landwirtschaft wurde die Buchführung erst sehr spät eingeführt. Bis 1914 hatten in Niedersachsen nur Großbetriebe eine Buchführung eingerichtet, sie gaben diese in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aber zumeist wieder auf. Ihre weitere Verbreitung hing wesentlich von der Steuergesetzgebung ab. Verordnungen von 1925 und 1935 über landwirtschaftliche Buchführung wurden nur zögernd befolgt und führten praktisch erst nach dem 2. Weltkrieg zu größeren Zahlen. 1971 waren etwa 80000 Höfe in der BRD *steuerlich* buchführungspflichtig, nur 52000 führen tatsächlich Bücher. Mit der geplanten Steuerreform soll dies drastisch geändert werden. Für die Absichten des Finanzkapitals reicht eine steuerliche Buchführung aber nicht aus, da die Bewertung des Vermögens und die Ermittlung des Gewinns von zahlreichen Sondervorschriften beeinflußt sind. Die wachsende Verschuldung der Höfe nach dem 2. Weltkrieg machte für die Banken einen sehr viel genaueren Einblick notwendig. Entsprechend mußte ein geeignetes betriebswirtschaftliches Buchführungssystem entwickelt und durchgesetzt werden.

Bis in die 50er Jahre hinein konnte die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe ihren Wirtschaftserfolg anhand ihrer Guthaben oder Schulden verfolgen. Ein schuldenfreier Hof war Ausdruck guter Bewirtschaftung. Der Zwang zur Mechanisierung und immer größeren baulichen Investitionen brachte die Mehrzahl der Betriebe rasch in Abhängigkeit vom Kredit.

Unter Führung der landwirtschaftlichen Rentenbank – der Zentralbank



des Agrarkredits – wurde deshalb mit der Buchführung ein effektives Kontrollinstrument geschaffen. Niedersachsen war dabei führend in der Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen, um möglichst viele Betriebe dieser Buchführung zu unterwerfen. Der Ansatzpunkt waren dabei zunächst die Siedlungsbetriebe von Bauern aus den ostdeutschen Gebieten, die mit gewaltigen Krediten neue Höfe erhielten. Zunehmend wurden alle Formen staatlicher Investitionsförderung – vor allem das einzelbetriebliche Förderungsprogramm – mit der Auflage zur Buchführung versehen. Heute ist es in Niedersachsen bereits Vorschrift, daß *vor* Antrag auf Förderung *zwei* Buchabschlüsse vorliegen müssen.

Um die große Zahl von Abschlüssen überhaupt erstellen zu können, war die Schaffung einer elektronischen Datenverarbeitung notwendig. Mit Kapital der landwirtschaftlichen Rentenbank gründete der Deutsche Bauernverband die Land Data und gliederte an seine Kreisgeschäftsstellen Buchstellen an. Die Buchführung „in Bauernhand" hat sich mittlerweile zu einem profitablen Geschäftszweig gemausert.

Die Buchführung selbst hat eine erhebliche Entwicklung erfahren. Vom 1.7.1978 an wird bundesweit ein einheitlicher Abschluß vorgeschrieben. Auffallend daran ist zum einen, daß im Vergleich zu früher das Umlaufvermögen (Vieh, Vorräte und die am 30.6. noch auf dem Halm stehende Ernte) wesentlich genauer erfaßt wird. Die Änderungen bewirken praktisch, daß Reserven des Betriebes aufgedeckt werden; zugleich kann das Finanzkapital unmittelbar erkennen, wie weit der Kredit durch sofort veräußerbares Vermögen gedeckt ist. Bei steigendem Anteil an Zupachtflächen in den Betrieben ist dies für die Sicherheit des Kredits von großer Bedeutung. Die zweite wesentliche Neuerung ist die gründliche Durchleuchtung des privaten Verbrauchs des Bauern und seiner Familie. Unverhüllt wird kontrollierbar gemacht, ob der Landwirt „angemessen" im Verhältnis zu seiner Wirtschaft lebt, d.h. sparsam genug ist, um den Regeln des Kapitalismus gemäß immer neu investieren und wachsen zu können.

Es ist kein Zufall, daß die Frage der „Verbesserung" der betriebswirtschaftlichen Buchführung in den letzten Jahren zügig vorangetrieben wurde. Sie bietet eine entscheidende Grundlage, um die stockende Vertreibung der Bauern von ihrem Hof gezielt weiter beschleunigen zu können.

Peru: Enteignung von Großgrundbesitz abgeschlossen

z.pek. Am 23. Juni hat die peruanische Regierung den Abschluß der Agrarreform des Landes, mit der 8 Mio. Hektar Land aus enteignetem Großgrundbesitz an Kleinbauern und landwirtschaftliche Genossenschaften verteilt wurden, bekanntgegeben. Aufgrund der Kampfaktionen und Landbesetzungen der Campesinos (Kleinbauern) hatte die Regierung 1969 ein Agrarreformgesetz erlassen, mit dem die Enteignung von Gütern über 50 Hektar festgelegt wurde. Bis dahin entfielen drei Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche auf 3792 Güter. Auf diesen zum großen Teil von US-Kapital kontrollierten Großhaziendas in den gut bewässerten und fruchtbaren Küstenregionen hatten die Imperialisten hauptsächlich Baumwolle und Zuckerrohr anpflanzen lassen, um aus dem Abtransport dieser Produkte Profit zu schlagen. Die 1,1 Mio. Bauernfamilien waren in die kargen Andenregionen vertrieben und auf ein Viertel des bebaubaren Bodens zusammengepfercht worden. Die wichtigsten Grundnahrungsmittel wie Getreide und Kartoffeln mußten importiert werden. Die US-Imperialisten reagierten auf die Enteignung ihrer Ländereien mit einer Sperre der Kredite an Peru und versuchen seither ständig, das Land über die Neuvergabe von Krediten zu erpressen. Die Bauern haben auf dem von ihnen in Besitz genommenen Land die Produktion vorangetrieben: Die Produktion von Mais wurde von 503000 Tonnen auf 725000 Tonnen bis 1976 erhöht. Der Zwang zu Getreideimporten wurde von 360000 Tonnen (1976) auf 260000 Tonnen verringert. Kartoffeln können aufgrund erhöhter Produktion bereits exportiert werden.

Studentendemonstrationen in mexikanischer Grenzstadt

z.ulg. 4500 Jugendliche und Studenten demonstrierten am 26. und 27. Juni in der mexikanischen Stadt Matamoros. Matamoros, eine Großstadt von etwa 200000 Einwohnern, liegt am Golf von Mexiko direkt an der Grenze zu den USA. Wenige Tage zuvor hatte die Polizei einen Studenten erschossen. Die Demonstranten forderten die Absetzung der dafür verantwortlichen Polizeibeamten und, als die Stadtverwaltung sich weigerte, deren Sturz. Fünf Banken, zwei Dienststellen der Stadtverwaltung und mehrere Geschäfte wurden in Brand gesteckt. Besonders im nördlichen Grenzgebiet Mexikos sind Banken und Handel weitgehend unter direkter Kontrolle der US-Imperialisten. Als die Demonstranten versuchten, das Stadtgefängnis zu stürmen, wurden sie von der Polizei mit Gewehrschüssen auseinandergetrieben. Vier, darunter zwei Jugendliche von 15 Jahren, wurden erschossen, 50 weitere verletzt und ebensoviele festgenommen. Am 27.6. besetzten Armeeeinheiten die Stadt und patrouillierten durch die Straßen, um weitere Massendemonstrationen zu ersticken. Tags darauf traten 20000 Arbeiter aus Protest gegen das Vorgefallene und gegen das Vorgehen der Armee in den Generalstreik. Die Regierung war gezwungen, den Polizeichef von Matamoros vom Dienst zu suspendieren und eine Untersuchung über die Polizeiübergriffe einzuleiten.

„Nieder mit dem Pak-Regime" – Straßenkämpfe in Korea

z.gab. Große Demonstrationen und Kundgebungen führten die Studenten der Nationalen Universität Seoul gegen die am 6. Juni einberufenen Präsidentschaftswahlen und die „Wahlen zur Nationalen Konferenz zur Wiedervereinigung" des US-Marionettenregimes Pak Jung Hi durch. Am 12. Juni demonstrierten 1500 Studenten zum dritten Mal innerhalb der letzten 2 Monate in Seoul. Sie hatten zuvor ein Manifest veröffentlicht, in dem sie forderten: „Rücktritt von Pak Jung Hi, Aufhebung des ‚Yusin'-Systems (die 1972 vom Pak-Regime eingeführte Notstandsverfassung zur Aufrechterhaltung der faschistischen Militärdiktatur in Südkorea, z.red.), Zurücknahme der Notstandsmaßnahmen und Freilassung aller politischen Häftlinge. Es sind die größten Demonstrationen in Südkorea seit den großen Studentenaufständen im August 1977. In New York führten die amerikanischen Volksmassen am 24. Juni – dem 28. Jahrestag des Korea-Krieges – eine Demonstration zur Unterstützung des Befreiungskampfes des koreanischen Volkes durch und forderten den Abzug aller US-Truppen aus Südkorea. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die US-Imperialisten ihre Söldner in Südkorea auf 30000 Mann erhöht, um diesen letzten Stützpunkt nach ihrer vernichtenden Niederlage durch den Befreiungskampf des kambodschanischen und vietnamesischen Volkes zu sichern und den Sturz des US-Marionettenregimes Pak Jung Hi durch die koreanischen Volks-

z.gab. Große Demonstrationen und Kundgebungen führten die Studenten der Nationalen Universität Seoul gegen die am 6. Juni einberufenen Präsidentschaftswahlen und die „Wahlen zur Nationalen Konferenz zur Wiedervereinigung" des US-Marionettenregimes Pak Jung Hi durch. Am 12. Juni demonstrierten 1500 Studenten zum dritten Mal innerhalb der letzten 2 Monate in Seoul. Sie hatten zuvor ein Manifest veröffentlicht, in dem sie forderten: „Rücktritt von Pak Jung Hi, Aufhebung des ‚Yusin'-Systems (die 1972 vom Pak-Regime eingeführte Notstandsverfassung zur Aufrechterhaltung der faschistischen Militärdiktatur in Südkorea, z.red.), Zurücknahme der Notstandsmaßnahmen und Freilassung aller politischen Häftlinge. Es sind die größten Demonstrationen in Südkorea seit den großen Studentenaufständen im August 1977. In New York führten die amerikanischen Volksmassen am 24. Juni – dem 28. Jahrestag des Korea-Krieges – eine Demonstration zur Unterstützung des Befreiungskampfes des koreanischen Volkes durch und forderten den Abzug aller US-Truppen aus Südkorea. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die US-Imperialisten ihre Söldner in Südkorea auf 30000 Mann erhöht, um diesen letzten Stützpunkt nach ihrer vernichtenden Niederlage durch den Befreiungskampf des kambodschanischen und vietnamesischen Volkes zu sichern und den Sturz des US-Marionettenregimes Pak Jung Hi durch die koreanischen Volks-massen zu verhindern.

Nicaragua: Streik der Schüler und Studenten

z.joh. Seit Monaten entwickeln die Volksmassen Nicaraguas eine breite Kampftätigkeit gegen das korrupte US-Marionettenregime des Somoza-Clans. Baumwolle, Holz, Fleisch, Kaffee ziehen die Imperialisten aus dem Land. Den derzeitigen Präsidenten haben sie auf der US-Militärschule abgerichtet. Sein Clan besitzt dafür ein Fünftel des bebauten Bodens und 40% der Unternehmen. Die Lage der Massen ist elend. 50% der Arbeiter haben weniger als 90 Dollar im Jahr, die Analphabetenrate beträgt ca. 60%. Der US-Unterstaatssekretär Todmann hat im Frühjahr erklärt: Für die USA gibt es zu Somoza keine akzeptable Alternative. Sie haben die Nationalgarde bis an die Zähne bewaffnet und um ein Drittel aufgestockt. Gefängnis, Folter, feiger Mord, Truppen sind die Antwort auf die Forderungen des Volkes. Die Volksmassen stehen auf seiten der FSLN, die seit 16 Jahren den bewaffneten Befreiungskrieg führt. Die FSLN fordert: freie Wahlen, Auflösung der Nationalgarde, Nationalisierung der Banken, sofortige Landreform, Enteignung der Somozas. Seit Beginn des Jahres haben sich die Sekundarschüler und Studenten als eine unerschrockene Sturmtruppe gegen das Unterdrückerregime erwiesen. In z.T. wochenlangen Kämpfen im März, Mai und Ende Juni haben sie 80 bis 100% der Schulen besetzt. Sie stehen dabei in einer Front mit Landbesetzungen der Bauern, bewaffneten Aktionen der Indianer, Streiks der Arbeiter in der Industrie und im öffentlichen Dienst.

Weniger Auslese?
Der Notenknüppel wird verschärft geschwungen

Neue Gesetze und Versetzungsordnungen – keinerlei Spielraum für bessere Noten

r.pel. „Wenn die ABC-Schützen vor den Sommerferien ihr erstes Zeugnis nach Hause bringen, werden die Eltern vergeblich nach den vertrauten Noten 1, 2, 3, 4 ... oder ausgeschriebenen Zensuren ‚gut', ‚befriedigend' usw. Ausschau halten ... Stattdessen wird in einem Satz ausführlich der Lernstand ihres Kindes in dem jeweiligen Fach beschrieben. Ich glaube, daß damit den Kindern die vielfältigen, mit der Zensurenvergabe zusammenhängenden Formen der Angst und des Leistungsdruckes genommen, daß sie statt zu Konkurrenz zu mehr Kooperation gebracht werden können." Der niedersächsische Kultusminister Remmers macht sich in einem Faltblatt für die „lieben Eltern" Sorgen um die Grundschüler; so soll es jedenfalls scheinen. Er befindet sich dabei in der Gesellschaft eines der beiden Hamburger Magazine, das in der letzten Woche den Präsidenten des Weltlehrerverbandes, Ebert, gegen das „veraltete Durchfallsystem" polemisieren läßt:

„Es ist ein Akkordsystem, das schon in den ersten Jahren die Menschen nicht zur Gemeinschaft und Solidarität führt, sondern zu Konkurrenzbewußtsein und Ellenbogendenken." (Spiegel, 3.7., S. 46) „Der erste Schritt muß daher sein, daß bei den *Jüngeren* die Noten nicht mehr diese dominiernde Rolle spielen." (ebda)

In wenigen Wochen gibt es Versetzungszeugnisse, die Zeugniskonferenzen finden in diesen Tagen statt. Die Abiturprüfungen sind schon zum großen Teil gelaufen. Schüler der Anette-Schule in Münster haben gerechnet: Von 168 Schülern, die gemeinsam vor neun Jahren eingeschult wurden, haben jetzt 64 Abitur gemacht, also 35%. An der Lily-Braun-Schule in Westberlin sind von 80 Abiturienten 22 durchs Abitur gefallen. Einige Beispiele, wir sind sicher, noch nicht einmal die krassesten. Das gibt einen Vorgeschmack auf die Versetzungskonferenzen. Es ist abzusehen, das wird nicht ohne Krach abgehen. Zu viel Haß hat sich aufgestaut über die dauernden Schikanen, über den Notenterror, das hohle Gerede von Leistung, das die Auslese bemänteln soll. Die Verantwortlichen für die Vergewaltigung der Schuljugend könnten ins Schußfeld kommen, fürchtet die Bourgeoisie. Da kann es nützlich sein, Oberlehrer und Minister über die „Ungerechtigkeiten" räsonieren zu lassen und sich zum Anwalt der Schüler aufzuschwingen.

Die Bourgeoisie will einen Rauchvorhang vor ihre Untaten legen. Tatsächlich hat sie die Notenunterdrükkung verschärft im letzten Jahr, die Kontrolle verfeinert, die Schulpflicht weiter aufgeweicht zwecks frühzeitiger Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft. Es hebt an schon *vor* der Einschulung. Per Verwaltungsvorschrift ist im Dezember 1977 die „Aufnahme und Überweisung in die Sonderschule" ‚perfekter' gemacht worden. Einschulung direkt in die Sonderschule, heißt das. Die „Schulreifetests" laufen in diesen Tagen an. Auf knapp 50000 hat die Landesregierung die Zahl der Sonderschüler in Niedersachsen gesteigert. Sie können später eingesetzt werden z.B. als billige Lohnsklaven im Rüstungsbetrieb MAK, der jährlich sechs Sonderschüler für ein Jahr zur „Arbeitserprobung" einstellt; ohne Lohn, das Arbeitsamt „fördert" mit 350 DM.

Ernst Albrecht hat das in seiner Regierungserklärung zum Programm erhoben: „Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß für alle behinderten Kinder die erforderlichen Schulplätze im vielgegliederten Sonderschulwesen auch wirklich zur Verfügung stehen."

Aber keine Noten in den ersten beiden Jahren der Grundschule? Was steht an ihrer Stelle? Aussagen über das „Arbeitsverhalten", (bewältigt Aufgaben auch von kurzer Zeitdauer nur mit Hilfe), das „Sozialverhalten", (der Schüler konnte nicht immer agressives Verhalten vermeiden). Statt „mangelhaft" wird formuliert: „Hat das Ziel des Leselehrganges nicht erreicht." Hinzu kommen die Schülerbegleitbögen, die „den Schüler während seiner Grundschulzeit, auch bei Schulwechsel, begleiten, dem Lehrer helfen sollen, den Schüler gezielt zu beobachten und damit die Voraussetzungen für geeignete Maßnahmen zu einer angemessenen Förderung zu schaffen." Z.B. „Einleitung besonderer Maßnahmen, Einschaltung des schulpsychologischen Dienstes." (aus: Schülerbegleitbogen für die Grundschule)

Lückenlose Kontrolle ist gewährleistet über diese Bögen, sie gehen von Lehrer zu Lehrer bis zur Orientierungsstufe, wo die bürgerliche Klasse das große Sieb anzusetzen gedenkt, das die Aufteilung der Schüler in eine kleine Zahl Bourgeoiskader und die große Masse zur Lohnarbeit bestimmter Schüler gewährleistet. Am 10. März 1978 hat die Albrecht-Regierung das Gesetz über „den Abschluß der Einführung der Orientierungsstufe" verkündet. Innerhalb von zwei Jahren soll „die Prognosesicherheit der Schullaufbahnempfehlung" vergrößert werden. Die Mittel dazu: standardisierte Tests, differenziertes Kurssystem, ein Punktsystem anstelle der hergebrachten Noten. Der Zweck ist eindeutig: „Objektivierung der Auslese", Zufälligkeiten sollen ausgeschaltet werden. Tendenzen von Lehrern, Noten anzuheben, wird ein Riegel durch das bis ins letzte festgelegte Punktsystem vorgeschoben.

Die Lehrerkonferenz der Orientierungsstufe erstellt am Ende des 6. Schuljahres die Gutachten über die Zuweisung zur Hauptschule, Realschule oder Gymnasium. In einem Rundschreiben hat der Kultusminister seine Vorstellungen von einer Aufteilung 50% zu 30% zu 20% kundgetan. Beharren die Eltern aber auf anderen Vorstellungen, werden die Jugendlichen in mehrstündigen Prüfungen durch die Mangel gezogen. Höchst selten weicht das Ergebnis von den Vorschlägen der Konferenz ab.

Daß es einzelnen Lehrern nicht gelinge, die Kollegen von der Notwendigkeit der Versetzung oder von besseren Noten ihrer Schüler zu überzeugen, dafür sorgt die neue „Verordnung über die Versetzung an allgemeinbildenden Schulen" vom 5.4.1978. Jede „mangelhafte Leistung" verlangt eindeutig festgelegten Ausgleich in anderen Fächern und der § 2 legt fest: „Ist der Schulleiter ... der Auffassung, daß ein Lehrer bei der Erteilung einer Note einen Konferenzbeschluß über die Grundsätze der Leistungsbewertung verletzt, ... so berichtet er der zuständigen Schulbehörde und bittet um Überprüfung der Note." (GVBL Nr. 21/78)

Der Knüppel des Beamtenrechtes steht im Raum und tut seine Wirkung. Von verschiedenen Schulen wissen wir, daß die Rektoren auf diese Weise schon erfolgte positive Abstimmungen der Kollegien revidieren konnten.

Diese Schule dient der Zurichtung der Jugend für die kapitalistische Profitproduktion. Dafür braucht die Bourgeoisie den Notenknüppel. Sie wird nicht auf ihn verzichten. Politischer Zusammenschluß gegen das Notensystem ist die richtige Antwort. Weg mit dem Zensurensystem! Streikrecht! fordern die holsteinischen Schüler im Kampf gegen den Schulgesetzentwurf. Darauf kann man sich zusammenschließen.

Albrecht will Juristenausbildung als Kaderschmiede verbessern

Justizminister Schwind forscht bereits an neuen Maßnahmen

r.ine. „Auch in dieser Legislaturperiode wird ein Schwerpunkt niedersächsischer Justizpolitik auf dem Gebiet der Ausbildung liegen. Dabei werden wir uns um eine bundeseinheitliche, verbesserte Juristenausbildung bemühen. Die Erfahrungen mit der einstufigen Juristenausbildung müssen ausgewertet werden." (aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Albrecht vom 28.6.1978)

Die einstufige Ausbildung hat in Niedersachsen im Wintersemester

Noten nicht mehr diese dominiernde Rolle spielen." (ebda)

In wenigen Wochen gibt es Versetzungszeugnisse, die Zeugniskonferenzen finden in diesen Tagen statt. Die Abiturprüfungen sind schon zum großen Teil gelaufen. Schüler der Anette-Schule in Münster haben gerechnet: Von 168 Schülern, die gemeinsam vor neun Jahren eingeschult wurden, haben jetzt 64 Abitur gemacht, also 35%. An der Lily-Braun-Schule in Westberlin sind von 80 Abiturienten 22 durchs Abitur gefallen. Einige Beispiele, wir sind sicher, noch nicht einmal die kras-

wird nun überprüft, ob er die freiheitlich-demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft.

Die einstufige Ausbildung ist gut geeignet als Kaderschmiede für die Bourgeoisie; dennoch ist die Bourgeoisie nicht zufrieden. Schon Puvogel, der ehemalige Justizminister, beklagte sich in seiner Etatrede am 16.2.1978 vor dem Landtag über mangelnde rechtliche Kenntnisse der Praktikanten und zuviel sozialwissenschaftliche

den z.B. als billige Lohnsklaven im Rüstungsbetrieb MAK, der jährlich sechs Sonderschüler für ein Jahr zur „Arbeitserprobung" einstellt; ohne Lohn, das Arbeitsamt „fördert" mit 350 DM.

Ernst Albrecht hat das in seiner Regierungserklärung zum Programm erhoben: „Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß für alle behinderten Kinder die erforderlichen Schulplätze im vielgegliederten Sonderschulwesen auch wirklich zur Verfügung stehen."

Aber keine Noten in den ersten beiden Jahren der Grundschule? Was

229)

Von diesem bewährten Ausbilder erwartet sich Albrecht neue Vorschläge, um bundesweit die Juristenausbildung im Sinne der Bourgeoisie zu verbessern.

Die Revolution wird voranschreiten

Grüße die Arabische Nation und grüße Palästina! mus;
Grüße seine jungen und treuen Söhne! Revolution, werde härter und härter gegen den Aggressor!

fe" verkündet. Innerhalb von zwei Jahren soll „die Prognosesicherheit der Schullaufbahnempfehlung" vergrößert werden. Die Mittel dazu: standardisierte Tests, differenziertes Kurssystem, ein Punktsystem anstelle der hergebrachten Noten. Der Zweck ist eindeutig: „Objektivierung der Auslese", Zufälligkeiten sollen ausgeschaltet werden. Tendenzen von Lehrern, Noten anzuheben, wird ein Riegel durch das bis ins letzte festgelegte Punktsystem vorgeschoben.

Die Lehrerkonferenz der Orientierungsstufe erstellt am Ende des 6.

wir, daß die Rektoren auf diese Weise schon erfolgte positive Abstimmungen der Kollegien revidieren konnten.

Diese Schule dient der Zurichtung der Jugend für die kapitalistische Profitproduktion. Dafür braucht die Bourgeoisie den Notenknüppel. Sie wird nicht auf ihn verzichten. Politischer Zusammenschluß gegen das Notensystem ist die richtige Antwort. Weg mit dem Zensurensystem! Streikrecht! fordern die holsteinischen Schüler im Kampf gegen den Schulgesetzentwurf. Darauf kann man sich zusammenschließen.

Albrecht will Juristenausbildung als Kaderschmiede verbessern

Justizminister Schwind forscht bereits an neuen Maßnahmen

r.ine. „Auch in dieser Legislaturperiode wird ein Schwerpunkt niedersächsischer Justizpolitik auf dem Gebiet der Ausbildung liegen. Dabei werden wir uns um eine bundeseinheitliche, verbesserte Juristenausbildung bemühen. Die Erfahrungen mit der einstufigen Juristenausbildung müssen ausgewertet werden." (aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Albrecht vom 28.6.1978)

Die einstufige Ausbildung hat in Niedersachsen im Wintersemester 1974/75 begonnen. In der Eingangsphase setzen sich die Studenten auseinander mit verschiedenen Theorien über die Gesellschaft und gesellschaftliche Probleme, u.a. lesen sie Marx und Engels, was nützlich ist für einen späteren Funktionär der Bourgeoisie. Es folgt die Hauptphase, in der exemplarisch die Ausbildung in den herkömmlichen juristischen Fachgebieten (Zivilrecht, Strafrecht usw.) stattfindet. In vier Pflichtpraktika während der Hauptphase sind die Studenten jeweils mindestens drei Monate Richtern, Verwaltungsjuristen und Rechtsanwälten zugeteilt. Nach diesen insgesamt sieben Semestern schließt sich eine dreisemestrige Spezialisierungsphase an zur Erweiterung der vorher erworbenen Kenntnisse. Sämtliche Ausbildungsphasen sind begleitet durch ausbildungsbegleitende Leistungskontrollen, d.h. ständige ideologische Kontrolle der Studenten. So wird für rechtzeitige Ausrichtung gesorgt.

In das erste Pflichtpraktikum kommt nur, wer übernommen wurde in das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis, das dem Beamtenstatus angenähert ist. Eine weitere Überprüfung findet statt: nicht zugelassen wird, wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft.

Die herkömmliche Ausbildung ist in zwei großen Blöcken aufgebaut: mindestens sieben Semester Studium, meistens sind es zehn und mehr Semester, anschließend das 1. Staatsexamen, zwei Jahre Referendariat im Beamtenverhältnis auf Widerruf, 2. Staatsexamen. Durchfallquoten bei 30% und mehr. Wer Rechtsanwalt werden will, wird nun überprüft, ob er die freiheitlich-demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft.

Die einstufige Ausbildung ist gut geeignet als Kaderschmiede für die Bourgeoisie; dennoch ist die Bourgeoisie nicht zufrieden. Schon Puvogel, der ehemalige Justizminister, beklagte sich in seiner Etatrede am 16.2.1978 vor dem Landtag über mangelnde rechtliche Kenntnisse der Praktikanten und zuviel sozialwissenschaftliche Theorie, die lediglich den Kopf vernebelt, aber die Studenten nicht ausreichend ausrichtet auf ihre Unterdrükkertätigkeit: Die Auswertung der ersten Praktika hat „ergeben, daß die Einbeziehung der Sozialwissenschaften in den rechtswissenschaftlichen Unterricht und in die praktische Ausbildung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Es bestehen auch Zweifel, ob die Universität rechtswissenschaftliches Grundlagenwissen vor Eintritt in die Praktika ausreichend vermittelt hat. Die Fakultät wird dem durch Änderungen des Studienplanes begegnen können. Das Ergebnis der fakultätsinternen Bemühungen bleibt abzuwarten. Es ist verfrüht, schon heute positiv oder negativ zu urteilen."

Die Probleme der Justiz in Niedersachsen anzugehen, hat Albrecht sich als Justizminister nun den ehemaligen Göttinger Jura-Professor Hans-Dieter Schwind ins Kabinett geholt. Schwind hatte sich schon 1973/74 mit den Problemen der Ermittlung von „Tätern" beschäftigt, als er an der Universität Göttingen gegen heftigen Widerstand der Studenten eine Untersuchung im Auftrage des Bundeskriminalamtes durchführte mit dem Titel: „Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/74". Ziel der Untersuchung war: „Art und Umfang der der Polizei nicht bekannt gewordenen Straftaten zu ermitteln (Aufhellung des Dunkelfeldes)." (S. 215) Untersucht wurden die Delikte Diebstahl, Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigung (S. 215), mithin gerade die Delikte, für die Arbeiter ins Gefängnis gesteckt werden. Schwind stellte fest, daß es für die Bourgeoisie darum gehen muß, die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen. (S. 229)

Von diesem bewährten Ausbilder erwartet sich Albrecht neue Vorschläge, um bundesweit die Juristenausbildung im Sinne der Bourgeoisie zu verbessern.

Die Revolution wird voranschreiten

Grüße die Arabische Nation und grüße Palästina!
Grüße seine jungen und treuen Söhne!
Grüße eine Nation, die für ihre Ehre kämpft und allen Eindringlingen große Lektionen erteilte!
Die Palästinensische Revolution und die Arabische Revolution ist die Einheit eines Volkes, eines Landes, einer Nation und eines Schicksals.
Unsere Revolution ist die Revolution der Kämpfer gegen die grausamen Besatzer, gegen Räuber, Kolonialismus und Imperialismus;
Revolution, werde härter und härter gegen den Aggressor!
Der Boden, der nicht durch meine Hände verteidigt wird, bleibt nicht arabisch,
das Land, das nicht vom Volk geschützt wird, bleibt für den Räuber offen;
Die Revolution wird voranschreiten, selbst wenn man den Weg mit Minen bepflanzt hat!
Ob es den Herrschern gefällt oder nicht:
Die Fedajin werden bleiben,
wir werden keine Ruhe geben, bis die Fedajin gesiegt haben!



Einen Liederabend führte der Palästinensische Studentenverband in der BRD und Westberlin am 7. Juli in Hannover durch. Zu Gast war der libanesische Sänger und Liedautor Hatim. Hatim unterstützt mit den Mitteln des revolutionären Volksliedes die libanesische nationale Bewegung und den Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO für ein unabhängiges und demokratisches Palästina. Die Versammlung begrüßte die Forderung, daß die Bundesregierung die UNO-Beschlüsse zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes akzeptieren und durchführen müsse.
Das hier ins Deutsche übersetzte Lied von Hatim wird von den Palästinensern viel gesungen. Es drückt die entschlossene Haltung des palästinensischen Volkes in seinem Kampf aus und das wachsende Bewußtsein des Zusammenschlusses der gesamten arabischen Nation gegen des Imperialismus.

Rekruteneinzug: „Sprung auf, marsch, marsch!"

r.hob. „In Itzehoe, Neumünster und Lübeck wurde versucht, durch frühzeitiges Abschirmen des gesamten Bahngeländes durch Polizei, Bahnpolizei, Feldjäger, Offiziere und Unteroffiziere jeglichen Kontakt zwischen den Rekruten und den SRK-Sektionen zu unterbinden und die Rekruten direkt über die Schienen in die zumeist auf dem Güterbahngelände geparkten Bundeswehr-Fahrzeuge zu lotsen. In Pinneberg mußten die Rekruten durch ein eigens dafür herangekarrtes Aufgebot an Unteroffizieren, die Spalier bilden mußten, hindurchmarschieren," meldet das SRK Holstein/Kiel über den Rekruteneinzug am 3.7.1978. Ähnliche Berichte kommen aus anderen Städten. Mit verstärktem Einsatz ihres Polizeiapparates versucht die Bourgeoisie die Unterrichtung der Rekruten über die Verhältnisse in der Armee und die Kämpfe der Soldaten systematisch zu unterbinden. Die Verteilung der Volksmiliz ist dennoch durchgesetzt worden. Das Vorgehen beweist, die Generalität hat erhebliche und vor allem ideologische Probleme, ihre Armee kriegsfähig zu bekommen. Aus neuesten Berichten von Verteilern vor Kasernen wird berichtet, daß sie jetzt sogar häufiger Schlägertrupps bilden, um die Verteilung zu verhindern.

Kann das der Weg sein, die Armee kriegsfähig zu kriegen, fragt sich die Generalität? Aus langen Jahren eigener Erfahrung weiß die Generalität, daß sie mit blanker Unterdrückung die Soldaten nicht vom Kampf für ihre Interessen abbringen kann. Sie müssen der Angelegenheit ideologisch beikommen. Die bürgerliche Presse entfacht just in dieser Woche darüber die Diskussion, so in der „Welt" vom 5.7.: „Werden Unteroffiziere und Offiziere schlecht ausgebildet?" Diese Themenstellung zielt auf ihr Hauptproblem: Die Offiziere und Unteroffiziere bilden das Rückgrat der Armee, sind sie nicht einsatzfähig, ist die ganze Armee nicht kriegsfähig. Börner, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU, schreit nach mehr infanteristischer Grundausbildung (deren Hauptkommando im Gelände: Sprung auf, marsch, marsch! ist und deshalb nicht zufällig in der „Bild" vom 5.7.1978 als Überschrift auftaucht), Nachtausbildung, ABC-Ausbildung, Kampfausbildung. Möllemann, FDP, und auch Ahlers, SPD, begrüßen das im Grunde, Möllemann fügt Abbau des Beförderungsstaus hinzu. Apel will im Herbst festlegen, wie die militärische Disziplin an den Bundeswehrhochschulen verbessert werden kann. Der stellvertretende Generalinspekteur, Generalleutnant Pöppel, schlägt dazu vor: Uniformzwang und stärkere militärische Aufsicht durch „Fachbereichsoffiziere" und „Offiziere vom Dienst". Die Generale schränken jedoch selbst ein, der Zwang zum Uniformtragen sei „politisch derzeit nicht realisierbar ..."



SRK empfängt Rekruten des III. Quartals in Kassel

Die Generalität schwankt bei einzelnen Maßnahmen, weil sie sich selbst der Loyalität des Offizierskorps nicht sicher sein kann, im Ziel sind sie sich einig: bessere, vor allem ideologische Abrichtung der Offiziere und Unteroffiziere, gleich verbesserte Unterdrükkung und verfeinerte Schikane der Wehrpflichtigen. Um das zu erreichen, werden sie das „Rückgrat" vieler Soldaten und auch Offiziere brechen müssen. Sie werden sich dabei an den Interessen der Soldaten, die in der Mehrheit Arbeiter, Angestellte, Bauern, Schüler und Studenten sind, und dem Kampf der Arbeiterklasse für Rechte in der Armee die Zähne ausbeißen.

Streiks der Zivilarbeiter der britischen Armee lähmen die imperialistische Kriegsmaschine

z.jon.London. Zwei der vier atomgetriebenen U-Boote, die Hälfte der mit strategischen Atomraketen ausgerüsteten U-Bootwaffe der britischen Armee, liegen in ihrer Basis in Rosyth, Schottland, still und können nicht eingesetzt werden, weil die Arbeiter der Basis sich weigern, die turnusmäßige Überholung von HMS Repulse abzuschließen und HMS Renown neu mit nuklearem Brennstoff zu bestücken. Alle acht unter den Arbeitern der Marinebasis vertretenen Gewerkschaften haben sich darauf geeinigt, alle Bewegungen der beiden Schiffe zu unterbinden, bis ihre Lohnforderungen im jetzigen Tarifkampf erfüllt sind.

Am 28. Juni mußte die britische Admiralität eine Übung von 48 Schiffen der Nachschubflotte absagen, weil die 440 Arbeiter der Marinebasis in Greenock (Clyde) an der schottischen Westküste sich weigerten, die Schiffe auszurüsten.

Am 4. Juli haben die 6000 Arbeiter der Marinewerft in Portsmouth an der englischen Südküste einen weiteren ganztätigen Streik durchgeführt (s. KVZ Nr. 26). Seit ihrem ersten Streik am 6.6. führen sie einen Überstundenboykott durch, der die Arbeit der Werft weitgehend lahmgelegt hat.

Am 3. Juli streikten die 1800 Arbeiter der Königlichen Waffenfabriken in Leeds in Mittelengland und unterbrachen die Fertigstellung von 2000 Chieftain-Panzern, die an die iranische Armee geliefert werden sollen.

Am gleichen Tag wurde der Stützpunkt der Royal Air Force in Farnborough, Hampshire, wegen eines Streiks des zivilen Bodenpersonals geschlossen.

Alle 16 Waffenfabriken der britischen Armee, die vier Marinewerften, die Depots und die meisten Stützpunkte in England, Wales und Schottland sind von Streikaktionen betroffen. Nach dem erneuten Scheitern der Lohnverhandlungen am 3.7. haben die Aktionen im ganzen Land zugenommen.

Im Durchschnitt verdienen diese Arbeiter in Staatsdiensten heute rund 20 Pfund (etwa 80 DM) pro Woche weniger als ihre Kollegen in der Industrie. Ein Kraftfahrer auf der Marinebasis in Bath mit zwei Kindern verdient umgerechnet etwa 152 DM netto pro Woche, ein Lagerarbeiter auf einer Luftwaffenbasis 148 DM. Nach Auskunft eines Vertrauensmanns auf der Marinebasis in Paseslane, Schottland, kommen die relativ besser bezahlten Facharbeiter mit Überstunden auf nicht mehr als 240 DM netto pro Woche.

Die Regierung hat die Forderungen der Gewerkschaften nach Anpassung der Löhne in der Industrie, Erhöhung der Zuschläge für Schicht- und Überstundenarbeit, Streichung der untersten Lohngruppen und Verlängerung des Urlaubs abgelehnt und stattdessen unter Berufung auf ihre 10%-Lohnleitlinie ein neues Angebot vorgelegt, das für einige Facharbeitergruppen eine Erhöhung von 7 bis 8 Pfund, für die unteren Lohngruppen nur drei Pfund pro Woche vorsieht. Mit diesem spalterischen Angebot versucht die Regierung einen Keil zwischen die Arbeiter und zwischen die Gewerkschaften zu treiben, denn verschiedene Gewerkschaften organisieren häufig verschiedene Berufsgruppen in einem Betrieb. Die Aktionen und Streiks werden aber von allen beteiligten Gewerkschaften unterstützt.

Die britische Bourgeoisie ist über die Lähmung ihrer Kriegsmaschine durch die Streiks der Arbeiter in den Armee-Einrichtungen bestürzt. Ihre Presse schweigt den Kampf fast vollständig tot. Dieser Tarifkampf wird von 182000 Arbeitern geführt. Die britische Armee besteht aus 350000 Mann. Über die Hälfte der Kampftruppen ist außerhalb von England, Schottland und Wales stationiert, in Kolonien oder als Besatzungstruppen in Deutschland. Die britische Armee ist eine Berufsarmee, eine Armee von berufsmäßigen Spezialisten in bewaffneter Unterdrückung und Aggression. Man kann davon ausgehen, daß diese Armee pro in England, Wales und Schottland stationiertem Soldaten einen zivilen Arbeiter braucht – die Verwaltungsangestellten, Schreibkräfte usw nicht gerechnet –, der notwendig ist, damit der Soldat das Kriegsgerät überhaupt einsetzen kann. Als wir einen gewerkschaftlichen Vertrauensmann nach der Lähmung des militärischen Betriebes auf den Marinestützpunkten in Schottland fragten, sagte er: „Ohne uns bewegt sich hier kein einziges Schiff."

„Rückwärtsverteidigung" für die BRD unannehmbar
Adelbert Weinstein kommentiert
z.hek. Herr Adelbert Weinstein von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erläutert am 3. Juli in einer
sten" aus, frohlockt Weinstein. Das ist eine nüchterne Einschätzung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses. Die
auf der 22. Kommandeurstagung der Bundeswehr: „Wo stehen wir heute im Bündnis? Unser Land leistet nach den
kann der „Einfallslosigkeit einiger europäischer Partner" blitzkriegartig abgeholfen werden. Außerdem, so Apel:
z.jon.London. Zwei der vier atomgetriebenen U-Boote, die Hälfte der mit strategischen Atomraketen ausgerüsteten U-Bootwaffe der britischen Armee, liegen in ihrer Basis in Rosyth, Schottland, still und können nicht eingesetzt werden, weil die Arbeiter der Basis sich weigern, die turnusmäßige Überholung von HMS Repulse abzuschließen und HMS Renown neu mit nuklearem Brennstoff zu bestücken. Alle acht unter den Arbeitern der Marinebasis vertretenen Gewerkschaften haben sich darauf geeinigt, alle Bewegungen der beiden Schiffe zu unterbinden, bis ihre Lohnforderungen im jetzigen Tarifkampf erfüllt sind.
Am 28. Juni mußte die britische Admiralität eine Übung von 48 Schiffen der Nachschubflotte absagen, weil die 440 Arbeiter der Marinebasis in Greenock (Clyde) an der schottischen Westküste sich weigerten, die Schiffe auszurüsten.
Am 4. Juli haben die 6000 Arbeiter der Marinewerft in Portsmouth an der englischen Südküste einen weiteren ganztätigen Streik durchgeführt (s. KVZ Nr. 26). Seit ihrem ersten Streik am 6.6. führen sie einen Überstundenboykott durch, der die Arbeit der Werft weitgehend lahmgelegt hat.
Am 3. Juli streikten die 1800 Arbeiter der Königlichen Waffenfabriken in Leeds in Mittelengland und unterbrachen die Fertigstellung von 2000 Chieftain-Panzern, die an die iranische Armee geliefert werden sollen.
Am gleichen Tag wurde der Stützpunkt der Royal Air Force in Farnborough, Hampshire, wegen eines Streiks des zivilen Bodenpersonals geschlossen.
Alle 16 Waffenfabriken der britischen Armee, die vier Marinewerften, die Depots und die meisten Stützpunkte in England, Wales und Schottland sind von Streikaktionen betroffen. Nach dem erneuten Scheitern der Lohnverhandlungen am 3.7. haben die Aktionen im ganzen Land zugenommen.
Im Durchschnitt verdienen diese Arbeiter in Staatsdiensten heute rund 20 Pfund (etwa 80 DM) pro Woche weniger als ihre Kollegen in der Industrie. Ein Kraftfahrer auf der Marinebasis in Bath mit zwei Kindern verdient umgerechnet etwa 152 DM netto pro Woche, ein Lagerarbeiter auf einer Luftwaffenbasis 148 DM. Nach Auskunft eines Vertrauensmanns auf der Marinebasis in Paseslane, Schottland, kommen die relativ besser bezahlten Facharbeiter mit Überstunden auf nicht mehr als 240 DM netto pro Woche.
Die Regierung hat die Forderungen der Gewerkschaften nach Anpassung der Löhne in der Industrie, Erhöhung der Zuschläge für Schicht- und Überstundenarbeit, Streichung der untersten Lohngruppen und Verlängerung des Urlaubs abgelehnt und stattdessen unter Berufung auf ihre 10%-Lohnleitlinie ein neues Angebot vorgelegt, das für einige Facharbeitergruppen eine Erhöhung von 7 bis 8 Pfund, für die unteren Lohngruppen nur drei Pfund pro Woche vorsieht. Mit diesem spalterischen Angebot versucht die Regierung einen Keil zwischen die Arbeiter und zwischen die Gewerkschaften zu treiben, denn verschiedene Gewerkschaften organisieren häufig verschiedene Berufsgruppen in einem Betrieb. Die Aktionen und Streiks werden aber von allen beteiligten Gewerkschaften unterstützt.
Die britische Bourgeoisie ist über die Lähmung ihrer Kriegsmaschine durch die Streiks der Arbeiter in den Armee-Einrichtungen bestürzt. Ihre Presse schweigt den Kampf fast vollständig tot. Dieser Tarifkampf wird von 182000 Arbeitern geführt. Die britische Armee besteht aus 350000 Mann. Über die Hälfte der Kampftruppen ist außerhalb von England, Schottland und Wales stationiert, in Kolonien oder als Besatzungstruppen in Deutschland. Die britische Armee ist eine Berufsarmee, eine Armee von berufsmäßigen Spezialisten in bewaffneter Unterdrückung und Aggression. Man kann davon ausgehen, daß diese Armee pro in England, Wales und Schottland stationiertem Soldaten einen zivilen Arbeiter braucht – die Verwaltungsangestellten, Schreibkräfte usw nicht gerechnet –, der notwendig ist, damit der Soldat das Kriegsgerät überhaupt einsetzen kann. Als wir einen gewerkschaftlichen Vertrauensmann nach der Lähmung des militärischen Betriebes auf den Marinestützpunkten in Schottland fragten, sagte er: „Ohne uns bewegt sich hier kein einziges Schiff."

„Rückwärtsverteidigung" für die BRD unannehmbar

Adelbert Weinstein kommentiert

z.hek. Herr Adelbert Weinstein von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erläutert am 3. Juli in einer Kommentarspalte, in welche Richtung die westdeutschen Imperialisten marschieren – oder, wie sie es nennen: verteidigen – wollen: Nach vorne! Alles andere sei eine „geistige Fehlleistung und keine Strategie mehr", bescheinigt er bestimmten amerikanischen „Denkern im Pentagon", welche meistens sowieso Zivilisten seien, die aber über einen bestimmten Einfluß verfügen. Die Anstöße dieser Denker seien deshalb so gefährlich, weil „die Gemeinschaft (NATO) Schwächen hat. Ihre größte Schwäche ist die Einfallslosigkeit der europäischen Partner." Zwischen den Zeilen sieht man die Wut, daß dies momentan noch nicht „blitzkriegartig" zu beheben ist. Schädigt doch solche Einfallslosigkeit die gegenwärtige Carter-Politik, die in der „Vorwärtsverteidigung" und „NATO first"-Strategie besteht. Stärken tut's allemal jene US-Strategen, die ein zweites Maginot befürchten, jene denkwürdige Aufreibung der schwergepanzerten französischen Stellungen am Rhein, die im Zangenangriff über Belgien „blitzschnell" aufgerieben wurden. Daran knüpfen die US-imperialistischen „Rückwärtsverteidiger" an. D.h. Benutzung der BRD als „Pufferzone" im Kampf um Europa.

Doch einstweilen ist es so, daß bis wenigstens 1980 die amerikanische Strategie in der „*NATO first*"-Politik besteht. Deshalb bleibt „die Bereitschaft Amerikas, weiter seine Führungsrolle in der NATO zu spielen und dafür erhebliche Lasten auf sich zu nehmen, eine feste Größe der westlichen Sicherheitspolitik", stellt Weinstein beruhigt fest. Das Neue an dem amerikanischen Konzept, nämlich „*NATO first*", wirkt sich strategisch und in der Praxis „zu unseren Gunsten" aus, frohlockt Weinstein. Das ist eine nüchterne Einschätzung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses. Die positive Rolle der jetzigen „*NATO first*"-Politik der USA schafft für die westdeutschen Imperialisten etwas Spielraum, den sie brauchen für ihre ideologischen und wirtschaftlichen Manöver gegen die eigene Arbeiterklasse, für den Ausbau ihrer Vormachtstellung in Europa.

So sagt Verteidigungsminister Apel auf der 22. Kommandeurstagung der Bundeswehr: „Wo stehen wir heute im Bündnis? Unser Land leistet nach den USA den zweithöchsten Verteidigungsbeitrag zur Allianz ... Das Kriterium der Finanzierbarkeit darf nicht einziger Maßstab sein." (Truppenpraxis Nr. 7/1978) Allein an der NATO-Infrastruktur sei man mit 26% beteiligt. Weinstein darf beruhigt sein, der Autobahnausbau und Brückenbau von West nach Ost schreitet voran, somit kann der „Einfallslosigkeit einiger europäischer Partner" blitzkriegartig abgeholfen werden. Außerdem, so Apel: „Die mittelfristige Finanzplanung und das Fünf-Jahresprogramm der Bundeswehr garantieren für die nächsten Jahre ein kontinuierliches reales Wachstum." Ebenfalls wächst die Entschlossenheit der westdeutschen Arbeiterklasse, die Kriegsvorbereitungen im Kampf für die Revolution niederzuschlagen.

„Nimitz" – Säbelrasseln gegen die Völker der Welt

r.anb. Wilhelmshaven. Das größte Kriegsschiff des US-Imperialismus und zugleich das größte der Welt, der Flugzeugträger „Nimitz", lief Ende Juni zu einem zweiten Besuch in Wilhelmshaven ein. Die Konzipierung dieser gewaltigen Trägerwaffe war die Antwort der US-Bourgeoisie, geeignete Waffen in die Hände zu kriegen, nachdem sie durch den Befreiungskampf der Völker von einer Reihe von Stützpunkten vertrieben waren. Die „Nimitz" wurde unter dem Eindruck des Sechs-Tage-Krieges in den Finanzhaushalt eingebracht. Die US-Imperialisten befürchteten zu Recht, daß durch den Zusammenschluß der arabischen Welt gegen den US-Kettenhund Israel der Verlust weiterer Stützpunkte fällig war. Boden mußte gehalten werden, weil nach dem Farbwechsel der Sowjetunion die sowjetische Eskadra im Mittelmeer ihre Kreise zu ziehen begann. So wurde die „Nimitz" dann auch zur 6.US-Flotte kommandiert, die im Mittelmeer stationiert ist.

Im April 1970 begannen die Sozialimperialisten mit dem weltweiten Flottenmanöver „Okean", bei dem Flotteneinheiten gemeinsam und getrennt voneinander in der Ostsee, im Nordmeer, im Mittelmeer, im Nordmittelatlantik sowie im Südchinesischen Meer und der Philippinen See übten. Das Manöver „Okean" 75, das zweite große Manöver der Sozialimperialisten, spielte sich dann im Nordmeer ab. Die Antwort der US-Bourgeoisie war prompt. Im August/September 1975 reiste die „Nimitz" kurz nach ihrer Fertigstellung ins Nordmeer aus, führte mit der „South Carolina" und der „Seahorse" Manöver durch und kam dann in die Deutsche Bucht.

Das Operieren der „Nimitz" im Nordmeer und anschließend im Mittelmeer war das Säbelrasseln der US-Imperialisten vor den feindlichen Bastionen. „Der Einsatz der Nimitzgruppe im Mittelmeer dürfte gerade in diesem Bereich bitter nötig sein, nachdem es die Vereinigten Staaten fertiggebracht haben, sich mit den beiden Kontrahenten Türkei und Griechenland zugleich zu verkrachen. Nach dem Rausschmiß aus Piräus ist das Netz der amerikanischen Stützpunkte im Mittelmeer dünner geworden, und die atomare Trägergruppe ist genau das Richtige, um dies durch von Stützpunkten unabhängige Operationen überbrücken zu helfen." (Marine Rundschau, anläßlich des Besuchs 1975) Die Stützpunkte der Supermächte im Mittelmeer sind in der Tat weniger geworden. Die Mittelmeerländer festigen ihre Zusammenarbeit gegen die Hegemonialpolitik der Supermächte. Algerien und Malta haben die Forderung erhoben nach dem Abzug aller fremden Truppen aus dem Mittelmeer

Inzwischen hat Carter das Programm für die Superträger gestoppt. Nicht aus Friedensliebe, die US-Bourgeoisie baut jetzt kleinere Träger mit Landungseinrichtungen für GI's.



Gewerkschaft unterstützt Kampf für Dienstausgleich

Köln. 10 Soldaten des TrpBtl 801 in Köln-Ossendorf haben sich mit einem Bericht an den Deutschen Gewerkschaftsbund Köln gewandt, in dem sie über ihren Kampf für Dienstausgleich berichten und um Unterstützung bitten. Die Redaktion der DGB-Jugendzeitschrift „Ran" hat sich in einem Antwortschreiben bereiterklärt, einen Artikel der Soldaten zu veröffentlichen und anstelle des ersten, zu „trockenen" Artikels einen „lebendigen Erlebnisbericht" angefordert. Der wird ihnen jetzt geliefert. E. Plump, 2. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Köln der IGM, hat den Soldaten Unterstützung im Kampf für Dienstausgleich zugesagt. „Die Unterdrückung beim Bund dient dazu, willfährige Ausbeutungsobjekte heranzuziehen", sagte er, und daß die Bundeswehr gegen streikende Arbeiter eingesetzt würde. Die Soldaten haben mit ihm vereinbart, daß in der Ende Juli erscheinenden „Metall" über die Kämpfe berichtet wird.

Vom Arbeitsamt zum Wachdienst abkommandiert

Iserlohn. An der Luftwaffenschule in Iserlohn berichtete ein Wachtposten, daß er als Arbeitsloser vom Arbeitsamt gezwungen wurde, für den Allgemeinen Wachdienst eine Nacht vor der Kaserne Wache zu schieben, von abends 19.00 Uhr bis morgens 7.00 Uhr. Er bekommt dafür einen Stundenlohn von ca. 5 DM. Weiter erzählte der Wachtposten, daß für solche Arbeiten viele Arbeitslose und Rentner angestellt werden.

Übung der 11. Panzergrenadierdivision

Lingen. Im Rahmen der Übung der 11. Panzergrenadierdivision vom 16.11. bis 30.6.78 auf den Truppenübungsplätzen Bergenhohne und Munster wurde das Panzergrenadierbataillon 333 in das Lager Hörste verlegt.

„Wir haben die Soldaten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht, und das war gut so!" So kommentierte Hauptmann von Randow, Kompaniechef der 4./333, am Ende die Übung. 14 Tage täglich Dienst von 5.15 Uhr bis 18 Uhr, 20 Uhr oder 2 Uhr morgens. Durchschnittlich etwa 16 Stunden pro Tag wurden die Soldaten geschunden. Warmes Essen gab es nur abends, öfter kam es vor, daß das Brot schimmelig war. Die Offiziere rechtfertigen das, daß die Zeit auf dem Übungsplatz ausgenutzt werden müsse, und daß es erforderlich sei, auch unter solchen Bedingungen Leistungen zu erfüllen. Auf die Forderung nach Dienstausgleich für diese Schinderei antwortete Oberstleutnant Schleicher, Bataillonskommandeur, einem Soldaten, es ginge doch schließlich um die Einsatzbereitschaft, und da müsse man mit dem Gewerkschaftsdenken aufhören. Einen Tag frei gibt es jetzt für die Übung und Sonderurlaub nur für besonders gute Leistungen, so glauben die Herren Offiziere mit dem großen Unmut unter den Soldaten fertig zu werden.

Arbeiten viele Arbeitslose und Rentner angestellt werden.
Übung der 11. Panzergrenadierdivision
Lingen. Im Rahmen der Übung der 11. Panzergrenadierdivision vom 16.11. bis 30.6.78 auf den Truppenübungsplätzen Bergenhohne und Munster wurde das Panzergrenadierbataillon 333 in das Lager Hörste verlegt.
„Wir haben die Soldaten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht, und das war gut so!" So kommentierte Hauptmann von Randow, Kompaniechef der 4./333, am Ende die Übung. 14 Tage täglich Dienst von 5.15 Uhr bis 18 Uhr, 20 Uhr oder 2 Uhr morgens. Durchschnittlich etwa 16 Stunden pro Tag wurden die Soldaten geschunden. Warmes Essen gab es nur abends, öfter kam es vor, daß das Brot schimmelig war. Die Offiziere rechtfertigen das, daß die Zeit auf dem Übungsplatz ausgenutzt werden müsse, und daß es erforderlich sei, auch unter solchen Bedingungen Leistungen zu erfüllen. Auf die Forderung nach Dienstausgleich für diese Schinderei antwortete Oberstleutnant Schleicher, Bataillonskommandeur, einem Soldaten, es ginge doch schließlich um die Einsatzbereitschaft, und da müsse man mit dem Gewerkschaftsdenken aufhören. Einen Tag frei gibt es jetzt für die Übung und Sonderurlaub nur für besonders gute Leistungen, so glauben die Herren Offiziere mit dem großen Unmut unter den Soldaten fertig zu werden.

Stube bei Nachappell beanstandet – Formalausbildung angesetzt

Lingen. Dienstagabend war für neun Stunden Nachdienst angesetzt. Der Aschenbecher war auf einer Stube nicht sauber, auf einer anderen der Ascheneimer nicht geleert, der Waschraum nicht aufgeräumt (oft passiert es, daß sich nach dem Antreten noch Vorgesetzte waschen, rasieren etc.). Eine Stube, auf der nur Unteroffiziersanwärter liegen, kam beim Nachapell nicht durch, weil keiner „Achtung" gerufen hatte als der stellvertretende Spieß die Stube verließ. Deswegen wurde für die ganze Stube am Mittwoch Formalausbildung angesetzt. Die zukünftigen Ausbilder werden „heiß gemacht".

Panzerartilleriebataillon 75 mußte NATO-Alarm wiederholen

Hamburg, Röttiger-Kaserne. Beim letzten NATO-Alarm Anfang Juni hat das Panzerartilleriebataillon 75 ziemlich schlecht abgeschnitten: Mit Stunden Verspätung sind die Einheiten erst zum Ausrücken bereit gewesen. Unter persönlicher Aufsicht des Kommandeurs der 3. Panzerdivision, Generalmajor Franz-Joachim Freiherr von Rodde, wurde deshalb am Dienstag, 27.6., um halb zehn abends nur für das Bataillon 75 erneut Alarm ausgelöst. An diesem Abend veranstalteten die Unteroffiziere der 1. und 2. Batterie gerade eine kleine Feier, die Unteroffiziere der 3. hatten sich teilweise angeschlossen. Viele Mannschaften hatten, weil schon so etwas in der Luft lag, die Kaserne verlassen. Das Ausrücken klappte dieses Mal noch schlechter als beim ersten NATO-Alarm. Im Gelände ist der Generalmajor noch von einem Soldat gefragt worden: „Wer sind sie denn?" Mittags ist dann das Unternehmen beendet worden. Der Freiherr soll weitere Alarmübungen für das Bataillon angeordnet haben.

Saudi-Arabien baut 750-Meilen Erdölpipeline

z.mai. Ende Juni hat die saudi-arabische Regierung den Bau einer Ölpipeline quer durch die arabische Halbinsel beschlossen. Die Pipeline wird die Erdölstation von Abqaip im Osten des Landes mit der am Roten Meer gelegenen Stadt Yanbo verbinden. Damit verringert Saudi-Arabien seine Abhängigkeit vom Seeweg um die arabische Halbinsel vom Golf über das Rote Meer zum Suez-Kanal. „Saudi-Arabien hat nur einen Exportweg, den Golf", und dieser „kann blockiert werden", erklärte der Ölminister der saudi-arabischen Regierung, Yamani. Mit der Ölpipeline können zwei Raffinerien mit einer Kapazität von 670000 Barrel pro Tag versorgt und darüberhinaus täglich 1,6 Millionen Barrel Erdöl für den Export geliefert werden. In Yanbo soll bis zum Ende des Jahrhunderts eine der größten Erdölanlagen der Region errichtet werden. Neben der Erdölpipeline wird eine Erdgasleitung gebaut, die eine Erdgasdestillationsanlage in Yanbo versorgen wird. Damit wird zugleich das Erdgas für die Entwicklung der Industrie nutzbar gemacht. Bisher mußte das Erdgas bis zu einer Menge von 900000 Barrel pro Tag abgefackelt werden, da geeignete Anlagen für die Vernutzung des Erdgases nicht vorhanden waren. Weiter ist der Bau eines petrochemischen Komplexes in Yanbo geplant. Die Projekte werden von der saudi-arabischen Regierung finanziert und gehen nach Fertigstellung vollständig in den Besitz der staatlichen Erdöl- und Mineraliengesellschaft, Petromin, über.

Gabun: Saudi-Arabien unterstützt Eisenbahnbau

z.pek. Der Saudiarabische Entwicklungsfonds unterstützt mit einem Kredit von 20 Mio. Dollar den zügigen Ausbau der 900 km langen Eisenbahnlinie des „Bongo-Express" in Gabun. Die erste Teilstrecke wird noch in diesem Jahr fertiggestellt. Bis 1982 soll das gesamte Projekt abgeschlossen sein. Wie Präsident Bongo 1974 anläßlich des 14. Jahrestags der Unabhängigkeit Gabuns erklärte, „wird die erste Teilstrecke von Owendo nach Booue nicht nur die zusätzliche Produktion von 1 Mio. Tonnen Holz in der zweiten Forstzone ermöglichen, sondern auch die Errichtung neuer Holzverarbeitungsfabriken entlang der Bahnstrecke erleichtern. Die zweite Teilstrecke zwischen Franceville, Moanda und Booue wird uns den Transport der doppelten Menge Mangan durch Libreville ermöglichen. Sie wird auch den Zugang zur dritten Forstzone, die reich an verschiedenen Holzsorten ist, eröffnen. Die dritte Teilstrecke von Booue nach Belinga wird für den Abbau der Eisenerzlager von Belinga errichtet." Die französischen Imperialisten, die das Land bis 1959 als Teil des Kolonialgebiets Französisch Äquatorialafrika besetzt gehalten hatten, unterdrückten die Entwicklung der Verkehrsverbindungen, so daß bisher keine Eisenbahnlinie existierte. Neben Saudiarabien haben auch Algerien, Marokko und die Afrikanische Entwicklungsbank den Bau der neuen Bahn-

UdSSR mit RGW-Statutenänderung gescheitert

Lieferverträge im RGW: „Die Strafe ist die Hauptform der Verantwortlichkeit"

z.hah. Der RGW-Sekretär Fadejew (UdSSR) wütete auf der Pressekonferenz am 1. Juli nach Abschluß der 32. Tagung des RGW in Bukarest gegen „Lügen der westlichen Presse", nach denen die Sowjetunion dem RGW eine Statutenänderung habe aufzwingen wollen. Fadejew hatte vergessen, daß zur Einfädelung bereits Ende Juni die Vasallen der tschechoslowakischen Regierung erklärt hatten, sie würden die „Statutänderung und Maßnahmen unterstützen, die zum einheitlichen Verhalten aller RGW-Mitglieder beitragen sollen". (Tanjug, 28.6.) Die UdSSR wollte den Statutartikel ändern, nach dem bei allen Beschlüssen Einstimmigkeit notwendig ist, und durch eine Regelung ersetzen, wonach die Mehrheit ausreichend ist. Damit wollte die Supermacht eine Bremse beseitigen, die ihr das Durchziehen von Maßnahmen zur ständigen Plünderung der RGW-Staaten erschwerte.

Die imperialistische Anmaßung ist vor allem am Widerstand Rumäniens gescheitert. Der rumänische Ministerpräsident Manescu hat unzweideutig erklärt: „Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Landes auf Grundlage seines nationalen Plans steht ausschließlich ihm zu, ist Ausdruck davon, daß die Kommunistische Partei und der betreffende Staat in allen Fragen der Direktiven und Verantwortlichkeiten, die die politische, wirtschaftliche und soziale Richtung betreffen, für die sie durch den Willen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes beauftragt sind, diese uneingeschränkt ausüben." Versteht die Supermacht unter „Zusammenarbeit" die Unterordnung der Wirtschaft der RGW-Staaten, so bekräftigte Manescu, daß Zusammenarbeit zur „Stärkung der Rolle des nationalen Plans führen muß". Bezüglich des RGW-Statuts hob er hervor, daß sich die Zusammenarbeit nur auf Grundlage von „Empfehlungen" vollziehen könne, „die der Überprüfung durch die Mitgliedsländer unterworfen sind und nach Entscheidung der Regierung jedes Staates angewandt werden."

Der unbeugsame Wille der rumänischen Arbeiterklasse, die nationale Unabhängigkeit gegen die sozialimperialistische Supermacht zu verteidigen und die Unterwerfung unter ihre Profitinteressen zurückzuschlagen, sind die Spitze des Widerstandes, auf den die sozialimperialistische Supermacht im RGW trifft. Sie reagiert darauf gesetzmäßig mit Verschärfung der Reaktion. Derzeit bosseln ihre Juristen an einer einheitlichen Regelung für den RGW über das „Verhältnis von Strafe und Schaden" im Rahmen der „Allgemeinen Lieferbedingungen des RGW" (ALB RGW 1968/1975). In diesen haben die Neuen Zaren eine Lücke entdeckt, denn dies Verhältnis wird nach der „Zivilgesetzgebung des Verkäuferlandes" entschieden. Bei Anwendung des bulgarischen Rechts, das Vorbild werden soll, ist „der Schaden, der die Strafe übersteigt, zu ersetzen, bei Anwendung des ungarischen Rechts unterliegt er keiner Bezahlung".

Diese „Allgemeinen Lieferbedingungen", 1968 beschlossen, reformiert zum 1.1.76, basieren seitdem auf dem Prinzip: „Die Hauptform der Verantwortlichkeit nach dem ALB RGW ist die Zahlung einer Strafe durch die Seite, die ihre Verpflichtung verletzt hat, an die andere Seite aus konkreter Ursache." Die Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität hat auch hier Eingang gehalten: jeder muß sich verantworten, „unabhängig von der staatlichen Zugehörigkeit." Das Willkürregiment, bei dem sie angesichts der zahlreichen Lieferpflichtverletzungen noch ein gutes Nebengeschäft macht, tritt in den Kriterien der Rechtsnormen hervor: „Erstens müssen sie zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen anregen, indem sie für den Vertragspartner, der die Disziplin verletzt, ungünstige materielle Folgen haben." Verfahren wird nach dem Grundsatz: „Wenn der Schuldner nicht nachweisen kann, daß er schuldlos ist, ist er zu materieller Verantwortlichkeit verpflichtet." In der Praxis der sowjetischen Außenhandelsschiedsgerichtskommission sieht dies so aus: Statt 70000 geforderter Spulen Morsestreifen wurden von einem Land nur 25000 geliefert. Urteil des Gerichtes: „Das Argument des Verkäufers, es sei unmöglich, Waren über die im Protokoll vorgesehenen Mengen hinaus zu beschaffen, wurde von der Kommission mit dem Hinweis darauf abgewiesen, daß die Verpflichtung zur Beschaffung der notwendigen Exportfonds allein dem Verkäufer obliegt." Diesen RGW-Lieferverträgen widmet die sowjetische Presse gerade jetzt besondere Aufmerksamkeit, denn „die Wahrung der Vertragsdisziplin erwirbt angesichts der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration erstrangige Bedeutung

Die Drohung mit dem Militärstiefel versteht jeder. Sie soll auf die Verwirklichung der „Langzeitprogramme bis 1990" einstimmen, die auf der 32. RGW-Ratstagung beschlossen wurden. Kernstück davon ist das imperialistische Energiebeschaffungsprogramm der UdSSR, das die RGW-Staaten sichern und finanzieren sollen. Wesentlicher Bestandteil davon sind die „gegenseitigen Lieferungen von Ausrüstungen für die Entwicklung der Kernenergiewirtschaft". (Außenhandel). Mit diesem Energiebeschaffungsprogramm wird die Energiekrise im RGW verschärft: schon im neunten Fünfjahresplan konnten die RGW-Staaten (ohne die UdSSR) ihre Inlandsförderung nur um 1,2% steigern, der Verbrauch erhöhte sich um 3,6% und wurde durch steigende Importe aus der UdSSR gedeckt, der Bedarf liegt noch höher; gebaut wird aber v.a. in der UdSSR. Die ist ohnehin gezwungen, ihre Lieferungen einzuschränken. Schon im Winter 1976 und 1977 waren Stromabschaltungen für die Haushalte in der CSSR die Folge. Die Ausplünderung der RGW-Staaten durch die UdSSR muß unerträgliche Ausmaße annehmen: Bis 1980 laufen bereits zehn Projekte mit einem Investitionsvolumen von 8 Mrd. Transferrubel. Nicht nur, daß die anderen RGW-Staaten die Hälfte davon zahlen müssen, acht davon werden in der UdSSR gebaut und gehen gemäß Vertrag nach Fertigstellung in das Eigentum der UdSSR über. Das Kernenergieprogramm wird über die INTERATOMENERGO organisiert, deren Grundausstattung „8 Mio. transferable Rubel beträgt, die von den Mitgliedern der Interatomenergo zu gleichen Teilen als Vorauszahlung eingebracht werden". (Statut) Eigentümer ist das Land, wo sie ihren Sitz hat. Der Sitz ist in Moskau. Die Verwandlung der einzelnen RGW-Staaten in Filialbetriebe des staatsmonopolkapitalistischen Systems in der UdSSR wird perfektioniert: Die RGW-Staaten sollen sich auf die „Produktion des entsprechenden Teils von Ausrüstungen für Kernkraftwerke spezialisieren". (Ekotass) Diese Teile werden dann in die UdSSR exportiert, dort werden die Anlagen zusammengebaut und teilweise reexportiert. Das angereicherte Uran wird ohnehin ausschließlich aus der UdSSR angeliefert. Dies imperialistische Energieprogramm soll die strategische Basis der Supermacht wie ihr Energiemonopol im RGW stärken. Seine Verwirklichung muß das Gegenteil hervorrufen: Verschärfung der Wirtschaftskrise im RGW, vor allem wird es auf den Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen treffen. Seine Bedingung ist Verschärfung der Ausbeutung, Lohnsenkungen und Plünderung der Massen durch Steuern. Allein bis 1980 sollen über Umrüstung des Maschinenparks und Rationalisierung im RGW 1,5 Mio. Arbeiter „freigesetzt" werden.



Die Bilder zeigen die Werke für Erdölausrüstungen in Tirgoviste und Ploiesti in Rumänien. Rumänien ist in der Energieversorgung weitgehend selbständig, bei einer eigenen Erdölförderung von 15 Mio. Tonnen importierte es 1975 5 Mio. Tonnen von OPEC-Staaten. Es unterstützt Länder der Dritten Welt wie Pakistan, Jordanien oder Ekuador beim Aufbau einer eigenen Erdölindustrie.

Erdöl für -die US-Imperialisten aus Kanada und Mittelamerika? Die Truppen werden mitgeliefert

z.gab. Während seines Aufenthalts in Panama zur Aushändigung der Dokumente des neuen Panama-Kanal-Ver- des gesamten Kanals erneut aufgenommen, eingeleitet hat Carter diese „Gespräche" mit einem 29 Mio. Dol- xiko nun Verhandlungen mit Costa Rica über den Bau einer Erdgaspipeline von den mexikanischen Erdgasfel- beutung der kanadischen Arbeiterklasse und der Plünderung der Reichtümer. Besonderes Interesse zeigen sie

Gabun: Saudi-Arabien unterstützt Eisenbahnbau

z.pek. Der Saudiarabische Entwicklungsfonds unterstützt mit einem Kredit von 20 Mio. Dollar den zügigen Ausbau der 900 km langen Eisenbahnlinie des „Bongo-Express" in Gabun. Die erste Teilstrecke wird noch in diesem Jahr fertiggestellt. Bis 1982 soll das gesamte Projekt abgeschlossen sein. Wie Präsident Bongo 1974 anläßlich des 14. Jahrestags der Unabhängigkeit Gabuns erklärte, „wird die erste Teilstrecke von Owendo nach Booue nicht nur die zusätzliche Produktion von 1 Mio. Tonnen Holz in der zweiten Forstzone ermöglichen, sondern auch die Errichtung neuer Holzverarbeitungsfabriken entlang der Bahnstrecke erleichtern. Die zweite Teilstrecke zwischen Franceville, Moanda und Booue wird uns den Transport der doppelten Menge Mangan durch Libreville ermöglichen. Sie wird auch den Zugang zur dritten Forstzone, die reich an verschiedenen Holzsorten ist, eröffnen. Die dritte Teilstrecke von Booue nach Belinga wird für den Abbau der Eisenerzlager von Belinga errichtet." Die französischen Imperialisten, die das Land bis 1959 als Teil des Kolonialgebiets Französisch Äquatorialafrika besetzt gehalten hatten, unterdrückten die Entwicklung der Verkehrsverbindungen, so daß bisher keine Eisenbahnlinie existierte. Neben Saudiarabien haben auch Algerien, Marokko und die Afrikanische Entwicklungsbank den Bau der neuen Bahn-linie mit Krediten unterstützt. Die Fortschritte im Aufbau der nationalen Wirtschaft sind auch das Ergebnis des Kampfes der OPEC, deren Mitglied Gabun ist, um höhere Erdölpreise.

Golfstaaten entwickeln gemeinsames Fernmeldesystem

z.pek. Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, die Vereinigten Arabischen Emirate, Qatar und der Irak werden gemeinsam die weitere Entwicklung des Postdienstes und die Errichtung eines einheitlichen Postsystems der arabischen Golfländer organisieren („Arab News", 15. Juni 1978). Das wurde auf der Konferenz der Golf-Post-Organisation, die vom 9. bis 18. Juni in Riad abgehalten wurde, beschlossen. Anfang Juni hatten Experten der Fernmeldetechnik aus den Golfstaaten über die technischen Möglichkeiten der Vereinheitlichung der Nachrichtensysteme beraten und die Standardisierung der Fernmeldenetze vereinbart. Das überlastete 300-Kanal-Fernmeldesystem zwischen Saudi-Arabien und Bahrein wird durch ein 960-Kanal-Mikrowellenkommunikationssystem ersetzt. Bahrein, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate werden durch ein Koaxialkabel, das für die Erfordernisse der Nachrichtenübermittlung bis 1990 ausreichen wird, verbunden. In Riad werden in den nächsten Monaten einige Tausend neue Telefonanschlüsse eingerichtet. Bei der Produktion der technischen Einrichtungen befreien sich die arabischen Länder zunehmend von der Abhängigkeit von Lieferungen der Imperialisten. Das „Institut für wissenschaftliche Forschung" in Kuwait hat einen Fernschreiber zur Übertragung von Nachrichten in Arabisch erfolgreich in Versuchsproduktion hergestellt.

und Verantwortlichkeiten, die die politische, wirtschaftliche und soziale Richtung betreffen, für die sie durch den Willen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes beauftragt sind, diese uneingeschränkt ausüben." Versteht die Supermacht unter „Zusammenarbeit" die Unterordnung der Wirtschaft der RGW-Staaten, so bekräftigte Manescu, daß Zusammenarbeit zur „Stärkung der Rolle des nationalen Plans führen muß". Bezüglich des RGW-Statuts hob er hervor, daß sich die Zusammenarbeit nur auf Grundlage von „Empfehlungen" vollziehen könne, „die der Überprüfung durch die Mitgliedsländer unterworfen sind und nach Entscheidung der Regierung jedes Staates angewandt werden."

Der unbeugsame Wille der rumänischen Arbeiterklasse, die nationale Unabhängigkeit gegen die sozialimperialistische Supermacht zu verteidigen und die Unterwerfung unter ihre Profitinteressen zurückzuschlagen, sind die Spitze des Widerstandes, auf den die sozialimperialistische Supermacht

men hervor: „Erstens müssen sie zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen anregen, indem sie für den Vertragspartner, der die Disziplin verletzt, ungünstige materielle Folgen

licher Bestandteil davon sind die „gegenseitigen Lieferungen von Ausrüstungen für die Entwicklung der Kernenergiewirtschaft". (Außenhandel). Mit diesem Energiebeschaffungspro-

staatsmonopolkapitalistischen Systems in der UdSSR wird perfektioniert: Die RGW-Staaten sollen sich auf die „Produktion des entsprechenden Teils von Ausrüstungen für Kernkraftwerke spezialisieren". (Ekotass) Diese Teile werden dann in die UdSSR exportiert, dort werden die Anlagen zusammengebaut und teilweise reexportiert. Das angereicherte Uran wird ohnehin ausschließlich aus der UdSSR angeliefert. Dies imperialistische Energieprogramm soll die strategische Basis der Supermacht wie ihr Energiemonopol im RGW stärken. Seine Verwirklichung muß das Gegenteil hervorrufen: Verschärfung der Wirtschaftskrise im RGW, vor allem wird es auf den Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen treffen. Seine Bedingung ist Verschärfung der Ausbeutung, Lohnsenkungen und Plünderung der Massen durch Steuern. Allein bis 1980 sollen über Umrüstung des Maschinenparks und Rationalisierung im RGW 1,5 Mio. Arbeiter „freigesetzt" werden.





Die Bilder zeigen die Werke für Erdölausrüstungen in Tirgoviste und Ploiesti in Rumänien. Rumänien ist in der Energieversorgung weitgehend selbständig, bei einer eigenen Erdölförderung von 15 Mio. Tonnen importierte es 1975 5 Mio. Tonnen von OPEC-Staaten. Es unterstützt Länder der Dritten Welt wie Pakistan, Jordanien oder Ekuador beim Aufbau einer eigenen Erdölindustrie.

Erdöl für -die US-Imperialisten aus Kanada und Mittelamerika? Die Truppen werden mitgeliefert

z.gab. Während seines Aufenthalts in Panama zur Aushändigung der Dokumente des neuen Panama-Kanal-Vertrags hatte Carter gegenüber den dort stationierten US-Streitkräften erklärt: „Wie Sie sicher wissen, ist die Sicherheits des Kanals von der Armee abhängig ... Ich verlasse mich auf Sie alle, daß Sie helfen, diese Übergangszeit so reibungslos wie möglich zu machen. Das ist Ihre Pflicht, Ihre Verantwortung." In einer Zusatzerklärung haben sich die US-Imperialisten das Recht zur militärischen Intervention zugesichert, auch nach dem Jahr 2000 den Kanal offenzuhalten. Von diesem „Recht", so drohte Carter den übrigen zentralamerikanischen Staaten, werden die US-Imperialisten nicht nur gegenüber Panama Gebrauch machen: „Wir versuchen, dies in einen breiteren Kontext als nur Panama zu stellen ... Es ist eine neue Ära der Partnerschaft mit Lateinamerika."

Mit zahlreichen Truppenstationierungsabkommen bereitet Carter die Ausdehnung der Sicherheitszone der Vereinigten Staaten, den territorialen Anspruch des US-Imperialismus auf die Länder Zentralamerikas vor. Dem noch unter britischer Kolonialherrschaft stehenden Staat Belize haben die US-Imperialisten für den „Tag X der Unabhängigkeit" ein solches Abkommen aufgezwungen zum Schutz der US-amerikanischen Erdölfelder in Belize. Hier lagern Erdölvorräte vom Umfang der Vorkommen am Arabischen Golf. Eine Million Barrel Erdöl sollen nach der „Unabhängigkeit" täglich aus den Lagerstätten Belizes fließen.

Mit Nicaragua haben die US-Imperialisten die Verhandlungen über den Bau eines schleusenlosen Kanals zwischen Pazifik und Atlantik und die Stationierung von US-Truppen entlang des gesamten Kanals erneut aufgenommen, eingeleitet hat Carter diese „Gespräche" mit einem 29 Mio. Dollar-Kredit zur „Unterstützung der armen Landbevölkerung", mit dem das Land weiter in die Schuldknechtschaft des US-Kapitals getrieben werden soll.

In Guatemala planen die US-Imperialisten den Bau einer 400 km langen Pipeline, durch die künftig das Alaska-Öl vom Pazifik zum Atlantik fließen soll. Die Unterzeichnung ist für Anfang Juli angesetzt. Der Transport des Alaska-Öls durch diese Pipeline soll – natürlich wieder unter dem Schutz von US-Truppen – dem US-Kapital insgesamt 2000 Seemeilen und die Kanalgebühren Panamas einsparen und außerdem den Zugriff auf die reichen Nickel-, Kupfer-, Uran- und Antimonvorkommen im Norden Guatemalas bei Panzós militärisch sichern. Erst Mitte des Jahres war es dort zu harten Kämpfen gekommen, als die Quechés-Indianer von der US-Firma Exmiral Entschädigung für ihr geraubtes Land forderten. Hunderte Indianer waren getötet worden, um die Ansprüche auf die Entschädigung endgültig zu beseitigen. In Guatemala-Stadt hatten 50000 Landarbeiter, Arbeiter und Studenten gegen dies Gemetzel demonstriert und die guatemaltekischen Gewerkschaften forderten: Kein Bau der US-Pipeline in Guatemala, wenn dies mit „amerikanischem Schutz" verbunden ist.

Auch in Mexiko hat Carter Niederlagen einstecken müssen. Nicht nur, daß der geplante Erdgaspipelinevertrag geplatzt ist, nach dem Mexiko sich verpflichten sollte, ab 1979 für rund 2 Mio. Dollar und ab 1981 für rund 5 Mio. Dollar Erdgas an die US-Imperialisten zu liefern, das Erdgas soll jetzt das mexikanische Industriegebiet im Norden versorgen. Außerdem hat Mexiko nun Verhandlungen mit Costa Rica über den Bau einer Erdgaspipeline von den mexikanischen Erdgasfeldern in Tabasco nach Mittelamerika aufgenommen und mit dem Präsidenten von Costa Rica beschlossen, die Zusammenarbeit beider Staaten in der Kunstdüngerherstellung, der Erdölwirtschaft, dem Kaffeeanbau und -export zu verstärken.

Angesichts der sich verschärfenden Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und Mexiko hat das US-Verteidigungsministerium eigens eine Pentagon-Studie anfertigen lassen, die den Plan einer militärischen Absicherung der in Mexico lagernden zweitgrößten Erdöllagerstätte der Welt „durchgespielt", und ein Pentagon-Sprecher erklärte, die Energievorräte Mexikos seien engstens mit der amerikanischen Sicherheitspolitik verbunden, denn die mexikanischen Erdöllieferungen seien Teil der strategischen Reserve des US-Verteidigungsministeriums.

Im Norden haben die US-Imperialisten erst im letzten Monat einen 3-Milliarden-Dollar-Kredit mit der kanadischen Regierung ausgehandelt, um das Land noch weiter in die Schuldknechtschaft des US-Kapitals zu treiben. Dies ist der bisher größte Kredit von privaten Bankinstituten auf der Welt. Vergeben wurde er von insgesamt 90 privaten Geldinstituten unter Führung der City-Corporation International New York Bank. Um über 100% hatten die US-Imperialisten die Verschuldung Kanadas allein von 1964 bis 1976 vorangetrieben, dessen Auslandsverschuldung sich im Jahr 1976 auf 49 Mrd. kanadische Dollar belief. Mit über 30 Mrd. Dollar Direktinvestitionen (über 80% aller ausländischen Investitionen) in Kanada beteiligen sich die US-Imperialisten an der Ausbeutung der kanadischen Arbeiterklasse und der Plünderung der Reichtümer. Besonderes Interesse zeigen sie an der Ausplünderung der Energiereichtümer Kanadas. Mit „technischem Pioniergeist und hohem Risiko" haben US-Ölkonzerne Energiereserven angegangen, die noch vor wenigen Jahren als unzugänglich galten, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". 150 Mrd. Tonnen Bitumen lagern im schwarzen Ölsand im Gebiet der Athabasca-Indianer im Norden Kanadas und 40 Mrd. Tonnen synthetisches Rohöl. Von Fort McMurray aus, 500 km nordöstlich der letzten Großstadt, soll zugleich mit der Ölsanderschließung die „Front der Zivilisation in die Wälder des Nordens vorgeschoben werden". Bisher war es den Imperialisten noch nicht gelungen, entscheidend in dies große Gebiet der Indianer vorzudringen, um die größten Ölsandlagerstätten der Welt am Athabasca-Fluß auszubeuten. Die erste US-Ölgesellschaft hatte vor knapp zehn Jahren mit der „Pionierarbeit" begonnen und täglich 8000 Tonnen Rohöl ausgebeutet. Noch in diesem Sommer gehen drei weitere US-Energiekonzerne 15 km entfernt daran, täglich 20000 Tonnen Rohöl ausbeuten. Ähnlich große Projekte planen die US-Imperialisten am Cold Lake, am Peace River und in Wabasca, um auch dort in die noch unerschlossenen Gebiete der Indianer im Norden Kanadas vorzudringen. Heute leben die Bauarbeiter und Monteure aus den USA und Südkanada noch in Tracks und Wohnwagen. Die Tracks jedoch sollen innerhalb weniger Jahre zu einer „ansehnlichen Stadt mit sauberen Siedlungen" und allem, was Zivilisation bedeutet, anwachsen, „denn die weitere Erschließung der Ölsände des Nordens wird kaum viele Jahre auf sich warten lassen."

Jemen: Die neuen Zaren werden am Kampf der Volksmassen scheitern

Die Sozialimperialisten nutzen die Spaltungslinien, die die Kolonialherrschaft hinterlassen hat

z.mai. Der Besuch des Botschafters der Demokratischen Volksrepublik Jemen (VDRJ, Südjemen) in der Arabischen Republik Jemen (ARJ, Nordjemen) sollte dazu dienen, den Wunsch ehemals in den Südjemen geflüchteter Nordjemeniten, in die ARJ zurückzukehren, zu verwirklichen. Durch die Explosion einer Bombe, in die Tasche des Gesandten eingeschmuggelt, wurde dieser wie der Präsident der ARJ al-Gaschmi beseitigt, um Widersprüche zwischen den beiden Staaten zu schaffen. Anfang Juni hatte Gaschmi erklärt: „Wir sind beunruhigt über die Anwesenheit kubanischer Truppen, der amerikanischen und der sowjetischen Flotte im Roten Meer. Wir waren immer der Meinung, daß das Gebiet von den Kämpfen und der Konkurrenz der großen Mächte frei bleiben soll und die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern dieses Gebiets durch Beratung und Verständigung gelöst werden sollten, ohne jegliche Einmischung von außen." Der Bekämpfung dieser Politik diente ebenfalls der Putsch in der VDRJ und die Ermordung ihres Präsidenten Rubayeh. Gleichzeitig mit diesen Verbrechen wurden 500 kubanische Soldaten von Äthiopien in den Südjemen transportiert. Ali Abdullah Saleh, Mitglied des Präsidentschaftsrates der ARJ und Generalstabschef der Armee, erklärte, daß die Mörder des nordjemenitischen Präsidenten Gaschmi weder aus dem Jemen noch aus der arabischen Nation kommen. Die Imperialisten, vor allem die Sozialimperialisten, auf deren Konto diese Verbrechen gehen, stützen sich auf von den alten Kolonialisten geschaffene Spaltungslinien.

1839 besetzte die britische Kolonialmacht den für ihre Expansionsinteressen strategisch wichtigen Punkt Aden und baute ihn zu einem bedeutenden Luft- und Flottenstützpunkt aus. 1914 zwangen die britischen Imperialisten das türkische Großreich, das den nördlichen Jemen besetzt hatte, die Grenze zwischen Aden und dem südjemenitischen Hinterland einerseits und dem Norden des Landes anzuerkennen. Das Volk im Norden des Landes erhob sich gegen die türkische Fremdherrschaft und konnte nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches 1918 seine Selbständigkeit erringen. Die revolutionäre Sowjetunion unterstützte es dabei. Allein 1929 lieferte die Sowjetunion dem damaligen Königreich Jemen 6000 Tonnen Öl, 1600 Tonnen Zucker (40% der Gesamteinfuhr) und 3000 Tonnen Getreide.

Im Südjemen setzte das jemenitische Volk den bewaffneten Befreiungskampf fort und baute im Kampf gegen den Imperialismus seine Befreiungsorganisation auf, die Nationale Befreiungsfront FNL. Nach jahrzehntelangem Kampf wurde 1967 die britische Kolonialmacht geschlagen, die Volksräte ergriffen die Macht. Die Sowjetrevisionisten versuchten durch Unterstützung einer Opposition innerhalb der FNL gegen die Errichtung von Volksmilizen, Arbeiter- und Bauernräten und den konsequenten Kampf gegen den Imperialismus 1968 einen Putsch zu inszenieren. Die Volksmiliz und die bewaffneten Volksmassen schlugen dies zurück und gründeten 1969 die Volksdemokratische Republik Jemen. Die FNL erklärte auf dem 4. Kongreß die Befreiung des Jemen vom Imperialismus ohne Wiedervereinigung für unvollständig.

Die Schwierigkeiten beim Aufbau des Landes waren enorm, da die britische Kolonialmacht eine vollkommen rückständige, z.T. noch aus feudalen Strukturen bestehende Wirtschaft hinterlassen hatte. Gestützt auf das Programm der FNL wurde 1969 die gesamte Wirtschaft verstaatlicht und 1970 eine Agrarreform durchgeführt.

Anfang der siebziger Jahre versuchten die Sozialimperialisten in der Absicht, sich am Roten Meer festzusetzen, die beiden Staaten gegeneinander aufzuhetzen. Ein sowjetischer Militärberater „enthüllte" gegenüber der ARJ angebliche Angriffspläne der VDRJ. Beide Staaten durchkreuzten diese Absichten, legten ihre Auseinandersetzungen bei und bekräftigten den Wunsch nach Wiedervereinigung der Nation.

1975 brach die nordjemenitische Regierung die Beziehungen zur UdSSR ab und kündigte 1976 an, sämtliche sowjetischen Berater vor die Tür zu setzen. Die Sozialimperialisten hatten sich geweigert, Ersatzteile für Waffenlieferungen wie auch andere Waffen außer altem Schrott zu liefern. Daraufhin wandte sich die UdSSR verstärkt der VDRJ zu und versuchte mit zinslosen Krediten und „Geschenken", die Regierung zu ködern. 1976 gelang es ihr, die Regierung der VDRJ unter Präsident Rubayeh zu zwingen, eine ganze Reihe von Abkommen zu unterschreiben. Seit 1971 hatte die Regierung sich geweigert, diese zu unterzeichnen.

In den ersten drei Monaten 1977 stiegen die Importe aus der UdSSR um 80% an. Zusätzlich zwingt die Supermacht die VDRJ, jährlich 400000 Barrel Öl für ihre Kriegsflotte im Hafen von Aden und im Roten Meer zu raffinieren. Grinsend stellen die Neuen Zaren fest: „Die staatlichen und kommerziellen Kredite für staatliche Einrichtungen der VDRJ förderten natürlich auch den Handel zwischen beiden Ländern, der einstweilen nur aus sowjetischem Export besteht. Der sowjetische Import aus dem Land ist völlig unbedeutend und faktisch mit den Ausgaben der sowjetischen Schiffe im Hafen von Aden für Bebunkerung, für Lebensmittel usw. identisch." (Außenhandel, Nr. 12/1976)

Angesichts der verschärften Rivalität mit dem US-Imperialismus, der auf der Insel Masirah vor der Küste Omans eine Militärbasis errichten will, wie mit dem britischen Imperialismus, der von Oman aus ständig Aggressionsakte gegen die VDRJ durchführt, verstärkt die sozialimperialistische Supermacht ihre Bemühungen, das jemenitische Volk unter ihre Herrschaft zu bringen. Dagegen hat das Volk Jemens den Kampf um die Selbständigkeit beider Staaten wie den Kampf um die Herstellung der Einheit der Nation weitergeführt. Im März 1977 fand ein Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten des Südens wie des Nordens von Jemen statt. Ein gemeinsames Kommunique wurde veröffentlicht, in dem sich beide Staaten dafür aussprechen, die Zusammenarbeit und Einheit zu stärken, gegen die israelische Aggression zu kämpfen und die Ressourcen des Roten Meeres gemeinsam auszuschöpfen. Weiter wurde eine gemeinsame diplomatische Repräsentation in den Ländern vereinbart, in denen nur ein Staat vertreten war. Im August 1977 fand ein erstes Treffen eines „Gemeinsamen Rates" statt.

Die Regierung der VDRJ wurde von der UdSSR zur Entsendung von Soldaten nach Äthiopien gezwungen, um die Verbrechen der Supermacht gegen den Befreiungskampf des eritreischen Volkes zu kaschieren. Anfang dieses Jahres sprach sich die Regierung der VDRJ dagegen aus und erwog den Rückzug.

Nach erfolgtem Putsch „regen" die Neuen Zaren nun „eine verstärkte Zusammenarbeit" (Süddeutsche Zeitung, 7.7.78) mit der neuen Regierung an. Ihre Hegemoniebestrebungen haben keine Zukunft. Garant dafür sind die langjährigen Erfahrungen der jemenitischen Volksmassen im bewaffneten Befreiungskampf, ihr fester Wille zur Wiederherstellung der Einheit der Nation im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus.

Kubanische Zwangsrekrutierung

z.mih. Im Dienst der sowjetischen Expansion in Afrika stehen zur Zeit ein Viertel der Gesamtstärke der kubanischen Soldaten, 40000 Mann. Die Völker Afrikas bringen den Söldnertruppen der Sozialimperialisten große Verluste bei. Die neuen Zaren verlangen weiteres Menschenmaterial aus den Reihen ihrer „Bündnispartner" im Warschauer Pakt als Kanonenfutter zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Weltherrschaftsträume. Kuba soll den Nachschub sichern. „In einer Meldung der kubanischen Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte in der Zeitung ‚Granma' am 9. Juni heißt es, daß alle 1962 geborenen männlichen Bürger zur Städtischen Militärdirektion zu gehen hätten, um die vorbereitenden Vorgänge für die Einziehung zur Armee durchzuführen. Eine ähnliche Meldung war erneut in der gleichen Zeitung am 20. Juni veröffentlicht, in der die 1962 geborenen Jugendlichen aufgefordert werden, ihre Registrierung vor dem 30. Juni durchzuführen." (Hsinhua, Peking – 22. Juni) Offensichtlich sind die Schwierigkeiten groß, diese Rekrutierung für die imperialistische Eroberung gegen die kubanische Arbeiterklasse durchzusetzen. Die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern Kubas haben 1962 das Joch des US-Imperialismus nicht abgeworfen, um sich jetzt erneut für imperialistische Interessen der anderen Supermacht im Krieg verheizen zu lassen. So „berichtet ‚Granma' auch, daß ein Oberst der Armee bei einem Treffen, das vor kurzem beim Ministerium der Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte zur Untersuchung der Rekrutierungen stattgefunden hat, enthüllt habe, daß ‚es gewisse Schwierigkeiten für die Rekrutierung bestimmter Arbeiter gibt'. Darüberhinaus sagte er: ‚Es sind einzelne Fälle vorgekommen, in denen Beamte der Behörden es versäumt haben, die Bedingungen für die Rekrutierung von Arbeitern herzustellen'." (ebenda)

„Hilfskonsortium für die Türkei" schuldet um

Ringkampf der Supermächte um die Türkei

z.hel. Das „Hilfskonsortium für die Türkei" hat zugestimmt, Handelskredite in Höhe von etwa 1,2 Mrd. US-Dollar und Bankkredite von 2,5 Mrd. Dollar „umzuschulden". Das „Hilfskonsortium" wurde Anfang der sechziger Jahre aus den „am meisten industrialisierten OECD-Ländern, dem IWF und acht Großbanken" (Nachrichten für Außenhandel, 22.5.78) gebildet. Von den „Selbständigkeitsbestrebungen" soll die Türkei wieder ge- Saleh, Mitglied des Präsidentschaftsrates der ARJ und Generalstabschef der Armee, erklärte, daß die Mörder des nordjemenitischen Präsidenten Gaschmi weder aus dem Jemen noch aus der arabischen Nation kommen. Die Imperialisten, vor allem die Sozialimperialisten, auf deren Konto diese Verbrechen gehen, stützen sich auf von den alten Kolonialisten geschaffene Spaltungslinien.

1839 besetzte die britische Kolonialmacht den für ihre Expansionsinteressen strategisch wichtigen Punkt Aden und baute ihn zu einem bedeutenden Luft- und Flottenstützpunkt aus. 1914 zwangen die britischen Im-

um dem Land das eigene Fangnetz überzuwerfen. Unter der Flagge freundschaftlicher Unterstützung des Aufbaus eigenständiger Industrien versuchten sie durch den Bau der Projekte im Energie-, Eisen- und Stahlsektor und der Petrochemie die Schlüsselindustrien für die ganze übrige Wirtschaftsentwicklung von sich abhängig zu machen. Der Bau einer Großraffinerie an der Schwarzmeerküste soll ihnen außerdem permanente Hafen- und Volksmassen schlugen dies zurück und gründeten 1969 die Volksdemokratische Republik Jemen. Die FNL erklärte auf dem 4. Kongreß die Befreiung des Jemen vom Imperialismus ohne Wiedervereinigung für unvollständig.

Die Schwierigkeiten beim Aufbau des Landes waren enorm, da die britische Kolonialmacht eine vollkommen rückständige, z.T. noch aus feudalen Strukturen bestehende Wirtschaft hinterlassen hatte. Gestützt auf das Programm der FNL wurde 1969 die gesamte Wirtschaft verstaatlicht und 1970 eine Agrarreform durchgeführt.

Dollar vor. Zusätzlich wird die Türkei zur Rückzahlung für verschiedene von der Sowjetunion gelieferte industrielle Einrichtungen und zum Ausgleich für die technische Ausrüstung des Stahlwerks Iskenderun Waren im Wert von 36 Mio. bzw. 16 Mio. Dollar liefern. Der Devisenknappheit der Türkei scheinbar entgegenkommend, bietet die UdSSR Kompensationsgeschäfte an. In Wirklichkeit treibt sie so die Außenstände sicher ein, während westlimacht die VDRJ, jährlich 400000 Barrel Öl für ihre Kriegsflotte im Hafen von Aden und im Roten Meer zu raffinieren. Grinsend stellen die Neuen Zaren fest: „Die staatlichen und kommerziellen Kredite für staatliche Einrichtungen der VDRJ förderten natürlich auch den Handel zwischen beiden Ländern, der einstweilen nur aus sowjetischem Export besteht. Der sowjetische Import aus dem Land ist völlig unbedeutend und faktisch mit den Ausgaben der sowjetischen Schiffe im Hafen von Aden für Bebunkerung, für Lebensmittel usw. identisch." (Außenhandel, Nr. 12/1976)

Angesichts der verschärften Rivali-

zu 96 bzw. 98 US-Dollar je Tonne an die Sowjetunion liefern, während die Türkei gleichzeitig Aluminat zum Weltmarktpreis von 120 bis 150 US-Dollar (Londoner Börse) importieren mußte.

Damit verursacht sie wesentlich die sinkenden Exporteinnahmen des türkischen Staates, wie die anderen Imperialisten profitiert sie außerdem an der Entwicklung der sinkenden Rohstoff- Befreiungskampf des eritreischen Volkes zu kaschieren. Anfang dieses Jahres sprach sich die Regierung der VDRJ dagegen aus und erwog den Rückzug.

Nach erfolgtem Putsch „regen" die Neuen Zaren nun „eine verstärkte Zusammenarbeit" (Süddeutsche Zeitung, 7.7.78) mit der neuen Regierung an. Ihre Hegemoniebestrebungen haben keine Zukunft. Garant dafür sind die langjährigen Erfahrungen der jemenitischen Volksmassen im bewaffneten Befreiungskampf, ihr fester Wille zur Wiederherstellung der Einheit der Nation im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus.

UdSSR: Lob der Heimarbeit

z.hah. „Viele Jahre lang knüpfte Nina Prokopjewna Medwedkowa Teppiche in der Omsker Teppichfabrik." „Doch dann – bis zur Altersrente blieben immerhin noch fünf Jahre – klagte sie immer öfter über Kopfschmerzen und reagierte gereizt auf Lärm." So beginnt die sowjetische Zeitung „Neues Leben" ihren Artikel über den „Arbeitsplatz zu Hause". „Die Ärzte stellten fest: hoher Blutdruck", die Geschäftsleitung teressen der anderen Supermacht im Krieg verheizen zu lassen. So „berichtet ‚Granma' auch, daß ein Oberst der Armee bei einem Treffen, das vor kurzem beim Ministerium der Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte zur Untersuchung der Rekrutierungen stattgefunden hat, enthüllt habe, daß ‚es gewisse Schwierigkeiten für die Rekrutierung bestimmter Arbeiter gibt'. Darüberhinaus sagte er: ‚Es sind einzelne Fälle vorgekommen, in denen Beamte der Behörden es versäumt haben, die Bedingungen für die Rekrutierung von Arbeitern herzustellen'." (ebenda)

„Hilfskonsortium für die Türkei" schuldet um

Ringkampf der Supermächte um die Türkei

z.hel. Das „Hilfskonsortium für die Türkei" hat zugestimmt, Handelskredite in Höhe von etwa 1,2 Mrd. US-Dollar und Bankkredite von 2,5 Mrd. Dollar „umzuschulden". Das „Hilfskonsortium" wurde Anfang der sechziger Jahre aus den „am meisten industrialisierten OECD-Ländern, dem IWF und acht Großbanken" (Nachrichten für Außenhandel, 22.5.78) gebildet. Von den „Selbständigkeitsbestrebungen" soll die Türkei wieder geheilt werden, die westlichen Imperialisten wollen die Türkei zurück in das „Bündnis" unter Führung der US-Imperialisten pressen und den wachsenden Einfluß des sozialimperialistischen Rivalen ausschalten.

„In den drei Monaten, die Bülent Ecevit die neue Regierung in der Türkei gebildet hat, ist manches in Bewegung geraten ... Trotz der auch amtlichen Wiederholung während der letzten Jahre, daß die Türkei sich allein helfen wolle und könne, trotz der an allen Straßenecken und Häuserfronten mit roter Farbe angeschmierten Slogans: ‚Freie Türkei', ‚Imperialisten hinaus' wie auch ‚Weg aus der NATO' war es offensichtlich, daß diese versteifte Haltung aufgegeben werden mußte", frohlockt schon im April die westdeutsche Bourgeoisie (Blick durch die Wirtschaft, 26.4.78).

In den sechziger Jahren hatte die US-imperialistische Supermacht die Türkei mit 26 Stützpunkten besetzt in scharfer Konkurrenz zu dem sozialimperialistischen Rivalen. Die immer stärker anwachsende Bewegung der türkischen Arbeiter und Bauern gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung zwang die Regierung zu einer Reihe von Maßnahmen gegen die Imperialisten. Die schwache einheimische Bourgeoisie konnte die Akkumulation nur über den Staat durch verschärfte Ausplünderung der Volksmassen und Kreditaufnahme im Ausland betreiben, derzeit besteht der Staatssektor aus 30 Unternehmen mit 150 Einzelbetrieben vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, dem Bergbau, der Chemie-, Textil- und Energieindustrie und im Transportwesen, insgesamt macht er etwa 50% der Gesamtindustrie aus.

Diese Unabhängigkeitsbestrebungen nutzten die Sozialimperialisten, um dem Land das eigene Fangnetz überzuwerfen. Unter der Flagge freundschaftlicher Unterstützung des Aufbaus eigenständiger Industrien versuchten sie durch den Bau der Projekte im Energie-, Eisen- und Stahlsektor und der Petrochemie die Schlüsselindustrien für die ganze übrige Wirtschaftsentwicklung von sich abhängig zu machen. Der Bau einer Großraffinerie an der Schwarzmeerküste soll ihnen außerdem permanente Hafen- und Landerechte für ihre Flotte verschaffen. Im März trat das zweite türkisch-sowjetische Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kraft, und das 19. Handelsprotokoll vom 1.4.78 bis 31.3.79 sieht türkische Importe aus der UdSSR von 138,44 Mio. US-Dollar (Vorjahr: 92,87) und türkische Exporte in die UdSSR von 150,34 (103,17) Mio. Dollar vor. Zusätzlich wird die Türkei zur Rückzahlung für verschiedene von der Sowjetunion gelieferte industrielle Einrichtungen und zum Ausgleich für die technische Ausrüstung des Stahlwerks Iskenderun Waren im Wert von 36 Mio. bzw. 16 Mio. Dollar liefern. Der Devisenknappheit der Türkei scheinbar entgegenkommend, bietet die UdSSR Kompensationsgeschäfte an. In Wirklichkeit treibt sie so die Außenstände sicher ein, während westliche Konzerne nicht vorhandene Devisen fordern, sie quetscht, die Notlage ausnutzend, wie das folgende Beispiel zeigt, auch noch höhere Profite aus der Türkei als die westlichen Konkurrenten.

1975 – 1976 z.B. mußte die Türkei etwa die Hälfte des in den von der Sowjetunion gebauten Fabriken produzierten Aluminats (110000 Tonnen) zu 96 bzw. 98 US-Dollar je Tonne an die Sowjetunion liefern, während die Türkei gleichzeitig Aluminat zum Weltmarktpreis von 120 bis 150 US-Dollar (Londoner Börse) importieren mußte.

Damit verursacht sie wesentlich die sinkenden Exporteinnahmen des türkischen Staates, wie die anderen Imperialisten profitiert sie außerdem an der Entwicklung der sinkenden Rohstoffpreise bei steigenden Preisen für Industriewaren, 1977 z.B. um 7%, 1978 bereits um 9%. Die Folge ist die totale Verschuldung der Türkei. Die Gesamtschulden gegenüber dem Ausland werden mit rund 14 Mrd. Dollar angegeben. Hier setzen nun die westlichen Imperialisten wieder den Hebel an. So schreibt im April der „Blick durch die Wirtschaft" hämisch: „Vor allem aber ist es gelungen, trotz aller ursprünglichen Gegnerschaft mit dem Westen in Verhandlungen zu treten, um so mehr, als zum Teil bereits fällige finanzielle Verpflichtungen ... weder durch den Osten noch durch die vorher anvisierten arabischen Staaten, sondern nur durch den Westen bereinigt werden können." (25.4.78) Als Pleitegeier tritt der IWF in Aktion und als Preis für neue Kredite und „Umschuldung" soll das türkische Volk bezahlen mit der Abwertung des Pfundes, der Einfrierung der Arbeiterlöhne, also der Verbilligung der Ware Arbeitskraft, scharfer Erhöhung der Steuern zur „Schuldentilgung", der Senkung der Produktion und die Einschränkung der Industrieinvestitionen durch den Staat – z.B. 1977 auf nur ein Drittel der Vorhaben, was sich direkt gegen die Durchführung der Projekte mit den Sozialimperialisten richtet und die Aufhebung der Beschränkungen für private ausländische Kapitalinvestitionen durch die westlichen Imperialisten.

Die jetzige Umschuldung bedeutet keineswegs Streichung, sondern nur Aufschub für die Eintreibung eines Teils der Schulden für drei Jahre. 1 Mrd. Dollar sofort fälliger Schulden und Zinsen wurde nicht umgeschuldet. Nach einem „Zehnjahres-Rückzahlungsplan" soll die Türkei bis einschließlich 1987 etwa 124,3 Mrd. türkische Pfund zurückzahlen.



Bis jetzt konnte die Regierung den Lohnstopp nicht durchsetzen, überall im Land finden Warnstreiks statt. Im Juni z.B. streikten diese Textilarbeiter eines Staatsunternehmens gegen den Versuch, ein neues Akkordsystem einzuführen. Die Landarbeiter der modernsten Staatsfarm in der Osttürkei mußten zehn bis zwölf Stunden ohne Überstundenzulage arbeiten, nur 324 waren versichert. Als die Betriebsführung der Farm 59 revolutionäre Arbeiter entlassen wollte, traten am 1. Juni 3400 der insgesamt 5000 bis 6000 Arbeiter in den Streik. Die Regierung schickte als Antwort 100 Panzer und 500 „Kommandos", eine Spezialpolizeitruppe, die Minister für Arbeit, Inneres und Landwirtschaft reisten an. Durch ihre Kampfentschlossenheit erzwangen die Arbeiter in vier Tagen dennoch die Wiedereinstellung der 59 Arbeiter, Überstundenzulagen ab 8 Stunden von 50% und für Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit von 150%, die Erhöhung einer dreimonatigen Sonderzulage von 4000 türkische Pfund auf 9000.

UdSSR: Lob der Heimarbeit

z.hah. „Viele Jahre lang knüpfte Nina Prokopjewna Medwedkowa Teppiche in der Omsker Teppichfabrik." „Doch dann – bis zur Altersrente blieben immerhin noch fünf Jahre – klagte sie immer öfter über Kopfschmerzen und reagierte gereizt auf Lärm." So beginnt die sowjetische Zeitung „Neues Leben" ihren Artikel über den „Arbeitsplatz zu Hause". „Die Ärzte stellten fest: hoher Blutdruck", die Geschäftsleitung empfahl Heimarbeit, die Arbeiterin war dagegen, doch da „die Krankheit fortschritt, entschied sie sich". „In den Stunden, in denen sie sich gut fühlt, setzt sie sich an den Webstuhl." Vor allem in der Textilbranche, wo die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit gering entwickelt ist, dies die neue Bourgeoisie durch Überarbeit und Unterzahlung der Arbeiter wettzumachen versucht, wird die Heimarbeit ausgedehnt. In der Omsker Teppichfabrik wurde ihr in wenigen Jahren zehn Prozent der Belegschaft unterworfen. Karl Marx hat die Hausarbeit im Kapitalismus als „Jammerhöhle" gegeißelt, „wo die tollsten Ungeheuerlichkeiten der kapitalistischen Exploitation ihr freies Spiel treiben". Deshalb und weil die neue Bourgeoisie die Heimarbeit als „große Reserve" entdeckt, „um zusätzliche Arbeitskräfte in die Produktion einzubeziehen", entwickelt sie Fürsorge: „Hand aufs Herz, sie (die Heimarbeiter) werden immer wieder stiefmütterlich behandelt." Am Niedrigstlohn: „In der Tat, der Verdienst der Heimarbeiterinnen war nicht gerade erbaulich", den Arbeitsbedingungen: „schrottreife Webstühle, die immer wieder ausfielen", „nur minderwertige Teppichgarne werden ausgegeben", der Despotie der staatskapitalistischen Fabrikherrn: „knallten ihnen die Nase vor der Tür zu", soll sich nichts ändern, aber perfektioniert soll die Heimarbeit werden. Nunmehr werden „kleine Webstühle mit Handantrieb in die Wohnungen gestellt". „Auch an diejenigen wurde gedacht, die zu Hause gar keine Möglichkeit haben, einen Webstuhl aufzustellen. Diesen Kolleginnen wurde angeboten, Hausschuhe und Fäustlinge als Souvenirs zu sticken."

Neuverhandlungen über das Abkommen von Lomé

z.scc. Am 24. Juli beginnen die Neuverhandlungen über das 1980 auslaufende Abkommen von Lomé, das die neun EG-Staaten und inzwischen über 53 Länder Afrikas, des karibischen Raumes und des pazifischen Ozeans (AKP-Staaten) 1975 abgeschlossen hatten. Rund einen Monat vorher ist Offergeld, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu einer Reise in mehrere westafrikanische Staaten, u.a. die ehemaligen französischen Kolonien Obervolta, Elfenbeinküste und Senegal, aufgebrochen. In Obervolta beuten die BRD-Imperialisten Mangan, im Senegal Eisenerze aus. Zuvor hatte er Schmidt nach Nigeria und Sambia, ehemalige britische Kolonien, begleitet. „Ich habe . . ., wenn ich in Länder der Dritten Welt fahre, das Interesse, nicht nur Paradeprojekte vorgeführt zu bekommen, sondern auch einmal Projekte zu sehen, die nicht so gelungen sind; daran kann man nämlich vielleicht noch mehr lernen", hatte er vorher im Bundestag verkündet. Lernen? „Wir werden in Zukunft noch mehr tun, um unvermeidliche Risiken auf ein Minimum zu senken." Was? „Den Mitteleinsatz kontrollieren", will Offergeld. Kontrolle allein reiche natürlich nicht, sagt er.

Unbestritten hatten die AKP-Staaten mit dem Abkommen politische und wirtschaftliche Teilerfolge erringen können, doch ebenso unbestritten wissen die EG-Imperialisten, warum sie es preisen.

So werden den AKP-Staaten z.B. für einen Teil ihrer Exporte Mindestabsatzmengen und -preise, die allerdings weit unter den EG-Preisen liegen, garantiert. So wird ihnen ein „finanzieller Ausgleich" garantiert, wenn ihre Erlöse aus dem Export ihrer wichtigsten Produkte unter ein festgesetztes Niveau fallen. Diese Zahlungen, ohnehin kaum mehr als 250 Mio. DM im Jahr, sind aber alles andere als etwa Entschädigungen der europäischen Bourgeois dafür, daß sie die betroffenen Länder in koloniale Monokulturen gepreßt, sie zu Bananen-, Kaffee-, Zucker- oder Rumlieferanten degradiert haben. Nein, diese Zahlungen müssen *in der Regel* auf Heller und Pfennig, wenn auch zinslos, zurückgezahlt werden. So sind ein Teil der Zuschüsse, die die EG für die von ihr genehmigten Projekte der AKP-Staaten zahlt, nicht rückzahlbar. Allerdings: *Ob* die Zuschüsse rückgezahlt werden müssen oder nicht, entscheidet die EG „im Einzelfall". Das heißt, sie schicken ihre Inspekteure los, die das von dem betreffenden Land in Angriff genommene Projekt auf seinen „Nutzen" – für wen wohl? – „prüfen", die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse von oben nach unten durchschnüffeln, die Ausschreibungen für die gierig wartenden europäischen Kapitalisten vorbereiten und sich so nebenbei noch nach „Nachfolgegeschäften", weiteren Einnistungsmöglichkeiten umsehen. Die AKP-Staaten dürfen lediglich „Wünsche" anmelden, alles weitere übernehmen die EG-Imperialisten.

Zusätzlich zu diesen weitreichenden Rechten wollen die EG-Imperialisten jetzt eine „Menschenrechtsklausel" im Abkommen verankern. Überschrift: „Grundregeln des Investitionsschutzes." In Erwartung, diesen Punkt durchzusetzen, schlägt Offergeld forsch die Aufstockung des Kapitalexportes der BRD in die Dritte Welt auf jährlich 10 Mrd. Dollar vor. Vornehmlich in die „allerärmsten Staaten". Dort nämlich ist nicht nur die Arbeitskraft am billigsten, sondern sind auch, wie z.B. im Sudan, etwaige Bodenschätze nicht etwa nicht vorhanden, sondern von den Imperialisten nur noch nicht vollständig erforscht und ausgebeutet.

Die AKP-Staaten haben erklärt, daß sie dieser „Menschenrechtsklausel" niemals zustimmen wollen. Ihrerseits fordern sie wirtschaftliche und finanzielle Entscheidungsbefugnisse über die Mittelverwendung. Angesichts des sich für dieses Jahr abzeichnenden Preisverfalls für landwirtschaftliche Produkte – die Imperialisten schätzen, die Preise um 13% drücken zu können – fordern sie die Ausweitung der Mindestpreis- und Exportgarantien auf weitere Produkte wie Tabak, Rohhäute, Baumwolle, Sisal, Rum, Bananen und Rindfleisch. Weiter verlangen sie garantierte Lieferungen bei stabilen Preisen aus der EG für Weizen, Malz, Milch und weißen Zucker. (De Standaard, 14.3.78)

Schmidt in Nigeria: Trübe Aussichten, um so mehr Anmaßungen

z.scc. Die erste Reise eines deutschen Bundeskanzlers nach Schwarzafrika hatte sich Schmidt auch anders vorgestellt. Gekommen, um im Gewand eines gönnerhaften Freundes der afrikanischen Unabhängigkeit die imperialistischen Herrschaftsgelüste auf den „historisch verbundenen" Kontinent deutlich anzumelden, mußte er sich gleich bei seiner Ankunft Unbequemes anhören. Der regierungseigene „New Nigerian" und andere nigerianische Zeitungen griffen die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der BRD zum südafrikanischen Kolonialregime ebenso heftig an wie die Beschlagnahmung von über 100000 DM Spendengeldern für die ZANU durch den westdeutschen Staatsapparat. Auf frischer Tat als imperialistischer Zuhälter der südafrikanischen und rhodesischen Siedlerregimes ertappt, konnte Schmidt in erster Reaktion – seine ganze Rede war ihm durcheinandergebracht – nur hervorwürgen: „Wie lebendig die Demokratie ist, haben wir bei der Lektüre Ihrer freien Presse erfahren. Kritik ist das Salz der Demokratie . . ." Dies Salz schien ihm noch lang in der geschlagenen Wunde gebrannt zu haben: „Kritik sollte fair und angemessen sein und nicht auf Desinformationen beruhen. In (unserem) Land gibt es eine Handvoll Menschen, die keineswegs repräsentativ sind und sich mit der Verbreitung und Propaganda (vermutlich wollte er fortfahren: von Lügen – Red.) befassen. Wir bitten Sie, ihnen keinen Glauben zu schenken." (Rede vor dem Nigeria Institute for International Affairs in Lagos, 27.6.78)

Apropos „Glauben schenken". Im gemeinsamen Abschlußkommuniqué verlautet zu den Beziehungen BRD-Südafrika: „Der nigerianische Staatschef *nahm* die formelle Zusicherung von Bundeskanzler Schmidt *zur Kenntnis*, daß es keinerlei militärische und/oder nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika gibt und geben wird." Mehr nicht. So oft wurde Schmidt während seiner Afrika-Reise bei Lügen ertappt, daß wir an dieser Stelle unmöglich alle aufzählen können. So wiederholte er z.B. bei jeder sich bietenden Gelegenheit: „Wir werden uns nicht beteiligen an der Lieferung von Waffen in die Regionen Afrikas, und erst recht werden wir keine Soldaten entsenden." Zur Erinnerung die ZDF-Nachrichten vom 31. Mai: „Gegenüber dem ZDF bejahte der Kanzler die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland auch in Afrika direkte aktive Beiträge zu friedenssichernden Maßnahmen leisten würde . . . ‚Aber wenn *z.B.* die Vereinten Nationen in Zukunft in irgendeinem Teil der Welt peace-keeping operations unternehmen müssen, Friedenssicherung zu betreiben haben, so werden wir zu überlegen haben, ob wir, wenn wir gefragt werden und gebeten werden, dem nicht zu entsprechen haben.'" Von *Namibia* war dabei die Rede gewesen. Kurzum: Anstatt sich als „Freund" der afrikanischen Völker ausbreiten zu können, mußte Schmidt schlucken, er „unterminiere die Souveränität unabhängiger afrikanischer Staaten". (Nigerian Herald)

Nigeria, Mitglied der OPEC, ist der achtgrößte Erdölproduzent der Welt und für die BRD-Imperialisten einer der bedeutendsten Erdöllieferanten. „Sehr viel hängt ab von Ihrer kooperativen Haltung, von Ihrer Preispolitik bezüglich Ihrer eigenen Erzeugnisse oder von Ihren Investitionen", drohte Schmidt in Lagos, über die „Gleichberechtigung" zwischen imperialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt schwadronierend. Seine Ausführungen auf den Punkt gebracht: Noch niedriger soll der Ölpreis gedrückt werden. Dabei hatte Nigeria bereits im letzten Jahr aufgrund der Abwertung des amerikanischen Dollars Verluste von 140 Mio. Dollar hinnehmen müssen, inzwischen sind es *täglich* 200000 bis 300000 Dollar. Und das, *obwohl* es die Ölförderung zum Schutz seines Reichtums innerhalb eines Jahres um fast 8 Mio. Liter täglich gedrosselt hat.

Ein zweites dringendes Anliegen war Schmidt die „Nachfrageentwicklung" Nigerias. Trotz der großen Erdölexporte ist Nigerias Handelsbilanz mit der BRD stark defizitär: Westdeutsche Waren im Wert von 543,5 Mio. Naira 1975 (1 Naira: etwa 4 DM) überschwemmen den nigerianischen Markt, während der Wert der nigerianischen Exporte in die BRD 334,5 Mio. Naira betrug. Mit Ärger mußten die BRD-Imperialisten, die ihren Warenexport nach Afrika forcieren wollen, die Maßnahmen Nigerias zur Kenntnis nehmen, zugunsten des Aufbaus einer selbständigen Industrie die Importe aus imperialistischen Ländern weitgehend einzuschränken. Autos mit mehr als zwei Litern Hubraum, Kleider, Schuhe, Gemüse, Konserven und alkoholfreie Getränke dürfen nicht mehr, andere Waren nur noch begrenzt importiert werden.

Vor allem aber hatte es der Troß der über 100 Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals auf die Entwicklung des Kapitalexports nach Nigeria abgesehen. Nebst anderen BRD-Kapitalisten hat sich bisher vor allem VW in Nigeria eingenistet und beherrscht zusammen mit Peugeot die nigerianische Automobilproduktion. Daimler-Benz plant den Bau eines Werkes. Gegenstand der Verhandlungen war aber vor allem die Absicht der „Gutehoffnungshütte", ein Stahlwerk mit einer Produktionskapazität von jährlich 1 Mio. Tonnen zu errichten und damit die sich erst entwickelnde nigerianische Stahlindustrie in die Hand zu bekommen. Just vor Schmidts Eintreffen hatte IBM die Schließung seines Werkes in Nigeria angekündigt, weil sich die IBM-Kapitalisten weigerten, eine 40prozentige Kapitalbeteiligung des nigerianischen Staates anzuerkennen.

Über 200 ausländische Gesellschaften hatten eine entsprechende Maßnahme im letzten Jahr bereits hinnehmen müssen. Schmidt nahm für die westdeutschen Kapitalexporteure die Schnauze ziemlich voll: Natürlich müsse Nigeria „durch einen ausreichenden Rechtsschutz ein Klima des Vertrauens schaffen". Sonst . . .? Ist es Zufall, daß das europäische Organ der US-Imperialisten, die „International Herald Tribune", gleich nach dem Schmidt-Besuch sich öffentlich über vermeintliche Schwäche und schlechte Ausbildung der nigerianischen Armee ausließ? (4.7.78)

Schmidt war nicht der erste „hohe" Besuch, den Nigeria in letzter Zeit erhalten hat. Vor knapp drei Monaten war Carter da. Anfang Juni hatte eine Delegation der Europäischen Investitionsbank Lagos inspiziert, um die bestmöglichen, besser: möglichst die übelsten Bedingungen für einen EG-Kredit an Nigeria zu erforschen. Der Zeitpunkt für die gehäufte Heimsuchung Nigerias schien den Imperialisten günstig. Jahrelang hatte Nigeria durch Förderung und Entfaltung seiner landwirtschaftlichen Produktion, durch den Aufbau einer eigenen Industrie im Textil-, Nahrungsmittel- und erdölverarbeitenden Bereich die imperialistischen Gläubiger aus dem Haus halten können. Im letzten Jahr hatte es aufgrund riesiger Verluste durch die Dollarabwertung erstmals einen Kredit von einer Milliarde Dollar aufnehmen müssen. Auf weitere Kredite in Höhe von 4 Milliarden Dollar spekulieren die Imperialisten. Mit der Schuldkette um den Hals, glaubten sie, ließe sich Nigeria leicht aus der Einheitsfront der afrikanischen Staaten zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Azania, Namibia und Zimbabwe herausziehen.

Welch ein Irrtum! Wie vor ihm Carter hat auch Schmidt den festen Willen des nigerianischen Volkes und der Regierung Nigerias erfahren müssen, den Befreiungskampf im südlichen Afrika bis zum Sieg zu unterstützen. Vor kurzem hat die nigerianische Regierung im Lande zu einer Kampagne gegen die Siedlerregime im südlichen Afrika aufgerufen. Dabei wurden innerhalb einer Woche 30 Mio. Dollar zur Unterstützung des Befreiungskampfes bereitgestellt.

Wahlen in Namibia: Das Volk entscheidet im bewaffneten Kampf
Die Imperialisten wollen sich die Fortdauer der Kolonialherrschaft legitimieren lassen
z.mat. „Der Termin ist notwendig, um das Ganze vor Beginn der Regenzeit über die Bühne zu bringen", sagt Martinus Steyn, oberster Verwaltungsbeamter des südafrikanischen Siedlerregimes in Namibia. Der Termin ist der 31. Dezember, und das Ganze sind die vorgesehenen Wahlen. Sowohl die Imperialisten als auch ihre südafrikanischen Statthalter drängen zur Eile. Ihnen droht der Atem auszugehen.
Die SWAPO hat gegenüber dem Namibia-Plan der Imperialisten darauf

Zimbabwe auch immer behauptet, er sei Präsident der ZANU und nach seinem Eintritt in die Regierung der Inneren Lösung werde der Befreiungskampf eingestellt werden? „Nach Aussagen der SWAPO wird Shipango keines ihrer Mitglieder ködern können", stellt die „Sunday Times" skeptisch fest.
Die Wahlen kommen zu früh, sagt O'Linn. Drei oder vier Monate Aufschub bräuchte er noch. Also auch hier Widersprüche zum Regime in Preto-
listen, warum sie es preisen.
So werden den AKP-Staaten z.B. für einen Teil ihrer Exporte Mindestabsatzmengen und -preise, die allerdings weit unter den EG-Preisen liegen, garantiert. So wird ihnen ein „finanzieller Ausgleich" garantiert, wenn ihre Erlöse aus dem Export ihrer wichtigsten Produkte unter ein festgesetztes Niveau fallen. Diese Zahlungen, ohnehin kaum mehr als 250 Mio. DM im Jahr, sind aber alles andere als etwa Entschädigungen der europäischen Bourgeois dafür, daß sie die betroffenen Länder in koloniale Monokulturen gepreßt, sie zu Bananen-, Kaffee-, Zucker- oder Rumlieferanten degradiert haben. Nein, diese Zahlungen müssen in der Regel auf Heller und Pfennig, wenn auch zinslos, zurückgezahlt werden. So sind ein Teil der Zuschüsse, die die EG für die von ihr genehmigten Projekte der AKP-Staaten zahlt, nicht rückzahlbar. Allerdings: Ob die Zuschüsse rückgezahlt werden müssen oder nicht, entscheidet die EG „im Einzelfall". Das heißt, sie schicken ihre Inspekteure los, die das von dem betreffenden Land in Angriff genommene Projekt auf seinen „Nutzen" – für wen wohl? – „prüfen", die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse von oben nach unten durchschnüffeln, die Ausschreibungen für die gierig wartenden europäischen Kapitalisten vorbereiten und sich so nebenbei noch nach „Nach-
Sie, ihnen keinen Glauben zu schenken." (Rede vor dem Nigeria Institute for International Affairs in Lagos, 27.6.78)
Apropos „Glauben schenken". Im gemeinsamen Abschlußkommuniqué verlautet zu den Beziehungen BRD-Südafrika: „Der nigerianische Staatschef nahm die formelle Zusicherung von Bundeskanzler Schmidt zur Kenntnis, daß es keinerlei militärische und/oder nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika gibt und geben wird." Mehr
oder von Ihren Investitionen", drohte Schmidt in Lagos, über die „Gleichberechtigung" zwischen imperialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt schwadronierend. Seine Ausführungen auf den Punkt gebracht: Noch niedriger soll der Ölpreis gedrückt werden. Dabei hatte Nigeria bereits im letzten Jahr aufgrund der Abwertung des amerikanischen Dollars Verluste von 140 Mio. Dollar hinnehmen müssen, inzwischen sind es täglich 200000 bis 300000 Dollar. Und das, obwohl es die Ölförderung zum Schutz seines Reichtums innerhalb eines Jahres um fast 8 Mio. Liter täglich gedrosselt hat.
Tonnen zu errichten und damit die sich erst entwickelnde nigerianische Stahlindustrie in die Hand zu bekommen. Just vor Schmidts Eintreffen hatte IBM die Schließung seines Werkes in Nigeria angekündigt, weil sich die IBM-Kapitalisten weigerten, eine 40prozentige Kapitalbeteiligung des nigerianischen Staates anzuerkennen.
Über 200 ausländische Gesellschaften hatten eine entsprechende Maßnahme im letzten Jahr bereits hinnehmen müssen. Schmidt nahm für die westdeutschen Kapitalexporteure die Schnauze ziemlich voll: Natürlich müsse Nigeria „durch einen ausrei-
zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Azania, Namibia und Zimbabwe herausziehen.
Welch ein Irrtum! Wie vor ihm Carter hat auch Schmidt den festen Willen des nigerianischen Volkes und der Regierung Nigerias erfahren müssen, den Befreiungskampf im südlichen Afrika bis zum Sieg zu unterstützen. Vor kurzem hat die nigerianische Regierung im Lande zu einer Kampagne gegen die Siedlerregime im südlichen Afrika aufgerufen. Dabei wurden innerhalb einer Woche 30 Mio. Dollar zur Unterstützung des Befreiungskampfes bereitgestellt.

Wahlen in Namibia: Das Volk entscheidet im bewaffneten Kampf

Die Imperialisten wollen sich die Fortdauer der Kolonialherrschaft legitimieren lassen

z.mat. „Der Termin ist notwendig, um das Ganze vor Beginn der Regenzeit über die Bühne zu bringen", sagt Martinus Steyn, oberster Verwaltungsbeamter des südafrikanischen Siedlerregimes in Namibia. Der Termin ist der 31. Dezember, und das Ganze sind die vorgesehenen Wahlen. Sowohl die Imperialisten als auch ihre südafrikanischen Statthalter drängen zur Eile. Ihnen droht der Atem auszugehen.

Die SWAPO hat gegenüber dem Namibia-Plan der Imperialisten darauf bestanden, daß die Walfischbucht untrennbarer Bestandteil des zukünftigen Staates Namibia ist und daß die südafrikanischen Truppen während der Durchführung der Wahlen in einer Höchststärke von 1500 Mann nur südlich von Windhoek stationiert sein dürfen. Von den fünf Frontstaaten Mozambique, Tansania, Sambia, Botswana und Angola wird sie darin einhellig unterstützt. Eine Einigung über die Durchführung von Wahlen ist damit nicht zustandegekommen. Trotzdem hat die Siedler-Verwaltung mit der Erfassung der Wähler begonnen.

Wenn die Imperialisten das Siedlerregime jetzt erneut aufgefordert haben, den Bedingungen der SWAPO entgegenzukommen, steht das zu den Wahlvorbereitungen nicht im Widerspruch. Im Gegenteil, die eine Maßnahme ergänzt die andere. Beide zielen auf Fortdauer der Kolonialherrschaft. Offen können die Imperialisten das heute nicht mehr betreiben. Deshalb muß eine Fassade errichtet werden, hinter der die Maßnahmen zur Fortsetzung alter Vorherrschaft um so heftiger weitergeführt werden können.

Die Fassade sind die angeblichen Differenzen zwischen Washington, London, Ottawa, Paris und Bonn und dem Regime in Pretoria. Die Imperialisten loten verschiedene Einigungsmöglichkeiten aus: 3000 statt 1500 südafrikanische Soldaten könnten zugelassen werden, wenn sie nur nicht in Windhoek, dem Schlüssel zur Walfischbucht, stationiert werden. Oder nur 1500 Soldaten, dafür aber in Grootfontein, Hunderte von Kilometern nördlich von Windhoek. Oder alle 1500 südlich von Windhoek, dafür aber „wesentlich mehr" UNO-Truppen zur Überwachung der Wahlen (welche Länder die UNO-Truppen stellen sollen, bleibt natürlich zunächst offen).



In Aktionen und Demonstrationen bekunden die Massen in Namibia ihre große Unterstützung für ihre Befreiungsorganisation, die SWAPO.

Widersprüche zum Siedlerregime? Zuerst und vor allem doch zu den hinlänglich bekannten und vollständig gerechten Bedingungen der SWAPO und der befreundeten Nachbarländer. Die „Differenzen" zur südafrikanischen Statthalterregierung sind jedoch der Rauchvorhang, hinter dem gemeinsam an der Fortführung der Ausbeutung und Plünderung gearbeitet wird. Da ist zunächst die berüchtigte Turnhallenkonferenz, die mit allen möglichen Mitteln, nicht zuletzt mit finanzieller Unterstützung der westdeutschen Finanzbourgeoisie, als der zukünftige große Wahlsieger aufgebaut werden sollte. Ihre Einsatzfähigkeit wird inzwischen bereits in Zweifel gezogen.

Etlichen ihrer Führer, die mit Ungeduld darauf warten, in einem „unabhängigen Namibia" die alten Statthaltersessel einnehmen zu können, dauert „das Ganze" zu lange. Sie haben inzwischen mit den Machtkämpfen begonnen, die eigentlich erst nach den Wahlen auf der Tagesordnung sein sollten. An den Fraktionskämpfen droht die Turnhallenkonferenz auseinanderzufallen.

Jetzt wird die nächste Wahlkarte ausgespielt, die Nationale Front von Namibia. In diesen Tagen besucht ihr Generalsekretär Bryan O'Linn die Bundesrepublik, um das Geld, das bisher in die Kassen der Turnhallenallianz fließt, in die Kassen der Nationalen Front umzulenken. Hinreichende Fähigkeiten zum Statthalter der Imperialisten kann er schon vorweisen. Sieben Jahre hat er in der südafrikanischen Kriminalpolizei in Namibia gedient. Jetzt hat er sich einen schwarzen Quisling als Präsidenten der Nationalen Front gekauft, als Vizepräsidenten ebenfalls. Von Andreas Shipango, einem ehemaligen SWAPO-Führer, der bis vor kurzem – und wie jetzt jeder sehen kann, mit vollem Recht – in Tansania im Gefängnis festgesetzt war, hat er die Zusage erhalten, er werde die SWAPO in die Nationale Front eingliedern. Das Finanzkapital hört es gern, doch es traut den Versprechungen nicht so recht. Hat nicht Sithole in Zimbabwe auch immer behauptet, er sei Präsident der ZANU und nach seinem Eintritt in die Regierung der Inneren Lösung werde der Befreiungskampf eingestellt werden? „Nach Aussagen der SWAPO wird Shipango keines ihrer Mitglieder ködern können", stellt die „Sunday Times" skeptisch fest.

Die Wahlen kommen zu früh, sagt O'Linn. Drei oder vier Monate Aufschub bräuchte er noch. Also auch hier Widersprüche zum Regime in Pretoria? Es sieht nur so aus. Gemeinsames Interesse von beiden ist die Zerschlagung des Befreiungskampfes. O'Linn hofft auf Zersetzung der SWAPO. Das Vorster-Regime ist realistischer und verläßt sich auf seine Gefängnisse. Acht SWAPO-Kader sind seit April aus dem SWAPO-Büro in Windhoek heraus festgenommen worden. Vor einer Woche wurde der geschäftsführende Sekretär verhaftet, weil er auf einer Kundgebung zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatte. Solange die SWAPO nicht zugestimmt hat, können keine UNO-Truppen im Land stationiert werden und damit keine Wahlen stattfinden, sagt Lucia Hamutenga, neue Vertreterin der SWAPO in Windhoek. Sie fordert die Massen auf, sich nicht registrieren zu lassen.

Nach dem Gesetz steht es jedem frei, ob er sich in das Wählerverzeichnis eintragen lassen will oder nicht. Das Siedlerregime hat aber nicht die Absicht, Namibia freiwillig aufzugeben. Zur Sicherung künftiger imperialistischer Herrschaft will es jetzt die polizeiliche Überwachung der Volksmassen ausbauen. Wer aufruft, die Registrierung zu verweigern, ist ein Terrorist und wird festgenommen. Bei den Imperialisten wird auch das Widerspruch hervorrufen. Von Helmut Schmidt konnte man nach seiner Rückkehr aus Sambia erfahren, er hätte ein „relativ eng geknüpftes Gesprächsverhältnis" zur SWAPO. Die Imperialisten haben stets ihr Verständnis für Befreiungskämpfer bekundet, damit die eigentlichen Absichten vor den Völkern der Welt verborgen bleiben. Man kann nicht behaupten, daß das bisher gelungen ist.

In Mauretanien wachsen die Faktoren für den Krieg gegen die Imperialisten

z.ere. Hans-Jürgen Wischnewski, seit letzten Herbst auch als „Mogadischu-Wischnewski" bekanntgeworden, ist einer der bedeutendsten Förderer „deutscher Interessen im arabischen Raum". In seinen „Beiträgen zur Entwicklungspolitik" stellt er diese klar: „Für Europa stellt Nordafrika etwa das dar, was der Süden der Vereinigten Staaten für den Norden bedeutet. Die Staaten Nordafrikas sind in erster Linie auf die Einfuhr von Investitionsgütern angewiesen. Gerade dafür sind Europa und nicht zuletzt die Bundesrepublik in besonderer Weise prädestiniert." Wischnewskis Kollege aus der sozialdemokratischen Kabinettsfraktion Matthöfer soll jetzt als Vorsitzender der Europäischen Investitionsbank das Geschäft sichern. Ein „Notstands-Konsortium", bestehend aus der Weltbank, der amerikanischen Exim-Bank, der französischen Caisse Centrale de Coopération Economique und der Europäischen Entwicklungsbank will mit einem Investitionskapital von 1 Mrd. Dollar Eisenerzvorkommen in Mauretanien ausbeuten. Auf die schier unerschöpflichen minderhaltigen Eisenerzreserven, fast 1,7 Mrd. t, mit 37% bis 38% Erzanteil haben es die imperialistischen Räuber abgesehen. Mit besonders aufwendigen Verfahren wollen sie diese Magneteisenerze auf 66% anreichern und dann vor allem nach Frankreich und der BRD verschiffen. Das Land, das sich 1959 von den französischen Kolonialisten befreite und seine nationale Unabhängigkeit erkämpfte, ist von den EG- und US-Imperialisten bis an den Rand des „wirtschaftlichen Bankrotts" getrieben worden. Bereits 1976 betrugen die Auslandsschulden 354 Mio. Dollar, was etwa 77% des Nationaleinkommens entspricht. Diese hohe Verschuldung bringt das Land immer weiter in die neokoloniale Abhängigkeit von den Imperialisten und treibt es zwischen die Mühlsteine der Konkurrenz der beiden Supermächte.

In direktem Zusammenhang mit der Krise in der europäischen Stahlindustrie gründeten die französischen Imperialisten die multinationale MIFERMA (Societé des Mines de Fer de Mauritanie), nach der Verstaatlichung von 1974 COMINOR. Auf der Suche nach billigen Rohstoffquellen wurden die „marginalen" Erzminen Lothringens „rationalisiert" und die Erzproduktion des lothringischen Beckens aus den Vorausrechnungen des französischen Wirtschaftsplans gestrichen. Die französischen Imperialisten hielten 27% des Stammkapitals an den Erzminen der MIFERMA. Die anfangs noch mitbeteiligte kanadische Finanzbourgeoisie wurde ausgebootet und durch Kapitaleinlagen von italienischen und westdeutschen Stahlgesellschaften ersetzt. Die an der brutalen Ausbeutung der mauretanischen Minenarbeiter beteiligten westeuropäischen Imperialisten bildeten eine Ankaufsgesellschaft, für die 55% der Produktion reserviert war. Die verbleibenden 45% waren durch die „Optionen für Anteilseigner" abgedeckt, so daß diese die Verfügung über das gesamte Eisenerz besaßen.

Logistik und Infrastruktur des Landes sind vollständig in Händen der Imperialisten – Fernmeldeeinrichtungen,



Befreiungskämpfer der F.Polisario bewachen eine Kanone, die sie im Angriff auf das Bergbauzentrum Zouerate erobert haben. Von den Imperialisten bezahlte „Techniker" flüchteten aus dem Minenort aufgrund der Aktionen der Befreiungsarmee.

Elektrifizierung und das Transportwesen. Das Erz wird über eine Eisenbahnstrecke von 650 km, die Nabelschnur des Landes, zum Erzhafen von Nouadhibou transportiert. Bis zur Verstaatlichung der MIFERMA, die „Entschädigungsforderungen" der Imperialisten machen den größten Posten der Auslandsschuld aus, konnte Mauretanien praktisch keine *eigenen* Investitionen tätigen. Zehn Millionen Dollar pressen die Stahlmonopole jährlich als Ablösung aus dem Staatshaushalt, die kaum noch aufgebracht werden können. In diesem Jahr unterstützte die Elfenbeinküste Mauretanien bei der Rückzahlung mit einem billigen Kredit.

In den Minen werden den Arbeitern von Jahr zu Jahr mehr Tonnen abgepreßt. Der Ausstoß pro Arbeiter stieg von 1964 bis 1972 von 1500 t auf 2550 t pro Jahr. In hartnäckigen Kämpfen schließen sich die Arbeiter gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung zusammen. 1968 kam es mit dem ersten Generalstreik zu schweren Kämpfen in Zouerate. Die Imperialisten setzten zur blutigen Niederschlagung dieser Kämpfe ihre werkseigene Armee der MIFERMA ein, die von regulären, in Mauretanien stationierten französischen Offizieren geleitet wurde. Die Kämpfe der Volksmassen erreichten 1971 einen Höhepunkt. Mit einer direkten Intervention von in Gabun und im Tschad stationierten französischen Truppen versuchten die Imperialisten die Kämpfe in einem Blutbad zu ersticken. Die Regierung wurde umgebildet, und mit der Einführung einer nationalen Währung, dem Herausgehen Mauretaniens aus der „Franc-Zone" sowie der Gründung einer nationalen Investitionsgesellschaft (SNIM) sollten die „Wirtschafts- und Finanzströme" wieder unter die Kontrolle der Imperialisten gebracht werden.

Die Deckung der Auslandsverschuldung ist nur noch durch weitere Kreditaufnahme möglich. Im April dieses Jahres mußte Mauretanien einen Kreditantrag über 8 Millionen Dollar an die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) zur Finanzierung einer, wie die Imperialisten es bezeichnen, „Mehrzweck-Kreditlinie" stellen. Eine „Projektprüfungskommission" ist bereits an Ort und Stelle und hält die „Fäden" in ihrer Hand.

Wie die Wirtschaftszeitung der „Frankfurter Allgemeinen" meldet, ist Mauretanien „wegen seiner Rohstoffe inzwischen zu einer politischen Frage auch für Westeuropa geworden". Die militärische Intervention der französischen Imperialisten in Nordafrika erfährt die „wohlwollende" Unterstützung der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Über 3000 Mann französischer Spezialtruppen ausgerüstet mit 48 Kampfflugzeugen vom Typ Jaguar und Mirage, die laufend Einsätze gegen Einheiten der Befreiungsfront F.POLISARIO (Demokratische Arabische Republik Sahara) fliegen, halten Mauretanien besetzt. Frankreich zwang Mauretanien, das bisher nur über eine 2500 Mann starke Polizeitruppe verfügte, eine Armee von mindestens 10000 Mann aufzubauen und gegen den Befreiungskampf der F.POLISARIO einzusetzen.

Mit brutalsten Einsätzen versuchen die Imperialisten ihren „Einflußbereich" in Nordafrika zu sichern. Mit Napalm und Streubomben werden ganze Gebiete der Demokratischen Arabischen Republik Sahara belegt. Allerdings, so stellt die „Europäische Wehrkunde" erstaunt fest, „der Kampfgeist der F.POLISARIO ist dadurch nicht zu erschüttern, da sie um ihre Unabhängigkeit kämpfen". Ebenso muß sie mitteilen, daß die mauretanischen Truppen „im Grunde eine passive Rolle" beweisen und sich nicht länger vor den Karren imperialistischer Expansionsgier spannen lassen.

Die OAU fordert den Abzug der französischen und spanischen Kolonialisten aus Afrika

z.pes. Ende Juni verabschiedete das Befreiungskomitee der OAU eine Resolution, in der die Entkolonialisierung der Insel Réunion im Indischen Ozean bei Madagaskar gefordert wird. 1975

Die Empfehlungen des Komitees sollen auf der 15. OAU-Jahreskonferenz in Khartum (Sudan) behandelt werden. Dort soll auch über die formelle Anerkennung der MPAIAC

imperialisten, deren wichtigste Basis jetzt Aden/Südjemen am Ausgang des Roten Meeres ist, unterhalten zeitweise eine Flotte von 15 Einheiten und U-Boote. Ende letzten Jahres haben

Mitte Mai war in fast allen größeren Zeitungen zu lesen, daß die Regierung der Komoren unter Ali Swalihi durch einen Staatsstreich am 13. Mai gestürzt wurde. Er hatte sich, wie schon er-

allem nach Frankreich und der BRD verschiffen. Das Land, das sich 1959 von den französischen Kolonialisten befreite und seine nationale Unabhängigkeit erkämpfte, ist von den EG- und US-Imperialisten bis an den Rand des „wirtschaftlichen Bankrotts" getrieben worden. Bereits 1976 betrugen die Auslandsschulden 354 Mio. Dollar, was etwa 77% des Nationaleinkommens entspricht. Diese hohe Verschuldung bringt das Land immer weiter in die neokoloniale Abhängigkeit von den Imperialisten und treibt es zwischen die Mühlsteine der Konkurrenz der beiden Supermächte.

In direktem Zusammenhang mit der Krise in der europäischen Stahlindustrie gründeten die französischen Imperialisten die multinationale MIFERMA (Societé des Mines de Fer de Mauritanie), nach der Verstaatlichung von 1974 COMINOR. Auf der Suche nach billigen Rohstoffquellen wurden die „marginalen" Erzminen Lothrin-

bische Republik Sahara) fliegen, halten Mauretanien besetzt. Frankreich zwang Mauretanien, das bisher nur über eine 2500 Mann starke Polizeitruppe verfügte, eine Armee von mindestens 10000 Mann aufzubauen und gegen den Befreiungskampf der F.POLISARIO einzusetzen.

Mit brutalsten Einsätzen versuchen die Imperialisten ihren „Einflußbereich" in Nordafrika zu sichern. Mit Napalm und Streubomben werden ganze Gebiete der Demokratischen Arabischen Republik Sahara belegt. Allerdings, so stellt die „Europäische Wehrkunde" erstaunt fest, „der Kampfgeist der F.POLISARIO ist dadurch nicht zu erschüttern, da sie um ihre Unabhängigkeit kämpfen". Ebenso muß sie mitteilen, daß die mauretanischen Truppen „im Grunde eine passive Rolle" beweisen und sich nicht länger vor den Karren imperialistischer Expansionsgier spannen lassen.

Befreiungskämpfer der F.Polisario bewachen eine Kanone, die sie im Angriff auf das Bergbauzentrum Zouerate erobert haben. Von den Imperialisten bezahlte „Techniker" flüchteten aus dem Minenort aufgrund der Aktionen der Befreiungsarmee.

Elektrifizierung und das Transportwesen. Das Erz wird über eine Eisenbahnstrecke von 650 km, die Nabelschnur des Landes, zum Erzhafen von Nouadhibou transportiert. Bis zur Verstaatlichung der MIFERMA, die „Entschädigungsforderungen" der Imperialisten machen den größten Posten der Auslandsschuld aus, konnte

de. Die Kämpfe der Volksmassen erreichten 1971 einen Höhepunkt. Mit einer direkten Intervention von in Gabun und im Tschad stationierten französischen Truppen versuchten die Imperialisten die Kämpfe in einem Blutbad zu ersticken. Die Regierung wurde umgebildet, und mit der Einführung einer nationalen Währung, dem Her-

Die OAU fordert den Abzug der französischen und spanischen Kolonialisten aus Afrika

z.pes. Ende Juni verabschiedete das Befreiungskomitee der OAU eine Resolution, in der die Entkolonialisierung der Insel Réunion im Indischen Ozean bei Madagaskar gefordert wird. 1975 mußten die französischen Imperialisten schon die Unabhängigkeit der in der Nähe liegenden Inselgruppe der Komoren anerkennen, wobei sie jedoch die Insel Mayotte, die zu den Komoren gehört, weiter besetzt hielten, trotz der Verurteilung durch die OAU.

Eine Konferenz der afrikanischen Botschafter in Paris zur Vorbereitung des OAU-Gipfels zitierte Giscard d'Estaing zu sich, um zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen. Giscard zog es vor, wie gewöhnlich über die „Solidarität" und das „eng verbundene Schicksal Afrikas und Europas" herumzuschwadronieren. „Schauen Sie auf eine Karte: Afrika ist der Süden Europas; und Europa ist der Norden Afrikas." Was das heißt, erklärte sein Kolonialminister Stirn: „Réunion ist Frankreich!" Das Parlament in Paris erhob sich in einem fünfminütigen Schweigeprotest.

Ebenso hat sich das Befreiungskomitee der OAU für die Entkolonialisierung der Kanarischen Inseln im Atlantik ausgesprochen. Es betont „das Recht des kanarischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit". Erst kürzlich hat sie der MPAIAC – der Befreiungsorganisation der Kanarischen Inseln – zugesichert, sich für ökonomische und logistische Unterstützung bei der OAU einzusetzen. Generalleutnant Mellado, Vize-Präsident und Verteidigungsminister, bekundete die Entschlossenheit der spanischen Regierung, die Kanarischen Inseln um jeden Preis zu verteidigen, und lehnte ein Gesuch, eine Untersuchungskommission der OAU die Kanarischen Inseln besuchen zu lassen, ab.

Die Empfehlungen des Komitees sollen auf der 15. OAU-Jahreskonferenz in Khartum (Sudan) behandelt werden. Dort soll auch über die formelle Anerkennung der MPAIAC durch die OAU entschieden werden.

Réunion, Mayotte und die Kanarischen Inseln sind die letzten großen Inseln vor der Küste Afrikas, die noch kolonial unterdrückt werden, nachdem die Capverden, Sao Tomé und Principé, die Seychellen und Komoren in den letzten Jahren ihre Unabhängigkeit erkämpft haben. Der Widerstand des Volkes von Réunion gegen die Kolonialherrschaft hat zuletzt seinen Ausdruck in der niedrigen Wahlbeteiligung zum französischen Parlament gefunden, die bei ungefähr 40% lag. Das dürften im wesentlichen die Kolonialisten selbst gewesen sein. Auch in Neukaledonien, ein französisches Département zwischen Australien und Neuseeland, stellt es sich nicht anders. Dort entwickelte sich am 13. Mai ein Generalstreik gegen die schlechte materielle Lage. An einer Kundgebung beteiligten sich 8000 bis 9000 Menschen.

Die unabhängig gewordenen Staaten sind eine wichtige Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus. Am 27. April traten Tansania, Mozambique, Madagaskar, Seychellen, Komoren, Mauritius und Réunion, durch verschiedene Parteien vertreten, zu einer Konferenz in Mahe (Seychellen) zusammen. Sie forderten den Abzug aller fremden Flotten aus dem Indischen Ozean und die Beseitigung aller fremden Militärstützpunkte und begrüßten den Kampf gegen Kolonialismus und gegen die rassistischen Siedlerregime im südlichen Afrika als eine wichtige Voraussetzung, um diese Forderung umzusetzen.

Die militärische Präsenz der Imperialisten ist in der Tat eine Bedrohung aller Länder am Indischen Ozean, alles Länder der Dritten Welt. Die Sozialimperialisten, deren wichtigste Basis jetzt Aden/Südjemen am Ausgang des Roten Meeres ist, unterhalten zeitweise eine Flotte von 15 Einheiten und U-Boote. Ende letzten Jahres haben sie versucht, die Insel Gan der Republik Malediven (südlich Indiens) zu kaufen. Die US-Imperialisten haben sich hauptsächlich in Bahrein (Persischer Golf) und auf der Insel Diego Garcia (nördlicher Indischer Ozean, südlich Indiens) niedergelassen. Die Flotte des südafrikanischen Siedlerregimes stützt sie im südlichen Teil des Indischen Ozeans.

Die französischen Imperialisten, deren zeitweise militärische Präsenz im Indischen Ozean sogar die der Supermächte und Großbritanniens übersteigt, unterhielten Anfang dieses Jahres eine Flotte von 23 Schiffen und 4500 Mann Besatzung im Indischen Ozean. Admiral Lounuzel sagte zur Begrüßung des Flugzeugträgers Foch bei seiner Rückkehr in Frankreich: „Die Gruppe Saphir II hat einmal mehr die Fähigkeit unserer Marine bewiesen, eine bedeutende Streitmacht in Übersee zu unterhalten. Indem Ihr dies unternommen habt, seid Ihr ein entscheidendes Instrument der französischen Politik in diesem Teil der Welt gewesen." Die französischen Imperialisten unterhalten wichtige Stützpunkte in Djibouti mit einer Garnison von 4000 Mann, auf Réunion, Mayotte und auf den Inseln der Straße von Madagaskar. Mit ihren zahlreichen Stützpunkten um ganz Madagaskar kontrollieren sie die gesamte Seestraße von Madagaskar und damit einen Teil der Öl- und Schiffahrtsroute nach Europa und Amerika.

„Man spielt keine Rolle in der Welt, ohne einige Risiken in Kauf zu nehmen", faßte der französische Außenminister Frankreichs Vorgehen gegenüber den Völkern der Dritten Welt zusammen.

Mitte Mai war in fast allen größeren Zeitungen zu lesen, daß die Regierung der Komoren unter Ali Swalihi durch einen Staatsstreich am 13. Mai gestürzt wurde. Er hatte sich, wie schon erwähnt, an der Konferenz in Mahe beteiligt und vertrat auch die Forderung nach Freigabe der Insel Mayotte. Die Putschisten gruppieren sich um den Ex-Regierungschef Abdallah, der für seine Hörigkeit dem französischen Imperialismus gegenüber bekannt ist. Kein Zufall ist es, daß Abdallah, der sich zwei Jahre in Paris im Exil aufgehalten hatte, wenige Tage vor dem Putsch in die Kolonie Réunion gekommen war. Die Aktionen wurden von französischen Söldnern angeleitet, die von Mayotte kamen. Bob Denard, der sich schon zuvor im Kongo einen Namen gemacht hatte, hat die Truppen geführt und ist jetzt Verteidigungsminister der Komoren.

Die Inseln um Afrika herum haben für die Imperialisten eine hohe strategische Bedeutung für die Beherrschung der Meere und im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Die Imperialisten können sich nicht mit der Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt abfinden. Das beweist ihre Wühlarbeit. Die Seychellen, die sich ebenfalls an der Konferenz in Mahe beteiligt haben, konnten einen Putsch vereiteln, der während des Besuchs des Präsidenten Albert René in der Volksrepublik China geplant war. In diesem Zusammenhang sind zwei Zivilangestellte der US-Luftwaffenbasis ausgewiesen worden, vermeldete die „International Herald Tribune" vom 6./7. Mai. Auch der Präsident von Sao Tomé und Principé (im Atlantik vor Gabun), der an die OAU und an den Weltsicherheitsrat seine Befürchtungen einer drohenden Invasion mitgeteilt hat, worauf die OAU ihre Verteidigungsunterstützung zusicherte, wird seine Gründe gehabt haben.

Angola: Sozialimperialistische Brandschatzung

z.hah. „Das alte Denkmal für die Kolonisatoren auf einem Platz im Zentrum (Luandas) wurde abgerissen, an seiner Stelle steht auf dem Sockel ein sowjetischer Schützenpanzerwagen als Sinnbild der internationalen Solidarität unserer Völker." („Neue Zeit") Die sozialimperialistische Supermacht feiert die Ablösung der alten Kolonialmacht durch ihre Vorherrschaft. Binnen zweier Jahre hat sie Angola in schlimmeres Elend als je gestürzt, denn das angolanische Volk ist weder die alten Ausbeuter, Portugal und den US-Imperialismus, los und hat zusätzlich als neuen die UdSSR im Land sitzen.

Denselben Stand wie 1974 hat lediglich die Ölförderung erreicht. Diese ist nach wie vor fest in der Hand des US-Monopols Gulf-Oil. Die Abgaben der Gulf-Oil an die angolanische Regierung machen 80% des Gesamtexportwerts Angolas aus, womit die angolanische Regierung direkt auf die Tätigkeit des imperialistischen Ausbeuters angewiesen ist. Hier wird Angola in Komplicenschaft beider Supermächte ausgenommen: im Handelsabkommen zwischen der VR Angola und der UdSSR vom Herbst 76 ist ausdrücklich festgelegt, daß die Warenlieferungen der UdSSR in „beliebiger frei konvertierbarer Währung", also z.B. Dollars, gezahlt werden müssen. Die Diamantenproduktion Angolas, zweitwichtigstes Exportgut, steht nach wie vor unter der Vorherrschaft von De Beers unter Beteiligung von portugiesischem, französischem, englischem und schweizerischem Finanzkapital. Den Absatz beherrscht De Beers über seine Handelsorganisation vollständig. Nominell ist die Produktion um 80% seit 1976 gefallen – tatsächlich schaffen die Imperialisten durch Schmuggel die Diamanten außer Landes. Bei Kaffee, wo Angola zu den weltgrößten Produzenten zählte, vor 1976 die Produktion 210000 – 230000 Tonnen betrug, ist die Produktion 1977 auf 60000 Tonnen gefallen, für 1978 werden 75000 bis 80000 Tonnen erwartet. Den Kaffee importieren vor allem die UdSSR, Ungarn und die DDR. Zahlungen, wenn überhaupt, zu etwa 38% des Weltmarktpreises. Bei Kaffee, Baumwolle, Holz und Fisch hat sich die UdSSR in den Handelsprotokollen ausdrücklich das Recht auf „Reexport" gesichert, worüber sie den Wucherprofit macht. Sie transportiert die Baumwolle ab, exportiert sie zu erhöhtem Preis in den RGW, z.B. nach Ungarn. Ungarn wiederum beliefert Angola mit Textilien und ließ sich 1977 mehrere Millionen Dollar auszahlen.

Beim Fischfang werden „zwölf Prozent der Fangerzeugnisse durch sowjetische Schiffe an Angola *übergeben*" (Ekotass), gleichzeitig sorgt die UdSSR dafür, daß ein Abkommen mit Nigeria über den Fischfang seit zwei Jahren auf Eis liegt.

Insgesamt muß Angola die Hälfte seiner Lebensmittel importieren. Vor allem aus Bulgarien werden Fleisch, Obst und Gemüse importiert, die Bezahlung erfolgt wiederum in Dollar aus den Gulf-Oil-Abgaben. Der Großteil dieser Lebensmittel wird von den kubanischen Truppen aufgefressen. Haben im Befreiungskampf ge-

Beers über seine Handelsorganisation vollständig. Nominell ist die Produktion um 80% seit 1976 gefallen – tatsächlich schaffen die Imperialisten durch Schmuggel die Diamanten außer Landes. Bei Kaffee, wo Angola zu den weltgrößten Produzenten zählte, vor 1976 die Produktion 210000 – 230000 Tonnen betrug, ist die Produktion 1977 auf 60000 Tonnen gefallen, für 1978 werden 75000 bis 80000 Tonnen erwartet. Den Kaffee importieren vor allem die UdSSR, Ungarn und die DDR. Zahlungen, wenn überhaupt, zu etwa 38% des Weltmarktpreises. Bei Kaffee, Baumwolle, Holz und Fisch hat sich die UdSSR in den Handelsprotokollen ausdrücklich das Recht auf „Reexport" gesichert, worüber sie den Wucherprofit macht. Sie transportiert die Baumwolle ab, exportiert sie zu erhöhtem Preis in den RGW, z.B. nach Ungarn. Ungarn wiederum beliefert Angola mit Textilien und ließ sich 1977 mehrere Millionen Dollar auszahlen.

Beim Fischfang werden „zwölf Prozent der Fangerzeugnisse durch sowjetische Schiffe an Angola *übergeben*" (Ekotass), gleichzeitig sorgt die UdSSR dafür, daß ein Abkommen mit Nigeria über den Fischfang seit zwei Jahren auf Eis liegt.

Insgesamt muß Angola die Hälfte seiner Lebensmittel importieren. Vor allem aus Bulgarien werden Fleisch, Obst und Gemüse importiert, die Bezahlung erfolgt wiederum in Dollar aus den Gulf-Oil-Abgaben. Der Großteil dieser Lebensmittel wird von den kubanischen Truppen aufgefressen. Haben im Befreiungskampf ge-

gen die Kolonialmacht Portugal die Volksmassen in den befreiten Gebieten aufgrund der Verwirklichung von „Das Land dem, der es bebaut" eine ertragreiche landwirtschaftliche Produktion in ihrem Interesse aufgebaut, so wird diese Errungenschaft von den bulgarischen „Landwirtschaftsexperten" zerstört. Im Auftrag der UdSSR betreiben sie die Einrichtung staatskapitalistischer Großbetriebe, die den Bauern das Land entreißen und sich so das Landproletariat zur Ausbeutung verschaffen.

Was die „Unentgeltlichkeit" und „uneigennützige Hilfe" der Supermacht betrifft, so hat ihre Wirtschaftsnachrichtenagentur „Ekotass" in nebensächlichem Tonfall das Kleingedruckte der inzwischen zahllosen Verträge der UdSSR mit Angola festgehalten: „In Übereinstimmung mit einer Vereinbarung werden alle Ausgaben der sowjetischen Organisationen . . . mit verschiedenen Waren oder mit frei konvertierbarer Währung zurückgezahlt." („Ekotass", 43/76)

Politisch haben die Neuen Zaren Angola, dessen Volk zusammen mit dem Volk von Mocambique an der Spitze des Befreiungskampfes der Völker im Süden Afrikas gegen Kolonialismus und Imperialismus stand, in einen Stützpunkt ihrer Aggression gegen die Völker Afrikas verwandelt. Um so heftiger ist der Widerstand der angolanischen Arbeiter und Bauern gegen die neuen Besatzer und Ausbeuter. Im Norden wie im Süden des Landes führen die Befreiungsorganisationen UNITA und FNLA den bewaffneten Kampf fort; im Süden kontrolliert die UNITA nach eigenen Angaben fünfzig Prozent des Landes. Dieses Jahr wurden erstmals in der Nähe von Luanda erfolgreiche bewaffnete Aktionen gegen die kubanischen Truppen durchgeführt.

Verkehrsminister verschärfen Unterdrückung der Jugendlichen

r.std. Die Verkehrsminister der Länder haben in einer Beratung in Kiel festgelegt, wie sie vor allem die Arbeiterjugendlichen weiter unterdrücken können und sie gleichzeitig mehr ausplündern. Insbesondere Jugendliche fahren Mofas und Mopeds. Hier haben die Minister eine Lücke entdeckt, die sie bisher nicht genutzt haben. Alle Maßnahmen werden verschärft. So die Erlaubnis, Kleinmotorräder mit einer Höchstgeschwindigkeit von über 40 km/h zu fahren. Viele Jugendliche haben ihre Mopeds auffrisiert. Diese Lücke wollen die Verkehrsminister schließen mit der Entwicklung eines „umweltfreundlichen Leichtmotorads" mit einer Höchstgeschwindigkeit bis 80 km/h. Es soll zwar ebenfalls von Jugendlichen ab 16 gefahren werden können, aber diese müssen erst eine theoretische und praktische Prüfung machen und zahlen. Für Mofafahrer wird eine theoretische Prüfung eingeführt. Haben sie dann die Fahrerlaubnis nicht mit, gibt es ein Bußgeld. Mopedfahrer müssen zukünftig theoretischen Unterricht in einer Fahrschule ablegen. Das kostet und läßt sich ebenfalls zur Unterdrückung nutzen. Ab 1. Januar 1979 müssen alle neu zugelassenen Pkws mit Rücksitzgurten ausgestattet sein. Die Bourgeoisie will damit sicherstellen, daß die Arbeitskraft heil zum Ausbeuter kommt. Ähnlich ist es mit der Schutzhelmpflicht, die für Moped- und Mokickfahrer eingeführt werden soll. Dies wird vielfältige Möglichkeiten für die Polizei geben, die Schikanen voranzutreiben.

„Vorwärtsstrategie" des VW-Konzerns

r.alk. Am 4. Juli fand in Wolfsburg die diesjährige Aktionärsversammlung des VW-Konzerns statt. Rund 2000 Aktionäre mit 63,5% des Aktienkapitals nahmen teil. VW-Vorstandsvorsitzender Schmücker bezeichnete in seinem Bericht das Jahr 1977 als „ein ganz hervorragend gutes Autojahr". Dieses Jahr werden 16% Aktiendividende ausgeschüttet.

Nach zwei Jahren Nullausschüttung lautet die Bilanz: Gesamterlös 1977 um 12,7% auf 24,2 Milliarden gesteigert; die Tochtergesellschaften in Mexiko und Brasilien werfen ebenfalls wieder kräftig Profit ab und den Konkurrenten der US-Automobilbranche wurde mit der Errichtung des USA-Werkes und der Ausbeutung US-amerikanischer Arbeiter kräftig zu Leibe gerückt.

Jetzt soll das Grundkapital um weitere 300 Millionen DM auf 1,2 Milliarden erhöht werden. Neben tiefgreifenden Rationalisierungsinvestitionen werden Kapitalanlagen außerhalb des Automobilsektors geplant. Nach der Golf-Lieferung in die DDR soll der „Vorstoß auf die Ostmärkte" verstärkt werden.

Unter Hinweis auf die „japanische Gefahr" meinte Schmücker, daß sich „auch die Tarifpartner etwas einfallen lassen" müßten, um die Konkurrenzfähigkeit zu heben. Wie die VW-Arbeiter auf diese Drohungen reagieren müssen, machten die VW-Imperialisten auf der diesjährigen Aktionärsversammlung selbst klar.

Möglichkeiten für die Polizei geben, die Schikanen voranzutreiben.

„Vorwärtsstrategie" des VW-Konzerns

r.alk. Am 4. Juli fand in Wolfsburg die diesjährige Aktionärsversammlung des VW-Konzerns statt. Rund 2000 Aktionäre mit 63,5% des Aktienkapitals nahmen teil. VW-Vorstandsvorsitzender Schmücker bezeichnete in seinem Bericht das Jahr 1977 als „ein ganz hervorragend gutes Autojahr". Dieses Jahr werden 16% Aktiendividende ausgeschüttet.

Nach zwei Jahren Nullausschüttung lautet die Bilanz: Gesamterlös 1977 um 12,7% auf 24,2 Milliarden gesteigert; die Tochtergesellschaften in Mexiko und Brasilien werfen ebenfalls wieder kräftig Profit ab und den Konkurrenten der US-Automobilbranche wurde mit der Errichtung des USA-Werkes und der Ausbeutung US-amerikanischer Arbeiter kräftig zu Leibe gerückt.

Jetzt soll das Grundkapital um weitere 300 Millionen DM auf 1,2 Milliarden erhöht werden. Neben tiefgreifenden Rationalisierungsinvestitionen werden Kapitalanlagen außerhalb des Automobilsektors geplant. Nach der Golf-Lieferung in die DDR soll der „Vorstoß auf die Ostmärkte" verstärkt werden.

Unter Hinweis auf die „japanische Gefahr" meinte Schmücker, daß sich „auch die Tarifpartner etwas einfallen lassen" müßten, um die Konkurrenzfähigkeit zu heben. Wie die VW-Arbeiter auf diese Drohungen reagieren müssen, machten die VW-Imperialisten auf der diesjährigen Aktionärsversammlung selbst klar.
Voller Wut und Furcht sprachen sie über den „unerwartet starken" Tarifkampf im Frühjahr dieses Jahres.

Kündigung von A. Lampe abgelehnt

r.chs. Am 4.7. mußte das Arbeitsgericht Hannover die Kündigung des Arztes Lampe zurückweisen (aktueller Anlaß war der Vermerk „unnatürlicher Tod" auf dem Totenschein einer Rentnerin). Der Stadt sei eine Weiterbeschäftigung zumutbar. Jedenfalls, wenn sie es nicht anders anpackt. Die Gründe müßten „substantiiert" werden, rät es, dann könnte es klappen.

Nicht geklappt hat es, weil die Belegschaften der hannoverschen Krankenhäuser entschlossen zum Kampf gegen das Ehrenbergprogramm sind.

1977/78: Am Annastift wird die Einführung von Stempeluhren zurückgeschlagen. An der Medizinischen Hochschule beschließt die Personalversammlung die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und 200 DM Festgeld. In den Städtischen Krankenhäusern hängen die Krankenpflegeschüler am dritten Verhandlungstag ein Transparent mit der Forderung nach mindestens 7% aus den Fenstern.

1978: Im Januar führen die Krankenpflegeschüler vor 250 bis 300 Teilnehmern ein Theaterstück gegen den Gesetzentwurf für ein Krankenpflegegesetz auf. Täglich finden in den Abteilungen Kämpfe um die richtige Behandlung der Kranken statt. An der Kinderklinik der Medizinischen Hochschule haben sich kürzlich die Krankenschwestern über die schadhaften Sauerstoffgeräte beschwert und bessere gefordert.

„Humaner Strafvollzug nur unter Bedingung der Sicherheit nach innen und außen"

Die Ablösung Baumanns durch G. Moritz Meyer: unverhohlene Drohung gegen die Arbeiterbewegung

r.woe. Eine „Politik, die nach menschlichem Ermessen eine Wiederholung der Ereignisse vom 27. Mai unmöglich macht", ist laut Regierendem Bürgermeister Stobbe das Ziel der Ablösung des Westberliner Ex-Justizsenators Baumann durch G. Moritz Meyer. Tatsächlich haben die Ereignisse des 27. Mai – der Fortgang Till Meyers aus der Haftanstalt Moabit – der herrschenden Klasse einige Schrammen beigebracht. Der erlittene ideologische Verschleiß soll nun wettgemacht werden. Dem „Neuen", der vom Abitur an der Westberliner Schiller-Schule über einen Vorstandsposten bei den Vereinigten Aluminium Werken den Vorsitz der Hamburger FDP und schließlich den Posten des dortigen Justizsenators auf eine stattliche Bourgeoiskarriere zurückblicken kann, bescheinigt die „Abendschau" so auch prompt hohe moralische Integrität und Unbestechlichkeit. Die Industrie „umwerbe ihn mit Stellenangeboten" und überhaupt sei „seine berufliche Zukunft ... gesichert und von daher gesehen das Risiko nicht so wahnsinnig groß". Integer und unbestechlich also, weil eh Bourgeois und stinkreich, – das ist die eine Seite der bürgerliche Propaganda. Die andere ist die offene und unverhohlene Drohung gegen die Arbeiterbewegung.

„Humaner Strafvollzug" ist nach Meyers Worten grundsätzlich nur „unter den Bedingungen der Sicherheit nach innen und außen" möglich. Bedenkt man, daß bereits die Isolationsfolter unter Baumann von diesem „Resozialisationsspezialisten" als ausgesprochen „human" dargestellt wurde, dann läßt sich nur erahnen, wie es weitergehen soll. Der „Neue" ist also der ideale Mann, um beispielsweise das Kontaktsperregesetz, dessen „Beschränkungen ... der Rechte von Gefangenen aus Gründen des öffentlichen Interesses" am 30.9.77 ausdrücklich von den Besatzermächten bestätigt wurde, in Westberlin voll in die Tat umzusetzen.

Von Stobbe war Herrn Meyer diesbezüglich auch gleich mitgeteilt worden, daß „eingeleitete Baumaßnahmen im Justizbereich (Neubau einer Frauenhaftanstalt, Erweiterung der Jugendstrafanstalt, sowie Sanierung der Untersuchungshaftanstalt Moabit) konsequent zu Ende gebracht würden". daß Meyer der richtige Mann dazu sei, „einen Verwaltungsapparat in den Griff zu bekommen." Der richtige Mann also, um beispielsweise das kürzlich in Westberlin übernommene und wenig später unter Baumann erstmals angewandte „Razziengesetz", die Neufassung des § 111 StPO, im Massenumfang zur Anwendung zu bringen. War zuvor bereits aufgrund der Verordnung 511 der amerikanischen, französischen und britischen Besatzerkommandanten eine umfassende Ausweispflicht der Westberliner Massen und damit die Möglichkeit jederzeitiger Massenkontrollen auf Befehl der Alliierten gegeben, so ist die Entscheidung hierüber jetzt direkt in die Hände des Westberliner Senators für Justiz übergegangen. Fehlte es der Bourgeoisie bisher für „Massenkontrollen" an einer umfassenden „lükkenlosen Ermächtigungsgrundlage", weil das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz für eine Personenüberprüfung bzw. -durchsuchung stets besondere Einzelkriterien wie den „Verdacht auf eine strafbare Handlung" oder die Anwesenheit an „Orten, an denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden" (§ 15, Abs.3 ASOG) voraussetzte, so ist jetzt nach dem Willen der Bourgeoisie ohne konkretes Verdachtsmoment „jedermann verpflichtet, seine Identität feststellen und sich sowie mitgeführte Sachen durchsuchen zu lassen". „Personen- und Fahrzeugkontrollen" und „Durchsuchungen von Personen und Sachen" sollen so jederzeit und gegen jeden wie die Zeitschrift „Die Polizei" schreibt, als „vorbeugende Maßnahme zur Verhinderung von Blockaden" und Demonstrationen vorgenommen werden können, nicht zuletzt, um „zur Verteilung mitgeführte Druckerzeugnisse sicherzustellen". Damit der neue Justizsenator das Ganze auch richtig „in den Griff bekommt", wird gleich eine „automatische Datenverarbeitung zur Unterstützung der Ablauforganisation bei den Strafverfolgungsbehörden" beigestellt, ein Gerät, dessen Zweck in der „Informationsverbesserung und Arbeitserleichterung für Staatsanwälte", „Beschleunigung des Verfahrensablaufes" und Anlage einer „zentralen Namenskartei" liegt.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende hofft, so gerüstet, sich mit Meyer einen „Praktiker" eingekauft zu haben, der „Erfahrung im Sicherheitsbereich hat und ... bereit ist Vorsorge zu treffen, daß es in Berlin möglichst keine Pannen auf diesem Sektor geben kann."



gr.woe. Westberlin. „Anti-Terroristen-Kontrolle" in Moabit: Über den wirklichen Zweck der Razziengesetze schreibt der Bourgeoisjurist E. Schwan: Unter Razzia „verstehen wir heute ... eine Massenfahndung ... zum Zwecke der Identitätsfeststellung eines größeren Personenkreises". Überhaupt ist die Bourgeoisie gar nicht kleinlich festzustellen, wer als „Terrorist" unter die Anwendbarkeit des Razziengesetzes und der anderen „Terroristengesetze" fällt. In der Zeitschrift „Die Polizei" heißt es unter der Überschrift „Zur Kampfführung und Taktik der Terroristen" hierzu: „Arbeiter sind wegen ihrer besonderen Kenntnisse im industriellen Bereich für Aktionen in der Stadt besonders geeignet. Sie können am besten behelfsmäßige Sabotageakte durchführen und sind am ehesten befähigt, Waffen und andere Kampfmittel selbst herzustellen, Streiks und Besetzungen von Arbeitstätten, aber auch bewaffnete Aktionen durchzuführen." In Kenntnis des Hasses der Volksmassen über ihre Polizeikontrollen hat die Bourgeoisie einen Tag vor deren Einführung einen Artikel in der „BZ" über die „richtigen Umgangsformen gegenüber der Polizei" veröffentlicht: „Falsch sind Drohungen. Richtig ist es, den Ärger herunterzuschlucken und frei von Aggressionen zu reagieren." Wie die bürgerliche Presse tags drauf selbst zugeben mußte, haben diese Tanzstundenvorschläge nichts genutzt.

Die Hafenarbeit ist nur aus Profitsucht gefährlich

Unfall im Hamburger Hafen

Drohung gegen die Arbeiterbewegung.

„Humaner Strafvollzug" ist nach Meyers Worten grundsätzlich nur „unter den Bedingungen der Sicherheit nach innen und außen" möglich. Bedenkt man, daß bereits die Isolationsfolter unter Baumann von diesem „Resozialisationsspezialisten" als ausgesprochen „human" dargestellt wurde, dann läßt sich nur erahnen, wie es weitergehen soll. Der „Neue" ist also der ideale Mann, um beispielsweise das Kontaktsperregesetz, dessen „Beschränkungen ... der Rechte von Gefangenen aus Gründen des öffentlichen Interesses" am 30.9.77 ausdrücklich von den Besatzermächten bestätigt wurde, in Westberlin voll in die Tat umzusetzen.

Von Stobbe war Herrn Meyer diesbezüglich auch gleich mitgeteilt worden, daß „eingeleitete Baumaßnahmen im Justizbereich (Neubau einer Frauenhaftanstalt, Erweiterung der Jugendstrafanstalt, sowie Sanierung der Untersuchungshaftanstalt Moabit) konsequent zu Ende gebracht würden". daß Meyer der richtige Mann dazu sei, „einen Verwaltungsapparat in den Griff zu bekommen." Der richtige Mann also, um beispielsweise das kürzlich in Westberlin übernommene und wenig später unter Baumann



gr.woe. Westberlin. „Anti-Terroristen-Kontrolle" in Moabit: Über den wirklichen Zweck der Razziengesetze schreibt der Bourgeoisjurist E. Schwan: Unter Razzia „verstehen wir heute ... eine Massenfahndung ... zum Zwecke der Identitätsfeststellung eines größeren Personenkreises". Überhaupt ist die Bourgeoisie gar nicht kleinlich festzustellen, wer als „Terrorist" unter die Anwendbarkeit des Razziengesetzes und der anderen „Terroristengesetze" fällt. In der Zeitschrift „Die Polizei" heißt es unter der Überschrift „Zur Kampfführung und Taktik der Terroristen" hierzu: „Arbeiter sind wegen ihrer besonderen Kenntnisse im industriellen Bereich für Aktionen in der Stadt besonders geeignet. Sie können am besten behelfsmäßige Sabotageakte durchführen und sind am ehesten befähigt, Waffen und andere Kampfmittel selbst herzustellen, Streiks und Besetzungen von Arbeitstätten, aber auch bewaffnete Aktionen durchzuführen." In Kenntnis des Hasses der Volksmassen über ihre Polizeikontrollen hat die Bourgeoisie einen Tag vor deren Einführung einen Artikel in der „BZ" über die „richtigen Umgangsformen gegenüber der Polizei" veröffentlicht: „Falsch sind Drohungen. Richtig ist es, den Ärger herunterzuschlucken und frei von Aggressionen zu reagieren." Wie die bürgerliche Presse tags drauf selbst zugeben mußte, haben diese Tanzstundenvorschläge nichts genutzt.

Die Hafenarbeit ist nur aus Profitsucht gefährlich

Unfall im Hamburger Hafen

r.obj. Am Samstag 1. Juli wurden von der Stauerei C. Tiedemann am Schuppen 64 als leer gekennzeichnete Chlorgasflaschen gelöscht. Ein Flasche brach an der Schweißnaht und das tödliche Gas zischte in einer gelb-grünen Wolke heraus. Die Hafenarbeiter rannten um ihr Leben. 34 wurden mit Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert, zwei davon lebensgefährlich. Alle werden bleibende Schäden haben.

Für Bürgermeister Klose ein Beweis, daß der Hamburger Hafen zu den sichersten der Welt gehört. Der Kommentator in der gleichen Ausgabe des „Hamburger Abendblatts": „Für den Hamburger Hafen kann dieser Unfall nur zur Katastrophe werden, wenn er dazu aufgebauscht wird." Die dauerhaft geschädigten Arbeiter spielen in ihren Überlegungen keine Rolle. Eine hafenüblich hohe Unfallquote ist eingeplant. Sie machen sich lediglich Sorgen, daß jetzt sorgfältiger und damit langsamer gearbeitet wird, denn das geht auf den Profit. Dann werden Schuldige gesucht. Die Flaschen wären falsch deklariert worden – in Lybien. Man ahnt schon, in welche Richtung abgelenkt werden soll. Aber es war eine chemische Firma aus Süddeutschland für den Versand und die Deklarierung zuständig, und die hatte auf den Verladepapieren lediglich „48 empty drums" (leere Fässer) angegeben.

Doch der Streit um die Deklarierung und um voll oder leer ist Augenwischerei. Fest steht, daß zumindest einige der Flaschen noch die alten Chlor-Etiketten hatten. Außerdem ist der Umschlag *leerer* Gasbehälter in aller Regel noch gefährlicher, weil hochexplosive Gasgemische entstehen können. So ist z.B. im Hamburger Hafen hohe Alarmbereitschaft, wenn ein leerer Tanker zur Reinigung kommt.

Ungefähr 20% der in Hamburg umgeschlagenen Stückgüter sind gefährlich. Es gibt verschiedene Vorschriften über Lagerung und Umschlag. Wenn die eingehalten werden, dann ist es mit dem schnellen Umschlag vorbei. So heißt es z.B. in §7 (2) der allgemeinen Unfallverhütungsvorschrift: „Der Unternehmer hat die Versicherten über die bei ihren Tätigkeiten auftretenden Gefahren sowie über die Maßnahmen zu ihrer Abwendung vor der Beschäftigung ... zu unterweisen." Dazu berichtet ein Hafenarbeiter: „Da hast du Säcke, Fässer und Kanister mit den verschiedensten Namen, wenn sie überhaupt ausgezeichnet sind. Da heißt es nur, pack weg und paß auf. Beim Laden sind zwar die IMCO-Label (Etiketten mit international gebräuchlichen Gefahrensymbolen der UNO-Unterorganisation) drauf, aber welches Gift nun in dem mit Totenkopf ausgezeichneten Sack drin ist, weißt du dann auch nicht. Und wenn du da jedesmal erst den Vizen danach fragst, eh du die Gifte wegpackst, dann wird dir das als Aufsässigkeit und Faulheit ausgelegt. Aber noch schlimmer ist es beim Löschen. Eigentlich dürfte mit der Entladung erst angefangen werden, wenn die Schiffszettel da sind. Aber es wird trotzdem gelöscht. Auf einem Schiff bei Holzmüller haben wir es gehabt. Talkum löschen. Das ist harmlos. Aber es war immer noch ein süßer Geruch und es brannte in den Augen. Je tiefer wir kamen, desto schlimmer. Am Ende der ersten Schicht wurden unter den Säcken Fässer mit Furfurol sichtbar, von denen anscheinend einige leck waren. Für das Löschen der Fässer waren dann auch Atemschutzgeräte da und es wurde auf höchste Explosionsgefahr hingewiesen. Doch wir haben eine ganze Schicht das Zeug eingeatmet." Ein anderer Hafenarbeiter sagte: „Der ganze Schuppen 64 ist doch die reinste Giftküche. Da wird nur so ein Kram umgeschlagen. Es ist lachhaft, wenn der Möller (Prokurist bei Sloman und Schöer) in der „Bild-Zeitung" schreiben läßt, daß bei ordentlicher Deklaration nur unter Aufsicht der Polizei oder Feuerwehr und nur mit Masken, Schutzanzügen und Handschuhen gelöscht worden wäre."

Bereits zwei Tage nach dem Chlorgasunfall mußte die Feuerwehr am Schuppen 91 auslaufende Ameisensäure – stark ätzend – bekämpfen. Verletzt wurde niemand. Für den Bürgermeister ist auch dieser Unfall wahrscheinlich wieder ein Beweis, wie sicher der Hafen ist. Wenn sich die Arbeiter zusammenschließen und auf der Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen bestehen, dann ist für die Kapitalisten die Katastrophe da. Die Arbeit im Hafen ist dann sicherer, aber nicht mehr schnell. Erfolgreicher Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen schafft gute Voraussetzungen.

Denn wenn der Zwang zu Doppelschichten eingeschränkt wird, dann auch die Pensumarbeit. Und gerade bei der Pensumarbeit wird nicht auf die Sicherheit geachtet, weil sonst das Pensum überhaupt nicht zu schaffen ist.

Die Wirkung von Chlorgas

Gas, schwerer als Luft. Wird unter 5,6 atü Druck bei 20 Grad Celsius flüssig und so in Stahlfässern und Kesselwagen versandt. Es ist gelbgrün, riecht stechend. Es wirkt ätzend auf die Haut und die Atmungswege. Selbst kleinste Mengen können nach wenigen Atemzügen den Tod zur Folge haben. Es zerstört in kürzester Zeit die Lungenbläschen. Im Ersten Weltkrieg wurde Chlor als Kampfgas eingesetzt. Die Haut färbt sich dabei blau, die Augen brennen, krampfhafter Husten und Atemnot treten ein.

Chlor wird in der Industrie verwandt zur Desinfektion, zur Herstellung von Zellstoff und vielen Kunststoffen, zur Bleichung und zur Herstellung von natürlichem Kautschuk.

Schutz- und Einsatzmaßnahmen bei Chlorgasunfall laut IMCO-Code: „Alle unbeteiligten Personen nach LUV (gegen den Wind) entfernen. Auf Wasserstraßen Schiffahrtssperre. An Land gefährdetes Gebiet absperren und große Sicherheitszone bilden. In Wohn- und Industriegebieten Anwohner warnen. Alle Fenster und Türen schließen lassen. Erforderlichenfalls gefährdetes Gebiet evakuieren. Bei großen Mengen freiwerdenden Gases sofort Katastrophenalarm prüfen.

Volksbegehren: Volksbetrug

b.brg. „Größte und erfolgreichste Bürgerinitiative der Nachkriegszeit," so begeisterte Stoltenberg sich über das Ergebnis des Volksbegehrens Anfang März in Nordrhein-Westfalen.

Offensichtlich aber nicht nur Stoltenberg. Am 11.Mai brachte nämlich die FDP einen Gesetzentwurf über das Verfahren bei Volksbegehren im Landtag Schleswig-Holstein ein.

Gleich zu Anfang wird betont, „daß man sich gegen Volksentscheidungen wehren müsse . . .". Ruge von der FDP brachte es „auf die Formel", „. . . daß der Bürger das Thema mitbestimmen kann, das hier im Landtag debattiert wird . . .". Notwendig sei das Volksbegehren, weil „. . .das Vertrauen in das Parlament heute sicher nicht mehr ungeschmälert vorhanden (ist)." Und, weil die Bürgerinitiativen bei Abwendung von den gewählten Volksvertretungen" eine „Gefahr für die staatliche Ordnung" darstellten. Der Abgeordnete Roggenbock, SPD, meint, „daß die Bürger auf die Straße gehen (werden), . . . weil sie der Meinung sind, daß nur auf diese Art und Weise ihren berechtigten Forderungen Geltung verliehen werden kann." Ein paar Sätze später eröffnet er dann, daß in bestimmten Fällen das Parlament die Aufgabe hätte, „. . .als Korrektiv zu wirken. Wir müssen ein solches gemeinsam und solidarisch sagen, daß einem solchen Volksbegehren, . . .in der Konsequenz nicht stattgegeben werden könne." (Er meint als Beispiel die Einführung der Todesstrafe, aber man könnte jedes Beispiel einfügen. Red.)

Beim Beitrag der FDP waren schon die ersten Zwischenrufe der CDU gekommen, wie sie das Problem, daß das Vertrauen in den Parlamentarismus sinkt „durch ein Volksbegehren befriedigend lösen" wollen. Die CDU werde im Juli ein Gesetz vorlegen, das „getragen wird und nur von Leuten gespielt, die die repräsentative Demokratie . . .anerkennen und tragen." Es soll sich nicht auf den kommunalen Bereich beziehen, sondern nur auf „Gesetzesvorhaben des hohen Hauses."

Das Parlamentarierpack kramt in seiner Bourgeois-Vergangenheit und zitiert Heuss zum Grundgesetz, daß es damals nicht möglich war, Volksentscheid oder Volksbegehren ins Grundgesetz aufzunehmen, um den „noch ungesicherten Staat nicht zu freien, Wildbahnen der wartenden Demagogen zu machen . . ." Bei solch einer Handhabung stimmt auch die CDU dem Volksbegehren zu.

Nichts fürchtet das Pack mehr als daß die Volksmassen sich zusammenschließen gegen das Energieprogramm, gegen den Schulgesetzentwurf, für ihre gerechten Ziele. Mit Betrugsmanövern und Reformgesäusel wollen sie die Volksmassen jetzt einfangen, deshalb schleichen sie wie die Katze um den heißen Brei um die Frage des Volksscheides herum.

Beim Beitrag der FDP waren schon die ersten Zwischenrufe der CDU gekommen, wie sie das Problem, daß das Vertrauen in den Parlamentarismus sinkt „durch ein Volksbegehren befriedigend lösen" wollen. Die CDU werde im Juli ein Gesetz vorlegen, das „getragen wird und nur von Leuten gespielt, die die repräsentative Demokratie . . .anerkennen und tragen." Es soll sich nicht auf den kommunalen Bereich beziehen, sondern nur auf „Gesetzesvorhaben des hohen Hauses."

Das Parlamentarierpack kramt in seiner Bourgeois-Vergangenheit und zitiert Heuss zum Grundgesetz, daß es damals nicht möglich war, Volksentscheid oder Volksbegehren ins Grundgesetz aufzunehmen, um den „noch ungesicherten Staat nicht zu freien, Wildbahnen der wartenden Demagogen zu machen . . ." Bei solch einer Handhabung stimmt auch die CDU dem Volksbegehren zu.

Nichts fürchtet das Pack mehr als daß die Volksmassen sich zusammenschließen gegen das Energieprogramm, gegen den Schulgesetzentwurf, für ihre gerechten Ziele. Mit Betrugsmanövern und Reformgesäusel wollen sie die Volksmassen jetzt einfangen, deshalb schleichen sie wie die Katze um den heißen Brei um die Frage des Volksscheides herum.

Mit solchem „Begehren", was der Landtag mal beraten soll, können sich die Volksmassen überhaupt nicht zufrieden geben. Da haben die Parlamentarier zurecht Angst, daß die Volksmassen auf die Straße gehen, daß sie selber entscheiden über ihre Rechte, und daß sie die Parlamentarier zum Teufel jagen.

Landesregierung will Schulgesetz verabschieden

Den Kampf gegen ihren Schulapparat hat sie am Hals und wird sie nicht mehr los

b.rül. Kommenden Freitag will die Landesregierung ihren Schulgesetzentwurf im Landtag verabschieden lassen. Einiges hätte sie damit in der Tasche: Festlegung auf die „Anerkennung des Grundgesetzes", gesetzlicher Auftrag an den Lehrkörper, den Schülern die „Achtung vor dem Eigentum" einzubimsen und auf „ungeschminkte Behandlung der deutschen Frage". Zudem die Handhabe, gleich nach der Hauptschule die Schulpflicht aufzuheben, die Knebelung der Schülervertretungen, die politische und gewerkschaftliche Entrechtung der Masse der Lehrer, der Schüler, die Unterdrückung durch die Noten.

Hat sie nun damit gewonnen oder nicht? Eigentlich war das Kampfziel, daß der Gesetzentwurf wegkommt. Und nicht nur das: einiges an politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sollte erkämpft werden. Nun aber gibt es nicht einmal einen landesweiten Streik oder eine landesweite Demonstration am Tag der Verabschiedung. Also: verloren? Sehen, daß man einen guten Abgang findet aus den Auseinandersetzungen der letzten Tage und Wochen? Oder vielleicht doch demnächst SPD wählen?

In den Kieler Nachrichten vom Samstag hat ein grüner Junge namens Arnulf von Scheliah, Vorstandsmitglied der Schüler-Union Kiel versucht,über die Demonstration vom vorletzten Samstag zu spötteln. Das ist ihm reichlich grimmig geraten. Und die Schulreaktion? Sie verteilt Schläge, das schon. Aber nicht wie eine Dampfwalze. Eher vorsichtig, gezielt auf Spaltung berechnet. Beide, Arnulf von Scheliah und die vereinte Direktoren- und Schulrektorenfront, wissen, was los ist. Sie kommen, wenn auch von ganz anderen Zielen her, zu dem gleichen Ergebnis, wie eine Konferenz, die die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen am Samstag durchgeführt hat: Daß nämlich die bisherigen Kampfaktionen erst der Anfang waren. Daß die Schüler stärker zusammengeschlossen sind als zuvor. Daß die Rektoren und Konsorten angeschlagen sind. Und daß, wenn jetzt richtig vorgegangen wird, sich noch gewaltig was zusammenbrauen kann an den Schulen.

Nach dem Streik ist da z.B. folgendes geschehen: An der Humboldtschule in Kiel in der Obertertia haben Schüler, die einen Aufsatz „Grundgesetz und Berufsverbote" schreiben sollten, nicht etwa unter dem Druck der Zeugnisse und Noten gequält versucht, beides zu legitimieren, sondern sie haben gleich beides angegriffen. An der Berufsschule IV in Kiel haben die Schüler der 12.Klasse alle ihre Lehrer bis auf einen gezwungen, die 5en und 6en zurückzunehmen. An der Berufsschule II in Kiel hat die Tages-SV beschlossen, jetzt endlich den Ausfall der Fachkunde für Friseurlehrlinge zu beenden und dazu die HBV einzuladen.

Örtliche Schülerinitiativen sind entstanden, Schülerzeitungen werden in Angriff genommen, für die anstehenden Wahlen zu den Schülervertretungen ist an so mancher Schule beschlossene Sache, daß die Reaktionäre jetzt da raus müssen und Vertreter gewählt gehören, die die Forderungen des Streiks vertreten und sich dafür weiter einsetzen.

All dies ist auf einer Konferenz der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen berichtet worden und es zeigt den Fortschritt. Es ist wirklich so, wie wir in der letzten Woche geschrieben haben: der Schulfrieden ist hin. Und er wird so bald auch nicht mehr zu kitten sein.

Örtliche Demonstrationen gegen den Schulgesetzentwurf

Ahrensburg: Sa., 15.7. 11.30 Uhr ab S-Bahnhof

Norderstedt: Di., 11.7. 16 Uhr

Neustadt: Mo, 10.7. 15 Uhr Markt

Kiel: Do., 13.7. 17 Uhr Kundgebung Holstenplatz/Innenstadt

Auf der Konferenz war man sich darüber einig und auch über die Richtung, in der es jetzt weiter gehen muß *und vor allem auch gehen kann nach den bisherigen Kämpfen:* Man muß die Organisierung der Schüler stärken, ihre Vertretungsorgane aufbauen und stärken. Man muß der ganzen Schikaniererei und Indoktrinierung der Schüler den Kampf ansagen. Die Schulbücher auseinandernehmen. Die Noten und Zeugnisse angreifen. Die Klassenbücher und Schulstrafen. Man muß die Verbindungen zwischen den Schülern stärken und an der Einheit mit den Lehrern und Eltern gegen die Schulunterdrückung arbeiten.

All das mußte man zwar schon seit langem. Jetzt *kann* man es aber auch! All das wird man jetzt auch propagieren und den einzelnen Orten, wenn die Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden zur Verabschiedung des Schulgesetzentwurfs. Mag die Landesregierung hoffen, daß sie durchkommen kann mit ihrem Machwerk. Die Forderungen stehen dagegen. Und auf der Konferenz am Samstag waren alle sich einig: nach den Ferien spätestens werden alle sich wieder treffen und die nächsten Schritte beraten.

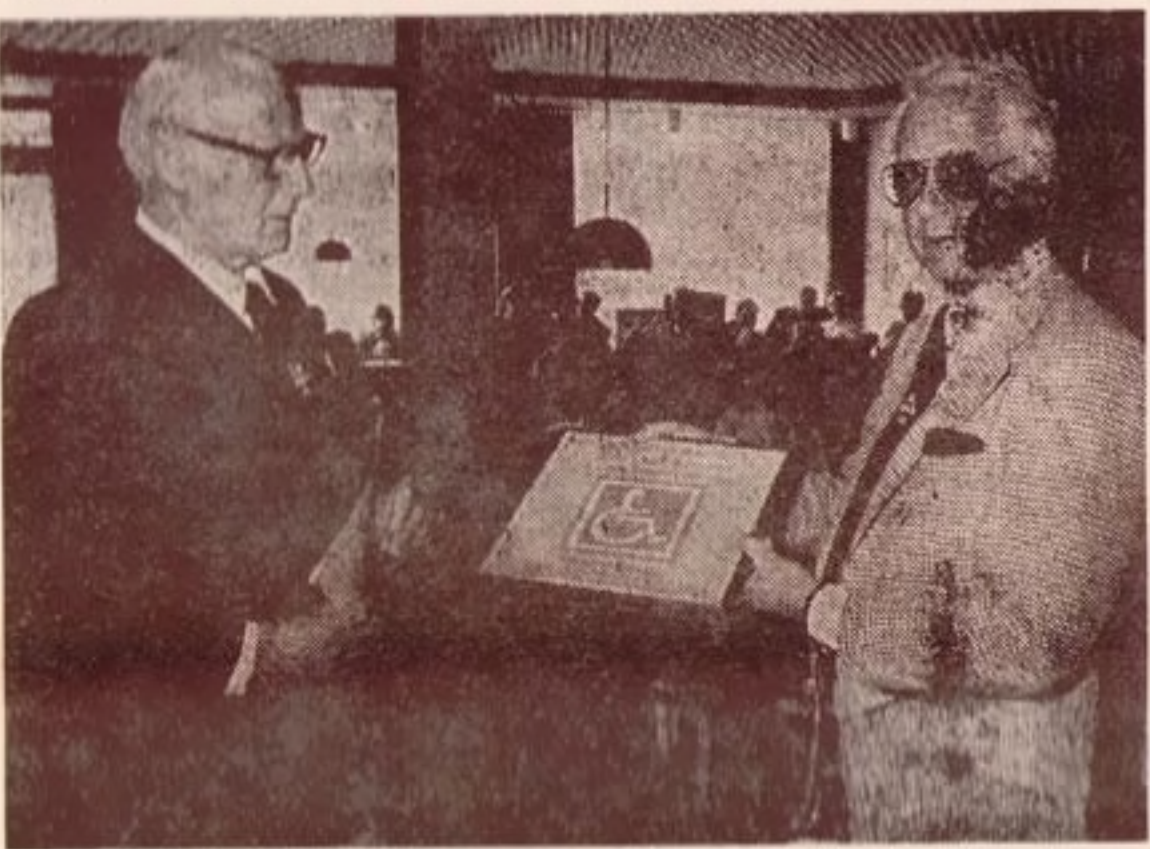
Orden für Rentnermord



Über 25 Mio. DM hat der Kieler Magistrat aus den Steuergeldern der Volksmassen dazu verwendet, in Kiel ein 6-stöckiges Rentnersilo zu bauen. Nach 9-monatigem Betrieb wurde es jetzt zum „Altenzentrum mit Gütezeichen" gestempelt. Dahinter verbirgt sich die Ausrichtung des Hauses auf rasche Beseitigung der verrenteten Arbeitskraft: Eine Pflegestation ohne Küche, Toiletten nicht von Rollstuhlfahrern zu benutzen, Polsterecken mit 30 cm niedrigen Sesseln, ein Blindengarten mit 26 Ecken, eine Klingelanlage, die zentral geschaltet von einer Kraft vom Erdgeschoß her bedient werden kann, sind nur einige Beispiele des „Gütezeichens für behindertengerechtes Bauen". von „segensreichen Auswirkungen" und „Erfüllung langjähriger Forderungen"; gemeint sind: 33 Tote innerhalb von sechs Monaten bei einer Gesamtzahl von 120 Bewohnern und dazu noch zwei Selbstmorde, wahrlich ein „Gütezeichen für Rentnermord" im Sinne des Schreibtischmörders Ehrenberg.

Schulreaktion? Sie verteilt Schläge, das schon. Aber nicht wie eine Dampfwalze. Eher vorsichtig, gezielt auf Spaltung berechnet. Beide, Arnulf von Scheliah und die vereinte Direktoren- und Schulrektorenfront, wissen, was los ist. Sie kommen, wenn auch von ganz anderen Zielen her, zu dem gleichen Ergebnis, wie eine Konferenz, die die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen am Samstag durchgeführt hat: Daß nämlich die bisherigen Kampfaktionen erst der Anfang waren. Daß die Schüler stärker zusammengeschlossen sind als zuvor. Daß die Rektoren und Konsorten angeschlagen sind. Und daß, wenn jetzt richtig vorgegangen wird, sich noch gewaltig was zusammenbrauen kann an den Schulen.

Nach dem Streik ist da z.B. folgendes geschehen: An der Humboldtschule in Kiel in der Obertertia haben Schüler, die einen Aufsatz „Grundgesetz und Berufsverbote" schreiben sollten, nicht etwa unter dem Druck der Zeugnisse und Noten gequält versucht, beides zu legitimieren, sondern sie haben gleich beides angegriffen. An der Berufsschule IV in Kiel haben die Schüler der 12.Klasse alle ihre Lehrer bis auf einen gezwungen, die 5en und 6en zurückzunehmen. An der Berufsschule II in Kiel hat die Tages-SV beschlossen, jetzt endlich den Ausfall der



Über 25 Mio. DM hat der Kieler Magistrat aus den Steuergeldern der Volksmassen dazu verwendet, in Kiel ein 6-stöckiges Rentnersilo zu bauen. Nach 9-monatigem Betrieb wurde es jetzt zum „Altenzentrum mit Gütezeichen" gestempelt. Dahinter verbirgt sich die Ausrichtung des Hauses auf rasche Beseitigung der verrenteten Arbeitskraft: Eine Pflegestation ohne Küche, Toiletten nicht von Rollstuhlfahrern zu benutzen, Polsterecken mit 30 cm niedrigen Sesseln, ein Blindengarten mit 26 Ecken, eine Klingelanlage, die zentral geschaltet von einer Kraft vom Erdgeschoß her bedient werden kann, sind nur einige Beispiele des „Gütezeichens für behindertengerechtes Bauen". von „segensreichen Auswirkungen" und „Erfüllung langjähriger Forderungen"; gemeint sind: 33 Tote innerhalb von sechs Monaten bei einer Gesamtzahl von 120 Bewohnern und dazu noch zwei Selbstmorde, wahrlich ein „Gütezeichen für Rentnermord" im Sinne des Schreibtischmörders Ehrenberg.

Sozialdemokratische Arbeitsbeschaffung: Ausbau des Unterdrückungsapparates

Kieler SPD beantragt 103 neue Planstellen – „Schwerpunkt: Jugend und Soziales"

b.gip. In den „Kieler Nachrichten" vom 3.7.78 war unter der Überschrift: „SPD will 103 Planstellen beantragen" zu lesen, daß die SPD unter dem Motto „Arbeit und Solidarität" im Juli in der Ratsversammlung 103 Planstellen für die Stadt Kiel beantragen will. Ein Schwerpunkt für diese Stellen soll im Bereich des Jugend- und Sozialamtes, Amt für Bevölkerungskontakte zur Betreuung türkischer Arbeitnehmer, Frauenhaus und Garten- und Friedhofsamt sowie der Hauspflegerinnen auf Gemeindestationen liegen.

Daß die von der SPD propagierten Stellen nur einer weiteren Unterdrükkung und Bespitzelung des Volkes dienen, zeigen die Aufgaben, die diesen Ämtern zugedacht sind.

So wird im Sozialamt nicht nur der Antrag auf Sozialhilfe entgegengenommen, sondern gleichzeitig werden alle Personen erfaßt, die bis zum 3. Grad (z.B. Großeltern) mit dem sogenannten „Hilfeempfänger" verwandt sind oder mit ihm in Hausgemeinschaft leben. Deren Verhältnisse werden überprüft, um zu sehen, ob sie nicht zum Unterhalt beitragen können.

So wurde einer Frau von einer Sozialarbeiterin des Amtes für Familienhilfe nachgeschnüffelt, ob sie nicht mit einem Freund zusammenlebt. Sie mußte sich die Frage gefallen lassen, für was sie als Alleinstehende ein Doppelbett braucht und auch der Kühlschrank wurde inspiziert. Sogar ihr Sparbuch mußte sie vorzeigen. Jede Mark über 3 000 DM wäre von der Sozialhilfe abgezogen worden.

Diese Bespitzelung bis ins Bett und ins Sparbuch kann nur mit noch mehr Sozialarbeitern bewältigt werden. Die Stadt erhofft sich dadurch Einsparungen, indem sie den oben aufgeführten Fällen besser auf die Spur kommt und ihnen die Sozialhilfe streicht oder Verwandte zur Kasse bittet.

Nicht anders sieht es beim Jugendamt aus. Hier soll die Rebellion der Jugend gegen Schulunterdrückung, das kapitalistische Eigentum und miese Arbeits- und Freizeitbedingungen in rechte Bahnen gelenkt und unter Kontrolle gehalten werden. 1977 waren nach der Schulausbildung in Kiel 642 Jugendliche beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet. Einer Straftat verdächtigt wurden 1976 in Kiel 754 Jugendliche und Heranwachsende. 1977 waren es schon 819. Die Sozialarbeiter des Jugendamtes müssen den Meldungen der Schulen, die ständig zunehmen und der Polizei nachgehen und in den betroffenen Familien ermitteln, um dann geeignete Maßnahmen wie Erziehungsberatung, Erziehungsbeistandschaft, Sorgerechtsentzug oder Heimunterbringung einzuleiten. So ist z.B. der Rektor der Sonderschule am Rondeel dafür bekannt, daß er bei häufigem Schulschwänzen und Aufsässigkeit der Schüler das Jugendamt einschaltet und sofort Fürsorgeerziehung vorschlägt. Gegen einen 16-jährigen Schüler, der zwei Schachteln Zigaretten bei COOP geklaut hat, weil sein Taschengeld nicht reichte, fand eine Gerichtsverhandlung vor dem Jugendgericht statt. Nach dem Jugendgerichtshilfegesetz sind die Sozialarbeiter des Jugendamtes verpflichtet, über die Familie und den Jugendlichen einen Bericht an das Gericht zu machen und in der Verhandlung eine Strafe vorzuschlagen. Die Strafen gehen von der Ermahnung über Arbeitsauflage zu Arresten und Jugendstrafe sowie Fürsorgeerziehung. In diesem Fall wurden fünf Stunden Arbeitsauflage verhängt, die der Jugendliche in einem Alten- und Pflegeheim ableisten mußte.

Auf diese Weise mußten 1977 in Kiel von Jugendlichen 5306 Stunden unentgeltlicher Strafarbeit in Alten- und Pflegeheimen und Tierheimen abgeleistet werden. Das Jugendamt erstellte 1976 292 Jugendgerichtshilfeberichte und 1977 schon 341. Die Stellenknappheit hatte für die Jugendlichen die erfreuliche Folge, daß diese Berichte einfach nicht gemacht werden konnten oder schuleschwänzende Jugendliche nicht bespitzelt wurden. Dem will die SPD jetzt ein Ende setzen. Die Jugend soll die Knute des Staates zu spüren bekommen.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27–29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 2, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Termine und Veranstaltungen

Dienstag, 11.7., 18.00 Uhr
Veranstaltung des KJB Kiel zum Kampf gegen den Schulgesetzentwurf
Referate zum Schul- und Notensystem, Gesamtschule und Einheitsschule.
Diskussion über den weiteren Kampf zur Durchsetzung der LSV
Kiel. „Schützenkrug", Ringstr./Schützenwall

Mittwoch, 12.7., 17.30 Uhr
Sitzung des Stadtschülerkomitees
„Wie gegen den Schulgesetzentwurf weiterarbeiten?"
Kiel. Aktionszentrum „Druckerei", Hummelwiese 2

Freitag, 14.7.78, 20 Uhr
Gesprächsrunde der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft
„Die Entwicklung der Landwirtschaft im ‚Großen Sprung nach vorn'"
Referent: Dr. Max Biehl, der selber 1957 China bereiste
Kiel. Fachhochschule Technik, Legienstr.

Samstag, den 15. Juli, von 9 bis 12 Uhr.
Theaterstück „Zimbabwe – Schule der Revolution"
und Öffentliches Verpacken von Kleidern zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe
Kiel. Holstenplatz bei den Hertierolltreppen

Dienstag, 18.7., 19.30 Uhr
Erzieherfachschülerkongreß:
Das landesweite Erziehertreffen hat gemeinsam mit der LSV der berufsbildenden Schulen einen Kongreß einberufen, um die Forderungen der Erzieherfachschüler gemeinsam zu beraten, Kampfmaßnahmen festzulegen und zu beschließen.
Kiel. Voraussichtlich „Humboldt-Schule", Knooper Weg
Vorbereitungstreffen: Montag, 10.7., 19.00 Uhr
„Patzenhofer", Dreiecksplatz

Sonnabend, 5.8. bis Sonntag, 20.8.78
Ferienfahrt der Kommunistischen Jugendbünde Holstein und Flensburg.
Radtour und Campieren an der Ostseeküste von Schleswig-Holstein.
Aus dem Programm:
„Was wollen wir machen?
– Eine gemeinsame Ferienfahrt mit dem Rad, um viele Orte zu besuchen und kennenzulernen.
– Jugendzentren und Treffpunkte der Jugendlichen aufsuchen und mit ihnen Erfahrungen austauschen.
– Andere Jugendlager aufsuchen und mit den Jugendlichen ein gemeinsames Fußballspiel zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe organisieren und Feten feiern.
– Eine Schulung über die Notwendigkeit des Sozialismus anhand eines Textes von Friedrich Engels.
– Viel Schwimmen, Sonnen und Sport.
– Viel Zelten und Radfahren."
Die Teilnahme an der Fahrt kostet 150 DM. Je nach Möglichkeit gibt es Karten zwischen 100 und 200 DM.
Sonnabend, 5.8. ist der Anreisetag.
Alle treffen sich auf dem Zeltplatz Haddeby bei Schleswig.
Abfahrt Kiel. Wilhelmsplatz, 8.00 Uhr.

um die Forderungen der Erzieherfachschüler gemeinsam zu beraten, Kampfmaßnahmen festzulegen und zu beschließen.
Kiel. Voraussichtlich „Humboldt-Schule", Knooper Weg
Vorbereitungstreffen: Montag, 10.7., 19.00 Uhr
„Patzenhofer", Dreiecksplatz

Sonnabend, 5.8. bis Sonntag, 20.8.78
Ferienfahrt der Kommunistischen Jugendbünde Holstein und Flensburg.
Radtour und Campieren an der Ostseeküste von Schleswig-Holstein.
Aus dem Programm:
„Was wollen wir machen?
– Eine gemeinsame Ferienfahrt mit dem Rad, um viele Orte zu besuchen und kennenzulernen.
– Jugendzentren und Treffpunkte der Jugendlichen aufsuchen und mit ihnen Erfahrungen austauschen.
– Andere Jugendlager aufsuchen und mit den Jugendlichen ein gemeinsames Fußballspiel zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe organisieren und Feten feiern.
– Eine Schulung über die Notwendigkeit des Sozialismus anhand eines Textes von Friedrich Engels.
– Viel Schwimmen, Sonnen und Sport.
– Viel Zelten und Radfahren."
Die Teilnahme an der Fahrt kostet 150 DM. Je nach Möglichkeit gibt es Karten zwischen 100 und 200 DM.
Sonnabend, 5.8. ist der Anreisetag.
Alle treffen sich auf dem Zeltplatz Haddeby bei Schleswig.
Abfahrt Kiel. Wilhelmsplatz, 8.00 Uhr.
Von dort wird mit dem Fahrrad losgefahren. Aus weiter entfernten Städten wird ein Autotransport organisiert.
Jeder benötigt: 1 Fahrrad, Schlafsack, Pullover, Regenjacke, Zelt, Satteltaschen oder Rucksack, Decke, Geschirr, Handtuch, Seife, usw. wenn möglich Zwei- bis Drei-Mann-Zelte.
Die Verpflegung und Unterkunft wird gemeinsam organisiert.
Anmeldungen an das Büro des KBW: Kiel, Schulstr. 12, Tel.: 0431/731471

Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein

– Öffentliche Sitzungen der Sektionen –
Kiel. Mittwochs, 19.30 Uhr, Gaststätte „Holsten", Waitzstr. 91
Neumünster. Mittwochs, 19.30 Uhr, Hotel „Stadt Rendsburg", Rendsburger Str. 10
Plön. Mittwochs, 20.00 Uhr, Hotel „Zur Post", Lange Straße 26
Lübeck. Mittwochs, 19.30 Uhr, „Pizzeria Rimini", Breite Straße.
Itzehoe. Dienstags, 19.00 Uhr, bei Uwe Bargmann, Große Paaschburg 9

Jugendversammlung gegen Schulgesetzentwurf

b.Elmshorn. Am 28.6. verabschiedete die Jugendversammlung des Fernmeldezeughauses Elmshorn mit 50 Teilnehmern eine Resolution mit den Forderungen:
-Weg mit dem Schulgesetzentwurf!
-Für ein freies Selbstbestimmungsrecht der SV'en!
-Weg mit dem Ermächtigungsparagrafen 110!

Rekruteneinzug Juli 78: Auch die Taktik der „Viehverladung" kann die Verbindung zu den Rekruten nicht brechen!

b. Kiel. Fast auf allen Bahnhöfen, auf denen beim dritten Quartal die Rekruten eintrafen, versuchte die Bundeswehrführung, die Kollegen wie Vieh direkt über die Güter- und Rangierbahnhöfe in die Bundeswehrfahrzeuge zu verladen. Tief sitzt die Furcht, daß die jungen Soldaten von vornherein durch die Verbindung mit dem SRK und der Soldatenbewegung den imperialistischen Zwecken der Armee abspenstig gemacht werden. In Itzehoe, Neumünster und Lübeck wurde versucht, durch frühzeitiges Abschirmen des gesamten Bahngeländes durch Polizei, Bahnpolizei, Feldjäger, Offiziere und Unteroffiziere, jeglichen Kontakt zwischen den Rekruten und den SRK-Sektionen zu unterbinden und die Rekruten direkt über die Schienen in die zumeist auf dem Güterbahngelände geparkten BW-Fahrzeuge zu lotsen.

In Pinneberg mußten die Rekruten durch ein eigens dafür herangekarrtes Aufgebot an Unteroffizieren, die Spalier bilden mußten, hindurchmarschieren. In Neumünster konnte der Abtransport der Rekruten mittels Megaphonansprachen eine halbe Stunde lang verzögert werden, weil die Offiziere verwirrt waren. Auch drei von den Offizieren losgeschickte Provokateure, die den Auftrag hatten, direkt auf die Genossen einzuschlagen, konnten die Kundgebung und das Verteilen der Volksmilizen unter die Soldaten nicht verhindern. Insgesamt wurden an den Orten, an denen Sektionen die Rekruten in Empfang genommen haben, ca. 350 Volksmilizen an die Rekruten verteilt, 12 KVZ während der Atkionen verkauft, Spenden für die ZANLA gesammelt. Zahlreiche Ansprachen wurden gehalten, Diskussionen in Zügen, auf den Gleisen und im Bahnhofsgelände wurden geführt und konnten trotz heftiger Bemühungen der BW-Führung nicht verhindert werden.

Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee

b. Die Bourgeoisie hält an ihrer Prozeßlawine gegen Mitglieder der SRK's Holstein und Flensburg/Westküste fest. Am 19.7.78 steht wegen Wehrkraftzersetzung der Genosse Block als presserechtlich Verantwortlicher für einen Artikel in der „Volksmiliz" vom Juni 77 vor Gericht. Überschrift: „Völkerverständigung durch die Kieler Woche? Nein! Nebel um die Kriegsvorbereitungen wird geworfen!"

Der Zersetzung ist am 26.7. auch der Genosse Möller als Verantwortlicher für eine Beilage zur „Volksmiliz" vom Juli 77 angeklagt, in der Hungersold, Schikane und Unterdrückung als Mittel zur Wehrdiensterzwingung angegriffen werden. Am 2.8. soll schließlich der Genosse Schöttler als Verteiler der „Volksmiliz" vom August 77 verurteilt werden, mit der die Soldatenbewegung u.a. zur Beteiligung an einem neuen Angriff auf die Baustelle in Brokdorf aufgerufen worden ist.

Die Prozeßlawine wird fortgesetzt, weil alle Zwangsmaßnahmen gegen die Soldatenbewegung ebensowenig wie die Verur-

ten, an denen Sektionen die Rekruten in Empfang genommen haben, ca. 350 Volksmilizen an die Rekruten verteilt, 12 KVZ während der Atkionen verkauft, Spenden für die ZANLA gesammelt. Zahlreiche Ansprachen wurden gehalten, Diskussionen in Zügen, auf den Gleisen und im Bahnhofsgelände wurden geführt und konnten trotz heftiger Bemühungen der BW-Führung nicht verhindert werden.

Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee

b. Die Bourgeoisie hält an ihrer Prozeßlawine gegen Mitglieder der SRK's Holstein und Flensburg/Westküste fest. Am 19.7.78 steht wegen Wehrkraftzersetzung der Genosse Block als presserechtlich Verantwortlicher für einen Artikel in der „Volksmiliz" vom Juni 77 vor Gericht. Überschrift: „Völkerverständigung durch die Kieler Woche? Nein! Nebel um die Kriegsvorbereitungen wird geworfen!"

Der Zersetzung ist am 26.7. auch der Genosse Möller als Verantwortlicher für eine Beilage zur „Volksmiliz" vom Juli 77 angeklagt, in der Hungersold, Schikane und Unterdrückung als Mittel zur Wehrdiensterzwingung angegriffen werden. Am 2.8. soll schließlich der Genosse Schöttler als Verteiler der „Volksmiliz" vom August 77 verurteilt werden, mit der die Soldatenbewegung u.a. zur Beteiligung an einem neuen Angriff auf die Baustelle in Brokdorf aufgerufen worden ist.

Die Prozeßlawine wird fortgesetzt, weil alle Zwangsmaßnahmen gegen die Soldatenbewegung ebensowenig wie die Verur-
teilung des Genossen Lötzer eine Festigung des Kampfes in der bürgerlichen Armee haben verhindern können. Die Propaganda gegen den Neokolonialismus der westdeutschen Geldsäcke, für Abzug aller fremden Truppen und Friedensvertrag, gegen „Reform" und Aufrüstung der bürgerlichen Armee greift auf höherem Niveau. Wirkung hat auch der Kampf gegen die Verurteilung des Genossen Lötzer im April gezeigt. Weitere Verfahren gegen ihn sind eingestellt worden. Die Bourgeoisie versucht jetzt, in die Breite abzuschrecken. Noch schlagkräftiger muß der Kampf fortgeführt werden. Die SRK's werden in dieser Woche zu einer Demonstration und Veranstaltung, insbesondere mit KPD/ML, KPD und KB in Flensburg aufrufen. Das SRK Flensburg beginnt den Kampf mit einer Kundgebung am Samstag, 22. Juli, um 10.00 Uhr.

Termine:
19.7./20.7.: Prozeß gegen V. Block; 26./27.7.: Prozeß gegen M. Schöttler; alle LG Flensburg, Südergraben 22, Zi. 62, 9.00 Uhr.
Beschlüsse an: Vors. Richter Sauer, I. Gr. Strk., LG Flensburg, Südergraben 22, 2390 Flensburg.

SV für Demonstration am 11.7. und Brief an den Landtag

b.Norderstedt. Die SV des Gymnasiums Norderstedt hat auf einer Sitzung beschlossen, einen Brief an den Landtag zu schicken mit den Forderungen gegen den Schulgesetzentwurf. Weiterhin wurde beschlossen, eine Demonstration in Norderstedt am 11.7., dem Tag der Verabschiedung des Gesetzes, in Norderstedt durchzuführen.

Die Polizeiphilosophie des Prof. Weizsäcker: Vulgär, expansionistisch und verkommen

b.brb. Auf Erlaß des Kultusministeriums vom 20.6. und als Einleitung einer Propagandakampagne zur „geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus", sollen alle Jugendlichen im 10. Schuljahr gezwungen werden, den Aufsatz „Die Verteidigung der Freiheit" von Carl Fr. von Weizsäcker zu studieren. Bundespräsident Scheel in seinem Vorwort dazu: So sind zum Beispiel bessere polizeiliche Maßnahmen sicher notwendig, aber sie reichen nicht aus. So ist auch eine kritische Überprüfung zum Staat notwendig; aber sie kann die Polizei nicht ersetzen".

Ein schwieriges Geschäft wird das werden, haben doch Schüler in Schleswig-Holsteins Schulen schon im letzten Jahr Schleyer-Nachrufe verfaßt, in denen sie den Mord eines Kapitalisten begrüßten, auf der Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung trugen Schüler Transparente wie „Parlamentarier aller Länder verpißt Euch", ganz zu schweigen von dem Streik und den Demonstrationen selbst gegen dies Gesetz.

C.F.von Weizsäcker ist Bourgeoisphilosoph und ehemaliger Physikprofessor in Starnberg. Seine Lehre ist die eines von der Bourgeoisie gut gehaltenen Rentiers. In seiner Rede behandelt er drei Fragen: „Welches Gut verteidigen wir in der Freiheit? Gegen wen verteidigen wir die Freiheit? Mit welchen Mitteln verteidigen wir die Freiheit?" Die Bourgeoisie proklamiert solche Werte wie Freiheit und Gleichheit als über den Klassen stehende „ewige Werte", die die Terroristen und die Kommunisten abschaffen wollten. Wie sollte aber die Arbeiterklasse mit ihrem Todfeind, der Bourgeoisie eine gemeinsame Ideologie haben. Schon Marx hat im Kommunistischen Manifest klargestellt, daß die „herrschenden Ideen einer Zeit stets nur die Ideen der herrschenden Klasse waren."

Die Definition Weizsäckers von der Freiheit zeigt den Abgrund zwischen der Freiheit der Kapitalisten und der Freiheit der Arbeiterklasse: „Freiheit . . .ist ein moralisches und ein politisches Gut . . .die Freiheit, die ich dem Mitmenschen gewähre. Wenn ich für mich Freiheit in Anspruch nehme, so heißt das, daß ich von meinem Mitmenschen fordere, mir Freiheiten zu gewähren."

Die Stellung zu den Produktionsmitteln legt den Charakter der Freiheit fest: die Freiheit der Arbeiterklasse besteht in ihrer Freiheit *von* Produktionsmitteln, sie muß auf Grund der Tatsache, daß sie ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen muß, ihm das Recht gewähren, sie auszubeuten, das ist seine Freiheit. Die Freiheit kennt aber auch Grenzen, denn es „geschieht nur zu leicht, daß er (der Mitmensch) meine Freiheit damit verletzt", z.B. wenn die Arbeiter streiken, um höheren Lohn durchzusetzen, verletzt das die Freiheit auf Ausbeutung des Kapitalisten erheblich, oder wenn sie gar auf den Gedanken kommen, im bewaffneten Aufstand die Fabriken zu übernehmen und die Kapitalisten zu verjagen. Damit solches nicht vorkommt, muß „die Gesellschaft und darf daher, im Interesse der Freiheit aller, die Freiheit jedes einzelnen einschränken".

„Die Gesellschaft", der Staat, ist im Kapitalismus Herrschaftsorgan der Kapitalistenklasse, das sind Polizei, Gesetze, Justiz, Gefängnisse und der ganze bürgerliche Beamtenapparat, Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, Gesetze wie der Schulgesetzentwurf gegen die Volksmassen, Reglementierung und Unterdrückung wie durch den ganzen Schulapparat, durch die §218-Beratungsstellen, durch Sozial- und Arbeitsämter.

Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft über die Millionenmassen der Arbeiter und Volksmassen nur aufrechterhalten, solange sie sie ideologisch an das bestehende System mit bürgerlichen Ideologien fesselt. Zu offene Unterdrückung tut der parlamentarischen Demokratie, dieser „intelligenten Erfindung im Rahmen der Politik" Abbruch. Deshalb ist „die reifste Form dieser Einschränkung . . .die Selbsteinschränkung durch Einsicht: Der einzelne erkennt die Regel, der jeder folgen muß, um jedem Freiheit zu gewähren, und er hält sich freiwillig an die Regel. Das ist der moralische Sinn des Prinzips Feiheit". Das ist auch der Sinn des Schulunterrichts unter Kontrolle des Staates: die Arbeiterkinder abzutrennen von den Erfahrungen ihrer Eltern, sie der bürgerlichen Ideologie vollständig zu unterwerfen. Überhaupt nichts hat das mit dem Zitat zu tun: „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit", das Engels im „Anti-Dühring" verwendet. Einsicht in die Notwendigkeit heißt danach, sich in Übereinkunft mit den Gesetzmäßigkeiten der Natur wie der Geschichte zu bewegen. Eines dieser Gesetze ist, daß die Arbeiterklasse die Revolution machen muß, die politische Macht übernehmen und den Sozialismus aufbauen muß, die Fesselung der Produktivkräfte durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, den Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben muß.

Nachdem Weizsäcker solchermaßen versucht hat, die Schüler auszurichten auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung unter der Losung der Freiheit, geht er über zur Propaganda der Expansion der westdeutschen Imperialisten gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker: „Terrorismus ist eine moderne Waffe. Er ist eine Kampftechnik, zu der heute weltweit in wachsendem Maße die militärisch Schwächeren greifen, nationale, soziale, religiöse Minderheiten. Ich erinnere an Palästinenser, Iren, Basken." Hat er erstmal zwei Drittel der Weltbevölkerung, die unterdrückten Völker, zu kleinen Minderheiten abgestempelt, dann folgt die Propagierung der Unterwerfung durch die Imperialisten auf dem Fuße: „Wir haben heute in der machtvollen Nordhälfte der Erde einen relativ gut stabilisierten Waffenstillstand, den man Frieden nennt. Im Machtvakuum des Südens werden immerhin die ausgebrochenen Kriege öfters durch das Eingreifen der Großmächte beendet. Eben diese Hemmung des großen Krieges, das Patt der Mächte, läßt kampfbereite Minderheiten zum Mittel der Guerilla oder des Terrorismus greifen."

Die Motive für den Terrorismus liegen darin, daß es „der Menschheit" zu gut geht. Nach dem 2. Weltkrieg „beispielloser Reichtum", seitdem „zunehmende Verunsicherung über die Endlichkeit dessen, was dieses Modell des wachsenden Wohlstandes zu leisten vermag." Weil die „reale Gesellschaft" an zuviel Freiheit (Permissivität) zu Grunde ginge, so muß der Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Volksmassen drastisch gesenkt werden, um den Ursachen des Terrorismus, der Unzufriedenheit zu Leibe zu rücken. Da die ideologische Fesselung vor der Wirklichkeit immer zerreißt, muß der Staat zu drastischen Maßnahmen greifen und zwar „präzise, rasch und phantasievoll." Präzise und rasch – das meint den schnelleren Einsatz von Maschinenpistolen gegen die Arbeiterklasse, phantasievoll meint solche Vernichtungsaktionen wie Mogadishu.

Ein ausgekochter Propagandist der imperialistischen blutrünstigen Expansion dieser feine Professor von Weizsäcker. „Der Kampf ist noch nicht gewonnen", schreibt er am Ende. Da hat er ausnahmsweise recht.

Flensburger Schiffbaugesellschaft bereitet sich auf die 80er Jahre vor

b.clm. Die Hauptversammlung der Aktionäre der Flensburger Schiffbau Gesellschaft (FSG) am 28. Juni hatte im Kern nur einen Tagesordnungspunkt: Wie kann die Ausbeutung der Arbeiter der Flensburger Werft so gesteigert werden, daß den Konkurrenten mit Erfolg der Krieg erklärt werden kann?
Dafür schlug Vorstandsmitglied Dr. Böhmer ein „unternehmenspolitisches Konzept vor, mit dem die FSG den Anschluß an die 80er Jahre finden will": „Teilweise Umstrukturierung in nicht schiffbaubezogene Bereiche, Reduzierung der Fertigungskapazität im Schiffsneubaubereich, Kooperation mit den Werften und der Reederei der Harmstorf-Gruppe sowie flexible
Pfennig zum neuen Wert beizutragen. Zieht man die Summe davon vom Umsatz ab, ergibt sich der von den Arbeitern in diesem Jahr neugeschaffene Wert von 75715 Mio. DM. Pro Arbeiter sind das: 75715 Mio. DM : 1766 gleich 42873 DM. Die entsprechende Rechnung für 1977 ergibt: 66947 Mio. DM: 15093 gleich 41712 DM, die im Schnitt ein Arbeiter im Jahr neu geschaffen hat.
Beide Zahlen sind eher knapp gerechnet, denn Leute wie Böhmer, die bekanntlich keinen Finger krumm machen, sind mit da drin enthalten. Die Rechnung scheint zu ergeben, daß das Aussaugungsergebnis 1977 für die Kapitalisten schlechter geworden ist. Das täuscht gewaltig, Im Geschäftsbericht heißt es lapidar: „Durch Abbau
Die Abteilungen, die kurzgearbeitet haben, erprobten das schnellere Arbeiten, während gleichzeitig andere Abteilungen Überstunden schoben und sogleich das raschere Tempo übernehmen mußten.
„Der Fixkostenblock wird weiter planmäßig abgebaut", droht Böhmer. Unter „Fixkostenblock" versteht er vor allem die Löhne der Arbeiter. Planvoll wird daran gegangen, Lohnsysteme, die noch größere Antreiberei bei weniger Lohn garantieren, vorzubereiten. Bei den FWN (Fahrzeug Werke Nord), die zu 1/3 den FSG-Kapitalisten und zu 2/3 MAN gehören, ist schon ein unerbittliches Antreibersystem eingeführt, in dem pro Fahrzeug eine bestimmte Anzahl von Stunden veranschlagt wird, und so die Arbeiter
umzustellen auf Spezialschiffbau. Zuerst die German Liberty-Schiffsserie, wovon 23 gebaut wurden. 1967 z.B. vier Spezial Holz-Produkten-Transporter. Neben der gesteigerten Schweißauspressung machte die Geschicklichkeit der Werftarbeiter die FSG konkurrenzfähig.
Die hochqualifizierte, geschickte Arbeit der Werftarbeiter läßt sich überall anwenden, Die Umrüstung auf die Kriegsproduktion fällt leicht und lockt, winken hier doch riesige Extraprofite. Schon jetzt hat die FWN Aufträge in Hülle. Von 119 Armeelastwagen für dieses Jahr sind erst 2/3 fertig. Die Tanks und Achsen werden schon jetzt auf der FSG hergestellt. Mit ei-

heit?" Die Bourgeoisie proklamiert solche Werte wie Freiheit und Gleichheit als über den Klassen stehende „ewige Werte", die die Terroristen und die Kommunisten abschaffen wollten. Wie sollte aber die Arbeiterklasse mit ihrem Todfeind, der Bourgeoisie eine gemeinsame Ideologie haben. Schon Marx hat im Kommunistischen Manifest klargestellt, daß die „herrschenden Ideen einer Zeit stets nur die Ideen der herrschenden Klasse waren."
Kapitalismus Herrschaftsorgan der Kapitalistenklasse, das sind Polizei, Gesetze, Justiz, Gefängnisse und der ganze bürgerliche Beamtenapparat, Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, Gesetze wie der Schulgesetzentwurf gegen die Volksmassen, Reglementierung und Unterdrückung wie durch den ganzen Schulapparat, durch die §218-Beratungsstellen, durch Sozial- und Arbeitsämter.
Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft über die Millionenmassen der
tern und Ausgebeuteten aufheben muß.
Nachdem Weizsäcker solchermaßen versucht hat, die Schüler auszurichten auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung unter der Losung der Freiheit, geht er über zur Propaganda der Expansion der westdeutschen Imperialisten gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker: „Terrorismus ist eine moderne Waffe. Er ist eine Kampftechnik, zu der heute weltweit in wachsendem Maße die militärisch
nahmen greifen und zwar „präzise, rasch und phantasievoll." Präzise und rasch – das meint den schnelleren Einsatz von Maschinenpistolen gegen die Arbeiterklasse, phantasievoll meint solche Vernichtungsaktionen wie Mogadishu.
Ein ausgekochter Propagandist der imperialistischen blutrünstigen Expansion dieser feine Professor von Weizsäcker. „Der Kampf ist noch nicht gewonnen", schreibt er am Ende. Da hat er ausnahmsweise recht.

Flensburger Schiffbaugesellschaft bereitet sich auf die 80er Jahre vor

b.clm. Die Hauptversammlung der Aktionäre der Flensburger Schiffbau Gesellschaft (FSG) am 28. Juni hatte im Kern nur einen Tagesordnungspunkt: Wie kann die Ausbeutung der Arbeiter der Flensburger Werft so gesteigert werden, daß den Konkurrenten mit Erfolg der Krieg erklärt werden kann?

Dafür schlug Vorstandsmitglied Dr. Böhmer ein „unternehmenspolitisches Konzept vor, mit dem die FSG den Anschluß an die 80er Jahre finden will": „Teilweise Umstrukturierung in nicht schiffbaubezogene Bereiche, Reduzierung der Fertigungskapazität im Schiffsneubaubereich, Kooperation mit den Werften und der Reederei der Harmstorf-Gruppe sowie flexible Marktpolitik."

Im Geschäftsbericht ziehen diese Schmarotzer eine Zwischenbilanz, wie weit die Vorbereitungsmaßnahmen gediehen sind. Der Umsatz ist von 197470 Mio. DM 1976 auf 155620 Mio. DM 1977 gefallen. Darüber ist viel Wind gemacht worden in der bürgerlichen Presse. Das sei die Folge der katastrophalen Auftragslage, die Existenz der Werft und damit die Arbeitsplätze seien bedroht. Das soll die Arbeiter für vermehrte Schweißauspressung weichkochen. Der Umsatzverlust ist so gewaltig nun auch wieder nicht und sieht bei Betrachtung der Umsätze der vorhergegangenen Jahre eher nach einer geplanten Drosselung aus: 1975 betrug er 111136 Mio und 1974 151754 Mio. DM.

Sicher. Der Konkurrenzkampf ist schärfer geworden, seitdem auch Werftgiganten wie HDW und Vulkan Spezialschiffe in der gleichen Größenordnung wie die FSG bauen. Sieger im Konkurrenzkampf wird der Kapitalist bleiben, dem es gelingt, in kürzerer Zeit mehr Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszupressen. Im dieser Kunst haben die FSG Kapitalisten allerdings Glanzleistungen vorzuweisen. Das kann man sehen, wenn man nachrechnet, *wie* der Umsatz erreicht wurde.

1976 steckte im Umsatz von 197470 Mio. DM 28631 Mio. DM an schon von der Werft bearbeiteten Teilen; 93194 Mio. DM für Rohmaterialien und 69000 DM „andere aktivierte Eigenleistung". Dieses Kapital wälzte sich im Jahr 1977 um, ohne einen Pfennig zum neuen Wert beizutragen. Zieht man die Summe davon vom Umsatz ab, ergibt sich der von den Arbeitern in diesem Jahr neugeschaffene Wert von 75715 Mio. DM. Pro Arbeiter sind das: 75715 Mio. DM : 1766 gleich 42873 DM. Die entsprechende Rechnung für 1977 ergibt: 66947 Mio. DM: 15093 gleich 41712 DM, die im Schnitt ein Arbeiter im Jahr neu geschaffen hat.

Beide Zahlen sind eher knapp gerechnet, denn Leute wie Böhmer, die bekanntlich keinen Finger krumm machen, sind mit da drin enthalten. Die Rechnung scheint zu ergeben, daß das Aussaugungsergebnis 1977 für die Kapitalisten schlechter geworden ist. Das täuscht gewaltig, Im Geschäftsbericht heißt es lapidar: „Durch Abbau von Überstunden und Arbeitskräften fremder Firmen wurde unsere Kapazität, nach Fertigungsstunden gerechnet, um1977 stärker zurückgenommen, als es in der Personalentwicklung zum Ausdruck kommt". Da 1975 nur 12 Arbeiter mehr als 1976 auf der Werft waren, kann man getrost die Zahlen von 1976 nehmen und erhält: um nahezu 40% hat der in einer Stunde von dem Arbeiter geschaffene Wert zugenommen. Die Intensität der Arbeit ist in 2 Jahren ungeheuer gesteigert worde . In 1 Stunde wird jetzt so viel geschafft wie vorher in 1 Stunde 24 Minuten.

In der ersten Hälfte dieses Jahres ist die Arbeitshetze noch weiter gesteigert worden. Die FSG-Kapitalisten haben die Arbeiter abwechselnd kurzarbeiten und Überstunden kloppen lassen. Die Abteilungen, die kurzgearbeitet haben, erprobten das schnellere Arbeiten, während gleichzeitig andere Abteilungen Überstunden schoben und sogleich das raschere Tempo übernehmen mußten.

„Der Fixkostenblock wird weiter planmäßig abgebaut", droht Böhmer. Unter „Fixkostenblock" versteht er vor allem die Löhne der Arbeiter. Planvoll wird daran gegangen, Lohnsysteme, die noch größere Antreiberei bei weniger Lohn garantieren, vorzubereiten. Bei den FWN (Fahrzeug Werke Nord), die zu 1/3 den FSG-Kapitalisten und zu 2/3 MAN gehören, ist schon ein unerbittliches Antreibersystem eingeführt, in dem pro Fahrzeug eine bestimmte Anzahl von Stunden veranschlagt wird, und so die Arbeiter zu Höchstleistungen getrieben werden. Auf der Werft selber wird durch Zusammenlegung von Branchen, durch Schweißerausbildung z.B. in der Dreherei, die Einführung des Prämienlohnes vorbereitet. „Wie im Vorjahr konnten ausreichende Rückstellungen zur Deckung zukünftiger Risiken gebildet werden . . .Bei Banken wurden 55339 Mio. DM disponiert. Im Gegensatz zum Vorjahr sind die Bankguthaben jedoch nicht durch vorzeitige Reederanzahlungen, sondern durch eine Verbesserung des Cash Flow erzielt worden." So stellt der Geschäftsbericht fest, daß der Vorsprung in der Auspressung von Mehrarbeit die FSG-Kapitalisten für kommende Umstrukturierungen gut gerüstet hat. Schon seit 1967 ist die FSG zielgerichtet daran gegangen, die Produktion umzustellen auf Spezialschiffbau. Zuerst die German Liberty-Schiffsserie, wovon 23 gebaut wurden. 1967 z.B. vier Spezial Holz-Produkten-Transporter. Neben der gesteigerten Schweißauspressung machte die Geschicklichkeit der Werftarbeiter die FSG konkurrenzfähig.



Am 3. Oktober 1977 marschieren die Arbeiter der FSG zu einer Sitzung des Aufsichtsrates. Sie nehmen das Manöver der Harmstorfkapitalisten zur Umrüstung und die zunehmenden Entlassungen nicht mehr hin. In einer Resolution fordern sie: „Die Kollegen der FSG erwarten vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates heute eine verbindliche Erklärung über die Arbeitsplätze.

Die hochqualifizierte, geschickte Arbeit der Werftarbeiter läßt sich überall anwenden, Die Umrüstung auf die Kriegsproduktion fällt leicht und lockt, winken hier doch riesige Extraprofite. Schon jetzt hat die FWN Aufträge in Hülle. Von 119 Armeelastwagen für dieses Jahr sind erst 2/3 fertig. Die Tanks und Achsen werden schon jetzt auf der FSG hergestellt. Mit einem Kooperationsvertrag mit den Werften der Harmstorf-Gruppe hat Harmstorf, der 51% der FSG-Aktien besitzt, seinen Konzern weiter gestrafft. Der Vertrag sieht „ eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten . . .vom Austausch von Fachkräften bis zur Einrichtung eines gemeinsamen Verkaufbüros" vor. Flexibel, überall einsetzber, „zeitweilig beschäftigt" sollen die Arbeiter ein Maximum an Profit erschuften. Das läßt Böhmer „ gedämpften Optimismus empfinden."

„Neben dem Qualitätswettbewerb, in dem die Werft nach Ansicht des Vorstands eine hervorragende Rolle spielt, soll als letztes Mittel auch eine Preispolitik eingesetzt werden, die sich nicht mehr an den vollen Selbstkosten orientiert". Auf der Grundlage eines Vorsprungs im Ausbeutungsgrad sollen durch Dumpingpreise die Konkurrenten angesprungen und der Extraprofit hereingefahren werden.

Verträge für zwei weitere Togo-Schiffe sind schon unter Dach und Fach. Sollen die Arbeiter sich darüber freuen? Ein Teil wird entlassen, der andere durch immer größere Arbeitshetze und immer geringeren Lohn verschlissen. Dagegen nehmen sie den Kampf auf wie die Arbeiter bei den FWN. Diese lehnten geschlossen überstunden ab, als sie 12 Bundeswehrlastwagen in kürzester Zeit so verpakken sollten, daß sie für drei Jahre lagern können. Jetzt sollen diese Arbeit FSG-Arbeiter übernehmen. Sie haben allen Grund, die Überstunden auch zu verweigern.

Mietzinssteigerung um 240% bei Stadtsanierung Kiel-Gaarden

Mästung der Kapitalisten, Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen ist der Kern der Stadtsanierungsprogramme der Kapitalistenklasse

b.ulw. „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausbezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." (Marx Engels im Kommunistischen Manifest). Entsprechend organisiert der bürgerliche Staat über die Stadtsanierung den Angriff auf die Volksmassen.

Kernpunkt des Gaardener Sanierungsprojektes sind der Abriß und Neubau der Häuser in der Schulstr/Karlstal/Elisabethstr. 60-76.

180 Familien wohnen in den Häusern oder sind schon rausgeflogen. Bei einem durchschnittlichen Mietpreis von 220 DM pro Monat pro Wohnung entspricht das einem Mietzins von 39600 DM im Monat insgesamt, den die Hausbesitzer einstreichen. Durch die Sanierung sollen jetzt 236 Sozialwohnungen gebaut werden mit einem anfänglichen Mietpreis von 5 DM pro qm, der nach 12 Jahren auf 8,10 DM gesteigert werden soll. Für eine 70 qm-Wohnung bedeutet das eine Steigerung des Mietzinses von ca. 60%. Insgesamt wird der Mietzins in diesem Viertel anfänglich um über 100% und später um über 240% gesteigert werden.

Die jetzigen Bewohner haben keinerlei Garantie, eine ähnliche Wohnung wiederzubekommen. Im Gegenteil, sie werden gekündigt, und müssen dann in teure Wohnungen in die Randviertel der Stadt ziehen. Gegenwärtig kämpft ein Rentner aus der Elisabethstr., daß ihm die Stadt eine ordentliche Wohnung zur Verfügung stellt: Billig, mit Bad und Toilette, sowie Sonne, das sind seine berechtigten Forderungen, die aber die Stadt keineswegs erfüllen will. Stattdessen jagt der Magistrat dem Rentner, der noch als einziger in dem Haus wohnt, allerlei Lumpenpack vom Journalisten bis zum Gerichtsvollzieher auf den Hals.

Ein großes Parkhaus und ein COOP-Markt sollen außerdem in der ersten Sanierungsphase gebaut werden. Die COOP-Kapitalisten versprechen sich ein großes Käufer-Reservoir. In einer späteren Sanierungsphase soll dann die Elisabethstr. als Fußgängerzone eingerichtet werden und die Schulstr. als Durchgangsstr. ausgebaut werden. Dazu werden weitere Häuser abgerissen werden.

Durchgeführt wird die Sanierung durch die Landesbank und die Stadt Kiel, der die beteiligten Unternehmen gehören, die Kieler Spar- und Leihkasse, die Kieler Wohnungsbaugesellschaft und die Kieler Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft, die die Finanzierung der Baukosten von 48 Millionen DM sichern. Der Magistrat und die Landesbank nehmen somit den Kapitalisten die Kosten des konstanten Kapitals durch die Sanierung ab.

Die planmäßige Vernichtung von Wohnungen interessiert die Kapitalisten und den Staat dabei nicht weiter. Es gibt in Gaarden Wohnungen, wo die Kapitalisten praktisch alles verrotten lassen haben, wo die Tür kaputt ist, bei der Treppe das Geländer fehlt, die Fenster nicht richtig schließen und bei den sanitären Verhältnissen alle Infektionskrankheiten möglich sind, für die aber immer noch bei zwei Zimmern gut 200 DM Miete bezahlt werden muß. Gleichzeitig setzt z.B. die Kieler Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft in die Wohnungen die demnächst abgerissen werden sollen, systematisch Studenten. Instandgesetzt wird von den Kapitalisten in beiden Fällen nichts, die Sanierung bedeutet nicht, daß für die bestehenden Wohnungen die Hand angelegt wird, damit sie in Stand gesetzt wird. Demgegenüber stecken die Volksmassen viel Arbeitskraft und Geld in die Instandsetzung der von ihnen gemieteten Wohnungen.

Über den Zweck der Sanierung durch den bürgerlichen Staat hat Karl Ravens, damals noch Städtebauminister, sich in der Architektenzeitung DBA-Spekte 4/76 geäußert. „Die Bundesregierung hat . . .die Modernisierungen des Altwohnbestandes systematisch verstärkt. Die schlechtesten, nicht mehr wohnwürdigen Wohnungen werden im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre durch Neubauwohnungen ersetzt werden müssen. Im gleichen Zeitraum sollte die Erneuerung der modernisierungswürdigen Wohnungen vorangetrieben werden . . . Es geht vor allem darum, den Wohnwert älterer, aber noch erhaltungswürdiger Wohnungen durch Anpassung an neuzeitliche Wohnverhältnisse zu sichern und zu erhöhen". Erhöhung des Wohnwerts, damit meint Ravens systematische Mietsteigerungen von bis zu 14% bei Umbauten, vorgesehen im Gesetz zur Steigerung der Mieten, nicht aber Instandsetzungen, die er ausdrücklich ausnimmt; ferner die Reform von Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz: „Das Enteignungsverfahren des Bundesbaugesetzes hat sich als langwierig erwiesen. Das Städtebauförderungsgesetz sieht hier bereits wesentliche Erleichterungen vor, die in das Bundesbaugesetz übertragen werden sollen. Das Bundesbaugesetz soll unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien von vermeidbaren Verzögerungen befreit werden", so im Städtebaubericht 1976. In den 1976 verabschiedeten Gesetzen werden Flächennutzungs- und Bebauungspläne, sowie Sozialpläne auf das Allgemeinwohl, d.h. auf den Höchstprofit der Kapitalisten festgelegt. 1974 wurden Zuschüsse für Hauskapitalisten bei Umbauten von Heizungs-,Sanitäts- und elektrischen Anlagen, sowie Wärmedämmung festgelegt. „Schwierigkeiten", so Ravens, „treten insbesondere bei einkommensschwachen Mietshauseigentümern auf, bei denen die steuerlichen Anreize (10% Abschreibung, Minderung der Einkommenssteuerbelastung) nicht wirken und die auf die vollen Mieterträge angewiesen sind". Die Bourgeoisie hat zwar Mietzuschüsse für die Renovierungsmaßnahmen vorgesehen, die aber die Zahlung der Umbaukosten durch die Mieter nur zeitlich verzögern. Nach den Statistiken des Ravensministeriums hatten 164000 der 263000 Hauseigentümer ein Einkommen von unter 1200 DM, d.h. sie lebten zumindest zum Teil von ihren Mieteinkünften und konnten sich solch eine Schmälerung ihres Einkommens nicht erlauben. Die Überwindung eben dieser Schwierigkeit auch in Gaarden, wo 44,6% der Hauseigentümer ein Alter von über 65 Jahren hatten und weitere 32,5% ein Alter von 50 bis 64 Jahren, hat die Bourgeoisie lange geplant. Ravens hat vorgeschlagen, Schwerpunktprojekte als „Demonstrationseffekte" einzuführen, d.h. daß nur ein Gebäudekomplex in einem Stadtteil saniert wird. „Hauseigentümer, die sehen, daß und wie in ihrer Nachbarschaft modernisiert wird, sollen und können zur Nachahmung angeregt werden", schreibt Ravens. Dann ist der Mietwert eines beträchtlichen Teils der Gaardener Wohnungen nicht mehr durchschnittlich, sondern unterdurchschnittlich. Die Anregung funktioniert dann so: entweder modernisiert der Hausbesitzer, verschuldet sich also und steht unter staatlichem Mieterhöhungszwang, dann wird ihn die Steuer über kurz oder lang von seinem Haus befreien, oder er verkauft gleich. Bereichern werden sich die Banken, die den Magistrat, der für sie aufkaufen lassen wird, fest im Griff haben. Abgeschlossen sollen sie in 12 Jahren sein, denn dann sollen die Mieten im Sozialwohnungsblock schwungvoll erhöht werden.

Daß es gegen diese Pläne einen breiten Widerstand der Volksmassen gibt, ist nur klar. Darum tut die Bourgeoisie alles, um diesen Widerstand zu verhindern. Walter Killisch, Assistent am Geographischen Institut, hat für die Bourgeoisie ausgeforscht, wie die Sozialstrukturen in Gaarden sind. Der hat eine gute Durchmischung der sozialen Zusammensetzung für nützlich befunden. Entsprechend ist bereits jetzt – gemäß Bundesbaugesetz – ein genauer Schlüssel der künftigen Zusammensetzung der Sozialwohnungen festgelegt. So soll der Zusammenschluß gegen das Ausplünderungsprogramm verhindert werden. 1972 haben sich Reformisten, Revisionisten und Professorenpack dieser Bewegung aufgepfropft, um sie für eine Zeit zu unterdrücken. Dies Projekt hatte bis 1976 Bestand. Die Bevölkerung Gaardens konnte dies Pack – unter ihnen z.B. der jetzige Stadtpräsident Johanning – nicht gewinnen. 12 Jahre hat die Bourgeoisie gerechnet, um ihr Programm gegen die Massen durchzusetzen, schon jetzt hat sie Schwierigkeiten, ihre Termine zu halten.



Systematisch läßt die Bourgeoisie die Häuser im Sanierungsgebiet Gaarden verrotten. Nichts ist von ihr unternommen worden, um das Absacken der Häuser zu verhindern oder die Häuser wieder instand zu setzen, obwohl bekannt ist, daß die Häuser auf Moorgrund gebaut sind. Stattdessen läßt sie schon großflächig bauen, noch bevor geklärt ist, wo die Mieter aus dem Abrißgebiet bleiben sollen. Systematisch vetreibt sie die jetzigen Mieter. Dagegen gibt es einen starken Widerstand der Volksmassen.

Schulaufsicht droht streikenden Schülern mit Zwangsurlaub

b.Kiel Die Schulaufsicht am Staatlichen Gymnasium Wellingdorf reagiert gegen die Streikaktion vom 30.6. mit Unterdrückungsmaßnahmen. So soll extra eine Lehrerkonferenz einberufen werden, um die Streik- und Demonstrationsteilnehmer des Gymnasiums für eine Woche in Zwangsurlaub zu schicken.

Am Mittwoch hatte auf dem Sportplatz eine Vollversammlung auf Beschluß der SV stattgefunden. Die Schulaufsicht hatte dafür die Nutzung des Schulhofes verboten. Es beteiligten sich an der VV ca. 150 Schüler und stimmten mehrheitlich für Streik. Wegen der zu kurzen Vorbereitungszeit und dem Kieler Woche- bzw. Abitur-Frei am Donnerstag war ein Zusammenschluß für eine einheitliche Streikaktion nicht mehr möglich.

Am Streiktag kamen von der nahegelegenen Theodor Storm-Schule (Realschule) eine Reihe Schüler mit Streik-Pappschildern zum Wellingdorfer Gymnasium. Eine ganze Reihe Schüler beteiligte sich jetzt an dem Streik, obwohl die Schulaufsicht wie an anderen Schulen hatte Arbeiten ansetzen lassen, z.B. Englischarbeit in einer 10.Klasse. Ein Schüler hat sich krank gemeldet und ist mitgezogen. Auf der Demonstration wurde er von herumspitzelnden Lehrern erkannt und soll mit Zwangsurlaub bestraft werden.

Gleichzeitig wird die Aussieberei jetzt zur Zeugnisvergabe in diesem Jahr enorm verschärft. In einer 10.Klasse sollen von 23 Schülern 10 sitzenbleiben, vor allem Mädchen. In den anderen 10. Klassen soll es nicht anders sein.

Schüler kämpfen gegen Nichtversetzung

b.Kiel. Am Fachgymnasium für Wirtschaft ist von einer 12. Klasse durchgesetzt worden, daß mit allen Lehrern die Noten besprochen werden. Es konnte erreicht werden, daß vier Schüler in den Fächern, wo sie schlecht stehen, eine Vier statt einer Fünf bekommen. Nur der Mathelehrer Kuno weigerte sich, die Noten bekannt zu geben und drohte sogar an, daß er Sechsen geben würde. Mit dieser Sechs würden die Schüler dann trotzdem hängen bleiben. Die Schüler haben daraufhin beschlossen, zu dem Lehrer hinzugehen und ihn nochmal unter Druck zu setzen.

Soldaten unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf der Völker Afrikas

b.Neumünster. „Auf der Konferenz der großen westlichen Mächte in Paris sind Anstrengungen beraten worden, die Einmischung und Intervention in Afrika in Rivalität zur Sowjetunion durch ‚schwarze Schutztruppen' zu verstecken und die Völker Afrikas wirtschaftlich zu erpressen. Gleichzeitig hat sich Bundeskanzler Schmidt im ZDF für den Fall des sicheren Scheiterns des Plans der Beteiligung westdeutscher Soldaten an UNO-Truppen vorbehalten.

Wir lehnen das ab und fordern: Keine Einmischung der beiden Supermächte, Großbritanniens, Frankreichs und der

In fünf Jahren Mietsteigerung um 155%

nung wiederzubekommen. Im Gegenteil, sie werden gekündigt, und müssen dann in teure Wohnungen in die Randviertel der Stadt ziehen. Gegenwärtig kämpft ein Rentner aus der Elisabethstr., daß ihm die Stadt eine ordentliche Wohnung zur Verfügung stellt: Billig, mit Bad und Toilette, sowie Sonne, das sind seine berechtigten Forderungen, die aber die Stadt keineswegs erfüllen will. Stattdessen jagt der Magistrat dem Rentner, der noch als einziger in dem Haus wohnt, allerlei Lumpenpack vom Journalisten bis zum Gerichtsvollzieher auf den Hals.

Ein großes Parkhaus und ein COOP-Markt sollen außerdem in der ersten Sanierungsphase gebaut werden. Die COOP-Kapitalisten versprechen sich ein großes Käufer-Reservoir. In einer späteren Sanierungsphase soll dann die Elisabethstr. als Fußgängerzone eingerichtet werden und die Schulstr. als Durchgangsstr. ausgebaut werden. Dazu werden weitere Häuser abgerissen werden.

Durchgeführt wird die Sanierung durch die Landesbank und die Stadt Kiel, der die beteiligten Unternehmen gehören, die Kieler Spar- und Leihkasse, die Kieler Wohnungsbaugesellschaft und die Kieler Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft, die

ster, sich in der Architektenzeitung DBA-Spekte 4/76 geäußert. „Die Bundesregierung hat . . .die Modernisierungen des Altwohnbestandes systematisch verstärkt. Die schlechtesten, nicht mehr wohnwürdigen Wohnungen werden im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre durch Neubauwohnungen ersetzt werden müssen. Im gleichen Zeitraum sollte die Erneuerung der modernisierungswürdigen Wohnungen vorangetrieben werden . . . Es geht vor allem darum, den Wohnwert älterer, aber noch erhaltungswürdiger Wohnungen durch Anpassung an neuzeitliche Wohnverhältnisse zu sichern und zu erhöhen". Erhöhung des Wohnwerts, damit meint Ravens systematische Mietsteigerungen von bis zu 14% bei Umbauten, vorgesehen im Gesetz zur Steigerung der Mieten, nicht aber Instandsetzungen, die er ausdrücklich ausnimmt; ferner die Reform von Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz: „Das Enteignungsverfahren des Bundesbaugesetzes hat sich als langwierig erwiesen. Das Städtebauförderungsgesetz sieht hier bereits wesentliche Erleichterungen vor, die in das Bundesbaugesetz übertragen werden sollen. Das Bundesbaugesetz soll unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien von vermeidbaren Verzögerungen befreit

Ravens hat vorgeschlagen, Schwerpunktprojekte als „Demonstrationseffekte" einzuführen, d.h. daß nur ein Gebäudekomplex in einem Stadtteil saniert wird. „Hauseigentümer, die sehen, daß und wie in ihrer Nachbarschaft modernisiert wird, sollen und können zur Nachahmung angeregt werden", schreibt Ravens. Dann ist der Mietwert eines beträchtlichen Teils

unterdrücken. Dies Projekt hatte bis 1976 Bestand. Die Bevölkerung Gaardens konnte dies Pack – unter ihnen z.B. der jetzige Stadtpräsident Johanning – nicht gewinnen. 12 Jahre hat die Bourgeoisie gerechnet, um ihr Programm gegen die Massen durchzusetzen, schon jetzt hat sie Schwierigkeiten, ihre Termine zu halten.



Systematisch läßt die Bourgeoisie die Häuser im Sanierungsgebiet Gaarden verrotten. Nichts ist von ihr unternommen worden, um das Absacken der Häuser zu verhindern oder die Häuser wieder instand zu setzen, obwohl bekannt ist, daß die Häuser auf Moorgrund gebaut sind. Stattdessen läßt sie schon großflächig bauen, noch bevor geklärt ist, wo die Mieter aus dem Abrißgebiet bleiben sollen. Systematisch vetreibt sie die jetzigen Mieter. Dagegen gibt es einen starken Widerstand der Volksmassen.

es nicht anders sein.

Schüler kämpfen gegen Nichtversetzung

b.Kiel. Am Fachgymnasium für Wirtschaft ist von einer 12. Klasse durchgesetzt worden, daß mit allen Lehrern die Noten besprochen werden. Es konnte erreicht werden, daß vier Schüler in den Fächern, wo sie schlecht stehen, eine Vier statt einer Fünf bekommen. Nur der Mathelehrer Kuno weigerte sich, die Noten bekannt zu geben und drohte sogar an, daß er Sechsen geben würde. Mit dieser Sechs würden die Schüler dann trotzdem hängen bleiben. Die Schüler haben daraufhin beschlossen, zu dem Lehrer hinzugehen und ihn nochmal unter Druck zu setzen.

Soldaten unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf der Völker Afrikas

b.Neumünster. „Auf der Konferenz der großen westlichen Mächte in Paris sind Anstrengungen beraten worden, die Einmischung und Intervention in Afrika in Rivalität zur Sowjetunion durch ‚schwarze Schutztruppen' zu verstecken und die Völker Afrikas wirtschaftlich zu erpressen. Gleichzeitig hat sich Bundeskanzler Schmidt im ZDF für den Fall des sicheren Scheiterns des Plans der Beteiligung westdeutscher Soldaten an UNO-Truppen vorbehalten.

Wir lehnen das ab und fordern: Keine Einmischung der beiden Supermächte, Großbritanniens, Frankreichs und der

In fünf Jahren Mietsteigerung um 155%

Interview mit einem Arbeiter aus Kiel-Ellerbek

b.rej. Interview mit einem Arbeiter aus Ellerbek:

KVZ: Seit wann wohnt ihr hier in dieser Wohnung von der Kieler Werkswohnung (KWW)?

Arbeiter: Wir sind hier im Sommer 1972 eingezogen. Die Wohnung hat 75 qm und besteht aus zwei Zimmern, Küche und Bad. Weil ich zwei Kinder habe, habe ich das eine Zimmer mit einer Trennwand durchteilt.

KVZ: Wieviel Miete habt ihr damals gezahlt?

Arbeiter: Zu Anfang haben wir 186,12 DM bezahlt. Das war aber auch eine ganz schlichte Wohnung hier – wurde 1951 aus den Trümmern wieder aufgebaut, mit Ofenheizung und alten Fenstern. Bei Sturm mußten wir die Fenster zubinden, damit sie nicht rausreißen. Beim Einzug wurde die Auflage gemacht, die Wohnung grundlegend zu renovieren – alles auf eigene Kosten. Als wir fertig renoviert hatten, wurde kurz darauf mit der Modernisierung begonnen. Im Sommer 1974 wurde das Bad gekachelt und Fliesen in die Küche und Steigeleitung verlegt. Das dauerte bis Dezember 74 und danach konnten wir nochmal alles renovieren. *KVZ: Mußtet ihr während der Umbauten die vollen Mieten zahlen?*

Arbeiter: Nicht nur das. Gleich den nächsten Monat kam Mieterhöhung wegen Wertverbesserung und so. Das waren an die 50-60 DM pro Monat. Aber dann ging es weiter. Im Sommer 75 wurden die Öfen rausgerissen und Zentralheizung eingebaut. Der ganze Dreck von vorn. Ob du wolltest oder nicht – danach wurdest du nicht gefragt. Als die Heizung drin war, wurde die Miete kräftig erhöht. Ungefähr 360 DM kalt und noch 74 DM Heizungspauschale – zusammen an die 434 DM. Und daß bei einem Familieneinkommen von 1200-1300 DM für eine vier-köpfige Familie. Wir haben damals 30 DM Wohngeld gekriegt.

KVZ: Wie lange habt ihr Wohngeld erhalten.

Arbeiter: Der Bescheid war befristet von Februar 76 bis Mai 76, weil dann die Tarifverhandlungen gewesen sind, und danach kriegten wir nichts mehr, obwohl die Miete nochmal wieder hochgesetzt wurde, und zwar wurden ab Juli 77 27 DM mehr berechnet, für den Einbau von längst fälligen neuen Fenstern.

Aber da haben sie gleich Doppelfenster reingebaut und damit die neue Mieterhöhung begründet. Mit Heizung zahlen wir jetzt monatlich 461,12 DM, das ist ein gutes Drittel von meinem Nettoverdienst. Die Miete hat sich von 72-77 um 280 DM erhöht, dabei ist noch nicht grechnet das Geld und die Zeit, die wir für die dreimalige Renovierung unserer Wohnung ausgegeben haben.

KVZ: Bleibt die Miete jetzt erstmal so?

Arbeiter: Kaum zu glauben. Das Treppenhaus wurde jetzt zum ersten mal seit dem Wiederaufbau renoviert und die Häuser wurden von außen angepönt. Die KWW wird das bestimmt demnächst zum Anlaß nehmen, um sich diese „höhere Lebensqualität" von den Mietern in bare Münze verwandeln zu lassen. im Geldeintreiben sind die ganz groß. Wenn Du deine Miete bis zum 3. des Monats nicht bezahlt hast, kriegst du ne Mahnung, manchmal schon vorher.

Schöner Wohnen im „Stadthaus" oder wie wird die Mietplünderung ins Uferlose gesteigert

b.pes. Bis zum 27.10.78 ist in Kiel-Altenholz die Ausstellung „Eurobau 78" geöffnet. Die größten und wichtigsten Baukapitalisten (Edi-Haus, Felten, Idee-Haus, Fördehaus, Bauring AG, usw) stellen 111 Häuser zum Preis zwischen 140000 und 400000 DM zusätzlich Grundstück zur Schau. Der Verkaufsdirektor beziffert den Wert des gesamten Bauvolumens auf 200 Mio. DM.

Diese wollen erst einmal wieder reingeholt sein. Die Finanzbourgeoisie, die solche Superschaus organisiert, will Teile des Volkes ködern, sich in ungeheure und lebenslange Verschuldung zu stürzen, um sich ein Haus zu kaufen.

Die Schirmherren dieser Veranstaltung sind Stoltenberg und der Bundeswohnungsbauminster Haack. Bei der Eröffnungsfeier ließen sie sich durch Innenminister Titzck und Staatssekretär Sperling vertreten. Diese lobten die Ausstellung und wiesen auf die „Bedeutung der Entwicklung von Stadthäusern" hin. „Es sollten dabei verstärkt Wohnbauflächen für solche Eigenheime ausgewiesen werden, damit die auf der Musterausstellung gegebenen Anregungen auch verwirklicht werden können. Nur so werde man den Wohnbedürfnissen und Wohnwünschen der Menschen in unseren Städten gerecht werden und ihnen wieder das Gefühl der Geborgenheit vermitteln, das verloren gehe, wenn Wohnhäuser höher als Bäume wachsen." (Titzck nach „KN" v. 19.6.78)

Der Hamburger Bürgermeister Klose hat erst kürzlich diese „Idee" der „Stadthäuser" preisgekrönt. Sie besteht darin, daß in den Stadtzentren die großen Wohnblocks abgeschafft werden sollen und Häuser in parzellenartigen Wohnungen errichtet werden sollen. 200000 DM kostet dann so eine Wohnung. Daß da nichts mit „Eigenheim" ist, liegt auf der Hand. Der Sinn ist ja auch die drastische Steigerung der Mieten für die Arbeiterklasse und das Volk sowie ihre Vertreibung in die Wohnsilos der Vorstädte. „Neue Finanzierungs- und Förderungsmethoden seien notwendig", um das Stadthauskonzept der Bundesregierung zu verwirklichen. Die Kapitalisten lecken sich die Finger nach solch günstigen Angeboten. Altenholz ist die dritte dieser Euroschaus. Die Musterhäuser sind so angelegt, daß sie während und nach der Ausstellung verkauft werden. Für die Bourgeois ist das eine willkommene Gelegenheit, sich eine billige Zweit- Dritt- oder wievielte Wohnung anzulegen. Die Arbeiterklasse zahlt diese Schau über die Steuern, denn die Gemeinde Altenholz hat „großzügig" die Ausstellung unterstützt, was nichts anderes bedeutet, daß sie Grundstücke billig abgegeben hat und die gesamte Wasser-, Gas- und Stromversorgung dem Ausstellungskapitalisten gratis lieferte.

Bundesrepublik in Afrika! Afrika den Afrikanern! Die BRD muß die Anträge der Dritten Welt an die UNO- Generalversammlung anerkennen! Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front als einzig legitime Vertreterin des Volkes von Zimbabwe! Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes Palästinas, Eritreas, Azanias, Namibias und Zimbabwes! Ihre Forderungen sind gerecht!"
Unterschrieben von drei Soldaten aus der „Scholz-Kaserne", Neumünster.

HDW: Samstagsarbeit ohne Zuschläge verhindert

b.pes. Ein unverschämtes Angebot haben die HDW-Kapitalisten dem Betriebsrat gemacht. Zwischen Weihnachten und Neujahr sollten die drei Tage nicht gearbeitet werden. Stattdessen sollte vorher an drei Samstagen durchgearbeitet werden. Nur, die Kapitalisten waren nicht bereit, für diese Samstage die entsprechenden Überstundenzuschläge zu zahlen.

In Verhandlungen mit dem Betriebsrat wies dieser die Rechnung der Kapitalisten zurück.

Die Kieler Wohnungsgesellschaft ist ein blutrünstiger Räuber

b.pes. In Kiel-Schilksee hat die KWG einige neue Wohnungen hingestellt, in die vorwiegend Rentner und Ehepaare mit Kindern einziehen. 4000 DM Baukostenzuschuß mußten die Mieter zahlen, um in die Wohnungen hineinzukommen.

Jetzt ist ein Fall bekannt geworden, daß die KWG versucht hat, einen Arbeiter mit seiner Familie hinauszuschmeißen. Zwei Monate war der arbeitslose Kollege in Mietrückstand. Die KWG kündigte fristlos. Als er dann doch das Geld aufgetrieben hatte, weigerte sich die KWG es anzunehmen und bestand auf der Kündigung.

„Wir müssen zusehen, daß wir die Beziehungen zwischen Arbeit, politischer Schulung und Familie gut gestalten“

Die Textilarbeiterinnen in der Pekinger Textilfabrik Nr. 2

z. Peking. 1932 beschreibt Egon Erwin Kisch die Ausbeutung der chinesischen Arbeiterinnen in einer Textilfabrik im alten, vom Imperialismus ausgeplünderten China:

„Einer genügt“ – sagt der Arzt.

Wir haben um die Erlaubnis gebeten, einige Krankheitsgeschichten abschreiben zu dürfen.

„Wozu einige? Die Fälle sind im Grunde alle gleich.“ Er deutet ringsherum auf die Betten in der Schanghaier Tuberkulosenklinik. Aus unentwickelten Kinderkörpern dringt roter Husten.

„Alle sind Fabrikarbeiterinnen, sie haben die gleiche Anamnese und den gleichen Befund ...“

Schreiten wir die Spinnereisäle einer großen Fabrik ab. Kleine Mädchen hantieren an den Spinnmaschinen, an den Verzwirnungsmaschinen, an den Vorspinnspindeln. Keines der Kinder sieht älter aus als 6 Jahre. Aber wir wissen von der Klinik her, daß der Schein täuscht. Dort sahen die Zwanzigjährigen wie Dreizehnjährige aus, also sind die, die in Gestalt von kaum Sechsjährigen an den Maschinen arbeiten, allenfalls schon elf oder 13 Jahre alt ...

Die Belegschaft der Websäle: Frauen. Alte, jüngere, schwangere. Zwar gibt es auch in der Weberei Kinder, aber die arbeiten nicht. Sie sind nur Säuglinge und liegen in Körben unter der Zettelmaschine oder dem Webstuhl; wenn sie der Mutterbrust bedürfen, werden sie hervorgeholt ... die junge Mutter bedient den Scherbaum und das Weberschiffchen mit doppelter Achtsamkeit, weil eine Maßregelung nicht nur sie, sondern auch ihr Kind dem Hungertod preisgeben würde ...

Die Baumwolltextilfabrik Nr. 2 ist 1955 gebaut worden, sie war eine der ersten Textilfabriken, die nach der Befreiung Chinas selbständig, aus eigener Kraft aufgebaut wurden. Heute produziert die Fabrik täglich 60000 Kilogramm Baumwollgarn und 200000 Meter Baumwollstoff. Sie hat eine Belegschaft von 6400, davon sind 70% Frauen.

„Der Durchschnittslohn in der Fabrik beträgt 60 Yuan, was dem Niveau

Frauen“, erklärt Tschou Guan-hua, die Vorsitzende des Revolutionskomitees der Fabrik.

Die Arbeiterklasse kann sich nicht befreien, wenn sie die Befreiung der arbeitenden Frauen nicht mit zum Inhalt ihrer Revolution macht. Will sie bewußt die Herrschaft in der ganzen Gesellschaft ausüben, so müssen das die Frauen auch können. Welche Fortschritte haben die Frauen dieser Fabrik in dieser Richtung getan? Dazu nimmt die Genossin Jang Stellung: Sie ist vorbildliche Arbeiterin, verheiratet, Mutter eines dreijährigen Kindes. Ihr Bericht zeigt auch die Schwierigkeiten, die existieren:

„Die meisten Frauen, die bei uns arbeiten, kommen schon als Lehrlinge in die Fabrik, wenn sie noch unter zwanzig sind. Die älteren Kollegen bringen ihnen nicht nur die Technik und die Disziplin der Fabrik bei. Wir Frauen müssen die Probleme der Liebe und der Ehe auch gut lösen, um uns dann hauptsächlich doch der Arbeit und der politischen Schulung widmen zu können.

In China gibt es ein Sprichwort, das besagt: Eine Frau muß drei Schwierigkeiten bewältigen: die Liebe, die Ehe und das Kinderkriegen. Das alles belastet einen schon ziemlich und dann kommt noch die Hausarbeit dazu. Aber man darf nie das große Ziel des Aufbaus des Sozialismus aus den Augen verlieren und sich von der Kleinfamilie vereinnahmen lassen.

Nachdem ich geheiratet habe, bin ich Funktionärin des Jugendverbandes geworden. Als solche mußte ich vorbildlich handeln. Also bin ich, wenn ich Spät- oder Nachtschicht hatte, vormittags zur politischen Schulung in die Fabrik gefahren. Da blieb mir nichts anderes übrig, als meine Schwiegermutter zu gewinnen, die mir dann im Haushalt helfen mußte. Da sie selber in der Straßengemeinschaft am politischen Studium teilnahm, hatte sie Verständnis dafür. Wir alle müssen zusehen, daß wir die Beziehungen zwischen Arbeit, politischer Schulung und Familie gut gestalten.“

wohnung mit Toilette (ohne Bad) kostet 4 Yuan im Monat, die Heizung ist im Preis inbegriffen.

Tschou Guan-hua sagt aber, daß die Wohnungslage gar nicht gut sei. Es gibt gegenwärtig viel zuwenig Wohnungen, weil unter der Herrschaft der Viererbande den sozialen Fragen kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Auch die Betriebskantine ist gegenwärtig noch hauptsächlich für Ledige da, aber wer will, kann sich billiges Essen mit nach Hause nehmen.

Wirklich viel getan wird für die Schwangeren, für die Mütter und ihre Kinder. Dazu sagt Genossin Tschou:

„Den schwangeren Frauen wird ab dem dritten Monat der Schwangerschaft eine zusätzliche Pause von einer Stunde täglich gewährt. Dafür gibt es einen besonderen Ruheraum. Diese eine Stunde bekommen auch diejenigen, die Schwierigkeiten während der Periode haben. Der bezahlte Schwangerschaftsurlaub beträgt 56 Tage. Wenn es bei der Entbindung zu Komplikationen kam, kann der bezahlte Urlaub verlängert werden. Während der Stillzeit werden die Säuglinge in der Krippe der Fabrik gepflegt, die Mütter bekommen je nach Bedarf ein bis zwei Stunden dafür täglich frei. Die Krippe ist bis zum zweiten Lebensjahr kostenlos.“

Außerdem hat die Fabrik mehrere Kindergärten, für die Älteren. Alle Kinder können in die Krippe oder in den Kindergarten aufgenommen werden.

Über diese Maßnahmen wird dafür gesorgt, daß die Mütter durch ihre Kinder nicht an ihr Heim gefesselt werden. Die Sorge der Kindererziehung ist nicht die Sorge des einzelnen allein und ganz besonders der Frauen. Diese Aufgabe wird hier ansatzweise gesellschaftlich gelöst.

Auch hat die Fabrik mehrere Kinderärzte, deren Hauptaufgabe die Vorbeugung ist. „Wenn die Mütter nicht zum Arzt kommen, kommt der Arzt zu ihnen“, sagt die Genossin Tschou.

Man ist bestrebt, die Arbeit der Frauen insgesamt zu erleichtern: „Bei den technischen Neuerungen wird angestrebt, die Produktivität zu erhöhen und die Arbeitsintensität zu vermindern“, sagt Tschou Guan-hua.

In den Spinnsälen halten selbstkonstruierte Absauganlagen die Luft rein. Elektrisch betriebene, fahrbare Stühle sind eingeführt worden, damit die Frauen an den Maschinen nicht soviel herumzulaufen und zu stehen brauchen. Aber es gibt noch viel zu verbessern. Die Stühle gibt es nicht in allen Abteilungen, und in der Weberei, wo ziemlich altertümliche Maschinen arbeiten, ist der Lärm schier unerträglich. Es sind aber versuchsweise schon



Fahrbare Stühle erleichtern die Arbeit. Vorn auf dem Stuhl steht: „Sprung nach vorn“.

dung), der Rest liegt unterhalb dessen. Unter den Älteren gibt es noch Analphabeten, aber gerade dagegen will man was durch die Abendkurse tun. Dadurch haben immer mehr Arbeiterinnen das Grundschulniveau erreicht.

In technischen Abendkursen lernen die Teilnehmer Technisches Zeichnen und die Grundlagen der Naturwissenschaften. Die Fabrik hat auch eine Arbeiterhochschule 21. Juli (benannt nach der Weisung Mao Tsetungs zur Gründung von durch die Fabriken betriebenen Abendhochschulen). Allerdings sind hier erst 30% der Studenten Frauen, obwohl sie 80% der Belegschaft ausmachen.

Ein Drittel der oberen Leitungskader der Fabrik sind Frauen, in der mittleren Leitung ist es schon die Hälfte, und auf Abteilungsebene bestehen die Leitungsorgane zu über 80% aus

an Produktionsmitteln und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, hat die chinesische Arbeiterklasse geschaffen. Heute muß in China noch die Bedeutung der körperlichen Kraft in der Produktion vermindert werden durch die Entwicklung der Technik, und vor allem muß die Reproduktion der Menschen im gesellschaftlichen Maßstab organisiert werden.

Von dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte her könnten die materiellen Bedingungen für die Befreiung der Frauen in der BRD längst organisiert werden. Im Kapitalismus bleibt jedoch die zusätzliche Belastung der arbeitenden Frau der Ausgangspunkt ihrer besonderen Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse. Daher hat die auch ein ausdrückliches Interesse an der Aufrechterhaltung und Entfaltung dieser be-

die arbeiten nicht. Sie sind nur Säuglinge und liegen in Körben unter der Zettelmaschine oder dem Webstuhl; wenn sie der Mutterbrust bedürfen, werden sie hervorgeholt ... die junge Mutter bedient den Scherbaum und das Weberschiffchen mit doppelter Achtsamkeit, weil eine Maßregelung nicht nur sie, sondern auch ihr Kind dem Hungertod preisgeben würde ...

Die Baumwolltextilfabrik Nr. 2 ist 1955 gebaut worden, sie war eine der ersten Textilfabriken, die nach der Befreiung Chinas selbständig, aus eigener Kraft aufgebaut wurden. Heute produziert die Fabrik täglich 60000 Kilogramm Baumwollgarn und 200000 Meter Baumwollstoff. Sie hat eine Belegschaft von 6400, davon sind 70% Frauen.

„Der Durchschnittslohn in der Fabrik beträgt 60 Yuan, was dem Niveau

stet einen schon ziemlich und dann kommt noch die Hausarbeit dazu. Aber man darf nie das große Ziel des Aufbaus des Sozialismus aus den Augen verlieren und sich von der Kleinfamilie vereinnahmen lassen.

Nachdem ich geheiratet habe, bin ich Funktionärin des Jugendverbandes geworden. Als solche mußte ich vorbildlich handeln. Also bin ich, wenn ich Spät- oder Nachtschicht hatte, vormittags zur politischen Schulung in die Fabrik gefahren. Da blieb mir nichts anderes übrig, als meine Schwiegermutter zu gewinnen, die mir dann im Haushalt helfen mußte. Da sie selber in der Straßengemeinschaft am politischen Studium teilnahm, hatte sie Verständnis dafür. Wir alle müssen zusehen, daß wir die Beziehungen zwischen Arbeit, politischer Schulung und Familie gut gestalten.“

Krippe ist bis zum zweiten Lebensjahr kostenlos.“

Außerdem hat die Fabrik mehrere Kindergärten, für die Älteren. Alle Kinder können in die Krippe oder in den Kindergarten aufgenommen werden.

Über diese Maßnahmen wird dafür gesorgt, daß die Mütter durch ihre Kinder nicht an ihr Heim gefesselt werden. Die Sorge der Kindererziehung ist nicht die Sorge des einzelnen allein und ganz besonders der Frauen. Diese Aufgabe wird hier ansatzweise gesellschaftlich gelöst.

Auch hat die Fabrik mehrere Kinderärzte, deren Hauptaufgabe die Vorbeugung ist. „Wenn die Mütter nicht zum Arzt kommen, kommt der Arzt zu ihnen“, sagt die Genossin Tschou.

Man ist bestrebt, die Arbeit der Frauen insgesamt zu erleichtern: „Bei den technischen Neuerungen wird angestrebt, die Produktivität zu erhöhen und die Arbeitsintensität zu vermindern“, sagt Tschou Guan-hua.

In den Spinnsälen halten selbstkonstruierte Absauganlagen die Luft rein. Elektrisch betriebene, fahrbare Stühle sind eingeführt worden, damit die Frauen an den Maschinen nicht soviel herumzulaufen und zu stehen brauchen. Aber es gibt noch viel zu verbessern. Die Stühle gibt es nicht in allen Abteilungen, und in der Weberei, wo ziemlich altertümliche Maschinen arbeiten, ist der Lärm schier unerträglich. Es sind aber versuchsweise schon



Fahrbare Stühle erleichtern die Arbeit. Vorn auf dem Stuhl steht: „Sprung nach vorn“.

dung), der Rest liegt unterhalb dessen. Unter den Älteren gibt es noch Analphabeten, aber gerade dagegen will man was durch die Abendkurse tun. Dadurch haben immer mehr Arbeiterinnen das Grundschulniveau erreicht.

In technischen Abendkursen lernen die Teilnehmer Technisches Zeichnen und die Grundlagen der Naturwissenschaften. Die Fabrik hat auch eine Arbeiterhochschule 21. Juli (benannt nach der Weisung Mao Tsetungs zur Gründung von durch die Fabriken betriebenen Abendhochschulen). Allerdings sind hier erst 30% der Studenten Frauen, obwohl sie 80% der Belegschaft ausmachen.

Ein Drittel der oberen Leitungskader der Fabrik sind Frauen, in der mittleren Leitung ist es schon die Hälfte, und auf Abteilungsebene bestehen die Leitungsorgane zu über 80% aus

an Produktionsmitteln und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, hat die chinesische Arbeiterklasse geschaffen. Heute muß in China noch die Bedeutung der körperlichen Kraft in der Produktion vermindert werden durch die Entwicklung der Technik, und vor allem muß die Reproduktion der Menschen im gesellschaftlichen Maßstab organisiert werden.

Von dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte her könnten die materiellen Bedingungen für die Befreiung der Frauen in der BRD längst organisiert werden. Im Kapitalismus bleibt jedoch die zusätzliche Belastung der arbeitenden Frau der Ausgangspunkt ihrer besonderen Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse. Daher hat die auch ein ausdrückliches Interesse an der Aufrechterhaltung und Entfaltung dieser be-



„Durch die Kritik an der Viererbande als Hauptkettenglied die Bewegung zum Lernen von Datjing entfalten!“

anderer Fabriken entspricht. Die Männer arbeiten dort, wo mehr körperliche Kraft erforderlich ist, z.B. in der Stärkerei. Wegen der schwereren Arbeit bekommen sie etwas mehr als die Frauen. Ein Mechaniker verdient zwischen 70 und 80 Yuan, aber auch eine Weberin kommt auf 75 Yuan. Die Löhne richten sich hauptsächlich nach der Arbeitserfahrung, daher gibt es keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Löhnen der Männer und der

Um dies von den materiellen Grundlagen her zu ermöglichen, wird in der Fabrik einiges getan. Als der Betrieb aufgebaut wurde, sind gleichzeitig auch 100000 Quadratmeter Wohnungen dazu gebaut worden, um den Arbeitern und Angestellten die langen Anfahrtswege zu ersparen. 80% der Beschäftigten wohnen in Werkswohnungen, zu denen Kantinen, Kliniken und Kindergärten gehören. Die Wohnungen sind billig, eine Zweizimmer-

20 neue Maschinen eingeführt worden, die etwas leiser sind.

Die Bedingungen ermöglichen es heute 90% der Belegschaft, an der politischen Schulung und an Versammlungen teilzunehmen. Für die Zeit dieser Veranstaltungen haben die Krippe und der Kindergarten länger auf.

Die Fabrik betreibt eine marxistisch-leninistische Abendschule, wo die Älteren Lesen und Schreiben lernen, andere nehmen an politischen Kursen teil. Im allgemeinen haben die jüngeren Arbeiterinnen ein höheres Bildungsniveau als die älteren. 40% der Belegschaft haben die höhere Mittelschule absolviert (zehnjährige Schulausbildung, berechtigt zum Hochschulstudium), 30% die untere Mittelschule (achtjährige Schulausbil-

Frauen.

Diese Zahlen zeigen die Schwierigkeiten, die die Frauen noch immer haben: Die Vergesellschaftung der Hausarbeit ist erst in geringem Maße entwickelt, die Frauen haben noch immer große Lasten in der Familie zu tragen. Der ideologische Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen ist von großer Wichtigkeit, und es gibt auch eine große Zahl von Frauen, die trotz der Schwierigkeiten besondere gesellschaftliche Leistungen vollbracht haben. Aber um der großen Masse der Frauen zu ermöglichen, daß sie aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, müssen in erster Linie die materiellen Bedingungen geschaffen werden. Die wichtigste Bedingung dafür, die Abschaffung des Privateigentums

sonderen Unterdrückung.

Vor einigen Wochen befaßte sich die „Renmin Ribao“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, in einem Leitartikel mit der Notwendigkeit, die Reproduktion der Bevölkerung in gesellschaftlichem Maßstab zu regeln. Neue Brotfabriken sollen gebaut werden, um billiges und gutes Brot herstellen zu können; die Kantinen, Kindergärten und der Verkehr sollen verbessert werden; billige Wäschereien sollen eingerichtet werden. Nur wenn alle Mitglieder der Gesellschaft ohne Sorgen arbeiten und ihre Freizeit verbringen können, werden sie alle – männlich oder weiblich – mit gleichem Elan am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft teilnehmen können.